80

Tagebuch 1 9 4 1

Band III

1.Juli bis 30.September

IV/3 Kressendorf

Dienstag, den 1. Juli 1941

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

Nachmittags: Fahrt des Herrn Generalgouverneurs mit Staatssekretär Dr. Freisler nach Ojzow.

Abends: Rückkehr nach Kressendorf.

IV/3 Krakau

Mittwoch, den 2. Juli 1941

8^{50} Abfahrt des Staatssekretärs Dr. Freisler mit Ministerialrat Wille und Oberstaatsanwalt Stier von Kressendorf nach Radom.

10^{55} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

11^{00} Oberstleutnant Fischer hält dem Herrn Generalgouverneur Vortrag über die Lage auf dem deutsch-russischen Kriegsschauplatz.

11^{05} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

11^{35} Besprechung mit Gesandten a.D. Dr. Rümelin und Abteilungspräsident Dr. Frauendorfer in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob die Institution der Werke des Generalgouvernements A.-G. weiter beibehalten werden solle, erwidert Abteilungspräsident Dr. Frauendorfer, daß sich die Werke des Generalgouvernements bisher bewährt hätten und auch weiter bewähren würden, solange jedenfalls die politische Voraussetzung bestehen bleibe, daß eine verhältnismäßige auch wirtschaftliche Selbständigkeit des Generalgouvernements gewährleistet sei. In dem Augenblick jedoch, in dem das Generalgouvernement effektiver Reichsbestandteil werden würde, müßte logischerweise wenigstens ein Teil der Werke nach den großen Wirtschaftsgruppen tendieren, die im Reich für solche Zwecke beständen.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird dann zu dem Ausscheiden des bisherigen Generaldirektors Dr. Frauendorfer aus dem Vorstand der Werke des Generalgouvernements kurz Stellung genommen.

2

2.7.1941

Staatssekretär Dr. Bühler teilt mit, daß er in dem bisherigen Direktor Dr. Decker von den Howaldwerken in Hamburg eine Persönlichkeit als Generaldirektor der Werke des Generalgouvernements gefunden zu haben glaube, die den Ansprüchen, die an einen Generaldirektor der Werke gestellt werden müßten, vollauf genüge.

Gesandter a.D. Dr. Rümelin berichtet sodann dem Herrn Generalgouverneur, daß der Reichsjugendführer Axmann im Feldzug gegen Sowjetrußland schwer verwundet worden sei.

Der Herr Generalgouverneur verfügt die Absendung folgenden Telegramms an Reichsjugendführer Axmann:

Lieber Parteigenosse!

Ich höre soeben von Ihrer heldenhaften Verwundung und möchte Ihnen meine aufrichtigen Wünsche zu baldigster Genesung in kameradschaftlichster Verbundenheit ausdrücken.

Mit freundlichsten Grüßen

Heil Hitler!

stets Ihr Dr. Frank.

11[40] Der Herr Generalgouverneur empfängt aus Anlaß des Ausscheidens des bisherigen Generaldirektors der Werke des Generalgouvernements A.-G. Hauptabteilungspräsidenten Dr. Frauendorfer den Aufsichtsrat der Werke, Staatssekretär Dr. Bühler als Vorsitzenden und Gesandten a.D. Dr. Rümelin, Finanzpräsident Spindler, Abteilungspräsident Dr. Emmerich, Ministerialrat Plodeck und Bankdirigent Dr. Paersch als Mitglieder des Aufsichtsrats, ferner die vier Direktoren der Werke Dr. Bezold, Wehrwirtschaftsführer Dipl.Ing. Schmidt, Verwaltungsdirektor Zapf, kaufm. Direktor Kloff, Direktor Dr. Decker und Schriftleiter Krafft von der Krakauer Zeitung.

2.7.1941

Nachdem Dr. Frauendorfer einen kurzen Überblick über die bisherige Entwicklung der Werke gegeben hat, spricht der Herr Generalgouverneur dem aus seinem Amte scheidenden bisherigen Generaldirektor und seinen Mitarbeitern seinen Dank und seine Anerkennung für die hervorragenden Leistungen aus, die sie im Interesse der Werke vollführt haben. Damit sei nun, so führte der Herr Generalgouverneur aus, eine Phase der Entwicklung der Werke des Generalgouvernements abgeschlossen, die dem Aufbau gegolten habe. Nach Abschluß dieser Entwicklung sei eine besondere und unmittelbare Verbindung der Werke mit der Person des Generalgouverneurs in amtlicher Beziehung nicht mehr erforderlich, und die Werke könnten nunmehr eine gewisse Selbständigkeit erlangen als Wirtschaftseinrichtung des Generalgouvernements schlechthin. So müsse denn auch den Werken eine eigene Entwicklung ermöglicht werden, die außerhalb eines unmittelbaren staatlichen Auftrages liege und mehr den wirtschaftlichen Erfordernissen und der wirtschaftlichen Betätigung eines solchen Unternehmens entspreche. Es sei auch von vornherein nicht seine Absicht gewesen, eine reine Staatsgesellschaft ins Leben zu rufen oder eine Behörde des Generalgouvernements zu schaffen, sondern eine Grundlage für die aus dem früheren polnischen Staatseigentum stammenden industriellen Werke zu geben. So könne denn die oberste staatliche Spitze des Generalgouvernements den Auftrag zur Errichtung dieser Werke als nunmehr erfüllt ansehen.

Der Herr Generalgouverneur überreicht sodann Abteilungspräsident Dr. Frauendorfer ein Schreiben, in welchem er ihn mit Wirkung vom 30. Juni 1941 von der Tätigkeit als Generaldirektor der Werke entbindet und ihm seinen Dank für die im Interesse der Werke geleistete Arbeit und den vorbehaltlosen Einsatz für die Werke zum Ausdruck bringt.

606

Staatssekretär Dr. Bühler teilt hierauf mit, daß er in der Person des Direktors Decker von den Howaldwerken in Hamburg einen Generaldirektor für die Werke des Generalgouvernements gefunden habe, mit dem der Aufsichtsrat demnächst einen Vertrag schließen werde.

Der Herr Generalgouverneur begrüßt Direktor Dr. Decker und sagt ihm für seine verantwortungsvolle Tätigkeit die Unterstützung sämtlicher Mitglieder der Regierung zu.

Direktor Dr. Decker erklärt, daß er sich der Verantwortung bewußt sein werde, die er als Leiter des größten Wirtschaftsfaktors des Generalgouvernements zu tragen habe. Er müsse zunächst um eine gewisse Nachsicht bitten, da er sich selbstverständlich erst in die umfangreiche Tätigkeit einarbeiten müsse. Sein Bestreben werde es jedenfalls sein, den Werken des Generalgouvernements den Charakter eines erstklassigen Unternehmens zu geben.

Gesandter a.D. Dr. Rümelin berichtet dann über die Tätigkeit des Aufsichtsrats. In zwei Sitzungen habe sich der Aufsichtsrat mit allen grundlegenden Fragen beschäftigt. Er sei bei diesen Beratungen zu dem Ergebnis gekommen, daß im Aufsichtsrat über den Wert der einzelnen Unternehmungen völlige Klarheit bestehen müsse. Diese Klarheit bestehe bisher noch nicht, da ein wesentlicher Teil der Bilanzen der einzelnen Werke noch nicht vorliege. Diese Klarheit über den Wert der einzelnen Unternehmungen zu schaffen, werde eine der ersten und vornehmsten Aufgaben des Generaldirektors sein.

5

2.7.1941

Abteilungspräsident Dr. Emmerich umreißt die Aufgaben, die die Werke des Generalgouvernement zu erfüllen haben werden. Alles, was an industriellen und sonstigen Unternehmungen in einem gewissen Zusammenhang stehe, müsse zu einer Einheit zusammengefaßt werden, damit die Werke ein schlagkräftiges Instrument darstellten. Das gelte insbesondere für das große Gebiet der Energiewirtschaft. Wenn man in dieser Beziehung organisch aufbaue, dann werde es auch möglich sein, noch weitere frühere polnische Staatsbetriebe bezw. Privatbetriebe den Werken einzufügen.

Ministerialrat Plodeck ist mit Gesandtem Dr. Rümelin der Auffassung, daß zunächst einmal ein klarer Überblick über die den Werken angehörenden Unternehmungen gegeben werden müsse. Über den bisher vorgenommenen rein formalen Einfügungsakt hinaus müsse jetzt dazu übergegangen werden, die Werke und Betriebe auch eigentümlich in die Gesellschaft einzufügen. Dazu bedürfe es eines bestimmten formalrechtlichen Aktes und weitere Voraussetzung sei die Einigung über eine ganze Reihe grundsätzlicher Fragen, deren es insbesondere für die Ausgleichung von Schulden und Forderungen bedürfe. Diese Klarheit sei zur Zeit noch nicht vorhanden. Im übrigen halte er es für dringend erforderlich, daß eine engste Zusammenarbeit zwischen dem künftigen Vorstand der Gesellschaft und seiner Abteilung aufgenommen werde.

Finanzpräsident Spindler spricht den Wunsch aus, daß der neue Generaldirektor in der jetzt folgenden zweiten Phase des Aufbaues der Werke eine engere Fühlung mit dem Aufsichtsrat halte, als sie vielleicht bislang möglich gewesen sei.

2.7.1941

Der gleichen Auffassung gibt Bankdirigent Dr. Paersch Ausdruck. Bei der zu erwartenden Feststellung der Vermögenswerte der Werke werde der Frage der Übernahme der Schulden eine besondere Bedeutung zukommen.

Der Herr Generalgouverneur legt ebenfalls das größte Gewicht darauf, daß Dr. Decker als Generaldirektor der Werke engsten Kontakt mit der Regierung hält.

Die vier Direktoren der Werke Dr. Bezold, Schmidt, Zapf und Kloff berichten sodann über ihre Arbeitsbereiche.

12[30] Der Herr Generalgouverneur empfängt Major der Flieger Kühle.

12[40] Besprechung mit Gesandten a.D. Dr. Rümelin.

12[50] Der Herr Generalgouverneur empfängt Hauptmann Prof. Dr. Klausing, Mitglied der Akademie für Deutsches Recht, und Hauptmann Plesser.

13[00] Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

15[00] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

IV/3 Krakau

Donnerstag, den 3. Juli 1941

11^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

11^{10} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

11^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

12^{00} Besprechung mit Gouverneur Dr. Wächter in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler.

Gouverneur Dr. Wächter berichtet dem Herrn Generalgouverneur über seine Eindrücke, die er auf einer Fahrt nach Przemysl und Lemberg gewonnen hat.

12^{35} Generalleutnant der Ordnungspolizei Riege stellt dem Herrn Generalgouverneur Polizeihauptmann Kiep vor, der als Adjutant in den Dienst des Herrn Generalgouverneurs tritt.

Der Herr Generalgouverneur überträgt dem Polizeihauptmann Kiep

1. die Aufsicht über das Begleitkommando,
2. die Aufsicht über den gesamten Kraftwagenpark des Herrn Generalgouverneurs und das Kraftfahrpersonal,
3. die Bearbeitung aller Fragen der Sicherheit,
4. die Einteilung der Besuche beim Herrn Generalgouverneur,
5. die Bearbeitung sämtlicher Fragen repräsentativer Art.

Der Herr Generalgouverneur weist Polizeihauptmann Kiep an, in all' diesen Fragen im Einvernehmen mit dem Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs Kammergerichtsrat Dr. Keith zu handeln.

3.7.1941

13^{00} Besprechung mit Hauptmann Professor Dr. Klausing.

13^{10} Besprechung mit Unterstaatssekretär Kundt.

13^{30} F r ü h s t ü c k .

15^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

Kressendorf - Burg Krakau

Freitag, den 4. Juli 1941

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

[..]5 Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

[..]3o Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

[..]45 Feierlicher Akt anläßlich der Übergabe der Bestätigungsurkunde des Führers an Staatssekretär Dr. Bühler zum Stellvertreter des Herrn Generalgouverneurs in Anwesenheit von Regierungsmitgliedern, General der Polizei SS-Obergruppenführer Krüger sowie Pressechef Gaßner.

Der Herr Generalgouverneur führte in seiner Ansprache aus:

Meine Herren! Ich möchte Ihnen, Herr Staatssekretär Dr. Bühler, eine Urkunde überreichen, die eben aus dem Führerhauptquartier eingegangen ist und den Wortlaut trägt:

"Zum Stellvertreter des Generalgouverneurs bestelle ich Staatssekretär Dr. Bühler.
Führerhauptquartier, 4. Juli 1941 gez.A.Hitler."

Ich überreiche Ihnen, Herr Staatssekretär, diese Urkunde,und möchte Sie dabei als Erster beglückwünschen. Ich habe Anlaß genommen, daß die von mir bereits vollzogene Ernennung zum Stellvertreter in der Geschäftsführung des Generalgouverneurs nunmehr vom Führer selbst noch bestätigt wird, und zwar vorwiegend aus dem Grunde, weil in der Urkunde über die Errichtung des Generalgouvernements Reichsminister Dr. Seyß-Inquart im Verordnungsweg als mein Stellvertreter bestellt war.

Die Notwendigkeit eines Stellvertreters für den Generalgouverneur ergibt sich aus dem stets steigenden

4.7.1941

Maß der Geschäfte des Generalgouverneurs an sich. Jeder von Ihnen, meine Herren, macht die gleiche Beobachtung, daß mit der Intensivierung des Verwaltungsaufbaues auch der Arbeitsumfang steigt. Wie schön war es in der ersten Zeit, da wir die großen Richtlinien aufbauen und in großem Schwung die Dinge meistern konnten! Es ist daher auch für mich notwendig, nach außen hin zum Ausdruck zu bringen, daß ich Staatssekretär Dr. Bühler als meinen Stellvertreter ansehe.

Aber noch ein anderer Gesichtspunkt ist dabei maßgebend. Es muß für mich persönlich die Möglichkeit vorhanden sein, dem Führer in Aufgabengebieten in Zukunft mehr zur Verfügung zu stehen, die außerhalb des Generalgouvernements liegen und die es somit notwendig machen werden, daß ich mich mehr als bisher im Reich beim Führer aufhalte.

Insgesamt aber liegt in der so schnellen Erfüllung meines Wunsches durch den Führer die Bestätigung des Wirkens von Ihnen allen. Wenn es gelungen ist, das Generalgouvernement im Zeitpunkt der operativen Vorbereitung des größten kriegerischen Ereignisses der Weltgeschichte, dieser Auseinandersetzung Deutschlands mit Stalin-Rußland durchzuhalten und sozusagen bis zum ersten Schuß in voller Wirklichkeit zu halten, - dann ist das die schönste Bejahung unseres Werkes. Ich möchte hier, meine Herren, niemanden ausnehmen, sondern insgesamt allen Beteiligten in allen Sparten des öffentlichen Dienstes, in Polizei, in SS und allen anderen Bereichen im Namen des Führers und Reiches den Dank aussprechen. Es ist ein beglückendes Gefühl, das erste große Ziel, das uns gestellt war- hier in diesem Raum unter den ungünstigsten Verhältnissen eine neue Ordnung aufzubauen - erreicht zu haben.

Wir stehen an der Schwelle einer neuen großen

Aufgabe. Große Probleme steigen auf mit der Besetzung ganz Rußlands, mit der Einbeziehung dieses riesigen Ostraums in die Versorgungszone des Deutschen Reiches. Für das Generalgouvernement ist das große Osttor geöffnet. Vergessen Sie nie, daß die geographische Lage des Generalgouvernements bedingt, daß zwei Drittel aller Transporte zwischen Rußland und dem Reich über das Generalgouvernement gehen werden, daß der gesamte Waren- und Personenverkehr zwischen dem Osten und dem Westen in allen seinen Ausstrahlungen zu zwei Dritteln durch das Generalgouvernement geleitet wird. Dies bedeutet für die Zukunft eine Entwicklung des Generalgouvernements, die dadurch nach meiner Überzeugung vollauf gesichert erscheint.

Daß diese Öffnung des Ostraumes für die Situation der Bevölkerung dieses Landes eine stimmungsmäßige Umwälzung hervorruft, ist klar. Welchen Sinn hätte noch eine Widerstandsbewegung, eine Zusammenballung von kleinen polnischen Mätzchenbewegungen gegen einen Giganten, der über die größte territoriale Macht verfügt! Ich selbst bin davon überzeugt, daß in ganz kurzer Zeit eine völlige Umkehr der Grundhaltung der Bevölkerung dieses Landes folgen wird. Solange allerdings der Krieg mit England andauert,- der aber über kurz oder lang beendet sein wird -, werden noch Restbestände von Widerstand spürbar sein.

Ich möchte Ihnen nun, Herr Staatssekretär, zu dieser Berufung meine Glückwünsche aussprechen. Wie ich Sie kenne, wird diese Aufgabe Sie nicht zu ehrgeizigen Träumereien verleiten. Es ist klar, daß wir in Ihnen einen Kameraden und Mitarbeiter sehen, der als mein Stellvertreter davon durchdrungen ist, daß es nicht darauf ankommt, den Einzelnen, sondern das Gesamtwerk klingen und erstehen zu lassen. Wir nennen uns stolz die Repräsentanten der Einheit der Verwaltung, die sich nach meiner Meinung auch als eine charakterliche Einheit

4.7.1941

bewähren muß. Es muß sich der Typ des Ostkämpfers herausbilden, diese persönliche Art der Fertigwerdung mit den Führerproblemen dieses Raumes.

Ich habe in Ihnen, Herr Staatssekretär, stets die energievolle Ruhe, mit der Sie die großen Aufgaben anpackten, bewundert. Sie stehen jetzt fast elf Jahre in meinen Diensten, und kann sagen, daß Sie Ihre Aufgaben stets gemeistert haben. Diese Tatsache findet nun auch in Ihrer Berufung zu meinem Stellvertreter durch den Führer seinen Ausdruck. Das ist umso erfreulicher, als vor ganz kurzer Zeit der Führer meinen zweiten wichtigen Mitarbeiter, Obergruppenführer Krüger, zum General der Polizei ernannt hat. Aus all' dem geht hervor, daß unsere Arbeit die größte Aufmerksamkeit des Führers gefunden hat.

Staatssekretär Dr. Bühler dankt mit folgenden Worten:

Herr Generalgouverneur! Ich weiß, daß die Anregung beim Führer, mich zu Ihrem Stellvertreter in Ihrer Eigenschaft als Generalgouverneur zu bestellen, von Ihnen ausgegangen ist. Ich bin mir bewußt, daß die Grundlage dieser Anregung ein Vertrauen ist, das groß und gewaltig ist. Ich möchte Ihnen sagen, Herr Generalgouverneur, daß ich und auch Ihre Mitarbeiter in der Regierung und draußen im Lande ohne dieses Vertrauen ihrer Arbeit sich nicht gewachsen fühlen, fußend aber auf diesem Vertrauen verspreche ich Ihnen, meine ganze Kraft und Person unter Hintanstellung persönlicher Interessen dafür einzusetzen, die gewaltigen Aufgaben, die Sie, Herr Generalgouverneur, vom Führer im Ostraum gestellt erhielten, mitbewältigen zu helfen. Dieses Versprechen in die Tat umzusetzen, soll der Dank sein, den ich Ihnen für das großzügige Vertrauen, das Sie mir stets geschenkt haben, abstatten werde.

5

4.7.1941

16⁰⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt im Beisein von Mitgliedern der Regierung sowie des Pressechefs Gaßner folgende Vertreter der Auslandspresse:

Steinkopf	Ass.Press	USA
Fleischer	United Press	USA
Ejiri	Domei-Agentur	Japan
Gentili	Agentur Stefani	Italien
Iversen	Rundfunk	Mexiko
Svansström	Svenska Dagbladet	Schweden
Dr. Schwarz	Neue Zürcher Zeitung	Schweiz
Leuenberger	Schweizer Illustrierte Zeitung	Schweiz
Miqzelarena	ABC-Agentur	Spanien.

In Begleitung der Auslandsjournalisten befinden sich von deutscher Seite:

Rittm. Freudemann	Führungsoffizier OKW.
Reg.Rat Dr. Maurach	RMVP.
Dr.v. Schneditz	Auswärtiges Amt
Dr. Helfrich	Auswärtiges Amt.

Der Herr Generalgouverneur richtet an die Journalisten kurze Worte der Begrüßung.

Anschließend Tee im Kaminzimmer der Burg.

17³⁰ Konzert im Gotischen Hof des Instituts für deutsche Ostarbeit.
Teilnehmer: Der Herr Generalgouverneur, die beim Tee-Empfang anwesenden ausländischen Pressevertreter und Regierungsmitglieder.

Das Philharmonische Orchester des Generalgouvernements spielt unter Leitung von Generalmusikdirektor Kopsch das

"Feierliche Vorspiel" — Kopsch

und die beiden ersten Sätze aus der IV. Symphonie — L.v.Beethoven.

18²⁰ Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

Sonnabend, den 5. Juli 1941.

10^{45} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg in Krakau.

10^{50} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler. - Zu der Besprechung wird im weiteren Verlauf Gouverneur Dr. Lasch beigezogen.

11^{15} Besprechung mit Dienstleiter Schalk und Hauptabschnittsleiter Stahl.

12^{20} Besprechung mit Präsident Westerkamp.

12^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt Präsident Emmerich und Ministerialrat Plodeck.

Präsident Emmerich berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß er nach Berlin zu einer Besprechung gebeten worden sei, in der die Eigentumsfrage von vier im Generalgouvernement gelegenen Industriewerken zwischen dem Generalgouvernement und der Wehrmacht geregelt werden solle.

Der Herr Generalgouverneur bringt seinen Willen zum Ausdruck, daß in dieser Frage unbedingt eine Einigung erzielt werden müße, selbst unter Opfern für das Generalgouvernement. Zu einer solchen Einigung könne man ja mit dem Vorbehalt einer ins Auge gefaßten endgültigen Prüfung der Eigentumsfrage nach dem Kriege kommen. Auch könne sich eine Übergangsregelung finden lassen in der Form, daß diese Werke dem Reichsfinanzminister zur Verfügung gestellt werden könnten, der sie seinerseits einstweilen der Wehrmacht überläßt. Auf jeden Fall aber müßten die Rechte des Generalgouvernements der Wehrmacht gegenüber gewahrt bleiben. Er sei als Treu-

händer des Reiches dem Führer für das gesamte Generalgouvernement verantwortlich.

Präsident Emmerich verspricht, bei den Verhandlungen in Berlin das Beste für das Generalgouvernement herauszuholen.

Als zweiter Punkt wird die Frage der Energieversorgung für das Generalgouvernement behandelt. Präsident Emmerich geht dabei von dem Plan der Gründung einer Ost-Energie-AG. als einer Untergesellschaft der Werke des Generalgouvernements AG. aus, die auf den Erwerb einer eigenen Kohlengrube und eines eigenen Kraftwerkes in Oberschlesien hinsteuern werde.

Zu diesem Thema referiert Ministerialrat Plodeck über einen Plan, der in Kattowitz verfolgt werde. Man versuche dort eine Verbundsgesellschaft der Energiewirtschaft zustandezubringen und darin sämtliche interessierten Gruppen zusammenzufassen. Von dieser Gesellschaft solle dann der einzelne Anteilseigner entsprechend seinem Anteil mit Energie versorgt werden.

Das Generalgouvernement habe seine Teilnahme angemeldet, und es sei nun eine Einladung zum lo. Juli ergangen, wo Gauleiter Bracht einen einheitlichen größeren Bericht geben werde und wo dann Gelegenheit sei, in einzelnen Ausschüßen den ganzen Fragenkomplex zu erörtern. Es handle sich nun um die Taktik, die von Seiten des Generalgouvernements einzuschlagen sei.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß aufgrund seiner Besprechungen mit Reichsmarschall Göring und Reichswirtschaftsminister Funk für das Generalgouvernement das gute Recht bestehe, ein Kohlengebiet in Oberschlesien zum Eigentum zu erwerben. Auf Anregung von Ministerialrat Plodeck will der

3

5.7.1941.

Herr Generalgouverneur in dieser Angelegenheit einen Brief an Reichsminister Dr. Todt richten und evtl. eine persönliche Begegnung mit ihm herbeiführen. Bei den kommenden Besprechungen in Kattowitz soll inzwischen deutlich zum Ausdruck gebracht werden, daß die Bestrebungen des Generalgouvernements auf Eigentumserwerb hinzielen.

Präsident Emmerich berichtet dann weiter, daß die Beskiden-Erdölgesellschaft ihre Zuständigkeit auch auf die neu eroberten Ölgebiete an der südöstlichen Grenze des Generalgouvernements ausdehnen möchte. Zwei ihrer Direktoren seien von der Wehrmacht bereits als Kriegsverwaltung eingesetzt worden. Die Verhältnisse seien aber sehr schwierig, da die Anlagen zum großen Teil zerstört seien. Präsident Emmerich will persönlich an Ort und Stelle von der Wehrmacht die Einsetzung der Bergwerksverwaltung des Generalgouvernements zur vorläufigen Betreuung dieser Gebiete erreichen.

Der Herr Generalgouverneur ist damit einverstanden.

13^{30} Frühstück.

16^{00} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

21^{30} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach München.

619

IV/3

Sonntag, den 6. Juli bis
Dienstag, den 15. Juli 1941.

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in München
und auf dem Schoberhof.

IX/3

Kressendorf - Krakau

Mittwoch, den 16. Juli 1941

7^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia und Fahrt nach Kressendorf.

13^{45} Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Betriebsdirektor Börngen, Landwirtschaftsinspektor Mosch und Betriebsführer Kaschube von der Firma "Ostland".

14^{30} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

15^{00} Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

15^{30} Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Staatssekretär Dr. Bühler und Gouverneur Dr. Lasch.

16^{30} Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Präsident Ohlenbusch in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Bühler und Gouverneurs Dr. Lasch.

Präsident Ohlenbusch berichtet dem Herrn Generalgouverneur von einer großen Propagandaaktion der Engländer in aller Welt, in verstärktem Maße in den von Deutschland besetzten Gebieten, die unter dem Motto "England siegt" die Bewohner dieser Länder von dem Endsieg Englands überzeugen soll. Diese Aktion wird unter dem Buchstaben "V" gestartet, und zwar ist als Termin der 20. Juli 1941 geplant. Das Propagandaministerium wolle nun dieser Absicht zuvorkommen und durch groß angelegte Propaganda in Film, Rundfunk und Presse - durch Plakate in allen Städten, an Lokomotiven usw. - erreichen, daß die englischen Pläne durchkreuzt und für Deutschland ausgenutzt werden. Die deutsche Propaganda wolle durch eine Sofort-Aktion mit dem "V", wo immer es auftrete, die Vorstellung verbinden "Deutschland siegt an allen Fronten". Es sei vorgesehen, daß

die deutschen Tageszeitungen den täglichen Wehrmachtsbericht in einem besonderen Kasten veröffentlichten, an dessen Spitze ein V stehe.

In Warschau seien bereits Vorboten dieser Aktion in Gestalt von Flugblättern unter die Bevölkerung gelangt. Er halte es darum für notwendig, diese Gegenpropagandaaktion auch im Generalgouvernement unverzüglich zu beginnen.

Der Herr Generalgouverneur äußert Bedenken über den Wert dieser Gegenaktion. Er weist auf die kurz bevorstehenden sensationellen Nachrichten hin, die das OKW. über den Verlauf der Kämpfe im Osten veröffentlichen werde, und ist der Auffassung, daß diese Meldungen dem Propagandafeldzug seine Wirkung nehmen würden. Da im Generalgouvernement zur Zeit Ruhe herrsche und man es nicht mit den anderen besetzten Gebieten in Vergleich bringen könne, halte er es für ausreichend, von der polnischen Presse für diesen Zweck nur den "Goniec Warszawski" heranzuziehen. Im übrigen könne die ganze Aktion im Sinne Berlins durchgeführt werden.

Mit dem Vorhaben des Präsidenten Ohlenbusch, den Polen auf dem Adolf-Hitler-Platz die neusten Wochenschauen vorzuführen, erklärt sich der Herr Generalgouverneur einverstanden.

Präsident Ohlenbusch gibt dem Herrn Generalgouverneur sodann Kenntnis von einem Konzert des Geigers Siegfried Borries am 24. August in Krakau. Weiter habe er das Berliner Philharmonische Orchester eingeladen, im Anschluß an eine Reise nach Kroatien ins Generalgouvernement zu kommen.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Freude über diese geplanten Konzerte lebhaften Ausdruck.

3

16.7.1941

Auf die Frage des Präsidenten Ohlenbusch, ob der Herr Generalgouverneur damit einverstanden sei, daß die Theatermitglieder ein eigenes Kasino bekommen sollten oder ob sie das der Hauptabteilung Volksaufklärung und Propaganda mitbenutzen könnten, gibt der Herr Generalgouverneur zu bedenken, daß die große Zahl des Theaterensembles dies nicht wünschenswert erscheinen lasse.

Präsident Ohlenbusch klagt im weiteren Verlauf der Besprechung über den kolossalen Personalmangel in seiner Abteilung, der ihm die Arbeit sehr erschwere und bittet den Herrn Generalgouverneur um baldmögliche Abhilfe. - Er bringt dann noch kurz einige persönliche Wünsche betreffend Wohnung und Gehalt zur Sprache, die vom Herrn Generalgouverneur dem Staatssekretär Dr.Bühler zur Prüfung und etwa notwendigen Veranlassung anempfohlen werden.

17[15] Besprechung mit Dienstleiter Schalk.

Dienstleiter Schalk schildert dem Herrn Generalgouverneur den geplanten Verlauf der Großkundgebung anläßlich der Einführung des Gouverneurs Dr. Wächter als Distriktstandortführer der NSDAP. in Krakau.

Der Herr Generalgouverneur äußert seine Absicht, als Hauptredner eine politische Rede zu halten.-Im weiteren Verlauf der Unterredung wird über das Verhältnis zwischen dem SS- und Polizeiführer Globocnik und Gouverneur Zoerner im Distrikt Lublin und über die Möglichkeit einer Lösung der vorhandenen Spannungen zwischen beiden gesprochen. - Der Herr Generalgouverneur ordnet auf eine Frage des Dienstleiters Schalk an, daß die Bezeichnung "Beauftragter des Deutschen Roten Kreuzes beim Generalgouverneur" den Zusatz erhalten solle "und der Partei".

Für den Jahrestag der Gründung des Arbeitsbereichs "Generalgouvernement" der NSDAP. am 15.8. beauftragt der Herr Generalgouverneur Dienstleiter Schalk mit der Vorbereitung der Feierlichkeiten dieses Tages.

Die Mitteilung des Dienstleiters Schalk von der Absicht der Deutschen Post Osten, für den Jahrestag einen Sonderstempel herauszubringen, findet die volle Zustimmung des Herrn Generalgouverneurs.

17^55^ Besprechung mit Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1. einer Verordnung über die Aufhebung der Verordnung über die Getreidewirtschaft im Wirtschaftsjahr 1940/41 vom 1. August 1940,
2. einer Verordnung über die Änderung der Zollstrafverordnung,
3. einer Verordnung zur Änderung von Strafbestimmungen,
4. der Anordnung Nr. 16 des Leiters der Abteilung Devisen in der Regierung des Generalgouvernements über Ein- und Ausfuhr von Postwertzeichen

vor.

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe.

18^00^ Besprechung des Herrn Generalgouverneur mit dem Distriktsportbeauftragten Sepp Rehrl.

18^10^ Vorführung der neusten Wochenschauen über die Kampfhandlungen in Sowjetrußland.

20^00^ Abendessen in kleinem Kreis.

Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

Burg Krakau

IV/3 Donnerstag, den 17. Juli 1941

10.20 Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

10.30 Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

11.20 Besprechung mit Finanzpräsident Spindler und Oberregierungsrat Freih. von Streit in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt zunächst Oberregierungsrat Freih. von Streit, den Gesellschaftsvertrag des Zeitungsverlages Krakau-Warschau einer Nachprüfung zu unterziehen. Nach diesem Vertrage solle eigentlich der gesamte Reingewinn des Unternehmens dem Generalgouvernement zufließen. Von diesem auf etwa 8 Millionen Zloty zu schätzenden Reingewinn würden jedoch dem Generalgouvernement nur 400 000 Zloty überwiesen. Die Überweisung des gesamten Reingewinns an das Generalgouvernement sei schon um deswillen geboten, weil es sich bei diesem Verlage eigentlich um einen Staatsbetrieb handle, dessen Einnahmen zum größten Teil aus staatlichen Aufträgen flössen. Eine Nachprüfung des Gesellschaftsvertrages und eine Einschaltung des Oberregierungsrats Freih. von Streit in diese Dinge sei um so mehr geboten, als jetzt der Verlag beabsichtige, die Ruch-A.-G. zu erwerben.

Finanzpräsident Spindler berichtet darauf über die Verhandlungen, die er zusammen mit Unterstaatssekretär Kundt in Berlin hinsichtlich des Stellenplans gepflogen habe. Von Seiten der maßgebenden Instanzen, insbesondere des Reichsfinanzministeriums, sei eine beschleunigte Bearbeitung des Plans zugesagt worden. Neuerdings sei jedoch eine kleine Hemmung dadurch eingetreten, daß sich der Reichsfinanzminister entschlossen habe, bevor noch in Einzelbesprechungen über etwaige Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich des Stellenplans eingetreten würde,

den Herrn Generalgouverneur zu einer Chefbesprechung einzuladen. Der Reichsfinanzminister sei offenbar der Auffassung, daß aus allem, was im Generalgouvernement in dieser Beziehung geschehe, Folgerungen für die neuen Ostgebiete gezogen würden. Soweit er, Finanzpräsident Spindler, gehört habe, habe sich der Reichsfinanzminister in Besprechungen mit Reichsinnenminister Frick und Staatssekretär Stuckart ein Bild von der künftigen Gestaltung der Reichsstatthalterregierungen gemacht. Im Reichsinnenministerium sei man wahrscheinlich der Auffassung, daß die Zahl von 12 Hauptabteilungen in der Regierung des Generalgouvernements zu groß sei und man der Regierung des Generalgouvernements nahelegen wolle, einige Abteilungen zusammenzulegen.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich entschieden dagegen, daß von Seiten des Reiches irgendein Einfluß auf die Gestaltung der Regierung des Generalgouvernements hinsichtlich der Organisation und der Zahl der Abteilungen genommen werde. Solange der Stellenplan nicht in Kraft getreten sei, müsse es jedenfalls bei dieser Selbständigkeit bleiben. Gewiß sei eine Sicherung der Beamten durch Verankerung ihrer Planstellen im Reichshaushalt von Wichtigkeit, aber andererseits habe das Reich auch ein Interesse daran, über Planstellen zu verfügen, die es nicht zu bezahlen brauche.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, in der nächsten Woche Reichsfinanzminister Dr. Graf Schwerin von Krosigk zu empfangen und bei Gelegenheit seines Besuches über alle den Stellenplan betreffenden Fragen mit ihm zu sprechen. Er ersucht Finanzpräsident Spindler, den Herrn Reichsfinanzminister entsprechend zu benachrichtigen.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird sodann zum Polizeihaushalt Stellung genommen.

3 17. Juli 1941

Finanzpräsident Spindler weist darauf hin, daß der Polizeihaushalt nach wie vor einen sehr erheblichen Teil der Gesamteinnahmen des Generalgouvernements beanspruche. Die Polizeiausgaben für das Etatsjahr 1941 würden sich voraussichtlich auf 347 Millionen Zloty belaufen, was auch bei einer Einnahmesteigerung immer noch mehr als ein Viertel der Gesamtausgaben bedeute. Nach Abzug von sieben Polizei-Bataillonen verblieben im Generalgouvernement noch sechs Bataillone, deren Kosten das Generalgouvernement zu tragen habe. Die Steigerung der Ausgaben für die Polizei um etwa 100 Millionen Zloty gegenüber dem Vorjahr sei auf Gehaltserhöhungen, Beschäftigungsvergütungen und Aufbesserung der Bezüge der polnischen Polizei zurückzuführen. Darüber hinaus habe man bei der Ordnungspolizei angesichts der Notwendigkeit der Durchführung größerer Bauvorhaben mit starken einmaligen Ausgaben zu rechnen, für die lediglich der Haushalt des Generalgouvernements aufzukommen habe. - Dem Wunsche des Herrn Generalgouverneurs nach Verstärkung des Einzeldienstes sei man in gewissem Umfange nachgekommen, und es seien z.B. in Warschau 250, in Krakau 140 Mann für diesen Dienst abgeordnet worden.

Der Herr Generalgouverneur will an der Forderung nach Verstärkung des Einzeldienstes auch im neuen Haushaltsjahr unbedingt festgehalten wissen.

Der Herr Generalgouverneur beraumt für die nächste Woche eine Polizeisitzung an, in welcher unter Zuziehung eines Vertreters der zuständigen Berliner Instanz zu allen diesen Fragen, insbesondere auch zur Frage einer etwaigen Verstärkung des Amtes "Verwaltung und Recht" Stellung genommen werden soll.

In diesem Zusammenhang gibt der Herr Generalgouverneur seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß sich die Zahl der Angehörigen des Sonderdienstes mittlerweile fast verdoppelt habe. Sein Wunsch sei es, daß jedem

Kreishauptmann mindestens 50 Sonderdienstmänner zur Verfügung ständen.

Weiter weist der Herr Generalgouverneur Staatssekretär Dr. Bühler an, dafür zu sorgen, daß Beamte in Uniform von den Angehörigen der Polizei gegrüßt werden.

Staatssekretär Dr. Bühler bemerkt dazu, daß Reichsführer SS ein Einschreiten in dieser Beziehung abgelehnt habe.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Befremden über diese Stellungnahme Ausdruck und behält sich vor, gegebenenfalls die Polizeiwache im Regierungsgebäude durch Sonderdienstmänner zu ersetzen.

Finanzpräsident Spindler teilt mit, daß ihn Gouverneur Dr. Wächter gebeten habe, dem SS- und Polizeiführer beim Distrikt eine Dienstwohnung zur Verfügung zu stellen. Er, Finanzpräsident Spindler, möchte sich diesem Wunsche gegenüber ablehnend verhalten, da die Erfüllung des Wunsches sofort Berufungen nach sich ziehen würde; den gleichen Anspruch könntendann auch z.B. der Amtschef des Distrikts, der BDO und der BDS erheben.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß in der Zurverfügungstellung einer Dienstwohnung an sich kein Bedenken zu sehen sei, da ja den betreffenden Beamten dafür der Wohnungsgeldzuschuß einbehalten würde. Im übrigen müsse grundsätzlich darauf hingewiesen werden, daß die Regierung des Generalgouvernements bereit sei, den Beamtenwohnungsbau aus staatlichen Mitteln zu fördern.

Finanzpräsident Spindler nimmt dann zur Frage der Dienstaufwandentschädigung Stellung. Die Hauptabteilungsleiter erhielten zur Zeit 200.-RM im Monat. Den Amtschefs, den SS- und Polizeiführern bei den Distrikten

würden ihre Repräsentationsaufwendungen bis zu einer glaubhaft gemachten Höhe von 300.-RM im Monat ersetzt. Dagegen, daß der BDO. und BDS. den Hauptabteilungsleitern gleichgestellt würden, beständen gewisse Bedenken.

Der Herr Generalgouverneur hat gegen diese Gleichstellung aber nichts einzuwenden, da der BDO. und BDS. den Rang von Regierungsmitgliedern hätten und politisch wichtige Ämter ausübten. Weitere Folgerungen brauchten aus einer solchen Regelung nicht gezogen zu werden.

Finanzpräsident Spindler geht sodann auf die gesamte Haushaltführung ein. Im laufenden Etatsjahr könne man mit Mehreinnahmen von 200- bis 250 Millionen Zloty rechnen. Die Einnahmen der Monopole würden sich auf etwa 600 Millionen Zloty belaufen. Insbesondere hätten sich die Einnahmen aus dem Branntweinmonopol erheblich gesteigert. Eine gute Entwicklung zeigte sich auch bei den direkten Steuern. Wenn auch vielleicht in den erhöhten Eingängen an direkten Steuern infolge der Erzielung höherer Einnahmen der polnischen Gewerbebetriebe angesichts der Preisgestaltung gewisse anormale Mehreinnahmen steckten, so sei doch im allgemeinen die Entwicklung bei den direkten Steuern auf die bessere Erfassung und verstärkte Beitreibung zurückzuführen. Man rechne für das kommende Jahr mit einer Gesamteinnahme von 400 Millionen Zloty an direkten Steuern.- An größeren Ausgaben träten auf die Vermehrung des Polizeihaushalts um etwa 100 Millionen Zloty sowie der Reichsverteidigungsbeitrag von 100 Millionen Zloty. Weiter seien auch die Anforderungen der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft für Meliorationen, Talsperrenbau usw. und für den Straßenbau gestiegen. Die Ostbahn mache Kriegsschäden in Höhe von 64 Millionen Zloty geltend. Sie sei nicht gewillt, diese Summe auf dem Darlehensweg zu beschaffen.

Der Herr Generalgouverneur hält gleichwohl den Weg des Darlehns für gegeben, umso mehr, da die Emissionsbank bereit sein werde, unter günstigen Bedingungen ein solches Darlehen zu gewähren.

Auf eine Frage des Finanzpräsidenten Spindler, ob in absehbarer Zeit mit der Errichtung der Krakauer Universität gerechnet werden könne, erwidert der Herr Generalgouverneur, daß es vor allem sein Wunsch sei, den Bau der Sternwarte und die Sanierung der staatlichen Krankenanstalten irgendwie in die Wege zu leiten. An die Eröffnung der Krakauer Universität könne selbstverständlich jetzt noch nicht gedacht werden, wohl aber müsse ein Weg gefunden werden, die wertvollen Institute der polnischen Universität wieder neu aufzubauen. Das gelte vor allem auch für die Landwirtschaftliche Forschungsanstalt in Pulawy. In allen diesen Fragen bedürfe es einer engen Zusammenarbeit der Finanzverwaltung mit dem Institut für deutsche Ostarbeit. Angesichts der Stellung, die das Generalgouvernement infolge der Ereignisse im Osten erlangen werde, müsse gerade Krakau als kulturelles Zentrum seinen Platz verteidigen. Wenn einmal in Krakau eine wirkliche Universität existiere, dann könne die Betreuung der geistigen Fakultäten - Philosophie, Geschichte, Jurisprudenz, vielleicht auch Musik - vom Institut für deutsche Ostarbeit weggenommen und dann das Institut zu einer Art Akademie der Wissenschaften ausgebaut werden.

Im Zusammenhang mit der Frage der eventuellen Gründung einer Medizinischen Akademie nimmt der Herr Generalgouverneur zu verschiedenen medizinischen Problemen Stellung. Vollgültige Ärzte dürften fürderhin im Generalgouvernement nur Deutsche sein; Polen könnten nach einer gewissen Ausbildung lediglich Heilpraktikanten werden, um dann den ärztlichen Dienst für Polen und Juden zu versehen. Eine Gefahr liege in einer solchen Regelung nicht, da diese Heilpraktikanten einer

ständigen Kontrolle unterlägen. Für die Ausbildung dieser Heilpraktikanten habe ihm Obermedizinalrat Dr. Walbaum bereits einen sehr guten Vorschlag gemacht. Die Staatskrankenhäuser ständen unter Leitung des Obermedizinalrats Dr. Walbaum und hätten an sich keine Verbindung mit der medizinischen Fakultät. Für die Leitung der polnischen Staatskrankenhäuser werde man einen hervorragenden Chefarzt suchen müssen, unter dem die polnischen Ärzte zu arbeiten hätten.

Oberregierungsrat Frhr. von Streit geht sodann auf einige die Philharmonie des Generalgouvernements betreffende Fragen ein. Die Philharmonie verfüge über eine gewisse Selbständigkeit, ihr Haushalt finde sich bei demjenigen der Abteilung Wissenschaft.

Der Herr Generalgouverneur wünscht eine Klärung der Stellung des Chefdirigenten Dr. Rohr und des Intendanten Haslinde. Die Bezüge des Dr. Hanns Rohr und des Intendanten Haslinde in Höhe von 18 000 bzw. 12 000 RM jährlich hält der Herr Generalgouverneur für angemessen. Kapellmeister Erb soll nach Möglichkeit eine Förderung erfahren.

Die Tatsache, daß zur Zeit noch einem Hauptabteilungspräsidenten das Gehalt eines Regierungsrats gezahlt wird, veranlaßt den Herrn Generalgouverneur, Finanzpräsident Spindler anzuweisen, daß - wenn auch unter jederzeitigem Widerruf - den Beamten das Gehalt gezahlt werde, das für die betreffende Stellung im Stellenplan ausgesetzt sei. Diese Regelung müßte für die höheren Beamten einschließlich der Kreishauptmänner gelten.

Wie Finanzpräsident Spindler mitteilt, hat das Reichsfinanzministerium vorgeschlagen, daß das Generalgouvernement von den im Rahmen des Otto-Programms entstandenen Straßenbaukosten, die auf etwa 250 Millionen Reichsmark geschätzt würden, ein Drittel = 90 Millionen

Reichsmark übernehmen solle. Diese 90 Millionen Reichsmark seien auch bereits gegeben worden. Er habe sich allerdings dagegen gesträubt, diese Verpflichtung in Höhe eines Drittels der Gesamtkosten zu übernehmen, da noch unsicher sei, wie hoch sich diese Kosten insgesamt stellen würden. Zu bedenken sei auch, daß von Seiten des Generalgouvernements zu diesem Straßenbau große finanzielle Aufwendungen gemacht worden seien, sich auch in letzter Zeit umfangreiche Reparaturarbeiten als notwendig erwiesen. Er bitte daher den Herrn Generalgouverneur, beim Reichsfinanzministerium zu beantragen, daß es mit dieser einmaligen Aufwendung von 90 Millionen Reichsmark sein Bewenden habe. - Das Reichsinnenministerium verlange vom Generalgouvernement, daß es mit möglichster Beschleunigung Dienstwohnungen für Gendarmen herstelle. Er habe demgegenüber darauf hingewiesen, daß das nur im Rahmen der geplanten deutschen Viertel möglich sein werde, in denen die Gendarmen mitunterzubringen wären. Nach Schätzungen würde der Bau solcher Dienstwohnungen etwa 70 Millionen Reichsmark kosten.

Der Herr Generalgouverneur trifft die Entscheidung, daß die Versorgung der Gendarmen mit Dienstwohnungen nur im Rahmen des gesamten Beamtenwohnungsbaues stattfinden dürfe.

Finanzpräsident Spindler berichtet dann noch von dem Wunsche der Kreishauptmänner, in den Städten Ghetto zu bilden.

Der Herr Generalgouverneur wünscht keine weitere Ghettobildung mehr, da nach einer ausdrücklichen Erklärung des Führers vom 19. Juni d.J. die Juden in absehbarer Zeit aus dem Generalgouvernement entfernt würden und das Generalgouvernement nur noch gewissermaßen Durchgangslager sein solle.

9

17.7.1941

12[40] Besprechung mit Abteilungspräsident Dr. Frauendorfer.

Abteilungspräsident Dr. Frauendorfer berichtet, daß die Hauptabteilung Arbeit alle mit der Aufrüstung und den Wehrmachtsvorhaben zusammenhängenden Aufgaben erfüllt habe. Diese große Leistung habe auch von der Wehrmacht anerkannt werden müssen. Die Abteilung Arbeit habe 180 000 Arbeiter vermittelt, darüber hinaus 16 000 Polen besorgt, die als mobile Verbände in den Osten gegangen seien, daneben noch 85 000 Landarbeiter ins Reich geschickt.

Der Herr Generalgouverneur weist Abteilungspräsident Dr. Frauendorfer an, Staatssekretär Dr. Bühler einen für den Führer bestimmten Sammelbericht mit eingehendem Zahlenmaterial zuzustellen.

Abteilungspräsident Dr. Frauendorfer gibt dem Herrn Generalgouverneur sodann einen Überblick über die gegenwärtige Lage auf dem Gebiete des Arbeitseinsatzes. Die Situation sei, so führt er aus, allmählich sehr schwierig geworden. Der Arbeitseinsatz hänge sehr stark davon ab, welches Entgelt die Arbeiter für ihre Arbeit erhielten. Er habe sich bislang von dem Bestreben leiten lassen, die bisherige Lohnhöhe zu halten. Mittlerweile seien jedoch die Preise so gestiegen, daß der Lohn für den Lebensunterhalt der Arbeiter nicht mehr ausreiche und man vielfach die Beobachtung machen müsse, daß die Leute ihre Arbeitsstelle verließen, um sich auf dem Lande einige Nahrungsmittel zu erbetteln.

Wie Abteilungspräsident Dr. Frauendorfer weiter mitteilt, sind die Verhältnisse der Sozialversicherung zur Zeit außerordentlich günstig. Man werde deshalb in der Lage sein, die niedrigen Renten etwas zu erhöhen.

Abteilungspräsident Dr. Frauendorfer geht dann noch kurz auf einige Fragen ein, die mit seinem Ausscheiden aus der Stellung des Generaldirektors der Werke des Generalgouvernements A.-G. zusammenhängen.

12^{50} Oberstleutnant Fischer hält dem Herrn Generalgouverneur Vortrag über die Lage auf dem deutsch-russischen Kriegsschauplatz.

13^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Führer der Standarte "Feldherrnhalle" SA-Obersturmbannführer Jansen und seinen Adjutanten SA-Obersturmführer Wohlfahrt.

Der Herr Generalgouverneur gibt dem Wunsche Ausdruck, einige Mannschaften der Standarte "Feldherrnhalle" als Wache für die Burg zu erhalten. Auf eine solche Wache lege er als SA-Obergruppenführer besonderen Wert. Er sei bereit, den Wachmannschaften eine gute Unterkunft auf der Burg zu verschaffen. Auch werde es sein Bestreben sein, im Bereiche des Generalgouvernements an besonders bevorzugten Orten Erholungsmöglichkeiten für Angehörige der SA zu schaffen.

SA-Obersturmbannführer Jansen teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß er bereits mit Obersturmbannführer Stahl über diese Frage gesprochen und geeignete Wege erwogen habe. Die Bildung einer Wache, bestehend aus Angehörigen der Standarte "Feldherrnhalle", werde umso eher möglich sein, als ihm das Kommando Krakau persönlich unterstellt werde. Abschließend ersucht der Herr Generalgouverneur Obersturmbannführer Jansen, sich in allen diesbezüglichen Fragen mit Dienstleiter Schalk ins Benehmen zu setzen.

13^{10} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Gouverneurs Dr. Lasch den italienischen Ministerialrat Grafen di Fossombrone.

Graf di Fossombrone überreicht dem Herrn Generalgouverneur ein seidenes Schwarzhemd.

Der Herr Generalgouverneur dankt dem Grafen di Fossombrone für diese Gabe und ersucht ihn, als Geschenk für Graf Ciano ein Jagdgewehr entgegenzunehmen.

13^{20} F r ü h s t ü c k .

11

17. Juli 1941

15^00^ Der Herr Generalgouverneur bespricht mit dem Präsidenten der Hauptabteilung Justiz, Ministerialrat Wille, den vom Reichsministerium des Innern vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über die Behandlung Gemeinschaftsfremder. Er bezeichnet den Entwurf in der vorliegenden Form als für die Justiz untragbar und erklärt, gegen ihn schärfsten Widerspruch einlegen zu wollen. Wenn dieser Entwurf, so wie er vorliegt, Gesetz werde, sei die Justiz in Deutschland erledigt.

Ministerialrat Wille wird beauftragt, zusammen mit Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh den Entwurf genauestens durchzuarbeiten, die gegen ihn sprechenden Argumente in einer fachmännisch begründeten Denkschrift niederzulegen und diese Denkschrift in der kommenden Woche mit dem Generalgouverneur zu besprechen.

Der Herr Generalgouverneur legt besonderen Wert auf die Klärung der Frage, ob das Justizministerium sich schon auf den Entwurf festgelegt habe oder in seiner Entschliessung noch frei sei. Im ersteren Falle müsse eben er, Reichsminister Dr. Frank, seine Argumente gegen den Gesetzentwurf allein vorbringen, andernfalls sei ein gemeinsames Vorgehen mit dem Reichsjustizministerium anzustreben. Unerklärlich sei, dass der Gesetzentwurf im gegenwärtigen Zeitpunkt, wo doch alle Rechtsreformen bis zum Kriegsende aufgeschoben seien, vorgelegt werde. An eine Aufhebung des Widerspruchs durch ihn, Reichsminister Dr. Frank, könne nur gedacht werden unter der Voraussetzung, dass in den Entwurf eine Bestimmung eingefügt werde, folgenden Inhalts:

Eine Verwahrung - ganz gleich aus welchem Rechtsgrunde,- die länger als drei Monate

17.7.1941

12 dauern soll, kann von der Polizei nur ausgesprochen werden, wenn das zuständige ordentliche Gericht diese Verfügung bestätigt. Zu diesem Zweck ist an jedem Gericht ein besonderer Senat (Verwahrungssenat) zu bilden, der aus einem Richter als Vorsitzendem und zwei richterlichen Beisitzern besteht. Der Staatsanwalt ist bei dem Verfahren beizuziehen. Der zu Verwahrende ist zu vernehmen. Den Antrag auf Eröffnung des Verfahrens kann nur stellen: Der Staatsanwalt, die Polizeibehörde, ein Angehöriger des zu Verwahrenden, gegebenenfalls das Vormundschaftsgericht.

Staatsanwalt Dr. Meidinger erhält Weisung, Herrn Landgerichtsrat Taschner zu verständigen, dass er, sobald das amtliche Umlaufverfahren für den Gesetzentwurf in Gang gesetzt werde, die Frist telefonisch dem Generalgouverneur mitzuteilen habe.

15⁴⁰ Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Unterstaatssekretär Kundt.

Gegenstand der Besprechung ist die Besetzung von Beamtenstellen in den neu besetzten Gebieten Rußlands. Ferner werden Maßnahmen besprochen, die mit der Verwaltung und Betreuung der besetzten Gebiete zusammenhängen.

16²⁰ Besprechung mit Graf di Fossombrone und Kammergerichtsrat Dr. Keith.

17⁰⁰ Besprechung mit Verlagsleiter Strozyk und Pressechef Gaßner.

13 17.7.1941

17 30 Besprechung mit Geheimrat Rattinger, Oberbaurat Hofer, Architekt Koettgen und Kammergerichtsrat Dr. Keith.

Oberbaurat Hofer teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß von der an sich schon reduzierten, für Bauten vorgesehenen Etatssumme weitere 4 Millionen Zl. gestrichen worden seien. Davon entfielen auf die Bauten in Kressendorf allein 1 1/2 Millionen. Die Baudirektion sei daher genötigt, mit den vorhandenen Mitteln sehr vorsichtig zu wirtschaften, und habe sich entschließen müssen, die Arbeiten in Kressendorf sofort einzustellen.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß bis auf weiteres in der Krakauer Zeitung keinerlei Berichte über irgendwelche Bauvorhaben des Generalgouvernements erscheinen dürfen. Weiter beraumt der Herr Generalgouverneur für Sonntag, den 20. Juli 1941 eine Besprechung im Hause Kressendorf an, in der sämtliche Bauvorhaben des Generalgouvernements einer Erörterung unterzogen werden sollen.

Oberbaurat Hofer stellt in Aussicht, daß der Umbau des Schlosses Belvedere in Warschau am 14.8. 1941 vollendet sein werde. Voraussetzung sei allerdings, daß den Arbeitern einigermaßen ausreichende Lebensmittel zur Verfügung gestellt und sie auch entsprechend entlohnt werden. Ferner müßten die Schwierigkeiten, die dem Transport von Baumaterialien im Wege ständen, nach Möglichkeit beseitigt werden.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, für Beseitigung aller dieser Mißstände Sorge zu tragen. Er weist sodann darauf hin, daß in der Verwaltung der staatlichen Schlösser und Gärten nunmehr die Burg, die Schlösser in Warschau, Haus Kressendorf und Haus Krynica zusammengefaßt seien. In diesem Zusammenhang geht der Herr Generalgouverneur auch auf

die Frage ein, ob und an welcher Stelle eine Art Wochenendstation für die Kanzlei des Generalgouverneurs zur Verfügung gestellt werden könnte. Sein Interesse gälte auch der Schaffung eines Beamtenerholungsheimes in Zakopane. Ebenso sei es sein Wunsch, den Angehörigen der SA im Bereiche des Generalgouvernements Erholungsmöglichkeiten zu bieten, vielleicht in Krynica, Zakopane oder Rabka. Ein sehr schön gelegenes Heim bei Rabka, das bisher im Besitze des Forstschutzkommandos gewesen sei, könnte vielleicht der SA zur Verfügung gestellt werden.

Es wird sodann zu dem Bau des Verwaltungsgebäudes der Kanzlei des Generalgouverneurs Stellung genommen.

Oberbaurat Hofer gibt der Erwartung Ausdruck, daß das Gebäude bis zum Eintritt der Frostperiode im Rohbau fertiggestellt sein werde.

Kammergerichtsrat Dr. Keith ist allerdings der Auffassung, daß das Tempo der Arbeiten forciert werden müsse. Die benötigten Stein- und Rohrmaterialien ständen zur Verfügung. Schwierigkeiten biete jedoch immer noch die Transport- und Arbeiterfrage. Der Abriß des ehemaligen Gebäudes der Burgverwaltung schreite befriedigend vorwärts.

Architekt Koettgen teilt mit, daß die Möbel für das Verwaltungsgebäude im Entwurf fertiggestellt und auch schon einige Modellmöbel vorhanden seien.

Oberbaurat Hofer berichtet über die Arbeiten am neuen Staatskasino und stellt in Aussicht, daß Anfang Oktober der im Erdgeschoß gelegene Teil des Kasinos in Betrieb genommen werden könne. In den dort zur Verfügung stehenden Räumen würden dann schon über tausend Gäste verpflegt werden können

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.)

Burg Krakau

IX/3 **Freitag, den 18. Juli 1941**

10^{00} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

10^{20} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

10^{35} Besprechung mit Oberregierungsrat Dr. Schepers in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Bühler.

Oberregierungsrat Dr. Schepers legt dem Herrn Generalgouverneur eine mit Staatssekretär Dr. Bühler ausgearbeitete

Denkschrift mit Karte

vor.

In dieser Denkschrift seien von ihm die Gedankengänge ausgearbeitet worden, von denen sich das Generalgouvernement bei den kommenden Grenzbesprechungen leiten lassen müsse. Das zukünftige Einflußgebiet des Großdeutschen Reiches lasse sich ziemlich klar in Einflußsektoren gliedern. Für das Generalgouvernement seien besonders der Balkan- und der Ostseesektor von besonderer Bedeutung, da es für diese Einflußzonen vor ihrer Einmündung in das eigentliche Reichskerngebiet den Schlußstein bilde und eine gewisse Vorkontrolle zu übernehmen haben werde. Es ergäbe sich darum die Notwendigkeit, dem Generalgouvernement eine in sich geschlossene Gestalt zu geben. Es werde in Zukunft die Funktion eines Bindegliedes zwischen dem Reich und dem Osten ausüben müssen.

Um diese Reichsaufgaben erfüllen zu können, sei erforderlich, dem Generalgouvernement die notwendige innere Kraft zu geben. Es werde nicht nur als wirtschaftliches Durchgangsland, sondern auch als ungeheures Arbeiterreservoir für das Reich aufzutreten haben. Bei seinem großen Bedarf an fremden Arbeitskräften müsse das Reich aus diesem Gebiet verläßliche Arbeitskräfte schöpfen können. Diese Voraussetzung sei nur durch zwei Wege zu erreichen; entweder müsse durch sehr großen Kapitaleinsatz innerhalb des jetzigen

Gebietes der Lebensstandard gehoben oder durch neu hinzukommende Landstriche seine Wirtschaftsbasis vergrößert werden. Diese Überlegungen hätten ihn, Oberregierungsrat Dr. Schepers, veranlaßt, mehrere Grenzvorschläge auszuarbeiten. Der günstigste und nach seiner Meinung idealste Vorschlag umfasse ein Gebiet von 170 000 qkm und schließe Czernowitz mit ein.

Der Herr Generalgouverneur übergibt Staatssekretär Dr. Bühler das Kartenmaterial und ersucht Oberregierungsrat Dr. Schepers um genaue Ausarbeitung und Begründung der Grenzvorschläge, damit er, der Herr Generalgouverneur, bei den kommenden Grenzbesprechungen dem Führer positive Unterlagen vorlegen könne. --

Auf die Frage von Oberregierungsrat Dr. Schepers, ob die Erschließung eines Kalksteinbruches bei Kressendorf für das Bunawerk in Auschwitz möglich sei, nimmt der Herr Generalgouverneur eine ablehnende Stellung ein.

11[05] In Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Bühler empfängt der Generalgouverneur Landwirtschaftsrat Naumann von der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft sowie die vier Distriktslandwirte Dr. Platzer-Krakau, Dr. Kreker-Warschau, Stabsleiter Topf und Dr. Effertz-Lublin.

Der Herr Generalgouverneur gibt Kenntnis von der Unterzeichnung eines Erlasses, in dem er für die Dauer der Abwesenheit des Landesbauernführers Körner Landwirtschaftsrat Naumann zum geschäftsführenden Hauptabteilungsleiter bestellt habe. In seiner neuen Stellung unterstehe er dem Staatssekretär unmittelbar.

Der Herr Generalgouverneur teilt des weiteren den Anwesenden mit, daß er für Dienstag, den 22. Juli, eine große Wirtschaftssitzung anberaumt habe, in der alle brennenden Wirtschaftsprobleme ausgiebig besprochen werden sollen. Dabei müßte auch der Sektor Landwirtschaft behandelt werden; er erwarte von den Distriktslandwirten Bericht über die gegenwärtige Lage und Unterbreitung von Vorschlägen.

3

18.7.1941

11^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Bühler SS-Obergruppenführer Krüger.

Besprochen wurde:

1. die notwendige Sicherung der Ostgrenze des Generalgouvernements gegenüber den neubesetzten Ostgebieten. Hierbei soll eine Verstärkung dieser Ostbewachungsorgane sowohl in den Sektoren Zollgrenzschutz wie Grenzpolizei angestrebt werden;
2. der Herr Generalgouverneur ordnet eine Polizeisitzung für Montag, den 28. Juli, vormittags 10^{30} Uhr, an, zu der er SS-Obergruppenführer Krüger die Weisung gibt, die zuständigen Herren der Polizeiführung des Generalgouvernements einzuladen. Es sollen bei dieser Gelegenheit auch abschließend die Verteilung der Polizeikräfte sowie die mit der Polizeietat-Gestaltung zusammenhängenden Fragen besprochen werden.
3. SS-Obergruppenführer Krüger berichtet über die polizeiliche Lage im Generalgouvernement. Danach war die Stimmung der Bevölkerung noch nie so zurückhaltend und beruhigt wie zur Zeit, offenbar unter dem Eindruck des russischen Feldzuges.
4. Der Fall Löv (Verhaftung wegen mißbräuchlicher Anwendung seiner SS-Zugehörigkeit in verschiedenen dienstlichen Zusammenhängen) wird vom Herrn Generalgouverneur dem SS-Obergruppenführer Krüger gegenüber nach Aufklärung des Sachverhalts für erledigt erklärt.
5. Der Herr Generalgouverneur gibt Staatssekretär Dr. Bühler und SS-Obergruppenführer Krüger anheim, das bisher noch von der Abteilung Landwirtschaft bewirtschaftete Gestüt bei Tarnow zu besichtigen. Der Herr Generalgouverneur plant, dem SS-Obergruppenführer Krüger in seiner Eigenschaft als oberstem Leiter des Pferdesports im Generalgouvernement die-

ses Gestüt als Staatsgestüt des Generalgouvernements direkt zu unterstellen mit dem speziellen Auftrag, die höchste Entwicklung der Pferdezucht im Generalgouvernement in einem Mustergestüt zu betreiben.

12[15] Besprechung mit Dienstleiter Schalk.

Dienstleiter Schalk legt dem Herrn Generalgouverneur zunächst das Programm für die am gleichen Abend stattfindende Kundgebung im Haus Urania vor. Weiter wird die Frage der Bestellung eines Verbindungsmannes zwischen dem Herrn Generalgouverneur und Dienstleiter Schalk besprochen. Dieser solle die gleiche Stellung im Stabe des Reichsleiters einnehmen, wie Kammergerichtsrat Dr. Keith in der Kanzlei des Generalgouverneurs. Dienstleiter Schalk erhält vom Herrn Generalgouverneur den Auftrag, nach einem geeigneten Mann Umschau zu halten.

12[25] Besprechung mit Abteilungspräsident Dr. Emmerich.

Präsident Dr. Emmerich berichtet über eine Fahrt nach Ostgalizien und über die Lage im dortigen Erdölgebiet. Die Verwüstungen seien sehr groß, die beiden größten Raffinerien restlos gesprengt. Trotzdem wäre die Situation nicht ungünstig; mit den erhalten gebliebenen kleineren Betrieben könnte alles gewonnene Erdöl raffiniert werden. Obwohl Rußland 1939 zwei Drittel der gesamten polnischen Ölfelder bekommen habe, sei die monatliche Erzeugung von 14 000 t nur um 3 000 t höher als die des Generalgouvernements, sodaß bei einer intensiveren Bewirtschaftung eine Steigerung zu erwarten sei.

Von besonderer Wichtigkeit sei für das General-

gouvernement das Erdgasproblem. 75 Millionen cbm Erdgas, für die das Generalgouvernement der prädestinierte Abnehmer sei, könnten nicht ausgenutzt werden. Zur Nutzbarmachung dieser Energien könne eine von den Russen geplante Erdgasleitung nach Lemberg, deren Rohre noch nicht in die Erde gelegt seien, eventuell nach Sandomierz gelegt werden. Im Austauschwege könnte das Generalgouvernement dafür Elektrizität liefern, da hieran großer Mangel in diesen neu besetzten Gebieten herrsche. Die Russen hätten sämtliche Elektrizitätsanlagen so gründlich zerstört, daß an eine Wiederaufrichtung in absehbarer Zeit nicht zu denken sei. Weiter weist Präsident Dr. Emmerich auf den großen Nutzen hin, den die Pripjet-Sümpfe für das Generalgouvernement haben könnten, aus denen sich - abgesehen von dem großen Holzreichtum - 5 Millionen ha Nutzland gewinnen ließen.

Präsident Dr. Emmerich berichtet sodann über den befriedigenden Verlauf einer Sitzung in Berlin, in der die Eigentumsfrage an mehreren ehemals polnischen Staatsbetrieben zwischen der Wehrmacht und dem Generalgouvernement behandelt worden sei. Es sei eine Einigung insofern erzielt worden, als einige Rüstungswerke der Wehrmacht übergeben würden und die Wehrmacht ihrerseits den Verzicht auf andere in Frage stehende Werke ausgesprochen habe. Zur endgültigen Regelung weiterer strittiger in dieser Richtung liegender Fragen würde demnächst Ministerialdirektor Gramsch nach Krakau kommen.

Der Herr Generalgouverneur spricht Präsident Dr. Emmerich seinen Dank aus und stellt nochmals in den Vordergrund, daß die Rechte des Generalgouvernements bei diesen Verhandlungen auf keinen Fall geschmälert werden dürften.

18.7.1941

Zu dem Problem der Kohlen- und Eisenversorgung, das Präsident Dr. Emmerich anschließend aufwirft, verweist der Herr Generalgouverneur auf die in den nächsten Tagen stattfindende große Wirtschaftsbesprechung, in der alle diese Probleme eingehend behandelt werden sollen.

Zum Schluß bringt Präsident Dr. Emmerich die geplante Aussonderung der Energieinteressen aus den "Werken des Generalgouvernements" in eine eigene "Ost-Energie-A.-G." zur Sprache, die sich zu einem Millionenprojekt entwickeln werde.

Der Herr Generalgouverneur erklärt hierzu sein Einverständnis und ersucht Präsident Dr. Emmerich um weitere Förderung der Planungen in dieser Richtung.

13.05 Der Herr Generalgouverneur empfängt Gouverneur Dr. Wächter zur Berichterstattung über den Verlauf der Wirtschaftsbesprechungen in Kattowitz.

Gouverneur Dr. Wächter schildert dem Herrn Generalgouverneur die herzliche Atmosphäre der Besprechungen und betont, daß der erste Kontakt zu den einzelnen Ausschüssen hergestellt sei. Mit seiner Absicht, eine Gegeneinladung nach Kattowitz zu übermitteln, ist der Herr Generalgouverneur einverstanden, und er dankt dem Gouverneur Dr. Wächter für seine würdige Repräsentation des Generalgouvernements.

13.10 F r ü h s t ü c k .

15.10 Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

18.30 Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Staatssekretär Dr. Bühler, SS-Obergruppenführer Krüger,

18.7.1941

Gouverneur Dr. Lasch und Oberregierungsrat Dr. Schepers.

Der Herr Generalgouverneur macht davon Mitteilung, daß er laut fernmündlicher Unterredung mit Reichsminister Dr. Lammers vom Führer mit der Übernahme der gesamten Zivilverwaltung in den Gebieten des früheren Polnisch-Galizien betraut worden sei. Reichsminister Dr. Lammers erbitte einen Vorschlag über die Gestaltung der zukünftigen Grenzen sowie darüber, welche weiteren Gebiete gegebenenfalls vom Generalgouvernement noch benötigt würden.

Oberregierungsrat Dr. Schepers wird beauftragt, bis morgen ein entsprechendes Schreiben an Reichsminister Lammers mit Vorschlägen über die Grenzziehung vorzubereiten. Anzustreben sei, daß das Gebiet Pripjet-Sümpfe sowie das Gebiet von Bialystok dem Generalgouvernement einverleibt werde. Die Pripjet-Sümpfe böten die Möglichkeit, in großem Maße Arbeitskräfte in nutzbringender Weise zu Kultivierungsarbeiten heranzuziehen; das Bialystoker Gebiet sei für die Versorgung der Stadt Warschau von Bedeutung.

Es schloß sich sodann noch eine interne Besprechung zwischen dem Herrn Generalgouverneur, Staatssekretär Dr. Bühler und Gouverneur Dr. Lasch an.

20[00] Kundgebung des Arbeitsbereiches "Generalgouvernement" der NSDAP. aus Anlaß der Übernahme der Distriktstandortführung durch Gouverneur Dr. Wächter.

Dienstleiter Schalk eröffnet die Kundgebung mit Begrüßungsworten besonders an im Ostfeldzug verwundete Soldaten und spricht von dem ungeschriebenen Gesetz in der Bewegung, daß die Führer der Partei nicht unter Ausschluß der Öffentlichkeit, sondern inmitten der Volksgemeinschaft in ihr Amt eingeführt werden. Nach einjährigem Bestehen der Partei im Generalgouvernement solle nun der von Reichsleiter Dr. Frank ernannte Distriktsstandortführer von Krakau, Gouverneur Dr. Wächter, in sein Amt eingeführt werden.

18.7.1941

Nach Worten des Dankes an seine Mitarbeiter meldet Pg. Schalk dann dem Reichsleiter Dr. Frank die Übergabe des Amtes als Distriktsstandortführers an Dr. Wächter.

Distriktstandortführer Dr. Wächter gibt seiner Freude und seiner Dankbarkeit für die ehrenvolle Berufung Ausdruck und verspricht dem Reichsleiter genau so wie bisher als Distriktschef auch in der Parteiarbeit unverbrüchliche Treue und Gefolgschaft. Er streift die großen Aufgaben, die die Partei in diesem Raum zu bewältigen habe. Die Fahne der Bewegung müßte auch hier die deutschen Menschen verpflichten, dem Führer und seinem Großdeutschen Reich.

Der Herr Generalgouverneur, Reichsminister Dr. Frank, ergriff darauf das Wort zu folgender Rede:

Deutsche!

In einer unsagbar ernsten Epoche des Freiheitskampfes unseres Volkes sind Sie als deutsche Männer und Frauen Zeugen für einen Amtswechsel im Arbeitsbereich der NSDAP. gewesen. Ihnen, Parteigenosse Schalk, danke ich im Namen von uns allen für die bisherige Betreuung des Distrikts Krakau. Ihnen, Parteigenosse Wächter, wünsche ich als dem nunmehrigen Distriktstandortführer das beste für Ihr Werk.

Wir haben im Verlauf von 1 3/4 Jahren im Generalgouvernement eine schöne Form der Herrschaft aufgerichtet, die wohl verwurzelt ist und an der niemand mehr rütteln wird. Das Generalgouvernement und das Weichselland insgesamt bleiben nunmehr für alle Zukunft untrennbarer Bestandteil des Großdeutschen Reiches Adolf Hitlers.

(Lebhafter Beifall)

Dies verpflichtet uns, die wir bis jetzt der östlichste Bereich des Großdeutschen Reiches waren, den wir aber nun dank der unvergleichlich einmaligen Tapferkeit unserer Soldaten an im weiteren Osten dem deutschen Machtbereich zufallende Gebiete abgeben werden. Wir bilden hier die große Brücke zwischen Ost und West, wo sich deutsche Menschen

treffen und von wo aus der große gigantische Wille der Durchdringung des kommenden östlichen Machtbereiches sich durchsetzen wird. Wir können uns als Nationalsozialisten mit Stolz wieder zu unseren alten Parolen bekennen. Jeder deutsche Soldat, der im Osten kämpft, weiß, daß er für die größte Aufgabe des deutschen Volkes kämpft, die jemals unserer oder einer anderen Nation gestellt worden ist. Noch niemals war es aber Aufgabe eines Volkes gewesen, einen Machtbereich zu gewinnen, der ein vielfaches der Heimat umfaßt. Ich glaube, in den nächsten Tagen können wir, entsprechend den knappen Ausführungen in unseren Heeresberichten, mit sensationellen Meldungen rechnen, die allen Völkern in der Welt klarmachen werden, daß mit Adolf Hitler nicht nur eine Neuordnung des deutschen Reiches, nicht nur eine Neuordnung Europas, sondern ein neuer machtbewußter Block der Welt entstanden ist.

(Lebhafter Beifall)

Es ist schon 22 Jahre her, daß der Führer - es war Ende Juli 1919 - uns, eine ganz kleine Gruppe von Männern, in München zusammenrief. Damals war er selber als Verwundeter, kaum genesen von seiner schweren Verwundung, doch schon wieder entschlossen, den Freiheitskampf seines Volkes zunächst einmal politisch aufzunehmen. Ihr Kameraden, die Ihr verwundete Soldaten des Kampfes Adolf Hitlers seid, Ihr dürft Euch mit Stolz daran erinnern, daß der Führer dieses Reiches genau so wie Ihr einmal geblutet und gekämpft hat, gekämpft hat als einfacher Soldat für die Größe seines Vaterlandes. Damals, im Juli 1919, hat der Führer zu diesem kleinen Kreise von Männern gesagt: Trotz der Niederlage beginnt jetzt die deutscheste Epoche Europas. Das war ein Wort von unbezwingbarer Zuversichtlichkeit, es grollte wie ein Donner aus den Tiefen deutschen Gewissens und deutscher Bewußtheit. Es drang in die jungen Seelen seiner ersten Anhänger.

Wann ist jemals eine Zeit gewesen, die so Großes erlebt hat, wie wir es jetzt erleben, die an ihrer Spitze den Gestalter der größten Periode unseres Volkes weiß, den wahr-

haft gottgesandten Mann Adolf Hitler, den Befreier der Welt vom Verbrechertum aller Arten! Wir können sagen: in diesem Krieg des Lichts mit dem Dunkel hat der Herrgott selbst uns Deutsche zu seinen Streitern gemacht. Das ist ein großes Wort, es würde in allen anderen Epochen unseres müden, matten Zeitalters, die wir schon erlebt haben, wie eine Phrase anmuten. Aber heute ist es die große Wahrheit geworden.

Wofür kämpfen die englischen Soldaten, wofür schickt Herr Roosevelt seine Soldaten aus, um Zwischenfälle zu erzeugen, wofür kämpft dieses mißbrauchte Volk der Reussen? Man soll sie fragen - sie wissen es nicht und können es auch nicht wissen. Denn Churchills, Roosevelts und Stalins Sache ist nicht mehr die Sache der Völker, sie ist nur noch die verzweifelte Angelegenheit sterbender Repräsentanten untergehender Epochen. Unsere Armeen stehen mit Adolf Hitler am Beginn einer neuen Ordnung. Wir können gerade hier von Krakau aus den Blick nunmehr in diesen Ostraum lenken. In diesen 1 3/4 Jahren konnten wir uns oft denken, daß diese Grenze im Osten unerträglich ist, daß sie uns keinerlei Schutz gegenüber einem etwaigen Angriff der Bolschewiken gewährt. Wie sie sich rüsteten und vorbereiteten, konnten wir hier aus unmittelbarer Nähe beobachten. Wir dürften daher auch Zeugnis dafür ablegen, daß der Führer in Notwehr handelte, um seinem Volk den vernichtenden Angriff der bolschewistischen Massen zu ersparen und, allerdings auch für alle Zukunft, jede Gefahr für das deutsche Volk zu bannen. Niemals wieder wird dem deutschen Volk auf dem europäischen Kontinent ein Gegner entgegentreten.

(Lebhafter Beifall)

Wenn wir in die Jahrhunderte deutscher Geschichte zurückschauen, dann können wir nur feststellen: Immer hatten wir Feinde ringsum, bald im Westen, bald im Norden, bald im Süden und Osten. Immer brachen sie hervor, immer wieder plünderten sie unser Gebiet, immer wieder zerstörten sie

die Kulturwerke unserer Nation, zerstörten unsere Ernten, raubten unsere Güter. Trotz allem Heroismus, trotz herrlichen Kampfes durch die Jahrhunderte hindurch, stand immer wieder am Ende der Sieg einer kontinentalen Koalition. Und so haben wir denn alles wieder verloren. Man nehme nur eine Karte zur Hand und betrachte die Entwicklung des Lebensraums der Deutschen in diesen 2 000 Jahren. Wo waren die Germanen nicht überall, wo gibt es nicht Zeugen ihrer Kraft, wo haben sie nicht Dokumente ihrer Leistung hinterlassen. Noch vor wenigen Tagen hat man in Lublin ungeheuer wertvolle Zeugen von der Anwesenheit der Goten in diesem Raum ausgegraben. Überall stoßen wir auf diese deutsche Arbeit. Weit über die Grenzen des Generalgouvernements hinaus nach dem Osten haben deutsche Menschen und Soldaten, deutsche führende Gestalter auf allen Gebieten dem deutschen Volk den Raum erschlossen, Kultur verbreitet und die menschliche Zivilisation vorwärts gebracht. Alles das mußte wieder untergehen, es mußte immer wieder aufgegeben werden, weil die staatliche Organisation unseres Volkes nicht imstande war, der Raubgier unserer Nachbarn im Westen, Osten, Norden einen Riegel vorzuschieben. Mitten im Frieden durfte sich ein Ludwig XIV. die deutsche Stadt Straßburg rauben, mitten im Frieden wurde uns Holland genommen, mitten im Frieden wurde uns Holland genommen, mitten im Frieden wurden uns Länder geraubt, die wertvollste Bestandteile des Reiches waren. Mitten im Frieden auch wagten es einige wildgewordene Spiesser, sich als ein eigener Bund vom Reich zu trennen. Heute steht das Reich wieder da und selbst das, was uns einmal geraubt wurde, kehrt wieder zum Reich zurück,

(Lebhafter Beifall)

weil das Reich Adolf Hitlers die großartigste Führung der deutschen Energie ist, die es jemals gegeben hat, und weil, wie der Führer sagte, der deutschen Wehrmacht schlechterdings keine Aufgabe unlösbar ist.

Wenn wir nun aus der Geschichte heraus der Opfer gedenken, die das deutsche Volk für die Behauptung seiner

Existenz zu bringen hatte, dann müssen wir sagen: auch sie legitimieren das deutsche Volk zur Führung Europas. Durch die Jahrhunderte hindurch hat Deutschland Hunderttausende, ja Millionen seiner Männer verloren, die immer wieder zur Verteidigung ihres Vaterlandes aufgerufen werden mußten. Und nun, meine lieben Volksgenossen, stellen Sie sich eine Zukunft vor, wie sie nunmehr dem Deutschen Reich beschieden sein wird: kein Feind ist mehr imstande, den Frieden unseres Volkes zu stören. Welch' ein gigantisches Erlebnis! Die Grenzen, die Adolf Hitler dem Deutschen Reich gibt, die Grenzen, die darüber hinaus der deutsche Machtbereich haben wird, greift wahrhaftig niemand mehr an. Wir haben eine Einheit des Staates, eine Einheit des Volkes, eine Einheit der Führung und eine Einheit der Weltanschauung, wie wir sie noch nie gehabt haben. Hier kann man nicht mehr eindringen und unser Volk wieder in inneren Kämpfen zerreißen und zerspalten, wie es jahrhundertelang die gewohnte Übung unserer haßerfüllten Feinde war. Wehe dem, der es heute auch nur versuchen wollte, diese Einheit unseres Volkes zu stören! Diese Einheit ist gewährleistet durch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Unsere herrliche Bewegung, unser großartiger Orden der Führung und der Volksgemeinschaft ist die unzerstörbare Heimstätte für die Gemeinschaft unserer Nation. Hier wird kein Unterschied mehr möglich sein zwischen Protestanten und Katholiken, zwischen Arbeitern und Bürgerlichen oder anderen Ständen. Hier wird es keine Möglichkeit mehr geben, Bayern gegen Preußen, gegen Österreich oder sonst ein anderes Land auszuspielen. Man wird sich auch allmählich daran zu gewöhnen haben, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei auch für die Welt ein ernstes Problem zu werden beginnt. Denn was steht dieser Einheit unseres Volkes, unseres Reiches, unserer Führung, unserer Weltanschauung an lächerlichen kleinen Knirpsen und armseligen kleinen Unternehmercliquen gegenüber? Schauen Sie sich doch einmal diesen Kerl, den Roosevelt an, ihn, der erklärt, daß er stolz auf seine jüdische Abstammung sei.

18.7.1941

Dieser Mann will uns nicht etwa den Krieg erklären,-das wäre ja nicht jüdisch,- sondern er will das schleichende Gift nach Europa hineintragen und glaubt, eines Tages einen Zwischenfall herbeiführen zu können, wo dann das jüdische Wehgeschrei erschallen würde: Adolf Hitler hat geschossen, jetzt geht der Krieg an. Ich muß schon sagen, wenn man so von Haß gegen den Führer erfüllt ist, dann soll man auch den Mut haben, den Krieg zu erklären. Dieser Roosevelt braucht sich nicht einzubilden, daß er etwa ein Nachfolger des ehrenwerten Washington wäre. Washington hat ja seinerzeit die Vereinigten Staaten vom Joch Englands befreit. Roosevelt aber führt die Vereinigten Staaten in das Joch Englands.

(Heiterkeit)

Washington hat erklärt: Alle können ihm helfen, nur keine Juden. Roosevelt aber erklärt: Alle sind ihm gleichgültig, nur nicht die Juden. Herr Roosevelt soll ja nicht glauben, daß wir ihn fürchten. Der Führer hat in seiner großen Rede zu Beginn des Jahres erklärt, daß für alles vorgesorgt ist.

(Lebhafter Beifall)

Und was Churchill anlangt, diesen demokratischen Reklametrommler, so kann ich von ihm sagen: er ist eigentlich schon ein bißchen bei uns populär geworden, es fängt schon jeder an zu lachen, wenn er seinen Namen hört, er ist so eine Art Weiss Ferdl. Es ist ein alter Mann, der schwätzt: er weiß nicht, was er am Tag vorher gesagt hat. Für unsern Führer Adolf Hitler ist es nur eine Ehre, daß ein Churchill und ein Roosevelt ihn nicht mögen. Aber, Herr Churchill, wenn Sie es wagen, den deutschen Fallschirmjägern den Vorwurf zu machen, daß sie in der Uniform von Neuseeländern in Kreta gelandet seien, und wenn Sie damit den Anlaß geben, daß unsere braven Fallschirmjäger einer völlig völkerrechtswidrigen Behandlung unterzogen werden, dann, Herr Churchill, fallen Sie aus dem Rahmen der staatsmännischen Betrachtung Ihres Volkes heraus, dann sind Sie als verbrecherischer Lügner und als Mörder für alle Zukunft gestempelt. Wer zu solchen Mitteln greift, hat kein Recht mehr, von einem gesitteten Kampfe zu sprechen.

18.7.1941

Roosevelt und Churchill sind nun gottlob bei Stalin gelandet. Das ist eine großartige Tatsache. Er ist in seinen jungen Jahren für den Priesterberuf bestimmt gewesen. Er hat dann schon mit 22 Jahren gemerkt, daß diese Laufbahn zu lange dauern würde, und hat sich auf die Politik geworfen. Stalin ist nun geradezu ein berufener Massenmörder, er hat eigentlich gar keinen anderen Beruf. 34 000 Offiziere hat er im Verlauf von acht Jahren umbringen lassen, und diese Zahl ist nicht etwa erfunden, sie stammt aus den Archiven in Moskau. Denn man muß offenbar auch darüber Buch führen, es könnte ja sein, daß man eines Tages darüber abrechnen muß.

Wir haben das damals 1919 in den Versammlungen des Führers gehört. Der Führer sprach von den Juden, den Marxisten und Freimaurern. Alle zusammen haben dann vom ersten Tage fanatisch verschworen als Gegner des Führers und seiner Bewegung gewirkt. Damals sagte der Führer: es gibt nur eine Entscheidung - entweder Nationalismus oder Bolschewismus. Und wie wir den Bolschewismus in Deutschland zerschlagen, wie wir die Plutokratie zerschlagen und die Juden fortgejagt haben, so wird dies auch im Machtbereich des Großdeutschen Reiches geschehen. Moskau war die weitaus längste Zeit das bolschewistische Machtzentrum. Heute sind die bolschewistischen Machthaber wohl schon in Kasan gelandet, und sie werden noch weiter wandern, wenn wir sie nicht mittlerweile erwischen. Wo immer wir mit diesen Brüdern zusammentreffen, wird der Führer dafür sorgen, daß sie alle Versuche unterlassen, weiter mit Deutschland anzubinden. Der Führer hat es das letztemal ganz scharf in seiner Rede gesagt: entweder wir oder die andern, eine Versöhnung kann es hier nicht geben. Vielleicht ist Roosevelt so vorsichtig und weicht im letzten Augenblick noch zurück.

Wir müssen uns als deutsche Männer und Frauen darüber klar sein, daß die Entscheidung, vor der wir stehen, die größte Entscheidung ist, vor der jemals ein Volk stand, und

unsere Pflicht ist es, uns dieser großen Aufgabe immer würdig zu zeigen. Der Duce Mussolini hat das italienische Volk in diesen Kampf an unsere Seite geführt. Er ist, zusammen mit dem Führer, der Repräsentant der neuen Ordnung, die Licht, Luft, Glück und Frieden bringen wird. Es gibt keine Völker mehr, die sich der neuen Ordnung, die der Führer aufbauen wird, versagen können. Das Weltreich der Deutschen ersteht, das Weltreich der Angelsachsen und der Russen geht unter. Wenn Moskau, Petersburg, Kiew, einmal in absehbarer Zeit in deutscher Hand sein werden, dann schlägt die Stunde der Beendung dieses Krieges. Es ist für das deutsche Volk ein großartiges Zeugnis, daß es in einer und derselben Generation den zweiten Weltkrieg mit dieser bewundernswerten Selbstbeherrschung erträgt. Wenn man heute die Zeitungen aufschlägt, dann findet man überall in ihnen die erschütternden Todesanzeigen, die von dem Tode des Mannes, des Vaters, des Sohnes im Osten melden. Das ist für uns alle ein ernster Augenblick. Wie viele deutsche Familien trifft diese Todesbotschaft! Viele Gräber werden sich über Deutsche schließen. Aber dank der Genialität unserer Führung, dank der hervorragenden Arbeit unserer Wehrmacht und der großartigen Überlegenheit unserer technischen Waffen ist trotz allem die Zahl unserer Opfer sicherlich wieder gering im Verhältnis zu dem einzigartigen Erfolg, den die deutsche Wehrmacht errungen haben wird.

Das Weltreich der deutschen Nation wird zugleich die Schutzmacht der schwachen, der kleinen Völker sein. Man wird auf diesem Kontinent nicht mehr gegen das Reich stehen können. Auf diesem Kontinent wird es nur noch die Möglichkeit geben, entweder des Reiches Verbündeter oder des Reiches Schutzbefohlener zu sein. Für uns im Generalgouvernement ist es klar, daß das hier lebende Volk des Reiches Schutzbefohlene darstellt. Einen eigenen polnischen Staat wird es nie wieder geben, schon deshalb nicht, weil er uns auf dem Zuge nach dem Osten im Wege wäre, schon deshalb nicht, weil wir ihn doch in absehbarer Zeit wieder aufteilen müßten.

18.7.1941

Infolgedessen soll man hier schon mit dem endgültigen Ergebnis rechnen. Das Ergebnis ist auch durchaus erträglich. Die Führung der Deutschen hat sich überall segensreich ausgewirkt. Ich behaupte auch, daß die Bevölkerung dieses Gebietes noch nie so friedlich leben konnte wie jetzt. Früher hatte sie ihre Parteien, die sie immer wieder belästigten. Sie hatte ihre Regierungen, die immer wieder korrupt waren. Früher mußte sie große Botschafterunternehmungen in die Welt schicken. Das alles brauchen jetzt die Polen nicht mehr. Sie sollen sich unter dem Schutz des Deutschen Reiches entsprechend ihrer natürlichen Anlage und Aufgabe betätigen und sie werden Frieden finden.

Es muß anerkannt werden, daß sich im Generalgouvernement in groß[illegible] [illegible]chen seiner Verwaltung das polnische Element tats[illegible] durchaus bewährt und zur praktischen Arbeit geeign[illegible]sen hat. Ich muß auch als Generalgouverneur ane[illegible] daß gerade die kleinen polnischen Arbeiter, Bauern, [illegible]gestellten und Beamten in anerkennenswerter Weise selbst unter schwierigsten Umständen ihre Pflicht tun. Auf Befehl des Führers werde ich deshalb auch den Schutz des Reiches über dieses Gebiet in zunehmendem Maße so durchsetzen und ausbauen, daß dieser friedlichen Entwicklung nichts im Wege steht. Man muß sich auch in diesem Raum darüber klar sein, daß in der Zukunft weniger als je eine Aussicht besteht, gegen den gigantischen Koloss der deutschen Wehrmacht auch nur das geringste unternehmen zu können. Jeder Widerstand ist unnütz und für den, der ihn ausübt, durchaus schädlich.

(Heiterkeit)

Mit harter Entschlossenheit werden wir in diesem Gebiete die deutsche Fahne Adolf Hitlers für alle Zukunft als Symbol seiner Autorität einrahmen.

Wir können daher auch mit Vertrauen in die Zukunft schauen. Wenn einmal der Zeitpunkt kommt, den der Führer [illegible]stimmen [illegible] in welchem vielleicht noch eine engere staatsrecht[illegible] und verwaltungsorganisatorische Einheit

18.7.1941

mit dem Reich geschaffen werden kann, dann werden wir das Generalgouvernement in durchaus geordneter Gestalt in diese endgültige Form überführen. Aber ich möchte auch Ihnen, deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen, für den großartigen Aufbauwillen danken, den Sie in diesem Gebiet gezeigt haben. Ich kann Ihnen auch sagen, daß der Führer wenige Tage vor dem Beginn der Aktion im Osten mir gegenüber in der Reichskanzlei die Anerkennung für unser aller Arbeit in diesem Gebiet ausgesprochen hat. Der Führer hat uns diese 1 3/4 Jahre in unserer Arbeit wohl beobachtet. Und viele, viele Männer, die hier im Generalgouvernement Dienst tun, werden wegen ihrer Bewährung im Generalgouvernement in den weiteren Ostgebieten Verwendung finden. Das Generalgouvernement, dieses Nebenland des Reiches, ist und bleibt ein nationalsozialistisches Machtbollwerk deutscher Ordnung in diesem Raum. Ich glaube sogar, daß die Entwicklung in der Zukunft viel leichter sein und uns viele Sorgen nehmen wird, an denen wir manchmal hier so schwer leiden mußten. Es wird durchaus möglich sein, in Zukunft die Bevölkerung dieses Gebietes ausreichend zu ernähren, zu kleiden und dafür zu sorgen, daß die schweren Wochen, die wir alle hier durchmachen mußten, nie wiederkehren. Andererseits wird in Gestalt von Straßenbauten, des Ausbaues aller Verbindungen mit dem Reich, des Programms für Wohnungsbauten und Herstellung deutscher Viertel im Lande, für den Ausbau unserer Kultureinrichtungen eine immer stärkere Durchdringung dieses Raumes mit deutscher Arbeit unter deutscher Führung stattfinden. Unser aller Ehrgeiz muß es sein, hier wieder eine der großartigsten und eindrucksvollsten deutschen Kulturstätten zu schaffen. Gerade an diesem Kulturprogramm nimmt auch der Führer persönlich großen Anteil. Ich glaube, daßes möglich ist, daß uns der Führer vielleicht bald einmal besuchen wird.

(Stürmischer Beifall)

So können wir denn auf alles das, was uns in diesem

Raum ganz besonders bewegen muß, uns, die wir fern von der Heimat in einem fremden Gebiet unter einem feindlichen Volk leben müssen, mit ganz besonderem Stolze schauen. Wir müssen uns bewußt sein, daß es die größte Ehre und das größte Glück ist, als Deutscher zu leben, Zeitgenosse und Mitkämpfer des Führers zu sein. Manches, was uns da und dort störend war, was uns an Stimmungen überkam, haben wir zu überwinden uns bemüht. Wir müssen immer mehr und mehr diese deutsche Gemeinschaft werden; denn jeder von uns ist hier auf alle anderen angewiesen. Wir müssen hier auch ein Vorbild sein für alles, was Deutschland noch aufbaut und aufbauen muß. Wir können ja nicht den ganzen Dünkel, den Kastengeist von früher in neue Gebiete mitschleppen, wir können es vor allem nicht ertragen, daß man, statt frisch ans Werk zu gehen, dauernd theoretisiert.

(Lebhafter Beifall)

Wir wollen uns alle darüber freuen, daß wir aus zerstörten Häusern Amtsgebäude geschaffen haben, daß wir aus polnischem Dreck Wohnräume aufgebaut haben. Wir sind davon überzeugt, daß das erst ein kleiner Anfang sein wird. Die Polen werden staunen, was wir noch aus diesem Gebiet machen werden. Auch die Deutschen staunen schon, wenn sie zu Besuch aus dem Reich zu uns kommen. Ich kann verraten, daß wir die ganzen Grenzsperren, die wir durchführen mußten, in nächster Zeit wieder aufheben können, Frauen und Kinder können wieder zu uns kommen, alle können sich hier einen Frieden aufbauen und es sich schön und gemütlich machen. Wir wollen dabei immer bedenken, daß die Arbeit hier eine besonders anstrengende ist, und daß es daher notwendig ist, daß hier die Auslese mehr und mehr so getroffen wird, daß wir die Leute hierher rufen, die auch hier bleiben werden. Wir müssen daran denken, daß wir den großen Teil der Unternehmungen, die jetzt treuhänderisch verwaltet werden, einmal den Kriegsopfern zur Verfügung stellen können. Unser großer Ehrgeiz muß sein, daß Tausende, ja Hunderttausende deutscher Soldaten dieses Krieges mit ihren Familien hier

18.7.1941

ein Lebensschicksal in Frieden, Freiheit und Glück sich aufbauen können.

(Großer Beifall)

Eines müßt Ihr mir versprechen, wenn Ihr ins Reich fahrt, erzählt nicht so viel von polnischen Greueln. Es ist mir furchtbar, wenn ich höre, daß die ganze Familie am Zuge erscheint, wenn ein Mann nach Polen gerufen wird und abfährt: als sei das das größte Verhängnis. Es ist freilich wahr, unsere Frontsoldaten werden sich davon nicht abschrecken lassen, und es ist klar, daß wir auch die Gefahr nicht unterschätzen sollen, aber Mut und Kraft haben wir doch alle miteinander. Wir sind hier absolut die frechsten Burschen, die es im Großdeutschen Reich gegeben hat. Ich muß auch sagen, ich rechne in Zukunft immer stärker damit, daß eine Art fanatischer Zugehörigkeit zu diesem Raum aufsteigt.

Wir werden in unserem Prospekt für alle Wünsche unserer Volksgenossen hier im Generalgouvernement sorgen. Ich kann sagen, daß es überall vorwärts geht, und wir denken schon daran, daß nach dem Krieg das Generalgouvernement das große Durchreiseland sein wird. Wir sitzen sozusagen wirtschaftspolitisch an der Kasse, wer rein- und rausgeht, der muß seinen Tribut entrichten. Es ist eine wunderbare Position!

Meine lieben Parteigenossen, wir werden uns ~~auch~~ alle miteinander auch immer enger kennenlernen, und es soll auch mehr und mehr eine Verwurzelung eintreten, daß hier der deutsche Mensch auch wirklich sein Lebensglück aufbauen kann. Einmal waren wir ein Volk ohne Raum, jetzt haben wir soviel Raum, daß unser Volk schon fast zu klein sein wird. Wir müssen dafür sorgen, daß die Fähigen, die Jungen, die Starken hier eine Existenz sich aufbauen können, daß sie eine Familie gründen können, daß sie damit immer weiter und weiter die Grenzen vorschieben helfen.

Wir werden also, das muß die gesamte Bevölkerung des Generalgouvernements zur Kenntnis nehmen, niemals wieder herausgehen. Wenn jemand herausgeht, ist es bestimmt nicht der Deutsche. Als erste werden dieses Gebiet die Juden räumen, das hat mir der Führer fest versprochen. Wir sind der unarischste Gau gewesen, wir werden der arischste sein. Einige jüdische Handwerker werden wir natürlich behalten müssen, aber die Schleicher, die Schacherer werden dieses Gebiet verlassen müssen. Und dann werden wir Raum genug haben, daß wir mit der Arbeit anfangen können.

Unsere Gemeinschaft, die Tatsache, daß wir alle zusammenstehen, hat uns die Möglichkeit gegeben, so zu arbeiten. Wenn wir Tag zu Tag entschiedener werden, dann wird uns auch in Zukunft die Kraft erhalten bleiben, ganz gleich, wer hier an dieser Stelle steht, es wird immer und immer ein Mann sein, der mit ganzer Entschlossenheit als Nationalsozialist und als Betreuer des Führerwillens in diesem Raum in Euer aller Namen handelt, und in dessem Namen Ihr hier alle tätig seid.

So, glaube ich, können wir in diesen stolzen Tagen voll innerer Ruhe und Gelassenheit und Zukunftssicherheit den Tag erleben. Seien Sie, Volksgenossen, aufgerufen zu weiterer Arbeit: Treu dem Führer, treu unserem Volk, sicher der Zukunft!

(Anhaltender stürmischer Beifall)

Mit dem von Distriktstandortführer Dr. Wächter ausgebrachten Sieg-Heil auf den Führer und den Liedern der Nation schließt die Kundgebung.

Anschließend begibt sich der Herr Generalgouverneur zu einem vom Distriktstandortführer Gouverneur Dr. Wächter gegebenen Empfang im Haus Krakau.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.)

IV/3

Burg Krakau

Sonnabend, den 19. Juli 1941

10[00] Oberleutnant Fischer hält dem Herrn Generalgouverneur Vortrag über die Lage auf dem deutsch-russischen Kriegsschauplatz.

10[15] Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

11[10] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, SS-Obergruppenführer General der Polizei Krüger und Gouverneur Dr. Lasch, zu der Oberregierungsrat Dr. Schepers zugezogen wird.

Im Laufe der Besprechung verfügt der Herr Generalgouverneur die Absendung folgenden Fernschreibens an den Chef der Reichskanzlei Herrn Reichsminister Dr. Lammers:

Lieber Parteigenosse Lammers!

Entsprechend Ihrer gestrigen liebenswürdigen Mitteilung habe ich sofort mit der Vorbereitung der Übernahme der gesamten Zivilverwaltung in dem mir von Ihnen bezeichneten Gebiete begonnen. Ich werde Ihnen über den Gesamtumfang dieser Vorbereitungen binnen kurzem einen ersten Bericht erstatten. Ich sehe erst noch dem Wortlaut des Führererlasses entgegen.

Bezüglich Ihrer Anregung, Vorschläge für die künftige Grenzziehung meinerseits allenfalls noch einzureichen, möchte ich bitten, die von mir heute durch Sonderkurier in Ihr Berliner Büro gesandte Denkschrift bei den Erwägungen über die verwaltungsmäßige Einteilung des früher polnischen, nunmehr neu besetzten Gebietes mit zu verwerten. Ich habe mit der persönlichen Vertretung dieser meiner Vorschläge den Leiter des Amtes für Raumordnung im Staatssekretariat meiner Regierung, Herrn Oberregierungsrat Dr. Schepers beauftragt, der sich persönlich morgen in Berlin in der Reichskanzlei melden wird. Vielleicht wäre es Ihnen möglich, Herrn Dr. Schepers persönlich zu empfangen.

19.7.1941

Ich beantrage demnach auf Grund eingehender Überlegungen und der von uns allen hier im Laufe der bisherigen Arbeit gesammelten Erfahrungen, daß auch das Gebiet der sogenannten Pripjet-Sümpfe mit Brest-Litowsk und dem Fluß Goryn in den mir zu unterstellenden Verwaltungsbereich eingereiht wird. Ich hätte dann die Möglichkeit, mit den mir zur Verfügung stehenden polnischen und anderen Arbeitskräften ein gigantisches Meliorationswerk in Angriff zu nehmen.

Im übrigen danke ich Ihnen für die liebenswürdige Bereitschaft, allenfalls diesen Antrag weiterzuleiten.

13^{00} Der Herr Generalgouverneur nimmt auf Einladung des Generalleutnants Waber, Befehlshaber im Luftgau VIII, an einem feldküchenmäßigen Frühstück teil.

15^{20} Besprechung mit Gouverneur Dr. Wächter.

17^{20} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

IV/3 Kressendorf

<u>Sonntag, den 20. Juli 1941</u>

Aufenthalt des Herrn <u>Generalgouverneurs</u> in Kressendorf.

Burg Krakau

IX/3 **Montag, den 21. Juli 1941**

10^{20} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

10^{25} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

10^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

11^{05} Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Präsident Westerkamp unter Hinzuziehung von Rechtsrat Dr. Hammerle.

Der Herr Generalgouverneur gibt zunächst Präsident Westerkamp den Auftrag, das ganze Problem der Passierscheine, das noch nicht zufriedenstellend gelöst sei, zu prüfen. Besonders im Hinblick auf die Tatsache, daß das Generalgouvernement durch die Neubesetzung von weiteren Ostgebieten Durchgangsland werde, sei eine Nachprüfung und Erweiterung des Paßwesens unbedingt erforderlich. Für die kommende Übernahme der Verwaltung in Galizien beauftragt der Herr Generalgouverneur Präsident Westerkamp weiter mit der Bereitstellung von Verwaltungsmännern für diesen Raum.

Rechtsrat Dr. Hammerle erstattet dem Herrn Generalgouverneur Bericht über den derzeitigen Stand des Sonderdienstes. Von 250 Mann sei die Zahl der Männer des Sonderdienstes innerhalb eines Jahres auf 2 500 Mann gestiegen. Ein Kommando von 500 Mann habe er der Wehrmacht zur Verfügung gestellt.. Die Werbung für den Sonderdienst werde stetig fortgesetzt, er habe die Absicht, an 2 000 Volksdeutsche aus dem Warthegau, die ihm namentlich benannt würden, ein Merkblatt zu schicken, und hoffe im Laufe des Jahres das Kontingent des Sonderdienstes auf 4 000 Mann steigern zu können. Auch das Führerproblem sei so ziemlich gelöst. Das OKW. habe ihm auf

sein Verlangen sechs Offiziere zur Verfügung gestellt, ebenso könne er auf mehrere Führer aus dem Arbeitsdienst zurückgreifen. Die Unterbringung sei zufriedenstellend, man habe in der Nähe der Badeanstalt hier in Krakau gute Baracken aufgestellt. Die Sonderdienstschule sei im Aufbau.

Auf den Hinweis des Herrn Generalgouverneurs, daß der Sonderdienst auch mit Reichsdeutschen durchsetzt werden müsse, erklärt Dr. Hammerle, daß bereits seit sechs Wochen Lehrgänge für Reichsdeutsche stattfänden. Auch für die Anschaffung schmucker Uniformen, auf die der Herr Generalgouverneur großen Wert legt, seien bereits Überlegungen angestellt worden. Eine grundsätzliche Regelung sei jedoch im Augenblick noch nicht möglich. Zur Zeit habe er einen Bedarf von 10 000 m Rockstoff, den er wohl aus Tomaschow beschaffen könne. Er hoffe, auch in Lemberg Stoffe und vor allem Waffen besorgen zu können.

Der Herr Generalgouverneur stellt abschließend fest, daß die Lage des Sonderdienstes im allgemeinen zufriedenstellend sei, und macht Dr. Hammerle darauf aufmerksam, daß der Sonderdienst eventuell auch in Galizien eingesetzt werden müsse.

11[45] Besprechung mit Abteilungspräsident Watzke.

Der Herr Generalgouverneur teilt Präsident Watzke mit, daß er mit Finanzpräsident Spindler eine Besprechung über die Haushaltgestaltung der Institute und Kliniken gehabt habe. Er sei mit Finanzpräsident Spindler zur der Auffassung gekommen, daß alle diese Einrichtungen in den Etat der Abteilung Wissenschaft und Unterricht eingebaut werden müßten. Für die Kliniken habe er Dr. Schneider als Verwaltungsführer in Aussicht genommen; nun müsse noch ein befähigter deutscher Professor als Chefarzt gefunden werden.

21.7.1941

Präsident Watzke berichtet von seinen vorsorglichen Maßnahmen, die er in seiner Eigenschaft als Präsident der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht in Lemberg für die Sicherstellung und Betreuung der dortigen neun Hochschulen, der sieben großen Museen und für die Bibliotheken getroffen habe. In diesem Zusammenhang kommt Präsident Watzke auf die Verwüstungen und die Terrorisierung der Bevölkerung durch die Russen zu sprechen und teilt mit, daß schätzungsweise 70 % der ukrainischen Intelligenz ausgerottet seien.

Präsident Watzke benennt anschließend dem Herrn Generalgouverneur die Mitglieder des Kuratoriums für die Kopernikus-Universität, welches sich aus dem Rektor der Universität Wien, dem Präsidenten der Reichsakademie und dem Präsidenten des Kopernikus-Instituts in Berlin zusammensetze. Weiter schlage er vor, in das Kuratorium Staatssekretär Dr. Bühler und ihn, Präsident Watzke, zu berufen. Für den Neubau der Universität halte er den Platz zu Füßen der Burg im Weichselbogen am günstigsten. Von der polnischen Schreibweise des Namens "Kopernikus" müsse nunmehr seiner Meinung nach abgegangen werden.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit diesen Vorschlägen einverstanden und verweist bezüglich der Lage der Universität auf eine demnächst stattfindende Baubesprechung, in der diese Frage behandelt werden soll. - Was die Stellung des Instituts für deutsche Ostarbeit anlange, so ersucht der Herr Generalgouverneur Präsident Watzke, im Verein mit Dr. Coblitz eine Lösung zu finden. Die Bedeutung und der Wirkungskreis des Ostinstituts seien im Hinblick auf die neuen Ostgebiete gewaltig im Wachsen begriffen.

Präsident Watzke legt dem Herrn Generalgouverneur sodann den Entwurf eines Erlasses über die Errichtung

eines Veit-Stoß-Preises vor, den der Herr Generalgouverneur unterzeichnet.

Im weiteren Verlauf der Besprechung berichtet Präsident Watzke über das Schulwesen im Generalgouvernement. Die ersten 4 Hefte für Berufsfachschulen haben bereits eine Auflage von 36 000 Stück erreicht, während die Auflage der Schülerzeitung "Ster" 600 000 betrage. Präsident Watzke überreicht dem Herrn Generalgouverneur einige wissenschaftliche Arbeiten des Leiters der Botanischen Anstalten Dr. Herter aus seinem Gebiet. Sodann gibt er einen Überblick über die bisherige Durchorganisierung des Generalgouvernements mit landwirtschaftlichen Berufsschulen. Überall in den einzelnen Kreisen seien solche Schulen gegründet worden. Für die Verbreitung dieser Schulen sei maßgebend gewesen, daß der Schulweg nicht länger als eine Stunde dauere. Bis heute sei der größte Teil des Distrikts Krakau durchorganisiert, der Distrikt Lublin sei in Arbeit. Er sei bestrebt, bis zum 1. September d.Js. die Organisation für sämtliche Distrikte durchzuführen. Durch dieses Schulnetz lasse es sich ermöglichen, die jungen Leute mit einem Schlage über alle wichtigen landwirtschaftlichen Vorschriften aufzuklären.

12[15] Besprechung mit Direktor Dr. Coblitz.

Zu Beginn der Besprechung gibt der Herr Generalgouverneur seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß die Zeitschriften des Ostinstituts an den wissenschaftlichen Stätten des Reiches sehr regem Interesse begegnen. Er selbst ersuche Dr. Coblitz jeweils am Jahresschluß um Übersendung eines gebundenen Jahrgangs "Die Burg". Im Zusammenhang damit weist der Herr Generalgouverneur darauf hin, daß das Aufgabengebiet des Ostinstituts sich um die ukrainische Forschung erweitern müsse, und beauftragt Dr. Coblitz, aus der Staatsbiblio-

thek alle wesentliche Literatur über Galizien für ihn zusammenzustellen.

Dr. Coblitz schildert den Stand seiner Arbeit und gibt dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis von einer im Herbst geplanten Ausstellung "Deutsche Geschichte im Weichselland" sowie von in der nächsten Zeit beabsichtigten Vorträgen. - Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs nach der 2. Auflage des Werkes von Dr. Du Prel "Das Generalgouvernement", auf dessen Erscheinen er großen Wert lege, sichert Dr. Coblitz die baldige Herausgabe zu. - Der Hinweis von Dr. Coblitz auf die Notwendigkeit der Benennung von ordentlichen Mitgliedern, also Mitarbeitern, veranlaßt den Herrn Generalgouverneur, ihn zur Ausarbeitung einer Dienstordnung über die Aufgaben des Instituts aufzufordern. Im übrigen wolle er Klarheit über folgende drei Fragen geschaffen wissen:

1. welche Einrichtungen gehören zur kommenden Universität,
2. welche Einrichtungen gehören zu einer kommenden Akademie der Wissenschaften und
3. wohin gehört das Institut für deutsche Ostarbeit,

und ersucht Dr. Coblitz, in Besprechungen mit Präsident Watzke diese Fragen zu klären.

11[30] Besprechung mit Ministerialrat Dr. Wiemann.

Dr. Wiemann gibt dem Herrn Generalgouverneur einen ausführlichen Bericht über den Seuchenstand auf tierärztlichem Gebiet bis zum Ausbruch des russischen Krieges. Im allgemeinen könne er sagen, daß die Lage günstig sei. Für die in geringem Maß aufgetretene Pferderäude habe man im ganzen Generalgouvernement ein Mittel angewandt, das gute Erfolge gezeitigt habe. Das beste Mittel sei die Vergasung, doch ständen dem Bau von Gaszellen jetzt im Kriege die größten Hindernisse entgegen.

Beängstigend sei die Zunahme der Maul- und Klauenseuche gewesen. Durch das Wehrmachtsschlachtvieh, das bis zur Schlachtung bei Bauern eingestellt worden sei, sei die Seuche verbreitet worden. Durch ganz radikale Mittel sei die Seuche aber unter Kontrolle gekommen, und man habe sie jetzt zum Stillstand bringen können.

Auf den Einwand des Herrn Generalgouverneurs, daß der Viehbestand im Generalgouvernement sehr minderwertig sei, erklärt Dr. Wiemann, daß das eine Folge des Futtermangels sei. Dadurch sei auch die Widerstandskraft der Tiere gegen die Maul- und Klauenseuche sehr geschwächt.

Als Seuche, die nicht zu Erlöschen zu bringen sei, bezeichnet Dr. Wiemann die Tollwut. Die Schwierigkeiten ihrer Bekämpfung seien besonders groß, da es 1. noch zu viele Hunde gebe und 2. die Polen vor ihr wenig Angst empfänden. Doch auch diese Seuche sei im langsamen, steten Abflauen begriffen.

Eine große Rolle spiele dabei die Errichtung von Tierkörper-Verwertungsanstalten. Ihr Bau bedeute aber für die Kreishauptleute einen sehr schweren Entschluß, da die Bauten auf der einen Seite sehr viel Geld kosteten und andererseits der Anfall an Kadavern wegen ihrer Nichtablieferung durch die Bauern noch sehr gering sei.

Die Fleischbeschau funktioniere im allgemeinen ganz gut, jedoch könne er infolge der vielen Schwarzschlachtungen keine Gewähr für die Verhinderung des Auftretens von Trichinose übernehmen.

Am Schluß ersucht der Herr Generalgouverneur Dr. Wiemann, für den kommenden Einsatz in Galizien die nötigen Vorbereitungen zu treffen.

11[45] Der Herr Generalgouverneur empfängt SS-Oberführer Schwedler und SS-Standartenführer Reich.

667

7

21.7.1941

SS-Standartenführer Reich erstattet dem Herrn Generalgouverneur Bericht über seine Erfahrungen bei der Ausbildung von holländischen und flämischen Freiwilligen für den Kampf gegen die Bolschewisten.

13[15] F r ü h s t ü c k .

15[00] Besprechung mit Oberstarbeitsführer Hinkel über den Polnischen Baudienst.

Die Zahl des Polnischen Baudienstes betrage zur Zeit 6 000 Mann. Alle Versuche, die Truppe auf 15 000 Mann zu erhöhen, seien trotz aller bisherigen Aktionen gescheitert. Nach seiner Ansicht sei darum eine Anordnung des Herrn Generalgouverneurs notwendig, wonach die arbeitsdienstpflichtigen Polen ohne Rücksicht auf Beruf und augenblickliche Beschäftigung aus den Betrieben herausgezogen werden könnten. Nur dadurch ließe sich die Aufgabe des Polnischen Baudienstes, die jungen Polen an eine deutsche Führung zu gewöhnen und eine mobile Bautruppe für Spezialaufträge zu schaffen, erreichen. Die eingezogenen jungen Leute zeigten sich sehr gefügig und über jede Anerkennung sehr erfreut.

Bei dieser Gelegenheit drückt der Herr Generalgouverneur seine Absicht aus, einer Abteilung des Polnischen Baudienstes, die in Kressendorf beschäftigt sei, eine Anerkennung in Gestalt eines Geldbetrages zukommen zu lassen, und beauftragt Oberstarbeitsführer Hinkel, im Benehmen mit Kammergerichtsrat Dr. Keith über den Modus der Überreichung übereinzukommen.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Oberstarbeitsführer Hinkel nach längerer Aussprache, nach Lemberg zu fahren und dort die nötigen Vorarbeiten zur Errichtung eines Ukrainischen Heimatdienstes in enger Fühlungnahme mit Gouverneur Dr. Lasch zu beginnen.

668

<u>21.7.1941</u>

Hinsichtlich der Finanzierungsfrage des Polnischen Baudienstes, die Oberstarbeitsführer <u>Hinkel</u> im Laufe der Besprechung aufwirft, ersucht der Herr <u>General-gouverneur</u> um Fühlungnahme mit Staatssekretär Dr. Bühler. Bezüglich der Eingliederung des Polnischen Baudienstes in die Abteilung Innere Verwaltung sei ebenfalls eine Rücksprache mit Präsident Westerkamp notwendig.

Oberstarbeitsführer <u>Hinkel</u> überreicht dem Herrn Generalgouverneur einen

<u>Bericht über den Einsatz des Baudienstes im Generalgouvernement zu Wehrmachtsarbeiten vor und während des russischen Feldzuges.</u>

16[10] Besprechung mit Obermedizinalrat Dr. <u>Walbaum.</u>

Der Herr <u>Generalgouverneur</u> weist Obermedizinalrat Dr. Walbaum auf die Notwendigkeit hin, für den kommenden Einsatz in Galizien <u>deutsche Ärzte</u> bereit zu stellen.

Obermedizinalrat Dr. <u>Walbaum</u> erklärt, daß die 60 deutschen Ärzte, die bisher im Generalgouvernement tätig seien, nicht entbehrt werden könnten, daß er aber hoffe, die für den ersten Einsatz notwendigen 10 deutschen Ärzte aus dem Reich heranziehen zu können. Die Vorarbeiten hierzu werde er sofort in Angriff nehmen und in Lemberg selbst an Ort und Stelle die vordringlichsten Maßnahmen für die ärztliche Betreuungsarbeit in diesem Gebiet treffen.

Der Herr <u>Generalgouverneur</u> gibt Obermedizinalrat Dr. Walbaum seinen Entschluß bekannt, bei der kommenden <u>Räumung des Generalgouvernements durch die Juden</u>, die angesichts der Gefahren, die sie als Bazillenträger des <u>Fleckfiebers</u> für die Bevölkerung darstellten, notwendig sei, als erste Aufgabe die Auflösung

des Warschauer Ghettos in Angriff zu nehmen.

16⁴⁰ Besprechung mit Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt.

17¹⁰ Besprechung mit Ministerialrat Wille und Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh.

Im Anschluß an die Besprechung legt Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf einer

Verordnung über die Zulassung von Desinfektoren (Schädlingsbekämpfung)

vor.

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet den Entwurf.

18⁰⁵ Der Herr Generalgouverneur empfängt SS-Sturmbannführer Dr. Tanzmann und SS-Sturmbannführer Huppenkothen.

18³⁵ Besprechung mit Dienstleiter Schalk.

Dienstleiter Schalk berichtet über die Vorbereitungsarbeiten zum Tag der NSDAP. am 15. und 16.8. 1941 und legt dem Herrn Generalgouverneur das Muster eines Abzeichens für die Deutsche Gemeinschaft vor.

19³⁵ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur IV. Serenade der Philharmonie des Generalgouvernements im alten Hof des Instituts für deutsche Ostarbeit.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau).

IV/3 Burg Krakau
IX/3

Dienstag, den 22. Juli 1941

10[15] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Regierungsgebäude.

10[25] Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Staatssekretär Dr. Bühler.

10[35] Wirtschaftstagung im großen Saal des Regierungsgebäudes.
Beratungsgegenstände:
1. Ernährungs- und Bestellungsplan für das Jahr 1941/42
2. Kohlenversorgung des Generalgouvernements
3. Versorgung der Landwirtschaft mit Industrieerzeugnissen
4. Währungsfragen
5. Schleichhandelsbekämpfung
6. Sonstige aktuelle Fragen auf dem Gebiet der bewirtschafteten Güter.

(Protokoll s. Beiakten)

19[10] Schluß der Wirtschaftstagung.

19[20] Besprechung des Herrn Generalgouverneurs im Regierungsgebäude mit Staatssekretär Dr. Bühler, Gouverneur Dr. Lasch, Finanzpräsident Spindler, Präsident Dr. Emmerich, Finanzpräsident Senkowsky, Gesandten Dr. Rümelin, Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh, General Riege und Pressechef Gaßner.

Der Herr Generalgouverneur gibt den anwesenden Herren Kenntnis von zwei Erlassen des Führers vom 17. Juli 1941 über die Übernahme der gesamten Zivilverwaltung in dem früheren österreichischen Galizien durch den Generalgouverneur. Der Zeitpunkt der Übernahme stehe noch nicht fest. Jedoch habe er vom Führer schon die Weisung erhalten,

1. die Verwaltung sofort so vorzubereiten, daß sie augenblicklich in Kraft treten könne,
2. an Ort und Stelle Maßnahmen zur Sicherung dieses Gebietes zu ergreifen und
3. Vorschläge für die Grenzziehung zu machen.

Das Generalgouvernement sei damit amtlich in die Verwaltung Galiziens eingesetzt und es sei daher notwendig, sich über die vordringlichsten Maßnahmen klar zu werden. Zunächst einmal habe er einen Verwaltungsrat gebildet, der ausschließlich ihm verantwortlich sei und in dessen Hände alle Vorbereitungen gelegt seien. Das Gebiet werde vorläufig in einem Distrikt zusammengefaßt, an dessen Spitze er Gouverneur Dr. Lasch berufen habe. Dieser nehme seinen Dienstsitz in Lemberg. Die Geschäfte des Distrikts Radom führe für die Zeit der Abwesenheit von Gouverneur Dr. Lasch der Amtschef Dr. Egen.

Man müsse sich darüber klar sein, daß für den Wiederaufbau in den neuen Ostgebieten die Hilfe des Reiches nicht beansprucht werden könne und daß daher für das Generalgouvernement eine starke Belastung in jeder Beziehung eintreten werde. Auf Vorschlag von Präsident Senkowsky könne man, um eine gewisse Entlastung zu erreichen, an die sofortige Errichtung der Monopole denken. Das Generalgouvernement müsse unbedingt die Mittel zur Beseitigung der großen Schäden, für den Straßenbau, für die Schaffung von Unterkünften für Beamte usw. aufbringen. Die Einführung der Zlotywährung müsse ins Auge gefaßt werden.

Die zweite Frage betreffe die Sicherung des Gebietes.

Zu diesem Punkt erklärt General Riege in Vertretung des SS-Obergruppenführers Krüger, daß sofort mit der Aufstellung einer ukrainischen Polizei begonnen werden müsse.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet als weitere vordringliche Aufgabe die Frage der Grenzziehung; er habe das Gebiet der Pripjet-Sümpfe und Bialystok verlangt.

672

3

22.7.1941

Präsident Senkowsky ist für die sofortige Einbeziehung des Gebietes von Galizien in das Generalgouvernement, während Präsident Dr. Emmerich dagegen Bedenken äußert, da durch eine solche Maßnahme der Erfolg der geplanten Ernteerfassungsaktion in Frage gestellt sei.

Der Herr Generalgouverneur regt Pressechef Gaßner an, auf pressepolitischem Gebiet die notwendigen Schritte zu unternehmen, vor allem die Frage der Errichtung von Zeitungen unter deutscher Regie, der Übernahme des Senders von Lemberg, - der nach seinem Wunsch Staatssender des Generalgouvernements werden soll -, in die Hand zu nehmen. Die Arbeit sei gerade in propagandistischer Beziehung sehr schwer, da die bereits bestehenden ukrainischen Zeitungen eine "freie Ukraine" feierten und die plötzliche Umstellung der Ukrainer von Kiew nach Krakau-Berlin eine große Schockwirkung auslösen wird.

Auf Anfrage des Herrn Generalgouverneurs weist Pressechef Gaßner darauf hin, daß in der deutschen Presse nurmehr von Galizien gesprochen werde und daß der Name West-Ukraine sowie die Karten mit dieser Bezeichnung verboten seien.

Der Herr Generalgouverneur macht Pressechef Gaßner noch darauf aufmerksam, daß er die Frage der Einrichtung einer deutschsprachigen Zeitung in Lemberg mit Verlagsleiter Strozyk beraten solle.

Weiter bespricht der Herr Generalgouverneur mit Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh die Einführung des Verordnungsblatts des Generalgouvernements in ukrainischer Sprache und weist Gouverneur Dr. Lasch an, eine Druckerei für das Generalgouvernement in Lemberg sicherzustellen.

22.7.1941

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs gibt Präsident Dr. Emmerich seiner Überzeugung Ausdruck, daß die kommende gemeinsame Grenze zwischen Generalgouvernement, Rumänien und Ungarn sich auch wirtschaftlich sehr günstig auswirken werden. Als Transitland komme dem Generalgouvernement erhöhte Bedeutung zu.

Abschließend ersucht der Herr Generalgouverneur die Anwesenden, sich eingehend mit den angeschnittenen Fragen zu beschäftigen und mit dem Staatssekretär weitere Beratungen zu pflegen.

20^{15} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs auf die Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.)

IX/3 Burg Krakau

Mittwoch, den 23. Juli 1941

9³⁰ Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

11⁰⁰ Besprechung mit Verlagsleiter Strozyk und Hauptschriftleiter Stöppler in Anwesenheit von Pressechef Gaßner und Oberregierungsrat Frhr. von Streit.

Der Herr Generalgouverneur gibt folgende Anweisung:

"Auf Ersuchen des Parteigenossen Reichsleiter Amann und im Hinblick darauf, daß der gebotene Preis durchaus entspricht, genehmige ich hiermit den Verkauf der Firma Ruch A.-G. mit allen Aktiven und Passiven für den Betrag von 6 1/2 Millionen Zloty zu dem Zweck, so rasch wie möglich ein absolut schlagkräftiges deutsches Pressezentrum im Generalgouvernement zu schaffen."

Im Laufe der Besprechung ergeben sich für den Ankauf der Firma Ruch durch den Zeitungsverlag Krakau-Warschau noch einige rechtliche Schwierigkeiten.

Verlagsleiter Strozyk erhält vom Herrn Generalgouverneur den Auftrag, diese Schwierigkeiten zu beseitigen. Er solle in Berlin erreichen, daß der Eher-Verlag 49 % der Anteile des Zeitungsverlages übernehme, während die restlichen 51 % dem Generalgouvernement verbleiben müßten. Die bisher bestehenden Privatanteile müßten herausgezogen werden.

Ferner ersucht der Herr Generalgouverneur um die drucktechnische Vorbereitung seiner kommenden Proklamation anläßlich seiner Übernahme der Zivilverwaltung in Galizien.

11⁰⁰ Besprechung mit Dr. Coblitz.

Der Herr Generalgouverneur sichert Direktor Coblitz auf seine Frage zu, daß das Institut für deutsche Ost-

arbeit vorerst Körperschaft des öffentlichen Rechts bleibe und möglicherweise später zu einer Akademie der Wissenschaften ausgebaut werden solle und nicht in die Hauptabteilung Wissenschaft und Erziehung eingereiht werde.

Der Herr Generalgouverneur regt die Errichtung der Sektion für nationalsozialistische Forschung und Lehre an. Dr. Coblitz solle einen geeigneten Leiter für diese Sektion ausfindig machen.

11⁰⁵ Besprechung mit Dienstleiter Schalk.

Dienstleiter Schalk legt dem Herrn Generalgouverneur den Programmentwurf für den Tag der NSDAP. im Generalgouvernement am 16./17. August vor.

11³⁵ Besprechung mit Gebietsführer Blum in Anwesenheit von Dienstleiter Schalk.

12⁴⁵ Oberstleutnant von Tschammer und Osten und Oberfeldarzt Dr. Stengel machen dem Herrn Generalgouverneur ihre Aufwartung.

Oberfeldarzt Dr. Stengel spricht dem Herrn Generalgouverneur seinen Dank aus für die Liebesgaben an die Verwundeten. Durch die großzügige Sammelaktion im Generalgouvernement seien 1/2 Million Zigaretten, ebenso viele Zeitschriften, Getränke usw. zur Verfügung gestellt worden, die den Verwundeten ihre Krankheitszeit erleichterten.

Dr. Stengel berichtet dem Herrn Generalgouverneur sodann von seiner Arbeit als verantwortlicher Arzt für die Betreuung der Verwundeten, die vom russischen Kriegsschauplatz in das Generalgouvernement befördert werden.

23.7.1941

13[00] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, SS-Obergruppenführer Krüger und Oberregierungsrat Dr. Schepers.

13[15] F r ü h s t ü c k .

14[45] Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Staatssekretär Dr. Bühler, SS-Obergruppenführer Krüger, Gouverneur Dr. Lasch, Finanzpräsident Spindler, Gesandter Dr. Rümelin, Bankdirigent Dr. Paersch, Finanzpräsident Senkowsky, Oberregierungsrat Dr. Schepers und Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh.

Staatssekretär Dr. Bühler berichtet dem Herrn Generalgouverneur über den Verlauf einer Sitzung, in der erste Maßnahmen zur Übernahme der Zivilverwaltung in Galizien beraten worden seien. Man sei sich über die Einführung der Zloty-Währung klar geworden sowie über die Notwendigkeit der sofortigen Festsetzung und Sicherung der neuen Ostgrenze.

Bankdirigent Dr. Paersch und Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh schlagen vor, daß der Herr Generalgouverneur nach der Veröffentlichung des Führererlasses der Bevölkerung von Galizien durch eine Proklamation Kenntnis davon gibt, daß er die gesamte Zivilverwaltung für dieses Gebiet übernommen habe und daß der Zloty sofort gültiges Zahlungsmittel sei. Der Rubel und die Reichskreditkassenscheine würden demnächst aufgerufen werden. Das Verhältnis zwischen Zloty und Rubel solle 1 : 5 betragen.

Finanzpräsident Spindler erklärt, daß das Generalgouvernement Gouverneur Dr. Lasch für die erste Zeit 20 Millionen Zloty zur Verfügung stellen wolle, da ja die Ausgaben für Löhne, Gehälter, Quartiere usw. in Zloty vorzunehmen seien.

23.7.1941

Nach Ansicht von Finanzpräsident Senkowsky müsse sofort daran gegangen werden, die Einnahmen aus den zu schaffenden Monopolen, Zöllen, Vertragssteuern und dgl. möglichst bald in Fluß zu bringen. Er hoffe, daß die Einnahmen in einigen Wochen in die Hauptkasse des Generalgouvernements eingingen.

Nach längerer Aussprache bestimmt der Herr Generalgouverneur als amtliche Bezeichnung des neuen Gouverneurs "Der Gouverneur in Galizien", für seine Dienststelle "Generalgouvernement: Verwaltung von Galizien" und stellt Gouverneur Dr. Lasch anheim, die Gliederung seines Amtes in Ämter und Abteilungen vorzunehmen.

SS-Obergruppenführer Krüger berichtet, daß er für die polizeiliche Sicherung des Gebietes zwei Bataillone aus dem Generalgouvernement herausziehen könne, das dritte Bataillon müsse er jedoch aus dem Reiche anfordern. Er habe außerdem mit dem Reichsführer SS. ausgemacht, daß ihm noch ein Bataillon SS zur Verfügung gestellt werde. Für die Zukunft beabsichtige er, polnische Polizei mitzuverwenden und eine ukrainische Hilfspolizei auszubilden.

Als besonders vordringlich bezeichnet der Herr Generalgouverneur die Wiederherstellung des Eisenbahnverkehrs sowie das Funktionieren des Postwesens. Er selbst habe vor, in nächster Zeit eine Reise nach Galizien in Begleitung zumindesten sämtlicher Hauptabteilungsleiter zu unternehmen.

15³⁰ Besprechung mit Finanzpräsident Spindler und Finanzpräsident Senkowsky.

16¹⁰ Empfang von Major Decker (Adjutant von Reichsminister Dr. Lammers) durch den Herrn Generalgouverneur.

18³⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

Donnerstag, den 24. Juli 1941

10⁴⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Trzebinia.

Auf dem Bahnhof Trzebinia empfängt der Herr Generalgouverneur Reichsminister der Finanzen Graf Schwerin von Krosigk.

11¹⁵ Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs mit Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk in Haus Kressendorf.

Anschließend hat der Herr Generalgouverneur eine längere Besprechung mit Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk. Gegenstand der Besprechung sind vor allem Fragen des Rechtslebens in Deutschland und Fragen des Stellenplans des Generalgouvernements im Hinblick auf die gesamten Anforderungen an das Reich. - Die Besprechung soll am Freitag, dem 25. Juli, fortgesetzt werden.

14⁰⁰ Spazierfahrt des Herrn Generalgouverneurs mit Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk im Jagdwagen.

15⁵⁰ Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Gouverneur Dr. Lasch und Hauptmann Professor Dr. Koch.

Professor Dr. Koch ist zur Zeit als Hauptmann im Stabe des Generalfeldmarschalls Rundstedt in Lemberg tätig. Er berichtet eingehend über die Probleme des Ukrainertums, insbesondere im Hinblick auf die demnächstige Übernahme der Verwaltung in Galizien durch das Generalgouvernement. Dr. Koch betont, daß dieses Problem psychologisch sehr schwierig, aber bei geschickter Behandlung durchaus lösbar sei.

18⁰⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Krakau.

18³⁰ Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg Krakau).

IV/3

Freitag, den 25. Juli 1941

10^{10} Besprechung mit Dienstleiter Schalk.

10^{35} Besprechung mit Oberstleutnant Fischer.

Oberstleutnant Fischer hält dem Herrn Generalgouverneur Vortrag über die Lage auf dem deutsch-russischen Kriegsschauplatz.

11^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Ksiac-Welki.

13^{20} Besprechung mit Reichsfinanzminister Dr. Graf Schwerin von Krosigk und Staatssekretär Dr. Bühler.

17^{45} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Krakau.

Anschließend Tee-Empfang aus Anlaß der Anwesenheit des Reichsfinanzministers Dr. Grafen Schwerin von Krosigk.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau)

IV/3 Burg Krakau

Sonnabend, den 26. Juli 1941

9^{15} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

9^{45} Besprechung mit Landgerichtsrat Dorn.

10^{35} Der Herr Generalgouverneur empfängt Oberleutnant vonWalke, Ordonnanzoffizier beim Stabe des Generalleutnants Stieler von Heideck (Lemberg).

11^{00} Besprechung mit Landesbauernführer Körner, zur Zeit Kriegsverwaltungs-Vizechef in Lemberg.

11^{30} Besprechung mit Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt.

12^{00} Besprechung mit Verwaltungsdirektor Haslinde.

Verwaltungsdirektor Haslinde legt dem Herrn Generalgouverneur das

Programm der Philharmonie des Generalgouvernements für die Winterspielzeit 1941/42

vor, das die Zustimmung des Herrn Generalgouverneurs findet.

Bei dieser Gelegenheit gibt der Herr Generalgouverneur dem Wunsche Ausdruck, daß mehr als bisher hervorragende Sänger und Sängerinnen aus dem Reiche zu Konzerten der Philharmonie herangezogen werden möchten. Zu diesem Zwecke könne vielleicht an die Schaffung einer Konzertdirektion in Krakau gedacht werden. Um eine gewisse Einheitlichkeit in diese künstlerischen Darbietungen hineinzubringen, müsse in einem Komitee, dem Verwaltungsdirektor Haslinde, Kapellmeister Antolitsch, Intendant Stampe und ein Vertreter der Abteilung Volksaufklärung und Propaganda angehörten, ein Plan ausgearbeitet werden. Auch müsse Vorsorge getroffen werden, daß im Winter in Lemberg Konzerte veranstaltet werden könnten.

26. 7. 1941

Im Interesse eines gedeihlichen Zusammenarbeitens des Staatstheaters und der Philharmonie des Generalgouvernements müßten alle Beteiligten darauf bedacht sein, irgendwelche Intrigenwirtschaft möglichst zu vermeiden. Bei ihm, dem Generalgouverneur, werde man mit persönlichen Invektiven niemals etwas erreichen. Die Männer, die im Generalgouvernement auf dem Sektor der Kunst Aufbauarbeit geleistet hätten, werde er nie fallen lassen.

Verwaltungsdirektor Haslinde entwirft sodann dem Herrn Generalgouverneur einen Plan für die Ausgestaltung des Hauses "Urania" zu einem Konzerthaus. Hier beständen noch gewisse Schwierigkeiten, weil die "Urania" ursprünglich ein Priesterseminar gewesen sei und der Bischof die im oberen Stock gelegenen Unterrichtsräume auch weiterhin beizubehalten wünsche. Weiter beklagt sich Verwaltungsdirektor Haslinde über das geringe Entgegenkommen, das die Philharmonie bei der Finanzverwaltung finde. So sei zum Beispiel die Gage der Musiker nicht, wie es der Absicht des Herrn Generalgouverneurs entsprochen habe, um 100 Zl., sondern nur um 10 % der bisherigen Gage erhöht worden. Auch zeige die Finanzverwaltung wenig Verständnis dafür, daß hochqualifizierte Musiker mit ihren Bezügen etwas aus der Masse der polnischen Beamten und Angestellten herausgehoben werden müßten.

Verwaltungsdirektor Haslinde bittet den Herrn Generalgouverneur, in Erwägung zu ziehen, ob dem Chefdirigenten Dr. Hanns Rohr der Titel "Generalmusikdirektor" verliehen werden könne.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß in einer Anfang September stattfindenden Besprechung alle Fragen, die erörtert worden sind, einer grundsätzlichen Regelung entgegengeführt werden sollen.

3

26.7.1941

12^{20} Oberstleutnant Fischer erstattet dem Herrn Generalgouverneur Bericht über die Lage auf dem deutsch-russischen Kriegsschauplatz.

12^{40} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Gouverneur Dr. Lasch. Zu dieser Besprechung wird später auch Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh hinzugezogen.

Der Herr Generalgouverneur verfügt die Übergabe folgenden Schreibens an Gouverneur Dr. Lasch:
Auf Grund der telefonischen Mitteilung des Chefs der Reichskanzlei Herrn Reichsministers Dr. Lammers vom 19. Juli 1941, nach welcher die Übernahme der Zivilverwaltung in dem früheren polnischen Galizien vorbereitet werden soll, beauftrage ich Sie, mit den zuständigen militärischen Stellen die Verbindung aufzunehmen und wegen der Überleitung die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen.

13^{15} F r ü h s t ü c k .

16^{00} Im großen Saal der Burg zu Krakau empfängt der Herr Generalgouverneur Abordnungen von Rote-Kreuz-Schwestern einer Reserve-Kriegs-Lazarett-Gruppe unter Führung des Oberfeldarztes Dr. Stengel, Kommandeurs der Gruppe, und der Oberin Frau von Troschke.

An dem Empfang nehmen neben Vertretern aus Partei, Staat und Wehrmacht der Kommandant von Krakau Generalmajor von Höberth, Dienstleiter Schalk, die Abteilungspräsidenten Ohlenbusch und Dr. Walbaum, ferner DRK-Oberstführer Dr. Heller teil.

In einer Begrüßungsansprache dankt der Herr Generalgouverneur den Schwestern für ihr Kommen und gibt seiner besonderen Freude Ausdruck, mit den Schwestern einige Stunden auf der Burg zu Krakau beisammen

sein zu können. Er würdigt die große und schöne Arbeit des Roten Kreuzes, die sich gerade jetzt wieder so segensreich in dem Helfertum für die Soldaten zeige, die im Kampfe gegen den Bolschewismus oftmals einer Barbarei zum Opfer gefallen seien, die man noch niemals in der Weltgeschichte erlebt habe. Daraus könne man ermessen, welch' ungeheure Bedeutung die Tätigkeit unserer Ärzte und Schwestern gerade im Kriege habe. Für den verwundeten Soldaten seien die Ärzte und Schwestern der erste trostreiche Gruß der Heimat. "Jeder von uns, der einmal Soldat war, und der im großen Krieg in einem Lazarett lag, weiß, was es bedeutet, wenn man wieder so liebevoll und menschlich aufgenommen wird. Diese Sendung des Roten Kreuzes ist die eigentliche Brücke zur Heimat. Darum bin ich so glücklich, daß ich Sie heute begrüßen kann. Ich wünsche Ihnen für Ihr Werk das beste."

Oberfeldarzt Dr. Stengel erwidert mit folgenden Worten:
Herr Generalgouverneur, ich danke Ihnen im Namen der Schwestern dafür, daß Sie uns die Freude gemacht haben, einige Stunden als Ihre Gäste an dieser historischen Stätte weilen zu können. Die Schwestern kommen aus Grenzlazaretten als Vertreterinnen von 1 200 Schwestern. Sie standen in den letzten Wochen in schwerem Einsatz für die Verwundeten, die zum Teil unmittelbar aus der vordersten Linie in die Lazarette gebracht wurden. Die Heimat hat die Schwestern aus den westlichen Gauen des Reiches als Helferinnen hierher gesandt, damit sie den Verwundeten für die Stunden, Tage und Wochen der Pflege das Gefühl der Geborgenheit geben können. Die Schwestern sind vielleicht nicht mit hochgespannten Erwartungen hierher gekommen. Wir können aber sagen, daß der friedensmäßige Einsatz der Lazarette dadurch möglich

wurde, daß dieses Land hier die Charakterzüge zeigt, die Sie, Herr Generalgouverneur, ihm aufgeprägt haben: Sauberkeit, Ordnung und Deutschtum. Nur diese Voraussetzungen haben uns die Möglichkeit gegeben, die Lazarette friedensmäßig hier so einzurichten. Wenn die Schwestern wieder in ihre Heimat im Westen Deutschlands, wenn sie wieder ins Rheinland, in ihre Schwarzwaldweiler, in die westfälischen Städte zurückgehen, dann werden sie gewiß von dieser ihrer Arbeit hier berichten. Und das wird dann sicher eine Brücke vom Osten zum Westen sein. Ich darf auch bei dieser Gelegenheit für die den Verwundeten zuteil gewordene Fürsorge und die Liebesgaben meinen Dank aussprechen, wie ich auch im Namen der Schwestern ganz besonders für die Stunden danke, die Sie uns, Herr Generalgouverneur, hier bereitet haben.

Anschließend findet im Kaminsaal der Burg ein Tee-Empfang statt.

18[45] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

In Kressendorf besichtigt der Herr Generalgouverneur eine Abteilung des Polnischen Baudienstes, die ihm von Oberstarbeitsführer Hinkel gemeldet wird. In einer kurzen Ansprache dankt der Herr Generalgouverneur den Männern des Polnischen Baudienstes für die von ihnen geleistete Arbeit, die sie treu und brav verrichtet hätten. Der Herr Generalgouverneur verspricht den Angehörigen des Polnischen Baudienstes, daß sie, wenn sie weiter ihre Pflicht wie bisher erfüllten, später Aussicht haben würden, sich in einem Zivilberuf selbständig machen zu können. Die Polen würden in Zukunft unter dem Schutz des Deutschen Reiches ihr Lebenswerk gestalten und aufbauen können.

26.7.1941

Der Herr Generalgouverneur fragt dann einige Angehörige des Polnischen Baudienstes nach ihrem Namen, erkundigt sich nach ihrem Beruf und ihren Absichten für ihr späteres Leben.

Jeder Angehörige des Polnischen Baudienstes erhält als Geschenk des Herrn Generalgouverneurs 20.-Zl. und eine Schachtel Zigaretten. Den Vorarbeitern werden 30.-Zl. und dem Werkmeister 50.-Zl. gegeben.

IV/3 Kressendorf

Sonntag, den 27. Juli 1941

Im Laufe des Tages hat der Herr Generalgouverneur Besprechungen mit Staatssekretär Dr. Bühler und Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh.

18^{30} Filmaufführung auf der Burg zu Krakau. Zur Aufführung gelangen eine Wochenschau und der Film "Kinder, wie die Zeit vergeht".

Bei einem anschließenden Abendessen begrüßt in Vertretung des Herrn Generalgouverneurs Staatssekretär Dr. Bühler die Schwestern vom Roten Kreuz.

Krakau

Montag, den 28. Juli 1941

11⁰⁰ Besprechung mit Präsident Bauder.

11⁴⁵ Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

Präsident Ohlenbusch meldet dem Herrn Generalgouverneur, daß er auf seinem Arbeitsgebiet alle sachlichen und verordnungsmäßigen Vorbereitungen für die Übernahme der Verwaltung Galiziens durch das Generalgouvernement getroffen habe. Die deutschen, ukrainischen und polnischen Zeitungen würden Sondernummern mit der Proklamation und den ersten Verordnungen herausbringen. Außerdem plane er am Tage der Übernahme ein Abbrennen von Höhenfeuern, das Läuten aller Glocken der Stadt, militärische Konzerte, Verbrennen bolschewistischer Broschüren usw.

Der Herr Generalgouverneur gibt Präsident Ohlenbusch einige Anregungen und Wünsche für den feierlichen Staatsakt in Lemberg. In der amtlichen Sprache sei in Zukunft nurmehr der Name Galizien anzuwenden.

Weiter bespricht der Herr Generalgouverneur mit Präsident Ohlenbusch verschiedene Angelegenheiten aus seiner laufenden Arbeit. Für die propagandistische Vorbereitung und Ausgestaltung des Tages der NSDAP. am 15./16. August wünscht der Herr Generalgouverneur eine baldige Besprechung unter Hinzuziehung von Dienstleiter Schalk.

Die Bitte des Leipziger Messeamts um Abfassung eines Geleitworts durch den Herrn Generalgouverneur, die Präsident Ohlenbusch vorträgt, will der Herr Generalgouverneur an Staatssekretär Dr. Bühler zur Erledigung weiterleiten.

Mit dem Plan des Präsidenten Ohlenbusch, aus Anlaß der Übernahme der Verwaltung in Galizien einige polnische Straßennamen in verschiedenen Städten in deutsche Namen umzuwandeln, erklärt sich der Herr Generalgouverneur einverstanden.

28.7.1941

Den Vorschlag des Präsidenten Ohlenbusch, neben dem Zeitungsverlag Krakau-Warschau G.m.b.H. und der Ruch A.-G. eine Verlags- und Buchhandlungs-A.-G. aufzuziehen, bei der das gesamte Schrifttum verlegerisch zusammengefaßt ist, und diese zu einem Staatsverlag auszubauen, findet die volle Zustimmung des Herrn Generalgouverneurs.

55 Besprechung mit Rittmeister Dr. Will und Sonderführer Dr. Schwaß.

Rittmeister Dr. Will berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die Erdölgruben in Galizien. Die Russen hätten zwar systematische, aber unzureichende Sprengungen vorgenommen, sodaß die heutige Produktion bereits wieder über 80 % der russischen betrage, augenblicklich also pro Monat 20 000 t gegenüber den 10 000 t des Generalgouvernements.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob ~~die~~ die Ungarn, die einen Teil dieses neuen Gebietes besetzt hätten, schon davon Kenntnis hätten, daß Galizien in das Generalgouvernement eingegliedert werde, erklärt Dr. Will, daß die Ungarn bereits davon wüßten. Das sei auch der Grund für den rücksichtslosen Abtransport wichtiger Maschinen nach Ungarn. Die Erdölindustrie sei jedoch von den Deutschen bereits ganz übernommen, da er sofort nach der Besetzung Galiziens die Leiter der Beskidengesellschaft als Kriegsverwaltungsräte eingesetzt habe.

Reichhaltiger und Zukunftsreicher sei jedoch die Produktion des Erdgases, die sich noch gewaltig steigern ließe.

Der Herr Generalgouverneur ersucht den Vertreter von Dr. Will Dr. Schwaß um einen Vorschlag für eine Besichtigungsfahrt durch das Erdölgebiet.

55 Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

28.7.1941

3^{15} Besprechung mit Finanzpräsidenten Spindler und Senkowsky in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Bühler.

3^{30} F r ü h s t ü c k .

6^{00} Besprechung mit den Adjutanten Hauptmann Kiep und Untersturmführer Pfaffenroth.

Gegenstand der Besprechung ist die Vorbereitung der Lemberger Reise.

6^{35} Besprechung mit Gesandtem von Wühlisch, Präsident Ohlenbusch und Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh.

Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf einer Verordnung über die Verwaltung in Galizien vor, in der der Herr Generalgouverneur noch einige Änderungen vorzunehmen wünscht.

Im Laufe der Besprechung erscheinen Präsident Gerteis, Präsident Lauxmann, Ministerialrat Plodeck und Bankdirigent Dr. Paersch.

Der Herr Generalgouverneur gibt den Herren den Termin für den feierlichen Staatsakt in Lemberg bekannt, der am 1. August 1941, mittags 12^{00} Uhr, stattfinden soll. Präsident Ohlenbusch soll für den Ablauf der Feier im Einvernehmen mit Gouverneur Dr. Lasch ein genaues Programm zusammenstellen.

Die Präsidenten, die nach den Worten des Herrn Generalgouverneurs die Rechtsnachfolger des sowjetischen Staates für die Post bezw. Eisenbahn werden, berichten sodann von ihren Vorbereitungen zu dieser Aufgabe. Das vor allem wichtige Personal sei bereitgestellt.

Als besonders vordringlich bezeichnet der Herr Generalgouverneur das reibungslose Funktionieren des Verkehrs zwischen Krakau und Lemberg und die Schaffung einer Verbindung nach Rumänien.

28.7.1941

Präsident Gerteis erklärt dazu, daß die Umnagelung der Strecken sehr vorsichtig von statten gehen müsse, da eine Störung des Wehrmachtsnachschubes nicht eintreten dürfe. Die Hauptsache sei vorerst, daß die Instanzen des Generalgouvernements als allein zuständig betrachtet würden.

Ministerialrat Plodeck berichtet von seinen Besprechungen mit Gouverneur Dr. Lasch. Wegen des Personalmangels sei vorgesehen, daß seine Mitarbeiter einige Tage der Woche in Lemberg, die übrigen Tage aber vorerst in ihren alten Dienststellen arbeiteten. Als geschäftsführenden Leiter in Lemberg habe er Dr. Seiffert bestimmt, und er glaube, daß sein Apparat in etwa 10 Tagen so ziemlich stehen werde. Gerade in seinem Arbeitsgebiet dürfe man nichts versäumen, weil wegen der Verstaatlichung durch die Sowjets leicht vermögensrechtliche Verschiebungen stattfinden könnten. Mit seinem Vorschlag, Reprivatisierungen aus dem Staatseigentum in einzelnen Fällen, in denen ein allgemeines Interesse vorliegt, nach sorgfältiger Prüfung vorzunehmen, ist der Herr Generalgouverneur einverstanden.

Der Herr Generalgouverneur gibt sodann den Anwesenden Kenntnis von folgendem Erlaß:

"Im Einvernehmen mit dem Beauftragten für den Vierjahresplan Reichsmarschall Göring errichte ich in meiner Eigenschaft als Bevollmächtigter des Beauftragten für den Vierjahresplan Reichsmarschall Göring für das Generalgouvernement bei der Hauptabteilung Wirtschaft eine eigene mir unmittelbar in dieser Eigenschaft unterstehende Dienststelle für den Vierjahresplan im Generalgouvernement. Zum Leiter dieser Dienststelle berufe ich im Einvernehmen mit dem Beauftragten für den Vierjahresplan Reichsmarschall Göring den Hauptabteilungsleiter Dr. Emmerich. Sitz der Dienststelle ist das Regierungsgebäude in Krakau.

Krakau, den 28. Juli 1941 gez. Dr. Frank"

28.7.1941

Bankdirigent Dr. Paersch teilt auf Befragen des Herrn Generalgouverneurs mit, daß er die Verordnung über die Einführung der Zloty-Währung in Galizien (1 Zloty = 5 Rubel) nach Berlin weitergeleitet habe. Zur Durchführung der Aktion würden in Galizien 6 Umtauschstellen eingerichtet.

7^{45} Der Herr Generalgouverneur diktiert den Entwurf einer Proklamation zum 1. August 1941 für den Staatsakt in Lemberg.

8^{10} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau)

IV/3 Krakau

Dienstag, den 29. Juli 1941

10^{30} Besprechung mit Dienstleiter Schalk und SS-Brigadeführer Globocnik.

11^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Assessor Dr. Jänsch.

Gegenstand der Besprechung bilden die Vorbereitungen für die Fahrt nach Lemberg.

11^{10} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Generalleutnant der Ordnungspolizei Riege und SS-Sturmbannführer Dr. Tanzmann.

Der Herr Generalgouverneur gibt seine Wünsche für die Gestaltung des Staatsakts am 1. August 1941 in Lemberg bekannt. Die Einzelheiten des Programms für den Festakt werden eingehend durchgesprochen.

12^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

12^{10} Besprechung mit Obermedizinalrat Dr. Walbaum.

Der Herr Generalgouverneur gibt Dr. Walbaum Anweisungen für die ärztliche Betreuung der an der Lemberger Reise teilnehmenden Personen.

Für diese ärztliche Betreuung stellt Dr. Walbaum den Arzt Dr. Fräsdorf zur Verfügung. - Dr. Walbaum teilt dann mit, daß nach statistischen Ermittlungen die Zahl der ukrainischen Ärzte, Zahnärzte und Dentisten im Lemberger Bezirk außerordentlich gering sei, was Rückschlüsse auf die Intelligenz der ukrainischen Bevölkerung ermögliche. So seien neben 50 jüdischen und 35 polnischen Ärzten nur 15 ukrainische Ärzte dort tätig gewesen. Prozentual noch geringer sei die Zahl der ukrainischen Zahnärzte und Dentisten.

29.7.1941

Im weiteren Verlauf der Besprechung gibt der Herr Generalgouverneur seinem Wunsche Ausdruck, daß der hervorragende Zahnarzt Dr. Sixtus Schweiger (Schliersee) für die allgemeine zahnärztliche Betreuung im Generalgouvernement herangezogen werden möchte. Obermedizinalrat Dr. Walbaum erklärt sich bereit, mit Dr. Schweiger in Verbindung zu treten, und kann weiter mitteilen, daß Professor Dr. Teitge vom Urban-Krankenhaus in Berlin und Professor Dr. Sylla (Leipzig) bereit seien, nach Krakau zu kommen.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Dr. Walbaum, dafür zu sorgen, daß der Psychiater Dr. Mikorey baldmöglichst in den Dienst des Generalgouvernements übernommen werde.

12²⁰ Besprechung mit Hauptschriftleiter Stöppler.

12³⁰ Besprechung mit Präsident Gerteis.

12⁵⁰ Besprechung mit Ministerialrat Wolsegger, Präsident Ohlenbusch und Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh.

Der Herr Generalgouverneur gibt Ministerialrat Wolsegger den Auftrag, für die Beförderung der Regierungsmitglieder von Krakau nach Lemberg in Reiseomnibussen und für die Bereitstellung von Quartieren für sie in Przemysl bezw. Jaroslau Sorge zu tragen. - Weiter soll Ministerialrat Wolsegger Vorschläge für die Neuabgrenzungen einiger Kreishauptmannschaften machen.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt sodann dem Herrn Generalgouverneur die endgültige Fassungder Proklamation an die Bevölkerung Galiziens vor, die mit einigen geringfügigen Änderungen die Billigung des Herrn Generalgouverneurs findet.

29.7.1941

Präsident Ohlenbusch entwirft dem Herrn Generalgouverneur das von ihm für den Festakt am 1. August aufgestellte Programm.

13^00 Besprechung mit Herrn Rehrl.

13^15 F r ü h s t ü c k .

15^05 Besprechung mit Ministerialrat Wolsegger und Geheimrat Rattinger.

16^20 Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Alexandrowice in Begleitung von geschäftsführendem Hauptabteilungsleiter Naumann und Oberforstrat Burk.

Unter Führung des Betriebsleiters Hase besichtigt der Herr Generalgouverneur in Alexandrowice die Saatzuchtanstalt und die verschiedenartigen dort angelegten Pflanzungen sowie die Obstplantage. Zugegen sind bei dieser Besichtigung Pressechef Gaßner und Landwirtschaftsrat Dr. Albert. Von einem Fotografen der Leipziger Illustrierten Zeitung werden verschiedene Aufnahmen gemacht.

17^45 Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf. Während der Fahrt kurze Besprechung mit Pressechef Gaßner.

IX/3 Krakau

Mittwoch, den 30. Juli 1941.

9^{10} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

10^{35} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Präsident Ohlenbusch, Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh und Kammergerichtsrat Dr. Keith.

Die Besprechung gilt vorbereitenden Einzelheiten zur Fahrt nach Lemberg und dem anschließenden Staatsakt im Landtagsgebäude zu Lemberg aus Anlaß der Übernahme der Zivilverwaltung in Galizien durch das Generalgouvernement.

11^{20} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh.

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die von Dr. Weh vorgelegte endgültige Fassung der

Verordnung zur Übernahme der Zivilverwaltung in Galizien und den

Erlaß über den Verwaltungsausbau.

Dr. Weh weist bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß nunmehr die Grundverordnungen erlassen seien. Weitere Verordnungen für die einzelnen Verwaltungszweige (Verkehr, Post, Banken, Währung, Forsten, Monopole) will er dem Herrn Generalgouverneur in der ersten Sitzung in Lemberg am 1. August vorlegen.

12^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt SA-Obersturmbannführer Jansen (Standarte Feldherrnhalle).

Gegenstand der Besprechung ist die Gestellung von Ehrenposten von der Standarte Feldherrnhalle auf der Burg.

30.7.1941

13^{30} F r ü h s t ü c k .

15^{00} Besprechung des Herrn Generalgouverneurs über die endgültige Programmgestaltung der Lemberger Reise und den feierlichen Staatsakt im Lemberger Landtagsgebäude. Anwesend sind: Staatssekretär Dr. Bühler, Gouverneur Dr. Lasch, die Präsidenten Lauxmann, Ohlenbusch, Plodeck, Bankdirigent Dr. Paersch, Generalleutnant Riege, Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh, Pressechef Gaßner, Oberforstrat Burk und Kammergerichtsrat Dr. Keith.

Gouverneur Dr. Lasch und Kammergerichtsrat Dr. Keith tragen einen ausführlichen Programmvorschlag über die Reise und den Ablauf derFeierlichkeiten vor. In eingehenden Erörterungen bestimmt der Herr Generalgouverneur das endgültige Programm.

16^{25} Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Staatssekretär Dr. Bühler.

17^{30} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

IX/3 Krakau

Donnerstag, den 31. Juli 1941

10^{10} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Krakau.

10^{20} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

10^{40} Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Gruppenführer Lehmann und Obersturmbannführer Stahl in Anwesenheit von Dienstleiter Schalk.

Der Herr Generalgouverneur bespricht mit dem zur Zeit in Krakau weilenden Gruppenführer Lehmann von der Obersten SA-Führung Pläne über die Einrichtung einer Deutschen Schützengemeinschaft im Rahmen der Deutschen Gemeinschaft. Wegen des starken Überwiegens der polnischen Bevölkerung in diesem Raum sei es notwendig, alle wehrhaften deutschen Männer in einer Art Miliz zusammenzuschließen, die notfalls auch ein Bollwerk mit der Waffe in der Hand halten könne. Er denke nicht daran, eine Art Konkurrenzorganisation der SA oder SS ins Leben zu rufen, aber er müsse unbedingt eine Wehrorganisation unter einheitlichem Befehl zur Verfügung haben. Dienstleiter Schalk als sein Vertreter in der Partei sei von ihm bevollmächtigt, die notwendigen Verhandlungen in dieser Angelegenheit zu führen.

Gruppenführer Lehmann erklärt seinerseits, daß die SA diesen Plänen durchaus positiv gegenüberstehe und bereits einige Vorbereitungen in personeller Hinsicht getroffen habe. Man sei davon überzeugt, daß im Generalgouvernement die Wehrbereitschaft der Deutschen ständig wachgehalten werden müsse. Die wichtigsten Mittel hierzu seien Schießen und Geländedienst.

Der Herr Generalgouverneur regt eine eingehende Aussprache zwischen ihm und Stabschef Lutze und seinen verantwortlichen Männern an.

10^{55} Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Staatssekretär Dr. Bühler, Oberstleutnant Fischer und Präsident Gerteis.

Der Herr Generalgouverneur gibt von einem Fernschreiben des OKW. Kenntnis, in welchem das Verlangen gestellt wird, von der Übernahme der Eisenbahnen in Galizien durch die Ostbahn vorerst Abstand zu nehmen. Seiner Ansicht nach beruhe dieser Wunsch auf einem Irrtum. Eine Behinderung der Wehrmachtszüge, wie sie allem Anschein nach das OKW. befürchtet, werde infolge einer Übernahme durch die Ostbahn nicht eintreten. Die Übernahme der Verwaltung in Galizien bedinge auch die Unterstellung des Verkehrssektors unter die Zivilverwaltung. Die Wehrmacht habe in Zukunft lediglich im Einvernehmen mit der Ostbahn ihre Züge rollen zu lassen. Es sei selbstverständlich, daß die Erfordernisse der Wehrmacht in erster Linie berücksichtigt würden.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Oberstleutnant Fischer in diesem Sinne seiner vorgesetzten Dienststelle in Berlin zu berichten und die irrtümliche Annahme zu beseitigen.

Zu diesem Thema bemerkt Präsident Gerteis, daß auch der Militärbefehlshaber in Lemberg an ihn den Wunsch nach einer Übernahme der Eisenbahnen durch die Ostbahn herangetragen habe.

11^{35} Besichtigung der aufgestellten Pläne und Modelle für den neuen Verwaltungsbau der Kanzlei sowie einiger anderer Bauten. Anwesend sind: Geh.Oberbaurat Rattinger, Oberbaurat Hofer, die Architekten Koettgen, Horstmann, Kaulfuß, Satink und Wojtek und Kammergerichtsrat Dr.Keith.

Hauptthema der Besprechung ist der neue Verwaltungsbau. An Hand der aufgelegten Grundrisse werden die einzelnen Stockwerke und Räume mit ihrer Ausgestaltung durchgesprochen. Dabei gibt der Herr Generalgouverneur

den anwesenden Architekten mehrere Anregungen, insbesondere für die Einrichtung seines Arbeitszimmers und des großen Sitzungssaales.

Eine Anregung des Herrn Generalgouverneurs, ein kombiniertes Arbeits- und Sitzungszimmer zu entwerfen, greift Architekt Koettgen auf und erklärt sich bereit, einen solchen Plan auszuarbeiten.

Bei der Besichtigung des Modelles für einen Umbau des Staatstheaters entscheidet der Herr Generalgouverneur nach Prüfung aller möglichen Vorschläge die Errichtung eines Theater-Kaffees mit Restaurant gegenüber dem Theater. - Der Bau eines Tennis-Hauses für die Sportanlagen an der Langen Wiese findet die Genehmigung des Herrn Generalgouverneurs.

13^{15} F r ü h s t ü c k .

15^{30} Besprechung mit Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh.

Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur zwei Exemplare der Proklamation in deutsch-polnischem und deutsch-ukrainischem Text sowie das 1. Verordnungsblatt in ukrainischer Sprache vor.

15^{45} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

16^{15} Der Herr Generalgouverneur empfängt Reichshauptamtsleiter Dr. Heuber- Berlin und Staatssekretär Dr. Bühler.

16^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt Ministerialdirigent Chrobog und Oberforstrat Burk.

Der Herr Generalgouverneur drückt seinen Wunsch aus, daß die von Berlin zurückgeforderten 24 Forstbeamten weiterhin im Generalgouvernement Dienst tun, was von Ministerialdirigent Chrobog zugesagt wird.

Joo

4

31.7.1941

Weiter sei das Forstschutzkommando für das Generalgouvernement unbedingt notwendig angesichts der großen hinzukommenden Waldbestände in Galizien, und er ersuche Ministerialdirigent Chrobog, bei der beabsichtigten Verwendung des im Generalgouvernement stationierten Forstschutzkommandos in anderen besetzten Ostgebieten, die Bedürfnisse des Generalgouvernements weitgehend zu berücksichtigen.

Der Herr Generalgouverneur macht darauf aufmerksam, daß das Generalgouvernement in Zukunft Holz für das Reich nicht mehr in dem gleichen Umfange liefern könne wie bisher, da sich ein großer Eigenbedarf bemerkbar mache, der bisher sehr stark vernachlässigt worden sei. Er schlage eine gemeinsame Besprechung mit Reichsforstmeister Dr. Alpers vor.

Mit der Weiterverwendung von Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt im Generalgouvernement ist der Herr Generalgouverneur unter der Bedingung, daß Oberforstrat Burk die Funktion eines Stellvertreters Dr. Eißfeldts übernimmt, einverstanden.

Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum bereitstehenden Sonderzug für die Reise nach Lemberg auf dem Hauptbahnhof Krakau.

7a1

IV/3

Freitag, den 1. August 1941

0^{05} Abfahrt des Sonderzuges nach Przemysl.

4^{35} Ankunft in Przemysl.

7^{00} Frühstück im Sonderzug.

8^{15} Abfahrt der Regierungsmitglieder und der Ehrengäste mit Omnibussen der Reichsbahn und der Deutschen Post Osten nach Lemberg.

9^{30} Abfahrt der Wagenkolonne des Herrn Generalgouverneurs von Przemysl.

11^{45} Eintreffen der Wagenkolonne an der Ehrenpforte am Eingang von Lemberg.

Hier wird der Herr Generalgouverneur durch General der Infanterie Roques, SS-Obergruppenführer Krüger, Gouverneur Dr. Lasch und dem ukrainischen Bürgermeister begrüßt.

Der Herr Generalgouverneur nimmt im Wagen des Generals d.Inf. Roques Platz und fährt zum Landtagsgebäude.

12^{00} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs vor dem Landtagsgebäude.

Abschreiten der Ehrenformation durch den Herrn Generalgouverneur und General d. Inf. Roques.

Der Herr Generalgouverneur begibt sich sodann mit General Roques und den Ehrengästen, den Vertretern der slowakischen und ungarischen Armee, in den Festsaal des Landtagsgebäudes.

2 1.8.1941

12^{10}

S t a a t s a k t

im Landtagsgebäude zu Lemberg aus Anlaß der Übernahme der Zivilverwaltung in Galizien durch den Herrn Generalgouverneur.

Geleitet von General der Infanterie von Roques begibt sich der Herr Generalgouverneur mit den Vertretern der ungarischen und slowakischen Wehrmacht in den großen Saal des Landtagsgebäudes.

Die Feier wird eingeleitet durch den "Kaisermarsch" von Richard Wagner, den die Kapelle des Polizeiregiments zu Gehör bringt.

General der Infanterie Roques ergreift das Wort zu folgender Ansprache:

Herr Generalgouverneur! Meine Herren! Die Stadt Lemberg hat heute ein festliches Gewand angelegt. Die Hakenkreuzflaggen beherrschen das Stadtbild und geben dem heutigen Tag sein Gepräge, dem Tage, an dem nach dem Willen des Führers und Obersten Befehlshabers der deutschen Wehrmacht dieses Land um Lemberg, das altgalizische Gebiet, dem Generalgouvernement einverleibt werden soll.

Lassen Sie mich zuvor einen kurzen Rückblick auf die 6 Wochen geben, die seit Beginn des Ostfeldzuges hinter uns liegen. Mit ungestümer Kraft brachen in der Frühe des 22. Juni, dem Feinde völlig überraschend, unsere Truppen über die vor zwei Jahren künstlich geschaffene Grenze in eine mit den modernsten Mitteln ausgestaltete und nach neuzeitlichen Grundsätzen tief angelegte Verteidigungsstellung der Russen ein. In mehrtägigen harten Kämpfen gegen einen erbittert und mit zäher Verbissenheit fanatisch kämpfenden Feind mußte Bunker für Bunker genommen werden, um den Weg für die unaufhaltsam nach vorn stürmenden deutschen Truppen frei zu machen.

705

1.8.1941

Am oberen San zwischen der ungarischen Grenze und Przemysl haben die mir unterstellten Divisionen Schulter an Schulter mit Polizeiverbänden, die sich freiwillig und opferbereit zum Einsatz zur Verfügung gestellt hatten, gekämpft und das dortige Gebiet so schnell genommen, daß den Russen keine Zeit mehr verblieb, Zerstörungen größeren Ausmaßes vorzubereiten, geschweige denn durchzuführen.

Ich möchte an dieser Stelle auch der Mitwirkung der mir unterstellten Verbände der slowakischen Armeegruppe gedenken, die einen wesentlichen Anteil an den Erfolgen bei Besetzung dieses Gebietes gehabt haben. Weiter darf ich insbesondere auch die Tapferkeit der königlich-ungarischen Divisionen hervorheben, die im Südteil dieses Gebietes vorgestürmt waren. Sie alle haben mit Schneid und Tapferkeit im gemeinsamen Kampfe zusammen mit unseren Truppen dazu geholfen, daß dieses Land von einem bolschewistischen Terror ohnegleichen befreit wurde. Dies festzustellen, ist mir als dem bisherigen Befehlshaber dieses Gebietes eine besondere Genugtuung.

Es ist mir eine Ehrenpflicht, in dieser Stunde hier nochmals aller Truppenteile, die an diesem Erfolge beteiligt gewesen sind, mit höchstem Dank und größter Anerkennung zu gedenken und ihnen ein stolzes Sieg-Heil für weitere ruhmreiche Waffentaten zuzurufen.

Schon in den ersten Tagen unseres siegreichen Einmarsches in die Ukraine zeigte sich das Glück und die Freude der Bevölkerung. Es kam wie eine Erlösung über dieses gequälte Volk. Als unsere ersten Truppen in dieses Gebiet kamen, waren sie auch Zeugen der barbarischen Greueltaten, die die Bolschewisten in letzter Stunde an unschuldigen Männern, Frauen und Kindern verübt hatten. Kein Wunder, daß der deutsche Soldat und seine Verbündeten als Retter und Befreier vom bolschewistischen Joch begrüßt, mit Blumen überschüttet und auf das herz-

lichste willkommen geheißen wurden. Die Begrüßungen durch Frauen und Mädchen in ihren malerischen Trachten, die an vielen Orten stattgefunden haben, die Abhaltung von Dank- und Bittgottesdiensten aus Anlaß der Befreiung, der Jubel der Bevölkerung auf Straßen und Plätzen waren wohltuende Momente im rauhen Kriegsgeschehen und werden uns allen, die wir dabei gewesen sind, unvergeßlich bleiben.

Das Land, das ich heute abgebe, ist jetzt dank des unermüdlichen Einsatzes aller Teile der Wehrmacht, der SS., der Polizei, des SD. und der Verbände aller übrigen Organisationen, die das Reich hierher geschickt hat, als befriedet anzusehen. Überall haben militärische und Zivilkommandos mit ihrem Einsatz dafür Sorge getragen, daß die reiche Ernte eingebracht und das Leben in normale Bahnen geleitet werden kann.

Als der bisherige Befehlshaber und Inhaber der vollziehenden Gewalt in diesem Lande habe ich die Ehre, Ihnen, Herr Generalgouverneur, dieses Land nunmehr in Ihre Obhut zu übergeben. Es ist ein schönes Land, reich an Bodenschätzen aller Art. Es ist vor allem aber auch reich, weil es von einem willensstarken Volke bewohnt wird, das bereit ist, mit Faust und Stirn an der kommenden Aufbauarbeit des Landes mitzuhelfen.

Herr Generalgouverneur, ich überantworte Ihnen dieses Land mit dem Wunsche, daß es unter Ihrer starken Führung einer glücklichen und gesegneten Zukunft entgegengeführt werden möge.

715

1.8.1941

Der Herr Generalgouverneur gibt nunmehr folgende Erklärung ab:

Herr General! Excellenzen! Kameraden!

Im Namen des Führers und gemäß dem Wunsche des Großdeutschen Reiches übernehme ich dieses Land und verleibe es als Distrikt Galizien dem Generalgouvernement ein.

Herr General, Sie haben an der Spitze tapferster Truppen des Großdeutschen Reiches, des Königreichs Ungarn und der Slowakei dieses Gebiet unter stolzestem Einsatz erobert. Unsterblicher Ruhm ist schon durch diese Tat an die Fahnen der Deutschen Wehrmacht und der Verbündeten für alle Zukunft gebunden. Von Ihnen, Herr General, nehme ich nun dieses Land in treue Obhut. Ich darf dabei mit Dankbarkeit feststellen, wie über die rein soldatischen Leistungen des Angriffs und der Eroberung hinaus unter Ihrer Führung und der Führung Ihrer Mitarbeiter in diesem Gebiet bereits weithin sichtbar wieder die Segnungen geordneter Aufbauarbeit spürbar werden.

In tiefer Ergriffenheit tritt damit das Großdeutsche Reich auf Befehl des Führers die Schutzherrschaft über dieses Gebiet an. Niemals wäre das möglich gewesen, wenn nicht das Opfer der gefallenen Kameraden den Weg dafür bereitet hätte. Wir gedenken in dieser feierlichen Stunde der gefallenen Kameraden der deutschen Wehrmacht, der Waffen-SS und Polizei, wir gedenken ebenso der Toten der Heere Ungarns und der Slowakei.

(Unter den Klängen des Liedes vom guten Kameraden erheben sich die Versammelten zur Totenehrung)

Im Namen des Führers und des Großdeutschen Reiches verkünde ich folgende Proklamation:

1.8.1941

6

An die Bevölkerung von Galizien!

Auf Befehl des Führers nehme ich in dieser Stunde als Generalgouverneur Galizien in den Bestand des Generalgouvernements und damit in den Schutz des Großdeutschen Reiches auf.

Bürger und Bürgerinnen!
Furchtbare Jahre des Leides und der Unterdrückung durch das sinnlose Willkürregiment der Warschauer Regierungsclique und die grausame Gewaltherrschaft der Sowjets liegen hinter Euch. Tausende Eurer Brüder und Schwestern fielen unschuldig dem jüdisch-bolschewistischen Blutrausch zum Opfer. Die Soldaten Adolf Hitlers haben Euch von dem System des Mordes, des Terrors und der Kulturschande unter schwersten Opfern befreit. Das mächtige Großdeutsche Reich hat Euch in seinen Schutz genommen. Der Name Adolf Hitlers bürgt Euch dafür, daß diese Schreckenszeiten nie mehr wiederkehren. Der Führer tut sein Vertrauen zu Euch kund, daß Ihr nach der über Euch gekommenen entsetzlichen Prüfung nunmehr gewillt seid, an der Neuordnung Europas mit Eurer ganzen Kraft mitzuwirken. Was immer Euch an Unrecht geschah, wird, soweit irgend möglich, wieder gutgemacht werden. Euer Privateigentum soll wiederhergestellt, die Freiheit Eures völkisch-kulturellen Lebens gesichert und die freie Religionsübung gewährleistet werden. So werdet Ihr durch die Zugehörigkeit zu dem Machtbereich Großdeutschlands wieder eintreten in die europäische Kulturgemeinschaft, aus der Euch die Gewaltherrscher im Kreml hinausgedrängt haben. Galizien ist damit in den Reichszusammenhang zurückgekehrt, der durch Jahrhunderte hindurch den Aufstieg Eures Landes ermöglicht hat.

Ich fordere Euch auf, in vollem Vertrauen auf den Führer und die von ihm eingesetzten Männer ruhig und unbesorgt an Eure Arbeit zu gehen, damit in Galizien

1.8.1941

jene Ordnung nunmehr endgültig gesichert werden kann, die für die künftigen Generationen Wohlstand und Glück bedeuten wird.

Ich grüße Euch im Namen des Führers.

Möge der Herrgott seinen Segen geben zu dem Werk, das wir gemeinsam beginnen!

Es lebe Großdeutschland!

Es lebe seine siegreiche Wehrmacht!

Es lebe der Führer Adolf Hitler!

Diese Proklamation ist der Ausdruck der Entschlossenheit des Führers und seines Reiches, der Bevölkerung dieses Gebietes nunmehr, gestützt auf den Segen der Tapferkeit unserer Wehrmacht, für alle Zukunft ein ruhiges Leben, Freiheit, Glauben und Sicherheit in ihr Dasein zu bringen.

Im Namen des Führers habe ich Sie, Herr Dr. Lasch, zum Gouverneur dieses Gebietes berufen. Ich übertrage Ihnen dieses Gebiet und weiß, daß Sie wie Ihre Mitarbeiter und alle anderen Männer der Verwaltung des Generalgouvernements nur den einen Gedanken haben, inmitten des Krieges, inmitten einer schicksalerfüllten Zeit, in der Gewißheit unseres Sieges und des Sieges Adolf Hitlers die Gerechtsame des Reiches und Volkes zum segensreichen Einsatz zu bringen.

Gouverneur Dr. Lasch richtet folgende Worte an den Herrn Generalgouverneur:

Herr Generalgouverneur! Ich darf Ihnen von ganzem Herzen für das große Vertrauen danken, das Sie mir durch die eben vollzogene Berufung erwiesen haben. Die nunmehr unter Ihrem Schutz stehende Bevölkerung dieses Landes in kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht zu betreuen, gemäß den von Ihnen erlassenen Gesetzen eine

den Interessen des Reiches dienende, aber auch auf die Lebensbedürfnisse und Lebensnotwendigkeiten der Bevölkerung abgestimmte Verwaltung aufzubauen, ist mein Auftrag. Ihnen als dem Vertreter des Führers in unerschütterlicher Treue und Gehorsam zu dienen, ist mein Schwur. Mein Amt als Nationalsozialist mit Hingabe und Fleiß ernsthaft und gewissenhaft zu erfüllen, ist mein Gelöbnis.

Zwanzig Jahre polnischer Herrschaft haben die Entwicklung dieses Landes eingedämmt. Das fürchterliche Schicksal, bald zwei Jahre unter sowjetischem Terror stehen zu müssen, hat die Lebensräder dieses Landes nicht nur zum Stillstand gebracht, sondern sie entgegen allen Naturgesetzen nach rückwärts gedrängt. Seitdem nunmehr die siegreiche deutsche Wehrmacht die Fahne des Führers in diese Erde eingerammt hat, hat damit zugleich die gesamte Kraft Großdeutschlands in die Speichen dieses Lebensrades eingegriffen und es bereits wieder nach vorwärts gebracht. Das Volk dieses Landes wird es dem Führer und seiner Wehrmacht wie der Wehrmacht der verbündeten ungarischen und slowakischen Armeen für ewig zu danken haben, daß es vom Bolschewismus und damit von der Nivellierung alles Menschlichen gerettet worden ist.

Am 1. August 1941, mittags 12[00] Uhr, ist im Festsaal des ehemaligen galizischen Landtages dem Herrn Generalgouverneur, Reichsleiter, Reichsminister Dr. Frank durch den Militärbefehlshaber General der Infanterie Roques die Verwaltung dieses Gebietes übergeben worden. In dieser feierlichen Stunde grüßen wir den Führer, den Befreier dieses Landes, den Retter Europas. Unser Führer Adolf Hitler - Sieg Heil! Sieg Heil! Sieg Heil!

Mit den Liedern der Nation findet der Staatsakt seinen Abschluß.

1.8.1941

12^{50} Der Herr Generalgouverneur begibt sich mit den Ehrengästen, dem Verwaltungsrat und einigen Mitgliedern der Regierung des Generalgouvernements in den Senatorensaal des Landtages.

Hier empfängt der Herr Generalgouverneur eine ukrainische Abordnung, deren Mitglieder ihm von Hauptmann Professor Dr. Koch vorgestellt werden.

Der ukrainische Bürgermeister der Stadt Lemberg richtet folgende Begrüßungsansprache an den Herrn Generalgouverneur:

Herr Generalgouverneur! Ich habe die hohe Ehre, als Sprecher des ukrainischen Volkes und insbesondere der Stadt Lemberg in Ihnen den Vertreter unseres Befreiers, des Führers des Großdeutschen Reiches zu begrüßen. Seit Jahrhunderten gequält, soll nun unser Volk unter Ihrer Führung einer besseren Zukunft entgegengehen. Wir Ukrainer Galiziens habe alte, tiefe Freundschaftsbeziehungen zum großdeutschen Volk. Wir haben für unsere Bewunderung der deutschen Kultur Blut vergossen. Wenn wir daher unsere Dankbarkeit für die Befreiung Ihnen, Herr Generalgouverneur, zum Ausdruck bringen, so kommt diese Dankbarkeit aus dem Herzen. Wir wollen durch die Tat und durch loyale, freudige Mitarbeit am deutschen Aufbau, der ja auch die ukrainische Zukunft gestalten soll, unsere Gefühle beweisen. Ich gelobe für meine Volksgenossen, Ihnen, Herr Generalgouverneur, als dem Vertreter des Führers Gehorsam und Treue für immerdar.

Der Herr Generalgouverneur erwidert mit folgenden Worden:

Herr Bürgermeister! Im Namen des Führers nehme ich dieses Gelöbnis des ukrainischen Volkes Galiziens und insbesondere der Stadt Lemberg gern entgegen. Ich habe Ihnen die Botschaft des Führers als Proklamation verkündet. Ich möchte Ihnen, Herr Bürgermeister, und allen

71v

1.8.1941

Anwesenden die Versicherung abgeben, daß ich als Freund des ukrainischen Volkes in dieses Land komme und daß es mein Bemühen und Bestreben sein wird, das Glück Ihres Volkes in allen Auswirkungen der Kultur und des sozialen Fortschritts zu ermöglichen. Ich will der Gesamtbevölkerung dieses Raumes ein treuer Sachwalter sein. Ich werde dem Gelöbnis der Treue, das Sie, Herr Bürgermeister, im Namen der Ukrainer hier abgegeben haben, auch beim Führer das beste Gehör verschaffen. Die Entwicklung des Lebens eines Volkes geht über Höhen und Tiefen, sie geht durch Sonnenglanz wie durch Sturm und Not. Und immer wieder erhebt Gott diejenigen, die an ihn glauben, erhebt nicht nur den Einzelnen, sondern auch die Völker. Was Ihr Volk, das ukrainische Volk, an Opfern gebracht hat, das hat der ewige Gott nicht vergessen. Er hat diesem Volke nunmehr die Freiheit gegeben. Das Großdeutsche Reich kommt als Freund, als Wahrer Ihrer völkischen Belange und als Beschützer Ihrer Kultur in dieses Land.

Nehmen Sie dieses Wort auch als mein Gelöbnis Ihnen gegenüber. Es hängt von der loyalen Einstellung der Bevölkerung dieses Gebietes zu diesem Willen des Führers ab, ob alles das, was wir an großen Träumen in uns tragen, wahr wird. Ich wünsche dem ukrainischen Volke Segen und blühende Zukunft. Ich wünsche darüber hinaus der Gesamtbevölkerung von Galizien ohne Rücksicht auf die Nationalität, daß durch die loyale Erfüllung der Gebote des Reiches im Frieden die Ordnung, die kulturelle und soziale Wohlfahrt gewährleistet werden. So glaube ich, Herr Bürgermeister, wird dieser Tag des ukrainischen Volkes kein unwürdiger sein, sondern ein großer und stolzer Tag. Tausende von deutschen Müttern, Frauen und Eltern weinen in diesem Augenblick im Gedenken an die Besten ihrer Familie, die für die Befreiung dieses Landes ihr Leben gegeben haben. Deutsche sind gefallen,

Ungarn und Slowaken fielen, um Ihrem Volke die Freiheit zu geben. Vergessen Sie das nie! Der deutsche Opfertod, die soldatische Größe unserer Nation, sie sind Ihr Schicksal. Aber auch Tausende von Ukrainern haben unter entsetzlichen Mißhandlungen ihr Leben für die Freiheit gegeben. So vereint sich der gemeinsame Schmerz des deutschen und des ukrainischen Volkes an den Gräbern der Gefallenen.

Möge aus diesem gemeinsamen Schmerz durch gemeinsame Aufrichtung und durch stolzeste Einbezogenheit in die Kraft dieses Reiches, an dessen Spitze der gottgesandte Mann Adolf Hitler steht, der mit dem flammenden Schwert die Zerstörer Europas vernichten wird, - möge in diesem Geist unsere Zusammenarbeit den Segen des Himmels finden.

Herr Bürgermeister, Sie, und die Bevölkerung dieses Landes seien gegrüßt!

13^{00} Presse-Empfang. (Lemberg)

Dem Herrn Generalgouverneur werden die Vertreter der deutschen und ukrainischen Presse vorgestellt.

Der Herr Generalgouverneur richtet folgende Ansprache an die Vertreter der Presse:

Meine Herren! Sie sind soeben Zeuge eines großen Geschehens gewesen. Ich bin Ihnen außerordentlich dankbar dafür, daß Sie mit so großem Interesse an dieser feierlichen Stunde Anteil genommen haben. Es ist für uns ein großer Augenblick. Deutschland wird am heutigen Tage die Pflicht einer besonderen Betreuung Galiziens auferlegt. Hier lebt ein braves tapferes Volk, über das ein entsetzliches Schicksal gekommen war. Wir kommen in dieses Land als Menschen, denen nun das Vertrauen entgegenschlägt, und die dieses Vertrauen zu rechtfertigen als heiligste Aufgabe ansehen müssen.

112

1.8.1941

Durch die Tatsache, daß Galizien nunmehr Bestandteil des Generalgouvernements geworden ist, wird das Problem einer künftigen Entwicklung aufgerollt. Man kann nur sagen, daß die Schutzherrschaft des Reiches über dieses Gebiet aus der logischen Situation des Landes, aus dem Opfermut des deutschen Volkes und aus seiner Geschichte erwächst. Die ukrainische Nation steht vor der ganz großen Wiederherstellung ihrer völkischen Freiheit und Größe und wird dereinst in der Hauptstadt Kiew eine große nationale Heimstätte finden.

Dieses Land Galizien ist Bestandteil des deutschen Machtbereichs und wird es bleiben. Es ist daher wichtig, daß Sie, meine Herren von der deutschen und ukrainischen Presse, sich darauf einstellen, daß Sie sich hier nicht in einem sozusagen nur besetzten Gebiet befinden, sondern in einem Gebiet, ~~in~~ welches durch den Rechtsakt des heutigen Tages in die deutsche Machthoheit unmittelbar einbezogen wurde. Das ist die Lage. Der Generalgouverneur übt in diesem Lande alle Rechte des Führers und der Reichsregierung in derselben Weise aus, wie das schon im alten Generalgouvernement der Fall war.

Wir müssen nun sofort daran gehen, der Bevölkerung, die teilweise entsetzliche Not leidet, zu Lebensmitteln, zu Kleidung zu verhelfen, den dringenden Bedürfnissen zu genügen, um die Schäden des bolschewistischen Systems zu beseitigen, Verkehrswege wiederherzustellen usw. Das ganze Land müssen wir mit einem leuchtenden Aufbauwillen durchdringen.

Damit tritt nun ein großer nationaler Block von über 4 Millionen Ukrainern in den Bereich des Generalgouvernements ein. Gleichzeitig ist das Ukrainische zur zweiten Dienst- und Staatssprache im Generalgouvernement geworden. Alle Erlasse und Verordnungen des Generalgouverneurs wie seiner Dienststellen ergehen in deutscher und ukrainischer Sprache, aber auch in polnischer Sprache, auf daß auch der Pole, der im Lande wohnt, sich zurecht-

1.8.1941

finde. Auch für den Polen kommen wir hier nicht als Feinde, sondern als Träger eines geordneten Aufbauwillens.

Was die Zukunft diesem Lande bringen wird, wissen wir nicht. Die Aufgabe, die wir übernommen haben, ist nicht leicht; sie ist von vielen unmittelbaren Problemen durchzogen. Aber ich persönlich und meine Mitarbeiter stehen nicht zum ersten Mal vor einer solchen Aufgabe; wir bringen eine gewisse Erfahrung mit.

Ich komme als Freund der Ukrainer in dieses Land. Ich schätze dieses Volk; ich habe seine Tapferkeit immer bewundert. Die Entscheidung, daß Galizien nun in den großdeutschen Machtbereich einbezogen ist, wird vielleicht manchen Ukrainer überrascht haben. Aber ein viel größeres Glück harrt aller Ukrainer. Meine Herren, Sie dürfen überzeugt sein, daß wir alle einmal in absehbarer Zeit eine Rundreise durch diesen neuen Distrikt machen werden, mit dem zum ersten Mal eine unmittelbare Landesgrenze zwischen Deutschland und Rumänien hergestellt wird. Die Begrenzung dieses Distrikts ist völlig identisch mit derjenigen des früheren österreichisch-galizischen Raumes. Sie geht an der tausendjährigen ungarischen Karpathengrenze entlang, steigt an der alten Grenze zwischen Galizien und der Bukowina zum Djnestr und geht mit den bisherigen Grenzen des Generalgouvernements auf die alte galizische Grenze zurück.

Auch für die deutsche Presse ist das heute ein feierlicher Augenblick. Mit ihrer Treue zum Führer, ihrem ideellen Geschlossensein, ihrem ununterbrochenen Sicheinsetzen und Bemühen für den Kampf unseres nationalsozialistischen Führers und Reiches hat sie heute eine festliche Stunde erlebt. Ich selber muß als Generalgouverneur auf Grund meines fast zweijährigen Wirkens im Generalgouvernement sagen: wenn mir die Presse

durch Hinweise auf das Generalgouvernement, durch Bekanntmachung unserer Probleme im deutschen Volk nicht so unermüdlich geholfen hätte, wäre manches mir viel schwerer geworden. Meine Herren, ich bitte Sie auch in diesem Gebiet um Ihr Verständnis und um Ihre Mitarbeit.

Ich möchte auch ein Wort zur ukrainischen Presse sagen, die wir in unseren Schutz nehmen werden. Wir werden sie genau so wie alle geistigen Güter des hier lebenden Volkes treu und beharrlich hegen.

Heil Hitler!

Hauptschriftleiter Schadewald dankt dem Herrn Generalgouverneur im Namen der Pressevertreter dafür, daß sie an dem feierlichen Staatsakt teilnehmen und Zeugen der programmatischen Ausführungen des Herrn Generalgouverneurs sein durften.

13[30] F r ü h s t ü c k in den Räumen des kunstgewerblichen Museums.

Der Herr Generalgouverneur bringt folgenden Trinkspruch aus:

Herr General, Excellenzen, meine Herren!

Es freut mich ganz besonders, daß wir heute Gelegenheit haben, gemeinsam zum ersten Mal in Lemberg zu weilen. Unsere Dankbarkeit gegenüber dem Führer, gegenüber der deutschen Wehrmacht und der Wehrmacht der Verbündeten veranlaßt uns, die wir als Mitglieder der Regierung, als Angehörige der Verwaltung und der Polizeigliederungen des Generalgouvernements zum ersten Mal in Lemberg sein dürfen, unsere Gläser zu erheben und auf das Wohl der deutschen Wehrmacht, der Wehrmacht Ungarns und der Slowakei und auf das Wohl des Obersten Kriegsherrn Adolf Hitler zu trinken.

15

1.8.1941

General der Infanterie Roques dankt im Namen der deutschen Wehrmacht und der verbündeten Armeen dem Herrn Generalgouverneur für die freundlichen Worte, und bittet die Anwesenden auf das Wohl der deutschen Zivilverwaltung zu trinken, die heute unter der bewährten Führung des Herrn Generalgouverneurs in Lemberg eingezogen sei.

15[15] S i t z u n g im Senatorensaal des Landtagsgebäudes.

An dieser Sitzung nehmen teil:
Der Herr Generalgouverneur,
die Mitglieder des Verwaltungsrats
Staatssekretär Dr. Bühler,
SS-Obergruppenführer Krüger,
Gouverneur Dr. Lasch,
Präsident Gerteis,
Präsident Lauxmann,
Finanzpräsident Spindler,
Präsident Senkowsky,
Ministerialrat Plodeck,
Bankdirigent Dr. Paersch,
Oberstleutnant Fischer,
Ministerialrat Wille,
Oberforstrat Burk,
Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh,
Oberregierungsrat Dr. Schepers,
Oberregierungsrat Dr. Schulte-Wissermann,
geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann,
Bevollmächtigter Dr. Heuber.

1.8.1941

Der Herr Generalgouverneur gibt zunächst den Wortlaut des

Erlasses über die Berufung eines Verwaltungsrats von Galizien

bekannt. Er weist insbesondere auf Ziff. II hin, wonach vor Inkrafttreten sämtlicher grundlegenden Maßnahmen und Weisungen der Verwaltungsrat gehört werden müsse, es sei denn, daß es sich um hochpolitische, über den Rahmen der Befugnisse des Verwaltungsrats hinausgehende Maßnahmen handle.

Was die Verwaltungsform des Landes Galizien angehe, so sei von Bedeutung, daß das Gebiet von Galizien einen Distrikt im Sinne des Gesamtaufbaus des Generalgouvernements darstelle.

Weiter sei die Feststellung von Wichtigkeit, daß zum ersten Male auch die ukrainische Sprache als Amtssprache eingeführt werde, und zwar mit der Wirkung, daß das Verordnungsblatt des Generalgouvernements zunächst in einer eigenen ukrainischen Ausgabe erscheine. Ab 1. Januar 1942 werde es in drei Ausgaben erscheinen, einer deutschen, einer polnischen und einer ukrainischen. Amtlich maßgebend werde immer der deutsche Text sein, bei den beiden anderen Ausgaben handle es sich lediglich um amtlich geduldete Übersetzungen.

Er werde dem Führer darüber Vollzugsmeldung erstatten, daß er gemäß dem Befehl des Führers das Gebiet Galiziens in das Generalgouvernement mit Wirkung vom 1. August 1941, mittags 12⁰⁰ Uhr, aufgenommen habe. Die Tatsache der Übernahme des Landes Galizien als Distrikt bedeute eine Vermehrung der Bevölkerungszahl des Generalgouvernements um etwa 4- bis 5 Millionen Einwohner.

Was die Erstreckung der Verwaltung des Generalgouvernements auf das neue Gebiet angehe, so sei es sein Wunsch, zunächst nur solche Regelungen zu treffen und Verordnungen zu erlassen, die nach Inkrafttreten der Verwaltung des Distrikts Galizien unbedingt notwendig seien.

17 **1.8.1941**

Finanzpräsident **Spindler** legt dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf einer

Verordnung über die Finanzverwaltung

vor, in welchem die Fragen des Haushaltswesens, der Steuer, der Zölle und Monopole geregelt sind.

Oberlandesgerichtsrat Dr. **Weh** ist der Auffassung, daß vorab nur **Artikel III** dieses Verordnungsentwurfs von Wichtigkeit sei, der die **Monopole**, die **Verbrauchssteuern** und **Zölle** behandle. Er regt an, in der Verordnung statt "das in diesem Gebiet vom ..... an geltende Recht" zu sagen: "das am 31. August 1939 in diesem Gebiet geltende Recht." Weiter hält er es nicht für nötig, die einzelnen Monopolbetriebe in der Verordnung anzuführen.

Der Herr **Generalgouverneur** wirft die Frage auf, ob es einen Sinn habe, in dieser Verordnung schon jetzt von **Steuern** zu reden, da es ganz ungewiß sei, mit welchem Steueraufkommen man rechnen könne.

Finanzpräsident **Spindler** weist demgegenüber darauf hin, daß das vorgesehene Programm auch die **Einführung des Steuerrechts** in sich schließe. Dabei sei der Vorbehalt gemacht worden, daß das Inkrafttreten der Verordnung noch von der **Regelung der Steuerverhältnisse** abhängig gemacht werden könne. Er halte es für zweckmäßig, auf allen Gebieten der Finanzverwaltung schon jetzt gewisse Grundlagen zu schaffen.

Bankdirigent Dr. **Paersch** ist der Auffassung, daß man schon jetzt einen gewissen Rahmen geben könne, daßman aber mit der **Einführung der einzelnen Bestimmungen** noch **warten** sollte, weil das Gebiet wirtschaftspolitisch eine eigene Entwicklung gehabt habe und im Generalgouvernement andere Verhältnisse obwalteten.

1.8.1941

Der gleichen Auffassung gibt auch Oberregierungsrat Dr. Schulte-Wissermann Ausdruck.

Ministerialrat Plodeck ist ebenfalls der Meinung, daß hier durchaus keine Eile geboten sei. Man stehe auf wirtschaftlichem Gebiet vor vollkommen anderen Verhältnissen und müsse erst gewisse Prüfungen vornehmen, insbesondere müsse man hinsichtlich der Wiederherstellung des Privateigentums sehr vorsichtig sein.

Finanzpräsident Spindler hält es gleichwohl für unbedingt erforderlich, binnen möglichst kurzer Frist zu einem einheitlichen Rechtszustand zu kommen. Das gelte vor allem auch für das Steuerwesen. Er halte es deshalb für erwünscht, dieses Programm jetzt schon zu verkünden und lediglich gewisse Vorbehalte zu machen.

Gouverneur Dr. Lasch gibt zu bedenken, daß nach bisherigem Recht in Galizien sämtliche Einnahmen aus Gewerbebetrieben und Fabriken, aus den Städten und Gemeinden und dem Staate gehörigen Unternehmungen in die Staatskasse geflossen seien und daher auch ohne weiteres in die Kasse des Generalgouvernements fließen müßten. In Artikel III des vorliegenden Verordnungsentwurfs sei lediglich der Vorschlag für eine Organisation gemacht. Die Durchführung dieser Organisation könnte aber auch noch in absehbarer Zeit erfolgen. Er würde deshalb dazu raten, daß die Präsidenten Spindler und Senkowsky sich Klarheit über die in Galizien obwaltenden besonderen Verhältnisse verschafften und dann erneut einen Vorschlag einreichten. Gewiß müßten die Steuern, die bislang in Galizien erhoben worden seien,weiter gezahlt werden. Aufgabe der Verwaltung des Distrikts Galizien müsse es aber sein, die Bevölkerung wieder in Arbeit und Brot zu bringen. Der Staatsbesitz sei in Galizien überaus groß: den Städten gehörten z.B. sämtliche Häuser und Geschäfte. Unter der Voraussetzung einer Reprivatisierung des Vermögens werde sich

allerdings langsam ein Steueraufkommen entwickeln, doch werde darüber noch eine gewisse Zeit dahingehen. Jedenfalls halte er es auch mit Rücksicht auf die Stimmung der Bevölkerung nicht für zweckmäßig, schon jetzt eine Steuerverordnung hinausgehen zu lassen.

Ministerialrat Plodeck legt hierauf dem Herrn Generalgouverneur

zwei Verordnungsentwürfe der Hauptabt. Wirtschaft über die Sicherung des staatlichen Vermögens

vor. Als federführend sei hier die Hauptabteilung Wirtschaft herausgestellt, weil ihr jetzt ja auch die Treuhandabteilung unterstellt sei, soweit nicht die Zuständigkeit anderer Abteilungen in Frage komme.

Ministerialrat Wille erläutert sodann den von ihm aufgestellten Entwurf einer

Verordnung über die deutsche Gerichtsbarkeit

Angesichts der Tatsache, daß im Gebiet Galiziens mittlerweile sowjetistisches Recht gegolten habe, das unter keinen Umständen übernommen werden könne, habe er es für geboten gehalten, an den Rechtszustand anzuknüpfen, der am 31. Aug. 1939 in diesem Gebiete gegolten habe. In Betracht käme also das früher österreichische Recht, modifiziert durch das Recht, das die Polen von 1918 bis 1939 kodifiziert hätten.

Die Besprechung wendet sich sodann der Verordnung über den Übergang der Eisenbahnen Galiziens auf die Ostbahn zu.

Der Herr Generalgouverneur teilt mit, daß Reichsminister Dr. Lammers gebeten habe, auf die Sicherstellung des militärischen Eisenbahnbetriebes Bedacht zu nehmen. Es werde sich deshalb empfehlen, der Bestimmung des § 1 den Satz hinzuzufügen: " soweit nicht die Sicherstellung der Wehrmachtstransportbelange eine andere Betriebsführung vorläufig noch vorübergehend notwendig macht."

720

20

1.8.1941

In die Bestimmung über den Übergang der Postverwaltung will Präsident Lauxmann folgenden Satz aufgenommen wissen: "Dabei ist Voraussetzung, daß die notwendigen Nachrichtenverbindungen für die Wehrmacht sichergestellt bleiben."

Gouverneur Dr. Lasch legt Gewicht darauf, daß in diesen Verordnungen bei Maßnahmen für die Beschlagnahme dieser Vermögen die Genehmigung des Gouverneurs erwähnt wird.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird zu der Frage Stellung genommen, ob die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft auch den staatlich betriebenen Brauereien Weisungen zu geben berechtigt sein soll. Die Finanzverwaltung, so betont Finanzpräsident Spindler, stehe auf dem Standpunkt, daß hinsichtlich des fachlichen Weisungsrechts die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft, hinsichtlich der Verwaltung des Betriebsvermögens jedoch die Hauptabteilung Wirtschaft zuständig sei.

Präsident Senkowsky bemerkt, daßder in dem Verordnungsentwurf gemachte Vorschlag weder einer Auseinandersetzung über das Vermögen vorgreife, noch in das Weisungs- und Führungsrecht der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft darüber eingreife, wieviel Bier gebraut werden solle. Es handle sich lediglich um den Vorschlag, zweckmäßigerweise jenen Verwaltungskörper, der sowieso die Brauereien mit der Biersteuer erfasse, auch mit der Verwaltung dieser Brauereien zu betrauen, was aber vielleicht erst in 1 1/2 oder 2 Jahren entschieden werde, wenn geordnete Verhältnisse herrschten.

~~Haupt~~ Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann verweist auf die Ergänzungsverordnung vom 27. Juli 1940, in der klar zum Ausdruck gebracht sei, welche Betriebe zur Abteilung Ernährung und Landwirtschaft gehörten. Dort seien auch die Brauereien genannt.

Gouverneur Dr. Lasch kommt in diesem Zusammenhang auf die Monopolpreise zu sprechen, die nach der Verordnung im Gebiet Galizien Geltung haben würden. Wollte man diese Bestimmung durchführen, so würden sich sofort die größten Schwierigkeiten ergeben.

Oberregierungsrat Dr. Schulte-Wissermann macht die Beantwortung dieser Frage von der Feststellung abhängig, ob es hinsichtlich des Preisfestsetzungsrechts bei dem Zustand verbleiben solle, der in dem bisherigen Teil des Generalgouvernements herrsche, oder ob man in Galizien die Preisfestsetzungsbefugnis der Monopolverwaltung übertragen solle. Er halte es für unmöglich, daß im bisherigen Teil des Generalgouvernements z.B. die Preisfestsetzung für Bier durch das Amt für Preisbildung, in Galizien aber durch die Monopolverwaltung erfolge.

Finanzpräsident Senkowsky gibt zu bedenken, daß es sich bei diesem Problem vor allem auch um die Sortenfrage handle. Wenn beispielsweise Zigaretten aus dem bisherigen Generalgouvernement nach Galizien eingeführt würden, so habe man keinen Anhaltspunkt für eine Preisfestsetzung, da es ja diese Zigaretten in dem neuen Gebiet nicht gegeben habe. Ebenso gebe es, wenn etwa russische Zigaretten in den galizischen Betrieben weiter erzeugt würden, für diese Zigaretten gar keinen Monopolpreis.

Bankdirigent Dr. Paersch rät, in der Frage der Festsetzung der Preise von Erzeugnissen sehr vorsichtig vorzugehen, weil in dem Gebiete Galiziens ganz andere Lohn- und Preisvoraussetzungen gegeben, auch die Produktionsbedingungen sehr viel günstiger seien als im Generalgouvernement.

Finanzpräsident Spindler betont, daß die Finanzverwaltung nicht beabsichtige, ein Brauereimonopol einzuführen.

1.8.1941

Jedenfalls müsse es das Bestreben sein, auch aus dem Gebiet Galiziens baldmöglichst Monopoleinnahmen fließen zu lassen. Er bitte deshalb dringend, von einer längeren Hinausschiebung des Inkrafttretens dieser Bestimmung Abstand zu nehmen.

Es wird dann im einzelnen zu der Verordnung über die Überleitung der Finanzverwaltung auf das Gebiet Galizien Stellung genommen.

Zu dem Passus, in welchem von der Übernahme der Betriebe die Rede ist, werden die Worte hinzugefügt: "... im Einvernehmen mit dem Gouverneur des Distrikts".

Oberregierungsrat Dr. Schulte-Wissermann äußert starke Bedenken gegen die Einführung sämtlicher Zölle in Galizien. Auf diesem Gebiete müßte die Finanzverwaltung vorläufig noch Zurückhaltung üben.

Finanzpräsident Spindler regt an, der Bestimmung über die Beamtenbesoldung eine Klausel des Inhalts anzufügen, daß die Feststellung des Umrechnungskurses für die Vergütung vorbehalten bleibe. Grundsatz müsse natürlich sein, daß die Beamten und Angestellten des Distrikts Galizien genau so gestellt werden wie diejenigen des Generalgouvernements.

Staatssekretär Dr. Bühler setzt voraus, daß dann allerdings auch das Preis- und Lohnniveau in Galizien geprüft werden müsse.

Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann bittet mit Rücksicht auf die großen Aufgaben der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft, die drei Grundverordnungen, die die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft betreffen, sofort in Kraft treten zu lassen. - Man werde im Interesse einer möglichst umfangreichen Erfassung das staatliche russische Erfassungssystem vorläufig weiter bestehen lassen, um keine Beunruhigung in die Bevölkerung zu tragen. Darüber werde man

aber die landwirtschaftliche Zentrale setzen müssen, um überhaupt einen geordneten Warenumlauf durchführen zu können. Bis auf weiteres werde man noch mit den russischen Trusts arbeiten müssen.

Ministerialrat Plodeck macht Bedenken dagegen geltend, daß in die vorgesehene Regelung auch eine ganze Reihe von gewerblichen Unternehmungen einbezogen werde.

Demgegenüber weist der geschäftsführende Hauptabteilungsleiter Naumann darauf hin, daß die Ergänzungsverordnung vom 27. Juli 1940 die ausdrückliche Zustimmung des Präsidenten Dr. Emmerich gefunden habe.

Oberforstrat Burk legt sodann den Entwurf einer

Verordnung über die Forstwirtschaft

vor.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, vorbehaltlich etwaiger noch notwendig werdender Änderungen die vorgelegten Verordnungen zu unterzeichnen.

Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann berichtet über die Eindrücke, die er und sein Mitarbeiter Dr. Gareis von dem landwirtschaftlichen Verhältnissen Galiziens gewonnen haben. Die Bergung der Ernte, so führt er aus, werde keine Schwierigkeiten mit sich bringen, da ja Großbetriebe überhaupt nicht mehr vorhanden seien, sondern es nur noch vollständig zersplitterte Kleinbetriebe gebe, da die Russen fast sämtliche Großbetriebe noch in den letzten Monaten zerschlagen hätten. Es werde ein Aufruf erlassen werden, des Inhalts, daß jeder das, was er gesät habe, auch ernten dürfe. Bei der Erfassung der Ernte werde man insofern mit gewissen Schwierigkeiten zu rechnen haben, weil die Kleinbetriebe viel schlechter ablieferten als die Großbetriebe und dem Schleichhandel Tür und Tor geöffnet sei. Man werde

sich deshalb des russischen Systems bedienen müssen, das ein sogen. Kontingent vorgesehen habe. Dieses Kontingent habe bisher zu einem niedrigen Preise an die Außenstellen des Trusts abgeliefert werden müssen. Der Rest sei zum drei- bis vierfachen Preise von der ukrainischen Genossenschaft bezw. deren Außenstellen übernommen worden. Getreideläger seien in ziemlich großer Anzahl vorhanden. Man werde noch einige Lagerhäuser bauen müssen, weil eine erhebliche Anzahl zerstört worden sei. Allmählich werde man auch wieder daran gehen müssen, wieder Großbetriebe zu schaffen. Vorläufig werde nicht viehstark gewirtschaftet werden können, weil das Vieh der Großbetriebe überall verstreut sei, man auch die ukrainischen Bauern nicht verärgern wolle. Deshalb werde es notwendig sein, diese Flächen mit Traktoren zu bestellen.

Angesichts des Bestrebens der Sowjets, die Getreideausfuhr nach Möglichkeit zu steigern, sei der Hackfruchtbau sehr vernachlässigt worden. Deshalb gelte es jetzt, den Hackfruchtbau voran zu treiben, vor allem auch den Zuckerrübenbau, für dessen Ausnutzung im Distrikt Galizien nur drei Zuckerfabriken beständen. Ebenso müsse die Kartoffelanbaufläche erheblich ausgedehnt werden, damit die Bevölkerung genügend ernährt werden könne. Nach vorliegenden Statistiken umfasse die landwirtschaftliche Nutzfläche Galiziens 3,6 Millionen ha, und von ihr solle eine dichte Bevölkerung von etwa 5,3 Millionen Menschen ernährt werden. Vornehmste Aufgabe der Landwirtschaftsverwaltung werde es sein, auf eine ausreichende Bestellung der Felder, auf eine möglichst gute Erfassung der Ernte und eine Ausdehnung des Hackfruchtbaus bedacht zu sein. Vorläufig sei von Galizien keine große Entlastung zu erwarten. Wenn man berücksichtige, daß der Bevölkerung auf Anordnung der Militärverwaltung jetzt 2 000 g Brot gegeben würden, dann könne die Zivilverwaltung diese Ration nicht ohne weiteres kürzen. Beim Zucker werde man wahrscheinlich auf eine gewisse Einfuhr nach der Campagne angewiesen sein.

1.8.1941

Alles in allem könne aber die landwirtschaftliche Struktur des Landes als günstig angesehen werden. Das Land sei sehr fruchtbar, es könne sehr viel aus ihm gemacht werden. Die landwirtschaftliche Bevölkerung müsse jedoch erst dem deutschen Gedankengut erschlossen werden.

Oberforstrat Burk hält im Interesse einer ausgedehnten land- und forstwirtschaftlichen Nutzung die Einverleibung der Pripjet-Sümpfe in das Generalgouvernement für unbedingt erforderlich.

Gouverneur Dr. Lasch teilt mit, daß er mit Dr. Gareis und im Einvernehmen mit Landesbauernführer Körner und geschäftsführendem Hauptabteilungsleiter Naumann über die demnächstige Inangriffnahme einer großen Ernteerfassungsaktion gesprochen habe. Angesichts des großen Mangels an Arbeitskräften im nördlichen Teil des Distrikts, müsse nun dafür gesorgt werden, daß aus dem südlichen Teil Arbeitskräfte herbeigeschafft würden. Diese Aktion sei umso notwendiger, als das Getreide schon teilweise überreif sei und die Einbringung der Ernte auch deshalb sehr verzögert werde, weil das Getreide in diesem Gebiet zumeist mit der Sichel gemäht werde. Weiter müsse dafür Vorsorge getroffen werden, daß die großen Mengen des von den Russen im Übermaße geschlagenen Holzes baldmöglichst abgefahren würden.

Bankdirigent Dr. Paersch nimmt darauf zur Währungsfrage Stellung. Von Interesse sei hier zunächst der Zeitpunkt der Einführung der Währung. Er empfehle, diesen Zeitpunkt bis etwa Mitte August zurückzustellen. Wichtig sei auch die Bestimmung des Termins, zu dem der Aufruf der einzuziehenden Rubelnoten erfolge. Die Festsetzung dieses Termines sei davon abhängig, daß die Einlösung möglichst schnell nach dem Inkrafttreten der Verordnung einsetze, damit aus den benachbarten Gebieten, in denen der Rubel laufe, kein zu starkes

Eindringen von Rubelnoten in das Gebiet Galiziens über die Grenze erfolge. In dem Gebiet Galiziens seien jetzt die Reichskreditkassenscheine im Umlauf, der Umrechnungskurs von Rubel zu Reichskreditkassenschein sei auf 1 : 10 festgesetzt. Der von der Wehrmacht in das Gebiet gebrachte Zloty sei mittlerweile wieder aus dem Umlauf verschwunden.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß der Bewohner Galiziens angesichts der Tatsache, daß ihm jetzt ungewöhnliche psychologische und praktische Probleme gestellt würden, so schnell wie möglich eine Gewißheit darüber erhalten müsse, was mit seinem Privateigentum werde. Zumindesten müsse ihm ein Hinweis auf die kommende Entwicklung gegeben werden. Es werde jetzt in Galizien mit einer Entwicklung gebrochen, die doch immerhin den Bewohnern irgendwie Brot gegeben habe. Vor allem müsse der Bevölkerung in den nächsten Tagen gesagt werden, was ihr auf dem Gebiete der Währung bevorstehe.

Finanzpräsident Senkowsky gibt der Befürchtung Ausdruck, daß die Bevölkerung falsche Schlüsse ziehen würde, wenn zwar über alle sonstigen Dinge, nicht aber über die Währungsfrage etwas verlautbart werde. Das Stillschweigen würde zu Gerüchten Anlaß geben, daß die Einführung eines anderen Umrechnungskurses beabsichtigt sei.

Gouverneur Dr. Lasch glaubt nicht an das Entstehen irgendwelcher Gerüchte, da ja bislang der Rubel in einem festen Umrechnungsverhältnis zur Reichsmark gestanden habe. Andererseits müsse anerkannt werden: wenn bekannt gegeben würde, daß der Zloty gegen den Rubel umgetauscht werden könne, dann werde dieser Umtausch die Emissionsbank viele Millionen kosten. Im Zusammenhang mit der einschlägigen Verordnung müßte auch ein Einfuhrverbot für Rubelnoten ergehen.

1.8.1941

27

Bankdirigent Dr. Paersch hält es für notwendig, daß die für die Regelung dieser Verhältnisse maßgebende Verordnung möglichst schnell ergehe. Bei diesem Vorgehen müsse aber darauf Rücksicht genommen werden, daß in den übrigen besetzten Gebieten noch Rubelnoten umliefen. Sobald die Verordnung über die Abrufung der Rubelnoten ergehe, bestehe natürlich auch für die dortigen Besitzer von Rubeln die Möglichkeit, ihre Bestände zu verwerten, und auch der Handel werde versuchen, diese Rubelnoten nach dem Generalgouvernement zu bringen.

Ministerialrat Plodeck nimmt zu der

Verordnung über die vorläufige Sicherstellung des früheren russischen Staatseigentums

Stellung. In der Verordnung sei von der Grundlage ausgegangen, daß in Galizien auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft weitgehend das staatliche Eigentum eingeführt worden sei. Aus wirtschaftspolitischen Überlegungen sei man zu der Überzeugung gekommen, daß man grundsätzlich von Fall zu Fall prüfen müsse, ob etwas aus dem früheren Staatsvermögen herausgenommen und dem Betreffenden sein Eigentum wiedergegeben werden könne. In besonderen Fällen, in denen es vom politischen Standpunkt aus unbedenklich sei, werde man Ukrainern ihr Eigentum wieder zurückgeben können. Infolgedessen werde man daran gehen müssen, die trustmäßig gegliederte Wirtschaft des Landes im einzelnen zu untersuchen und innerhalb der bestehenden 38 Gruppen diejenigen Fälle herauszusuchen, die vorweg im Sinne dieser Grundausrichtung erledigt werden könnten. Das bedeute eine gewaltige Arbeit, für die ein umfangreiches Personal eingesetzt werden müsse. Er habe deshalb dem Gouverneur Dr. Lasch vorgeschlagen, für diesen Sektor vorläufig fünf Herren arbeiten zu lassen, die unter Leitung einer von der Treuhandverwaltung zur Verfügung gestellten Persönlichkeit stehen würden.

Der Herr Generalgouverneur gibt seine Zustimmung zu dieser Regelung und trifft dann folgende Anordnung:

1. Seit dem 1. August, mittags 12^{00} Uhr, fällt der Distrikt Galizien nicht mehr in den Begriff der neu besetzten Ostgebiete. Alles, was künftig aus dem Reich oder im Namen des Reiches für die neuen Ostgebiete verordnet wird, gilt nicht für das Generalgouvernement.
2. Gouverneur Dr. Lasch wird vorläufig den Distrikt Galizien einheitlich verwalten. Ob und wie später eine Trennung in weitere Distrikte vorzunehmen ist, steht dahin.
3. Zum Amtschef des Distrikts Galizien wird Regierungsrat Losacker, der bisherige Amtschef des Distrikts Lublin, ernannt.
4. Zum SS- und Polizeiführer des Distrikts Galizien wird SS-Oberführer Katzmann ernannt.

Der Herr Generalgouverneur verfügt weiter, daß alle Zentralbehörden, die zu errichten sind, erst in Wirksamkeit treten sollen, wenn der Gouverneur bezw. die Mitglieder des Verwaltungsrates dazu ihre Zustimmung erklärt hätten. Ein anderes Vorgehen sei angesichts der außerordentlich schwierigen Verkehrsverhältnisse, vor allem der ungeheuren Anspannung der Verkehrssituation in den militärischen Bereichen unmöglich. Ebenso ernst sei die wirtschaftspolitische und allgemeinpolitische Situation.

Auf Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Gouverneur Dr. Lasch, daß er bereits mit Staatssekretär Dr. Bühler über die personelle Besetzung der zu schaffenden Kreis- und Stadthauptmannschaften gesprochen habe. Er werde innerhalb der nächsten zwei Wochen dem Herrn Generalgouverneur einen konkreten Vorschlag unterbreiten.

Gegenüber dem Hinweis des SS-Obergruppenführers Krüger, daß die Standorte der Kreishauptmänner möglichst bald festgelegt werden müßten, damit er eine Verteilung der Gendarmerieposten vornehmen könne, bemerkt Gouverneur Dr. Lasch, daß die

Standorte von 8 Kreisen bereits feststånden. Er könne mit Sicherheit in Aussicht stellen, daß die Standorte sämtlicher Kreishauptmannschaften festgelegt sein würden, wenn die Gendarmerie anrücke.

Präsident Lauxmann teilt mit, daß die Aufnahme des Postverkehrs für die Zivilbevölkerung noch einige Zeit auf sich warten lassen werde. Die fünf größten Städte seien aber bereits mit Postämtern besetzt. Eine unmittelbare Telefonleitung nach Krakau werde in den nächsten Tagen in Betrieb genommen werden. Der behördliche Briefverkehr sei bereits aufgenommen worden. Auch sei schon eine Anzahl von Fernschreibern eingetroffen. Er bitte, zu genehmigen, daß für den Dienstpostverkehr, sowie für den Briefverkehr der Beamten und Angestellten zunächst die Generalgouvernementsgebühren in Geltung träten.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob und wann eine regelmäßige Zugverbindung nach Krakau eingerichtet werden könne, erwidert Präsident Gerteis, daß hierfür noch Vereinbarungen mit der Betriebsführung der Wehrmacht getroffen werden müßten. Das gelte z.B. auch für die Einrichtung eines Kurierzugverkehrs.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Oberstleutnant Fischer, dem Präsidenten Gerteis bei der Durchführung dieser Pläne behilflich zu sein.

Gouverneur Dr. Lasch teilt mit, daß die ungarischen Truppenteile in genau festgesetzten Abschnitten das Gebiet Galiziens verlassen würden./Für die Zivilverwaltung sei es von großem Wert, zu wissen, mit welchen Terminen man rechnen könne, damit an dem dem Abzug der Truppen folgenden Tage die Verwaltungsarbeit sofort aufgenommen werden könne. Weiter betont Gouverneur Dr. Lasch die Notwendigkeit, die von den

1.8.1941

Ungarn nicht fertig gestellte Brücke über den Dnjestr bei Halisch schnellstens durch deutsche Bautrupps wieder herzustellen.

Abschließend spricht der Herr Generalgouverneur den Mitgliedern des Verwaltungsrats, dem Gouverneur Dr. Lasch und Oberregierungsrat Dr. Schepers seinen Dank und seine Anerkennung für die geleistete vorbildliche Arbeit aus.

Schluß der Sitzung: 17⁰⁰ Uhr.

18³⁰ A b e n d e s s e n im Hotel George auf Einladung des Herrn Generalgouverneurs, gegeben für die ausländischen Ehrengäste.

21⁰⁰ A b f a h r t des Herrn Generalgouverneurs nach Przemysl zum Sonderzug.

IX/3 Krakau

Sonnabend, 2. August 1941

9^{15} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

11^{40} Besprechung mit Präsident Lauxmann und Dienstleiter Schalk.

Der Herr Generalgouverneur macht Präsident Lauxmann die Mitteilung, daß der Führer mit der Herausbringung von Postwertzeichen mit seinem Kopfbild im Generalgouvernement zum "Tag der NSDAP." einverstanden sei, und ersucht den Präsidenten, das Nötige zu veranlassen, daß diese Marken noch zum Tag der NSDAP. in diesem Sommer erscheinen können.

12^{30} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

15^{30} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

Sonntag, den 3. August 1941

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

IX/3 Krakau

Montag, den 4. August 1941

8^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

10^{20} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith und SS-Obersturmführer Donaubauer.

Gegenstand der Besprechung sind laufende Fragen der Burgverwaltung.

Ein Fall, in dem man bei einem Gefolgschaftsmitglied auf eine Vorstrafe gestoßen ist, gibt dem Herrn Generalgouverneur Veranlassung, die besonders vorsichtige Auswahl von neuem Personal zu empfehlen.

Der Herr Generalgouverneur gibt seine Absicht kund, das Staatsgut Skole mit Schloß in Galizien für die Bedürfnisse der Burg sicherzustellen und womöglich Erholungsplätze für die Gefolgschaftsmitglieder der Burg einzurichten.

10^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

10^{55} Besprechung mit Regierungsrat Bergmann von der Dienststelle des Vierjahresplans-Berlin in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Bühler.

In der Besprechung werden allgemeine Fragen der Zusammenarbeit der Dienststelle des Vierjahresplans in Berlin und der beauftragten Stellen des Generalgouvernements in Galizien behandelt.

11^{30} Besprechung mit Dienstleiter Schalk in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Bühler.

Staatssekretär Dr. Bühler erklärt seine Bereitwilligkeit, für eine weitgehende Beteiligung aller Regierungsmitglieder an den Feierlichkeiten des "Tag der NSDAP." im Generalgouvernement Sorge zu tragen.

4.8.1941

13^{00} F r ü h s t ü c k.

16^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt Dr. Schneider vom Lazarus-Krankenhaus in Krakau.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau).

IX/3 Krakau

Dienstag, den 5. August 1941

10^{20} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

10^{35} Besprechung mit Generalleutnant Riege in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Bühler.

11^{15} Besprechung mit Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt.

11^{20} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt. Oberforstrat Burk wird am Schluß der Besprechung zugezogen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß er Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt auf dessen Antrag hin wieder als Leiter der Hauptabteilung Forsten einsetzen wolle und Oberforstrat Burk zum Stellvertreter bestellen werde. Für die bisher geleistete Arbeit spricht der Herr Generalgouverneur den beiden Herren seine Anerkennung aus.

11^{50} Besprechung mit Direktor Dr. Coblitz.

Direktor Dr. Coblitz überreicht dem Herrn Generalgouverneur das neuste Heft der Zeitschrift "Die Burg".

11^{55} Der Herr Generalgouverneur empfängt Obersturmbannführer Stahl, der in seiner Eigenschaft als Aufmarschleiter für den Tag der NSDAP. über seine bisherigen Vorbereitungen berichtet.

12^{00} Oberstleutnant Fischer hält dem Herrn Generalgouverneur Vortrag über die Lage auf dem deutsch-russischen Kriegsschauplatz.

13^{00} F r ü h s t ü c k .

5.8.1941

16[45] Besprechung mit Ministerialrat Plodeck, Leiter der Bewirtschaftungsstelle für Erdöl Goebel und Dr. Bergmann.

Ministerialrat Plodeck berichtet dem Herrn Generalgouverneur von Versuchen von Reichsstellen, Einfluß in der Wirtschaft des neuen Distrikts Galizien zu gewinnen. So solle ein Unternehmen gestartet werden, das militärische Rohstoffe, Halbfabrikate usw. erspähen und nach dem Reich überführen solle. Auch auf dem Erdölsektor stehe man allem Anschein nach auf dem Standpunkt, daß die Förderung und Ausbeutung Sache des Reiches sei. Das gleiche gelte für die Kohlenvorkommen in Galizien.

Der Herr Generalgouverneur weist demgegenüber darauf hin, daß der Distrikt Galizien vollkommen dem Generalgouvernement einverleibt sei und daß daher keine Zentralstelle des Reiches in diesem Gebiet Einfluß nehmen könne. Es sei klar, daß die Interessen des Reiches von Seiten des Generalgouvernements so weit als möglich berücksichtigt werden würden. Zu diesem Zwecke habe er in seiner Eigenschaft als Bevollmächtigter des Reichsmarschalls Göring eine Dienststelle des Vierjahresplans unter der Leitung des Hauptabteilungspräsidenten Dr. Emmerich geschaffen; von dieser seien die letzten Entscheidungen zu treffen. Eventuelle Einmischungsversuche mögen ihm vorgetragen werden, damit er, wenn nötig, persönlich eingreifen könne. -

Ministerialrat Plodeck gibt dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis von Anträgen politischer Dienststellen, die Wohnhäuser in Krynica, die sich im Eigentum des Generalgouvernements befinden, für ihre Zwecke übertragen sehen wollten.

5.8.1941

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit der Zuweisung dieser Gebäude an die Dienststellen einverstanden, das Eigentumsrecht müsse aber nach wie vor dem Generalgouvernement vorbehalten bleiben.

17[00] Besprechung mit Rechtsrat Dr. Hammerle.

Dr. Hammerle berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß er Staatsminister Dr. Meißner auf dessen Antrag nach Abänderung der Uniform des Sonderdienstes mitgeteilt habe, daß sie so bald wie möglich eingeleitet werde. Staatsminister Dr. Meißner empfehle, für die Abänderung proforma eine Übergangszeit von einem Jahr zu bestimmen.

Was den Einsatz des Sonderdienstes in Galizien betreffe, so hoffe er bis zum 20. August 400 Sonderdienstmänner dort einsetzen zu können. Dies ließe sich aber nur durch den Abzug seiner Männer vom Straßenbau von der Ostbahn und der Wehrmacht erreichen.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Rechtsrat Dr. Hammerle, den Sonderdienst für die kommenden wichtigen Aufgaben so rasch und so umfangreich wie möglich zu vermehren.

Dr. Hammerle gibt die Versicherung, daß er bis zum Ende dieses Jahres eine Truppe von 4 000 Mann aufgestellt haben werde.

Mit der Beschaffung von zwei Flugzeugen, die dem Sonderdienst für seine Zwecke zugesagt seien, ist der Herr Generalgouverneur einverstanden.

17[10] Besprechung mit Dienstleiter Schalk.

17[40] Empfang des Organisationsstabes der NSDAP. für die Vorbereitungsarbeiten des Parteitages im Generalgouvernement.

4 5.8.1941

Der Herr Generalgouverneur macht längere Ausführungen über die Wichtigkeit der Parteiarbeit im Generalgouvernement und die des "Tag der NSDAP." im besonderen, und ersucht alle Mitglieder des Organisationsstabes um eine vorbildliche Vorbereitung der kommenden Feierlichkeiten. Er gibt für die einzelnen Sachgebiete mehrere Anregungen und Hinweise.

Dienstleiter Schalk trägt dann die einzelnen Programmpunkte für die Feiern, wie sie bis jetzt gediehen sind, vor.

Bei dieser Gelegenheit überreicht der Herr Generalgouverneur Hauptabschnittsleiter Thüringer und Abschnittsleiter Stahl, die neben Dienstleiter Schalk die ältesten Mitarbeiter des Arbeitsbereiches "Generalgouvernement" der NSDAP. sind, sein Bild mit Widmung.

18³⁰ A b e n d e s s e n .
Gäste sind die Mitglieder des Organisationsstabes.

20⁰⁰ Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

IV/3

Mittwoch, den 6. August 1941

Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Kressendorf nach Tomaszow.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf).

IV/3 Krakau

Donnerstag, den 7. August 1941

9^{30} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

9^{40} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

10^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

11^{00} Besprechung mit Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1. einer Ersten Verordnung über die Einführung arbeitsrechtlicher Vorschriften im Distrikt Galizien,
2. einer Ersten Verordnung über die Einführung von Vorschriften der allgemeinen Verwaltung im Distrikt Galizien,
3. einer Geschäftsordnung des Wirtschaftsrats für das Generalgouvernement,
4. einer Verordnung über die Einsetzung eines Schiffahrtsbeauftragten für das Generalgouvernement,
5. einer Ergänzungsverordnung zur Verordnung vom 25. November 1940 über die Gewährung von Familienunterhalt an die im Generalgouvernement befindlichen Angehörigen der zum Wehrdienst, zum Dienst in der Waffen-SS und zum Reichsarbeitsdienst einberufenen deutschen Volkszugehörigen,
6. einer Zweiten Verordnung über die Entschädigung von Kriegssachschäden im Generalgouvernement.

vor.

Die Entwürfe werden von dem Herrn Generalgouverneur unterzeichnet.

2 7.8.1941

11^{15} Besprechung mit Gesandtem a.D. Dr. Rümelin und Generaldirektor Dr. Decker.

Generaldirektor Dr. Decker teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß er die Leitung der Werke des Generalgouvernements A.-G. übernommen habe.

Er gibt einen kurzen Überblick über den Stand der Werke Stachanowice, Stalowa-Wola und Moszice.

Der Herr Generalgouverneur sichert Generaldirektor Dr. Decker jegliche Unterstützung in der Verfolgung seiner Pläne zu und erklärt sich auch damit einverstanden, daß den vier Direktoren der Werke, mit denen nach Meinung des Generaldirektors Dr. Decker eine Zusammenarbeit nicht möglich sei, ihre Stellung gekündigt werde. Weiter ersucht der Herr Generalgouverneur Generaldirektor Dr. Decker, etwa im Monat Dezember vor Regierungsvertretern und Vertretern der Presse einen Vortrag über die Werke des Generalgouvernements zu halten, mit dem eine kleine Ausstellung von Fotografien der Werke usw. verbunden werden könnte.

12^{10} Der Herr Generalgouverneur empfängt Finanzpräsident Lindemann-Troppau zur Meldung seines Dienstantrittes.

Finanzpräsident Lindemann berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß er bereits die ersten Vorbereitungen zur Übernahme des Zollgrenzschutzes in Galizien eingeleitet habe. Die ihm zur Verfügung stehenden Männer könne er so verteilen, daß etwa drei Mann einen Grenzstreifen von 1 km Länge bewachen würden. Besondere Schwierigkeiten ergäben sich vorerst noch in der Transportfrage.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Finanzpräsident Lindemann, sich in allen Fragen und auftauchenden Schwierigkeiten an Staatssekretär Dr. Bühler zu wenden.

7.8.1941

12^{20} Besprechung Präsident Lauxmann in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Bühler.

Gegenstand der Besprechung sind Meinungsverschiedenheiten, die sich bei der Übernahme der postalischen Einrichtungen in Galizien zwischen dem Reichspostministerium und der Deutschen Post Osten ergeben haben. Zur Beseitigung der Schwierigkeiten wird der Wortlaut einer Antwort auf ein Fernschreiben des Reichspostministers festgelegt. Präsident Lauxmann soll weiterhin für die Aufrechterhaltung und den Ausbau des Betriebes Sorge tragen.

12^{40} Der Herr Generalgouverneur empfängt Oberregierungsrat Dr. Egen.

13^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt Konteradmiral von den Borne in Begleitung von Kapitän Garzke und Oberstleutnant Fischer.

13^{20} Besprechung mit Major Baron von Dazur.

13^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Militärbefehlshaber im Generalgouvernement General Frhr. von Gienanth und Oberst Röhricht in Begleitung von Oberstleutnant Fischer und Oberstleutnant von Tschammer und Osten.

13^{45} F r ü h s t ü c k .

16^{45} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs mit dem Militärbefehlshaber im Generalgouvernement General Frhr. von Gienanth zum Haus der NSDAP.

7.8.1941

Die Gäste werden vom stellvertretenden Leiter des Arbeitsbereiches der NSDAP. im Generalgouvernement, Dienstleiter Schalk, begrüsst, worauf der Herr Generalgouverneur dem Militärbefehlshaber die Amtsleiter des Arbeitsbereiches vorstellt.. Der Herr Generalgouverneur betont in seinen Begrüssungsworten, dass die beiden Bollwerke Partei und Wehrmacht im Generalgouvernement stets in idealer Form eine vorbildliche Zusammenarbeit bewiesen hätten. Dafür dankt der Herr Generalgouverneur dem Militärbefehlshaber im Namen aller seiner Mitarbeiter.

Im Anschluss daran gibt Dienstleiter Schalk in grossen Zügen einen Überblick über den Arbeitsbereich der NSDAP im Generalgouvernement.- Der Leiter der Hauptabteilung Propaganda Ohlenbusch spricht über die Aufgaben der Truppenbetreuung.

18[00] Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Krynica.

11^{10} Besprechung mit Gesandten a.D. Rümelin

11^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt Generalleutnant der Ordnungspolizei R i e g e zur Verabschiedung.

Er spricht dem scheidenden General im Namen des Führers und des Reiches Dank und Anerkennung für die im Generalgouvernement geleistete Aufbauarbeit aus und überreicht ihm als persönliche Erinnerungsgabe ein Ölgemälde, darstellend die Burg in Krakau.

11^{50} Besprechung mit Gesandten v. W ü h l i s c h

12^{00} Der Herr Generalgouverneur überreicht Pol.Hauptwachtmeister N i c k l und dem Schützen P a r l i t z im Namen des Führers das Kriegsverdienstkreuz II.Kl.

12^{10} Besprechung mit Dienstleiter S c h a l k

12^{30} Besprechung mit Präsident W a t z k e

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die von Präsident Watzke vorgelegte Urkunde für die geplante medizinische Akademie.

Präsident Watzke berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß für die geplante Sternwarte der westliche Teil von Mogilany ausersehen sei. Dort sollten Voruntersuchungen angestellt werden, bis man dann den ersten Spatenstich machen werde.

Über die Schulverhältnisse in Lemberg berichtet Präsident Watzke dem Herrn Generalgouverneur, daß die Hochschulen nicht geschlossen, sondern nur die Ferien bis zum 1.November 1941 verlängert worden seien. Es sei beabsichtigt, die Lehrkräfte auszuwählen.

Die für die deutschen Belange geeigneten Professoren würden in Lemberg bleiben, während die anderen in Kiew weiter verwendet werden sollen. Mehrere in Lemberg bestehende Institute sollten ihre Arbeit wieder aufnehmen.

13^{00} F r ü h s t ü c k

19^{55} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs ins Staatstheater zur Teilnahme am Festkonzert des NS-Syphomieorchesters unter der Leitung von Generalmusikdirektor Adam .

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Krakau

Freitag, den 15.8.1941

9^{10} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith

9^{30} Filmaufnahme im Königssaal der Burg in Anwesenheit des Organisationsstabes für den Tag der NSDAP im Generalgouvernement 1941.

10^{00} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Kino "Skala" zur Festaufführung des Karl Ritter-Films "S t u k a s".

Nach Vortrag einiger Märsche durch ein Musikkorps der Luftwaffe und einleitenden Worten von Generalleutnant Waber rollte das dramatische Geschehen dieses hervorragenden Fliegerfilms ab.

11^{40} Der Herr Generalgouverneur begibt sich anschließend zu einem Presseempfang, den der Stellv. Leiter des Arbeitsbereiches der NSDAP Generalgouvernement, Dienstleiter Schalk, im Krakauer "Haus der NSDAP" gab.

Der Herr Generalgouverneur begrüßt die anwesenden Pressevertreter und dankt ihnen für ihr Erscheinen zu diesem Ehrentag der NSDAP im Generalgouvernement. Es sei auch ein Verdienst der Presse, daß die neuartigen Aufgabenstellungen, die die NSDAP im Generalgouvernement als dem größten Organisationsgebiet außerhalb des Reiches zu erfüllen hat, schnell von den hier eingesetzten Deutschen und auch in der Heimat verstanden worden wären.

Für ihn als einen der ältesten Kämpfer des Führers, der die gewaltige Entwicklungsgeschichte der nationalsozialistischen Bewegung aus nächster Nähe miterleben durfte, sei dieser Tag ein besonderes

Erlebnis. Heute sei die Partei eine ganz Großdeutschland umspannende und tragende Bewegung geworden. Auch über dem Generalgouvernement müsse sie als treue Schützerin allen Geschehens stehen. Das Generalgouvernement müsse in Zukunft eine stabile und tragfähige Brücke zwischen der Heimat und den gigantischen Bereichen des Ostens sein und habemit dieser Aufgabe eine ungeheuer wichtige Funktion übernommen. Daher obliegen auch der Partei in der Zusammenfassung der hier eingesetzten Deutschen wichtige und z.T. ganz neuartige Aufgaben. Die Träger der Weltanschauung müssen daher mit den Waffenträgern des Reiches treu und kameradschaftlich in einer festen Einheitsfront zusammenstehen.

Der Sinn und die symbolische Bedeutung des ersten Tages der NSDAP im Generalgouvernement sei, Rückschau über die Erfolge des ersten Einsatzjahres des Arbeitsbereiches der NSDAP zu halten und die Marschrichtung für die zukünftige Arbeit festzulegen.

13⁰⁰ Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler

13³⁰ F r ü h s t ü c k

16⁰⁰ Teilnahme des Herrn Generalgouverneurs an der Feier anläßlich der Übergabe von Hoheitsfahnen an 56 Standorte der NSDAP im Burghof.

Nach Meldung des vollzogenen Aufmarsches und dem Vortrag einiger Musikstücke ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Rede:

Deutsche !

Männer der Wehrmacht, der Polizei, der SS, des Arbeitsdienstes, des NSKK, Männer der Partei!

Im Namen des Führers verleihe ich den Standorten der NSDAP, Arbeitsbereich Generalgouvernement, die ersten Standortfahnen. In einem Augenblick entscheidender geschichtlicher Bedeutung, wo unter den ehernen Schlägen der unvergleichlichen Wehrmacht des Großdeutschen Reiches der größte Feind aller

I/7

743

Donnerstag, den 7. August 1941

bis

Mittwoch, den 12. August 1941

Aufenthalt

des Herrn Generalgouverneurs

in

Krynica und Zakopane.

Mittwoch, den 13. August 1941

17^{15} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Krakau

18^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. B ü h l e r

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Donnerstag, den 14. August 1941

9[30] Besprechung mit Kammergerichtsrat
Dr. K e i t h

10[15] Besprechung mit Staatssekretär
Dr. B ü h l e r

10[40] Besprechung mit Oberlandesgerichtsrat
Dr. W e h

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe folgender Verordnungen vor:

1.) Verordnung über die vorläufige Regelung von Unterstützungszahlungen an nicht wiederbeschäftigte Beamte deutscher Volkszugehörigkeit des ehemaligen polnischen Staates und der polnischen Selbstverwaltungsverbände und an nicht wiederbeschäftigte Berufsmilitärpersonen deutscher Volkszugehörigkeit.
2.) Verordnung über die Geltung der Eisenbahn-, Bau- und Betriebsordnung im Generalgouvernement,
3.) Verordnung zum Schutze der Fluren- und Feldfrüchte,
4.) Erste Verordnung über die Einführung preisrechtlicher Vorschriften im Distrikt Galizien,
5.) Devisenverordnung für den Distrikt Galizien,
6.) Devisenanordnung Nr. 18.

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Verordnungen.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh überreicht dem Herrn Generalgouverneur den Band 1940 der Verordnungsblätter des Generalgouvernements.

Völker, der Bolschewismus, in sich zusammensinkt, nehmt Ihr diese Fahnen mit hinaus in dieses Land des Generalgouvernements, das vom Führer bestimmt ist, einer der härtesten, entschlossensten und klarst geführten Bereiche unseres großdeutschen Machtraumes zu sein. Mehr als jeder andere Deutsche seid Ihr dazu berufen, das, was Eure deutschen Volksgenossen mit der Waffe in der Hand unter stetigem Einsatz ihres Lebens und unter nicht wiederzugebenden Schwierigkeiten eroberten, auch als Soldaten der Kampfbewegung des Führers zu halten. Die Wehrmacht muß wissen, daß, so wie die äußere Fronst des Reiches in heroischem Einsatz steht, die nationalsozialistische Bewegung keine stolzere Aufgabe kennt, als die innere Front des Reiches stolz ausgerichtet zu bewahren.

Die Nationalsozialischtische Deutsche Arbeiterpartei ist heute durch den Sieg Adolf Hitlers die stolzeste auf der Welt jemals vorhanden gewesene Kampfbewegung im Dienste der höchsten Güter aller Völker geworden. Unter den Zeichen, die Ihr jetzt in Euren Händen haltet, und die Euch in Eurem Ringen voranflattern werden, sinkt die alte Welt - die Verbrechen des Bolschewismus, des plutokratischen Ausbeutertums - und eine neue Ordnung der Freiheit, der Ehre, der Kameradschaft, der sozialen Wohlfahrt und der Autorität im Dienste der höheren Entwicklung aller menschlichen Kräfte beginnt. Seid Euch dieser hohen Sendung bewußt! In diesen Fahnen tragt Ihr die Zukunft, die Gewähr der Unsterblichkeit unseres Volkes. Eure Herzen müssen höher schlagen in dem Bewußtsein an die Größe unserer Zeit.

Indem ich Euch nun diese Fahnen übergebe und indem ich Euch den Gruß des Führers übermittle, möchte ich Euch erneut auch den Kampfgeist des Führers in die Herzen legen. Das Schwerste ist nicht schwer genug, um es nicht zu überwinden im Dienste unseres Volkes.

Diese Fahne ist gerade hier im Generalgouvernement wieder eine stolze Kampfesfahne. In diesem Land haben wir die deutsche Führung sicherzustellen und aufgerichtet zu halten, damit das, was durch den Heldentod bester deutscher Männer im Waffenrock erobert worden ist, durch die Macht unserer nationalsozialistischen Ordnung für alle Zukunft dem deutschen Volk erhalten bleibt. Wir sind als Bewegung nicht einer Partei von früher oder anderer Völker vergleichbar, unserer Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ist der Genius unseres Volkes, verkörpert durch Adolf Hitler, verewigt durch unser Parteiprogramm.

Möge Euch unter dieser Fahne der ewige Glaube an unser Volk, die Treue zum Führer, die Hingabe an sein Werk, das höchste Erleben Eures Daseins sein. Möge mit dieser Fahne der Sieg der deutschen Weltanschauung, der Sieg des Nationalsozialismus in diesem Raum sein. Zieht dahin Ihr Fahnen, seid wohlbehütet, seid in starken Händen, werdet gehalten von fanatischen Glaubensträgern! Dies wünsche ich Euch. Mit diesen Fahnen geht unsere Bewegung, mit unserer Bewegung das Volk, mit unserem Volk unser nationalsozialistisches Reich, das Reich Adolf Hitlers in die Unsterblichkeit ein.

Ewiger Herrgott, segne diese Fahnen des Führers !"

Schlußworte des Dienstleiters Schalk und der Gesang der nationalen Lieder beenden diese eindrucksvolle Feier.

19.30 Generalmitgliederappell im Alten Theater am Stefansplatz.

Der Herr Generalgouverneur schreitet am Stefansplatz die Front der dort aufgestellten Ehrenformationen ab und begibt sich durch ein Spalier von Hitlerjugend und BdM unter den Klängen des Präsentiermarsches in den festlich geschmückten Saal.

Nach Grußworten des Stellvertr. Leiters des Arbeitsbereiches der NSDAP Generalgouvernement, Dienstleiter Schalk, an die anwesenden Ehrengäste aus Staat, Partei und Wehrmacht ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort:

"Vor einem Jahr haben wir uns zu der stolzen Aufgabe vereinigt, für eine klargegliederte Ordnung der nationalsozialistischen Bewegung hier in dem östlichsten Machtbereich des Großdeutschen Reiches Sorge zu tragen. Ich danke Euch, Parteigenossinnen und Parteigenossen, aus übervollem Herzen, daß Ihr diesem Appell unter den schwierigsten Umständen mit so großer Treue Folge geleistet habt. Was wir hier im Generalgouvernement in der nationalsozialistischen Bewegung aufgebaut haben, war die Voraussetzung dafür, daß das staatliche Aufbauwerk, ja in weitem Umfang das deutsche Leben überhaupt, hier in diesem Raum sich so segensreich fortentwickeln konnte, wie wir das vor einem Jahr gar nicht erwarteten. Nach einem Jahr nun steht der Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP als ein ehern geschlossener weltanschaulicher Block hier in diesem Machtbereich. Ich bin stolz und glücklich darüber.

Eines aber möchte ich gleich von vornherein sagen: was wir in diesem ersten Jahr gearbeitet haben, war nur der erste zarte Anfang. Jetzt verlange ich eine Verdoppelung, ja sogar Verdreifachung der Arbeit. Von hier aus muß eine Welle der entschlossensten

fanatischsten Begeisterung für die Fahne des Führers in das Reich hinüberschlagen. Das Generalgouvernement ist stolz darauf, die mutvollste Organisation der Bewegung aufgerichtet zu haben (Beifall!).

Wir sind in dieses Land gekommen, nachdem es durch die unvergleichliche Tapferkeit der Soldaten Adolf Hitlers erobert worden war, und müssen nun die deutsche Führung in diesem Bereich für alle Zukunft sichern. Das geht nicht ohne die NSDAP, das geht nur mit der NSDAP. Für die unermüdliche aufgeschlossene Unterstützung, die wir gefunden haben, muß ich auch hier nicht nur Euch, meine Parteigenossinnen und Parteigenossen, sondern allen Amtswaltern, allen Dienstbereichen des Staates hier im Generalgouvernement, insbesondere aber auch unserer Wehrmacht danken.

Hier liegt ein neues Land der Bewegung. Und heute wundert sich schon niemand mehr unter uns, daß wir hier in Krakau in einer Parteikundgebung versammelt sind. Wir können heute mit Recht sagen, daß niemand dieses Generalgouvernement dem Führer von innen heraus entwinden kann. Dieses Land ist deutsch und bleibt deutsch. (Beifall!) Die Partei wird hier der geistige Vortrupp der absolutesten Zielsicherheit und Zielklarheit sein, daß Schwankungen und kleine Anfälle von irgendwelchen Unklarheiten nicht aufkommen. Die Partei muß hier das Rückgrat der Gesinnung in jedem Falle gewährleisten, und wir hoffen und flehen zum Schicksal, daß es uns nach dem baldigen Siegfrieden möglich sein wird, Tausende und Abertausende deutscher Frontkämpfer hier im Generalgouvernement als ihrer neuen Heimat anzusiedeln.

Denn, während wir hier ~~so~~ in einer Feierstunde weilen, denken wir doch daran, daß wir das nur tun können, weil Millionen der besten Söhne unseres Volkes auch

auch in diesem Augenblick die Front im Osten halten, ihr Leben jeden Augenblick einsetzen, unter den entsetzlichsten Bedingungen territorialer, bevölkerungsmäßiger Art bereit sind, unseren Aufbau und unser Werk zu verteidigen. Daher hat die Partei es auch als ihre Ehrenpflicht angesehen, den Verwundeten zu helfen. Es freut mich, wenn immer wieder von den Dienststellen der Wehrmacht anerkannt wird, daß der Arbeitsbereich des Generalgouvernements sich in der Verwundetenbetreuung ausgezeichnet bewährt. Diese Verwundeten des Krieges im Osten sind unsere Zeugen dafür, daß die deutsche aufsteigende Schicksalslinie mit allen Opfern zwar erkämpft werden muß, daß sie aber zu dem glorreichen Ende führen wird, an dem einmal der Frieden, die neue Ordnung der Welt unter der Führung Adolf Hitlers gewährleistet wird. (Beifall!) Dies ist dann auch der Dank, den die Bewegung für ihren jahrelangen Kampf und für all' ihre Mühen erhält.

Gerade wir haben allen Anlaß, uns daran zu erinnern, was die Bewegung einmal war, wie sie aus den kleinsten Anfängen begann, wie sie dann wuchs und allmählich immer mehr und mehr einen Aufstieg erlebte, daß die Welt aufmerksam wurde. Als dann die Welt aufmerksam wurde, da war es dann schon zu spät, mit dieser Bewegung noch einmal fertig zu werden. Heute wird das Banner des Hakenkreuzes über Deutschland niemals wieder niedergerungen werden.

Ihr, meine Parteigenossinnen und Parteigenossen, könnt daher auch mit Recht diesen heutigen Tag als einen Feiertag begehen. Ich freue mich, daß der erste Tag so schön verlaufen ist, und ich glaube, wir alle können glücklich über den Ablauf dieses ersten Tages sein.

Ich möchte heute einmal so zu Euch sprechen, wie es uns allen ums Herz ist. Wir Nationalsozialisten müssen immer daran denken, daß wir eine Volksbewegung sind. Wir sind nicht dazu da, um nun in selbstherrlicher Abgeschlossenheit von unserem Volk geheimnisvolle Entschlüsse zu fassen, sondern mitten im Volk und in steter Verbundenheit mit dem Volk muß die Partei leben. Je mehr wir uns diesen Grundsätzen verschworen zeigen, desto mehr wird die Partei leben und sich entwickeln, je stolzer, je abgeschlossener, ja sogar je eingebildeter wir würden, desto mehr würde die Partei vom Volke nicht verstanden werden.

Im Generalgouvernement haben wir etwas ganz Neues geschaffen: wir haben die deutsche Volksgemeinschaft in wahrhafter Form verwirklicht, die Gemeinschaft aller Deutschen unter Führung der NSDAP herbeigeführt; denn wir haben in unserem Arbeitsbereich alle Deutschen, auch die Nichtnationalsozialisten im Sinne von Parteizugehörigkeit zusammengefaßt. Diese deutsche Volksgemeinschaft zählt heute bereits im Generalgouvernement annähernd 70.000 eingeschriebene Mitglieder. Das ist eine Zahl, mit der wir arbeiten können. Diesen 70.000 Mitgliedern werden wir die Aufgabe geben, die deutsche Volksgemeinschaft in allen kulturellen, sozialen, politischen Ausstrahlungen in kameradschaftlicher Gemeinschaft zu fördern und zu pflegen.

Ich werde innerhalb dieser deutschen Volksgemeinschaft Wehr- und Schützengemeinschaften bilden. Jeder deutsche Mann im Generalgouvernement wird die Waffe in die Hand bekommen. Wir werden hier das freie deutsche Schützenkorps der Deutschen Gemeinschaft aufstellen und hier wieder das alte Mannesrecht

der deutschen Nation zur Geltung bringen, daß der Deutsche hier in diesem fernen Land sein und seines Volkes Leben, notfalls mit der Waffe in der Hand, verteidigen kann. (Stürmischer Beifall!)

Diese Wehr- und Schützengemeinschaften werden nun in diesem Jahr aufgebaut. Wir müssen dafür sorgen, daß, wenn wir uns in einem Jahr wieder treffen, dieser Saal nicht mehr ausreicht, weil wir derart viele Amtswalter haben werden, für die dieser Versammlungsraum viel zu klein ist. Ich melde daher schon jetzt bei Ihnen, Herr Staatssekretär, die Forderung der Partei nach Errichtung eines neuen Versammlungsgebäudes an.

Diese Volksverbundenheit der Partei ist natürlich das Erste und Wichtigste. Vergessen Sie nicht, meine Parteigenossinnen und Parteigenossen, daß ich gerade hier im Generalgouvernement nicht die ganzen alten Unsitten und etwas abgeklungenen Gebräuche einführen will. Ihr wißt, was ich darunter verstehe. Ich bin noch lange nicht zufrieden. Es schleichen noch viel zu viel Leute herum, die warten, daß die anderen für sie arbeiten, während sie selbst nur als Gewinnler und interessierte Teilnehmer erscheinen wollen. (Beifall!) Dieses Land wurde nicht erobert, und nicht Tausende von deutschen Männern sind dafür gefallen, daß nun einige Kriegsgewinnler-Figuren hier herumschleichen. Ich fische sie mir schon heraus. Über 1.200 habe ich im letzten Jahre schon hinausgepfeffert. Nur von der Partei kann diese Säuberungsprozedur vorgenommen werden.

Diese Volksgemeinschaft hier im Generalgouvernement bedeutet den absoluten Vorrang des deutschen Elements in diesem Bereich. Wir müssen uns darüber klar sein, daß es ein gelungenes Experiment darstellt, daß die deutsche Führung in einem Raum sichergestellt ist,

in dem nunmehr durch die Eingliederung Galiziens über 18 Mill. Einwohner leben. Wir haben durch Galizien über 5 Mill. Einwohner zum Generalgouvernement hinzugewonnen, davon die nicht sehr geringe und auch ~~auch~~ nicht unwichtige Zahl von fast 800.000 Tausend Juden. Es ist klar, daß diese Völkerbearbeitung schwierige Probleme aufwirft. Sie sollen ja in Frieden leben, wir wollen sie nicht entnationalisieren, kein Mensch denkt daran, etwa die Juden zu germanisieren. Wir wollen ihnen nicht die Gewohnheiten ihres Lebens nehmen, wir verlangen nur, daß sie sich loyal in diese deutsche Ordnung fügen. Ich behaupte, daß die nationalsozialistische Führung in diesem Raum die beste ist, die dieses Land seit Jahrzehnten erlebt hat. Wären wir nicht gekommen, so würde bei den Polen ein absolutes Chaos gekommen sein. Es muß daher unser Stolz sein, und wir müssen uns als Deutsche in diesem Raum aufs engste zusammengeschlossen halten.

Dazu kommt, daß selbstverständlich die Verantwortung des Einzelnen hier in diesem Raum eine immer schwerere und größere zu werden beginnt. Die Verfeinerung der Verwaltungsprozedur, der Ausbau der wirtschaftlichen Kräfte dieses Landes, die Sicherstellung der Versorgung dieses Bereiches bringt eine Fülle von neuen Schaffensbereichen und Arbeitszuständigkeiten mit sich, wofür wir im Generalgouvernement einen ganz bestimmten klaren, verantwortungsbewußten Typ des deutschen Volksgenossen brauchen. Wer hier nur hereinkommt, um zu kritisieren, den können wir jetzt sofort nach Galizien schicken, dort vergeht ihm schnell jede Kritik. Wir werden ihm sagen: Du kritisierst, - baue hier eine Straße, ein Haus, richte ein Büro ein

und komme dann in einem Jahr wieder. Auch aus dem Reich kommen Leute, die sagen, Krakau ist wunderschön, ich habe es mir eigentlich viel dreckiger vorgestellt. Da heißt es in Deutschland immer, im Osten ist eine große Schlamperei; es ist ja gar keine, es ist ja alles so schön, was habt Ihr denn getan? Da kann ich nur sagen: heben wir alle alten Fotos zum Beweis unserer Leistungen auf.

Die Partei muß diesen Osttyp von verantwortungsbewußten Menschen erziehen. Wir werden durch Schulungsveranstalungen dafür sorgen, daß die Partei erklärt, hier im Osten gibt es zunächst kein Lob, keine Anerkennung, hier gibt es nur Arbeit. Von der Partei können wir sagen, was wir in diesem einen Jahr im Arbeitsbereich aufgebaut haben, das stellt sich würdig an die Seite dessen, was der Staat hier im Generalgouvernement aufgebaut hat. Heute ist die Partei befugt, und gerade heute möchte ich das sagen, nicht nur als ein nachdrängendes, nachträgliches spätes Kind des Generalgouvernements bezeichnet zu werden, sondern sie ist ab heute mit Fug und Recht zum gleichen Rang wie der Staat im Generalgouvernement erhoben. Partei und Staat, Staat und Partei haben damit im Generalgouvernement nunmehr die gleiche Ehre der Wirksamkeit, sie werden auch - seien Sie dessen sicher - hier nicht raufen und streiten, sondern sie werden gemeinschaftlich den Marsch in die Zukunft des Generalgouvernements fortsetzen.

Der Führer hat uns Galizien zum Generalgouvernement dazugegeben, und damit zum Ausdruck gebracht, daß er mit unserer Arbeit zufrieden ist. Das will was heißen, daß wir das heute sagen können. Und wißt Ihr, was er uns für ein Geschenk gemacht hat? - das will ich Euch jetzt sagen: ich habe dem Führer das Ersuchen

unterbreitet, daß wir im Generalgouvernement eine Briefmarke mit seinem Kopf herausbringen wollen. Der Führer hat es genehmigt. Damit wird nun zum Ausdruck gebracht, daß das Generalgouvernement seinem Souverän Adolf Hitler in der allgemein üblichen Form huldigt. Weiter hat der Führer erlaubt, und damit einen geschichtlichen Akt vollzogen, daß auf meinen Antrag auf diese Briefmarke geschrieben wird: Deutsches Reich, Generalgouvernement. (Stürmischer Beifall!) Damit hat der Führer unserer Arbeit den würdigsten Stempel aufgedrückt, den er vergeben kann. Wenn nun das Generalgouvernement als das jüngste Glied nicht nur mehr des großdeutschen Machtbereiches erscheint, dann bedeutet das eine geschichtliche Entwicklung unseres Reiches in diesem Raum, wie das noch nie vorher der Fall war. Aus Anlaß unseres Parteitages hat der Führer diese Entscheidung getroffen, und er hat damit auch zum Ausdruck gebracht, daß er unserer Parteiarbeit genau so wie der auf staatlichem Gebiet seine Anerkennung zollt.

Damit beginnt bei uns eine Entwicklung, die nun wieder völlig anders aussieht. Als wir in dieses Land kamen, als ich damals den ersten Auftrag des Führers erhielt, da waren wir zunächst besetztes polnisches Gebiet. Das haben wir ein Dreivierteljahr ertragen. Dann habe ich beim Führer erreicht, daß das "besetzte Gebiet" gestrichen und wir schlechterdings das Generalgouvernement wurden. Jetzt sind wir Deutsches Reich geworden. (Stürmischer Beifall!) Selbstverständlich bleibt durch alle diese Entscheidungen des Führers seine ursprüngliche Entscheidung

erhalten. Die Regierungsform des Generalgouvernements und auch die Art des Parteidienstes im Generalgouvernement bleiben vollkommen in unsere eigene Zuständigkeit gestellt. Haben Sie also gar keine Angst,- die Zentralressorts von Berlin können uns so schnell nicht hereinreden. Wir sind damit in unserer Verantwortung aber nunmehr erneut vom Führer aufgerufen. Wenn Ihr mich nämlich jetzt im Stiche lassen würdet, dann wäre das für mich ~~noch~~ peinlicher als vor einem Jahr. Ich nehme an, daß Euch diese Mitteilung besonders verpflichtet, und da möchte ich Euch gleich etwas sagen: ich möchte dem Führer heute in unsér aller Namen dieses Treuegelöbnis erneut übermitteln und möchte ihm aus übervollem Herzen sagen, daß er sich auf seine Deutschen im Generalgouvernement restlos verlassen kann, daß wir nur einen Ehrgeiz haben, seinem Befehl gemäß weiter zu arbeiten, und daß es mit dem Generalgouvernement aufwärts geht. (Stürmischer Beifall.)

Unsere Parteigenossen haben mit dem Begriff "Alter Kämpfer" die Vorstellung der treuen Soldaten des Führers und seines Werkes verknüpft. Im Generalgouvernement wird zum ersten Mal auch ein anderer Begriff in den Vordergrund treten. Hier wird der junge Kämpfer der Partei in der vordersten Linie genau so stehen wie der alte Kämpfer. Dieser junge Kämpfer der Partei, den ich aufrufe, in die Tradition dieser Bewegung einzutreten, den ich mit dem Appell erfüllen will, die Leidenschaft der alten Garde dieser Bewegung in seinem jungen Herzen zu tragen, soll der Typ des Kämpfers im Generalgouvernement sein, dem zu dienen unser ganzer Stolz ist. Hier soll dieser junge Kämpfer auch seine Heimat finden. Er soll den Ehrgeiz haben, die alten Kämpfer der Bewegung noch zu übertreffen an Leidenschaft und Hingabe an die Idee unserer Revolution. Am heutigen Festtag der Partei können

wir sagen, daß diese jungen Kämpfer, ganz gleich aus welchen Gauen, aus welchen Bereichen, aus welchen Gliederungen, aus welchen angeschlossenen Verbänden der Bewegung sie kommen und hier Dienst tun, in der Einheit des Arbeitsbereiches als Nationalsozialisten schlechthin, als Parteigenossinnen und Parteigenossen diesem neuen Typ kämpferischer Entschlossenheit des Ostens entsprechen werden. Wir haben nunmehr in diesem großen Arbeitsbereich des Generalgouvernements - vergessen Sie nicht, daß die Strecke von Krakau bis zur neuen Ostgrenze größer ist als die Entfernung München-Berlin, und daß seine Größe 170.000 qkm beträgt - den größten geschlossenen, unmittelbar dem Führer allein unterstehenden Machtbereich. Das verpflichtet uns!

Parteigenossinnen und Parteigenossen! Der Soldat im grauen Waffenrock schaut auf uns, er will nicht haben, daß die Partei jetzt träumt, Theorien nachgeht oder gar interne kleine Vereinsmeiereien aufkommen läßt. Das deutsche Volk erwartet von der Partei, daß sie sich in diesen entscheidungsvollen Stunden der deutschen Geschichte als das volksnächste Instrument des Führers bewährt. Wir werden uns daher nicht mit Theorien abgeben, es gibt nur praktische wirkliche Arbeit, die geleistet werden muß und geleistet werden wird. Wenn der Führer uns einmal bald besuchen wird, wird er sehen, daß wir am Werk sind. Wie sehr er an unseren Aufgaben interessiert ist, mögen Sie aus folgendem entnehmen: als ich einen Tag vor dem Einmarsch in Rußland beim Führer in der Reichskanzlei weilte, da hat er fast eine Stunde Zeit gefunden, mit mir über die Baupläne in Krakau zu sprechen. Sie können daraus ersehen, wie der Führer unser Werk verfolgt. Ich

kann daher nur sagen, da der Führer auf uns schaut, schaut auch das deutsche Volk auf uns. Wir müssen Vorbild sein für die großen, gigantischen kolonialen Aufgaben, die dem Deutschen Reich noch gestellt werden.

Sie sehen hier in unserer Mitte den Vertreter eines schwergeprüften Volkes. Die ungarische Nation, seit Jahrhunderten in den schwersten Kämpfen um ihre nationale Einigung verstrickt, vom Schicksal oft auf das schrecklichste gestraft und verfolgt, hat sich aus der ehernen Entschlossenheit hinaus, lieber die Ehre der Nation herzustellen als ein würdeloses Leben zu führen, eine gewaltige Aufgabe gestellt. Dieses Aufrichten der ungarischen Nation erfüllt Deutschland mit größter Freude und Genugtuung. Gerade der Heldentod auch ungarischer Soldaten hat uns im Generalgouvernement geholfen, den Aufbau trotz Beginn der Kampfhandlungen in Frieden fortzuführen. Das gleiche gilt für die verbündete slowakische Armee. Die braven Soldaten dieser beiden Völker haben sich mit wohlbegründetem Recht den Ehrentitel von Vorkämpfern der neuen Ordnung in der Welt erkämpft. (Beifall!) Hier gilt das Wort: Sage mir, mit wem Du umgehst, und ich sage Dir, wer Du bist. Auf unserer Seite stehen große, stolze Kulturvölker, und auf der Seite des Herrn Churchill stehen dieser Salonbolschewik Roosevelt und der wirkliche Bolschewik Stalin. Mehr brauchen wir nicht zu wissen.

Im 21. Jahr des Kampfes der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei um Freiheit, Ehre und Brot können daher unser Volk und auch ich als einer der ältesten Mitkämpfer das Haupt stolz erheben und sagen:

Das Generalgouvernement marschiert unter der Fahne des Führers, das Generalgouvernement ist stolz darauf, Bannerträger des Führers zu sein, das Generalgouverne-

L.

ment dankt dem Führer und gelobt ihm Treue bis zum Tode."

Distriktstandortführer Gouverneur Wächter verliest nach Dankensworten den Wortlaut eines Telegramms an den Führer:

"Mein Führer!
Die aus Anlaß des ersten Tages der NSDAP im Generalgouvernement in der Hauptstadt Krakau versammelten Parteigenossen grüßen Sie, mein Führer, in stolzer Siegesgewißheit. Wir geloben, in alter Kampfentschlossenheit und Treue weiteren, rastlosen Einsatz für Sie, mein Führer, Ihre nationalsozialistische Bewegung und Großdeutschland. Sieg Heil, mein Führer! gez. Frank."

Der Gruß an den Führer und die Lieder der Nation beenden die eindrucksvolle Kundgebung.

20⁴⁰ Der Herr Generalgouverneur begibt sich anschließend in das "Haus der NSDAP" am Adolf-Hitler-Platz.

(Übernachtung auf der Burg zu Krakau)

Krakau

Samstag, den 16.8.1941

30 Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith

15 Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Haus der NSDAP und von da mit der Reichsfrauenführerin Frau Scholtz-Klinck zum Kino "Skala".

Nach dem musikalischen Vortrag eines Streichquartetts von Haydn und Begrüßungsworten des Herrn Generalgouverneurs, in denen er die Leistungen des Fraueneinsatzes im Generalgouvernement würdigte und seinen Dank aussprach und den Belangen der Reichsfrauenführung im Rahmen der Parteiarbeit vollste Unterstützung versprach, ergriff die Reichsfrauenführerin das Wort zum Thema "Arbeit und Leistung der deutschen Frau."

13^{00} F r ü h s t ü c k

18^{00} Der Herr Generalgouverneur besucht in Begleitung des Reichsorganisationsleiters Dr. Robert Ley die Vorführungen der HJ im Stadion.

0^{00} Der Herr Generalgouverneur begibt sich mit Reichsorganisationsleiter Dr. Robert Ley zur Großkundgebung im Urania-Haus, auf der nach Begrüßungsworten des Herrn Generalgouverneurs Reichsorganisationsleiter Dr. Robert Ley das Wort zu einer großangelegten Rede nahm.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.)

Sonntag, den 17.8.1941

9³⁰ Teilnahme des Herrn Generalgouverneurs an der Morgenfeier der HJ im Staatstheater.

11⁰⁰ Appell der Politischen Leiter auf dem Burghof.

Der Herr Generalgouverneur nahm das Wort zu folgender kurzer Ansprache:

"Zum Appell der Politischen Leiter des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP sind wir hier in feierlicher Stunde zusammengekommen. Dem Reichsorganisationsleiter Dr. Ley, der als Vertreter unserer großen Bewegung am Parteitag hier in Krakau zu unserer Freude teilnimmt, kann ich somit in meiner Eigenschaft als Reichsleiter des Arbeitsbereiches melden, daß der organisatorische Aufbau nunmehr nach einem Jahr nicht nur steht, sondern in geschlossener Wucht weitermarschiert. Pg. Dr. Ley, nehmen Sie für uns alle in die großdeutsche Heimat das Gelöbnis mit, daß wir hier in dem vom Führer so genannten für uns allen so wichtigen Vorplatz des Reiches und der Bewegung gewillt sind, in Disziplin, Gehorsam, Unterordnung und autoritärer Zusammengeschlossenheit unsere Pflicht zu tun getreu dem Befehl des Führers, seiner Bewegung und seines Reiches."

Nach diesen Worten des Herrn Generalgouverneurs ergriff Reichsorganisationsleiter Dr. Ley das Wort.

12³⁰ Der Herr Generalgouverneur begibt sich mit Reichsorganisationsleiter Dr. Ley zur Abnahme des Vorbeimarsches auf den Adolf-Hitler-Platz.

7

20⁰⁰ Schlußkundgebung im Stadion.

Der Herr Generalgouverneur hält folgende Ansprache:

"Deutsche!
Die ernste Stunde hebt an, da im feierlichen Ausklang der ersten großen Parteiveranstaltung im Generalgouvernement am Jahrestag der Gründung des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP wir uns hier angesichts des ewigen Himmels vereint haben, um derer zu gedenken, die für die Freiheit ihres Volkes gefallen sind. Wir wären nicht hier, die Fahnen des Reiches Adolf Hitlers könnten hier nicht wehen, wenn dieser Platz nicht erobert worden wäre durch den kühnen, selbstlosen Einsatz bester deutscher Männer. Die Wehrmacht des Großdeutschen Reiches Adolf Hitlers hat in kühnem Vorwärtsstürmen die Fahne des Reiches hier eingerammt, und niemand, außer dem ewigen Herrgott selbst, wird diese Fahne hier aus diesem Boden wieder entfernen können. Sie wird hierbleiben und dieses Land zu beiden Seiten der Weichsel von der Quelle bis zur Mündung in alle Zukunft deutsch sein lassen. Dieser Männer aus allen deutschen Gauen, aus allen Ständen und Schichten, die ihr Blut opferten und damit den Freiheitsmarsch unseres Volkes nach dem Osten ermöglichten, ihrer gedenken wir. Wir gedenken unserer Helden . ----

Wir sind damit am Ende dieses herrlichen Erlebens der drei Tage des Parteitages im Generalgouvernement angelangt. Es gibt keinen deutschen Mann, keine deutsche Frau, keinen deutschen Knaben und kein deutsches Mädchen, die an diesen Feierstunden teilgenommen haben und nicht im tiefsten erschüttert, beglückt und er-

griffen wären von der gewaltigen Erlebnisfülle dieser Stunden, da sich die bekenntnistreuen Nationalsozialisten des Generalgouvernements hier zusammenfanden, um ihrer Treue zum Führer und zu seiner Bewegung erhebenden Ausdruck zu verleihen. Seid Ihr, deutsche Menschen des Generalgouvernements, dafür bedankt, daß Ihr so treu und selbstlos und so einsatzbereit mithelfen wollt, dieses Generalgouvernement immer mehr zu einem Vorfeld des Deutschen Reiches zu machen. Der Führer schaut auf uns, der Führer hilft uns, und der ewige Himmel möge dieses Werk weiter segnen! Wir sind in diesem Lande als Nationalsozialisten berufen, die leidenschaftlichsten Vertreter dieses ewigen Glaubens an Deutschland zu sein, an jenes ewige Deutschland, für das unsere Jugend marschiert, und für das die Kolonnen unserer Bewegung in diesen Tagen angetreten sind in engstem Verein mit der Wehrmacht, die so eindrucksvoll an dem Fest der Bewegung teilgenommen hat. Glücklich können wir alle sein, glücklich schauen wir in die Zukunft dieses Landes und unserer Arbeit. Der Sieg Adolf Hitlers über alle Mächte der Finsternis steht leuchtend über uns, vor uns und in uns. Wir alle marschieren geschlossener und entschlossener denn je in das zweite Jahr der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei im Generalgouvernement. So wird jeder von Euch, der jetzt wieder hinausgeht an seine schwere Arbeit irgendwo im Generalgouvernement, von dieser Stunde den Feierglanz mit in seiner Seele tragen, und wenn im kommenden Jahr der eine oder andere Schmerz sich auf ihn herabsenkt, wenn er die eine oder andere Sorge hat und die eine oder andere Not an ihn herantritt - in dieser großen Zeit der entscheidenden Durchsetzung des Weltreiches deutscher Nation Adolf Hitlers - werden wir

alle Sorgen und Nöte gemeinsam tragen. Es kann nicht sein, daß in dieser Zeit, da Hunderttausende an der Front tagaus und tagein ihr Leben aufs Spiel setzen, irgendwie, wie das in früheren Jahrzehnten der Fall war, irgendeine Form der Zersetzung, von Zwietracht und von gegenseitigem Kampf an uns herantritt. Des zum Pfande ist die nationalsozialistische Bewegung im Generalgouvernement angetreten, und des zum Zeugen haben wir uns in diesen Tagen den Schwur der Bewegung erneut abgelegt: im Dienste unseres unsterblichen Volkes, getreu dem Führer, im Glauben an den ewigen Herrgott werden wir den Marsch in den Sieg vollenden.

Damit hat der Parteitag aus Anlaß des einjährigen Bestehens des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP im Generalgouvernement sein Ende gefunden.

Deutschland wird leben, und wenn wir sterben müssen!"

Der Große Zapfenstreich und die Lieder der Nation beendeten die Feierstunde.

21^{30} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach München.

IX/3

769

Montag, den 18. August 1941
bis
Dienstag, den 2. September 1941.

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

Kressendorf-Krakau

IV/3

Mittwoch, den 3. Sept. 1941

7.30 Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia. Fahrt nach Kressendorf.

10.30 Besprechung mit Staatsanwalt Dr. Meidinger.

11.00 Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Bevollmächtigtem Dr. Heuber.

13.30 F r ü h s t ü c k .

16.30 Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Krakau.

18.25 Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Staatstheater.

18.30 Festaufführung aus Anlaß der Eröffnung der Oper des Staatstheaters.- Zur Aufführung gelangt die romantische Oper von Carl Maria von Weber "Der Freischütz".

21.30 Empfang im Haus Krakau.

Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

Kressendorf

IV/3

Donnerstag, den 4. Sept. 1941

11[00] Besprechung mit Abteilungspräsident Ohlenbusch in Gegenwart des Bevollmächtigten Dr. Heuber.

In der Besprechung legt Präsident Ohlenbusch ein vorläufiges Programm für die Veranstaltungen aus Anlaß des zweijährigen Bestehens des Generalgouvernements vor.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß an dem Vorbeimarsch und der Parade, die am 26. Oktober in Krakau stattfinden sollen, auch der Sonderdienst in Stärke von etwa 1 200 Mann teilnimmt.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird zu einigen Fragen des Rundfunks Stellung genommen. Der Herr Generalgouverneur weist Präsident Ohlenbusch an, dafür Sorge zu tragen, daß der Lemberger Sender nunmehr ebenfalls bei den Ankündigungen des Rundfunkprogramms besondere Erwähnung findet. Bei den Sendungen des Lemberger Senders müsse auch darauf Bedacht genommen werden, daß Vorträge und Verlautbarungen in ukrainischer Sprache stattfänden.

Wie Präsident Ohlenbusch mitteilt, ist für 1943 aus Anlaß der 400. Wiederkehr des Todestages von Kopernikus eine Kopernikus-Woche in Königsberg geplant. - Der Herr Generalgouverneur will eine eigene Feier im Zusammenhang mit der Eröffnung der Kopernikus-Universität in Krakau veranstaltet wissen. - Gegenüber dem Plan des Präsidenten Hofrats Watzke, schon im kommenden Wintersemester Vorlesungen im Institut für Deutsche Ostarbeit halten zu lassen, die den Charakter von Universitätsvorlesungen haben, hat der Herr Generalgouverneur große Bedenken. Im Vordergrund stehe jetzt zunächst die Errichtung der Medizinischen Akademie.

4.9.1941

Präsident Ohlenbusch erwähnt kurz die Tätigkeit der "Fip" (Film,- Propaganda- und Betriebsgesellschaft). Hierfür sei seinerzeit von Dr. Frhr. du Prel ein Treuhänder eingesetzt worden, der es verstanden habe, sich fast das ganze Gebiet der Filmproduktion und der Filmaufführung im Generalgouvernement anzueignen, der auch darüber zu entscheiden habe, welche Filme in den einzelnen Kinotheatern laufen sollten. Von Seiten dieses Treuhänders würden neuerdings den Beauftragten der Propagandaabteilung mehr oder minder große Schwierigkeiten gemacht.

Präsident Ohlenbusch teilt sodann mit, daß der Sportbeauftragte des Generalgouvernements die Gebäulichkeiten der "Ymca" für sportliche Zwecke in Anspruch nehme. Er stütze sich dabei auf die Tatsache, daß sich in der Ymca das einzige Hallenschwimmbad Krakaus befinde. Er, Präsident Ohlenbusch, gebe aber zu bedenken, daß in diesem Gebäude etwa 100 Angehörige verschiedener Dienststellen wohnten. Im übrigen handle es sich bei der Ymca mehr um eine Art Hotel als um ein Sporthaus.

Der Herr Generalgouverneur kann sich den von dem Sportbeauftragten geltend gemachten Gründen nicht verschließen und weist Präsident Ohlenbusch an, sich wegen Beschaffung des für die bisher in der Ymca wohnenden Beamten und Angestellten notwendigen Wohnraums mit dem Distriktsbeauftragten Pawlu in Verbindung zu setzen.

Präsident Ohlenbusch nimmt sodann zu der Frage der Eingliederung der Ruch-A.G. in den Zeitungsverlag Krakau-Warschau G.m.b.H. Stellung, und betont dabei, daß der Übernahmepreis sich voraussichtlich von 6- auf 10 Millionen erhöhen werde.

4.9.1941

12^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Bevollmächtigten Dr. Heuber und Präsidenten Ohlenbusch den Pressechef Gaßner, der dem Herrn Generalgouverneur umfangreiches fotografisches Bildmaterial von den Veranstaltungen bei der Übernahme des Distrikts Galizien in das Generalgouvernement und des Parteitages des Arbeitsbereichs überreicht. Auch in dieser Besprechung wird nochmals das Programm für die Veranstaltungen am 25. und 26. Oktober aus Anlaß des zweijährigen Bestehens des Generalgouvernements erörtert.

12^{25} Besprechung mit Regierungsrat Braun.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Regierungsrat Braun, den Entwurf einer Verordnung vorzulegen, nach welcher fürderhin nur noch Stempel und Siegel ohne die Bezeichnung "für die besetzten polnischen Gebiete" Verwendung finden dürfen.

Regierungsrat Braun teilt mit, daß eine solche Verordnung bereits ausgearbeitet worden sei und demnächst erscheinen werde.

Regierungsrat Braun legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1. einer Verordnung über die Einführung der Zollverwaltung im Distrikt Galizien,
2. einer Verordnung über den Verkehr zwischen dem Distrikt Galizien und dem übrigen Generalgouvernement,
3. einer Zweiten Devisenverordnung für den Distrikt Galizien,
4. einer Ersten Verordnung über die Einführung wirtschaftsrechtlicher Vorschriften im Distrikt Galizien,
5. einer Verordnung über die Einführung eines Einfuhr- und Ausfuhrzolltarifs des Generalgouvernements

vor.

4.

4.9.1941

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe. Er setzt dabei voraus, daß diese Verordnungsentwürfe dem Gouverneur Dr. Lasch bereits vorgelegt seien bezw. noch vorgelegt würden und eventuelle Einwendungen des Gouverneurs Berücksichtigung fänden.

12[45] Besprechung mit Oberstleutnant Fischer.

12[55] Besprechung mit Präsident Senkowski in Gegenwart von Bevollmächtigtem Dr. Heuber.

Präsident Senkowski erstattet dem Herrn Generalgouverneur Bericht über die Aufnahme der Arbeit der Hauptabteilung Finanzen im neuen Distrikt Galizien. Es seien, so führt er aus, bereits sieben Finanzinspektionen errichtet worden. Die Hauptzollämter Lemberg, Tarnopol und Stanislau seien mit bewährten Beamten besetzt. Auch der Grenzzollschutz sei bereits eingerichtet. Für den Grenzverkehr seien nur drei Übergänge vorgesehen.

Präsident Senkowski erörtert dann die Frage, mit welchen Tabakmengen man in den neuen Gebieten rechnen könne. Leider seien große Mengen Rohtabaks von den Russen verbrannt worden. Erfreulich sei aber immerhin, daß mit Galizien ein sehr gutes und ausgedehntes Tabakanbaugebiet gewonnen werde. Man könne als Ergebnis der nächsten Ernten vielleicht für das gesamte Gebiet des Generalgouvernements mit 20 Millionen kg Tabak rechnen, später sogar mit 25 Millionen kg. Er habe für das neue Tabakgebiet einen zentralen Leiter eingesetzt, der schon seit 1939 im Generalgouvernement tätig sei. Bedauerlicherweise seien von den Russen große Anlagen und Verklärungen z.T. zerstört, z.T. seien die Fabriken von den Ungarn ihrer Maschinen beraubt worden. Im Distrikt Galizien bestehe eine einzige Zigarettenfabrik bei Lemberg.

die überwiegend für den Wehrmachtbedarf arbeite und die alten russischen Sorten herstelle. - Übrigens sei er kürzlich von Staatssekretär Reinhardt aufgefordert worden, zur Frage der Einführung des Tabakmonopols im Reich Stellung zu nehmen. Wenn auch eine Entscheidung dieser wichtigen Frage nicht ohne weiteres getroffen werden könne, so beurteile er doch die Situation hinsichtlich der Einführung des Tabakmonopols im Reich nicht als ungünstig. - Die Monopolverwaltung werde, wenn die Verkehrsverhältnisse einigermaßen geordnet würden, auf dem Wege von Überschichten in den einzelnen Werken des Generalgouvernements Ostgalizien ebenso versorgen können wie das bisherige Generalgouvernement. Die Rohtabakmengen seien dafür zur Verfügung gestellt.

In den Verordnungsentwurf über die Einführung des Branntweinmonopols im Distrikt Galizien sei auch ein Passus aufgenommen worden, daß die Betriebe der Branntweinwirtschaft außerhalb der eigentlichen Monopolbetriebe übernommen werden sollten, mit Ausnahme allerdings der landwirtschaftlichen Brennereien. Wegen der Übernahme dieser Brennereien seien schon Besprechungen mit der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft im Gange. Angesichts der Tatsache, daß den russischen Trusts auch die landwirtschaftlichen Brennereien angeschlossen seien, würden zur Zeit die landwirtschaftlichen Brennereien von der Monopolverwaltung verwaltet, die allerdings später aus der Monopolverwaltung ausgeschieden werden sollten. Die russischen Trusts hätten mit den 274 landwirtschaftlichen Brennereien die gesamte Produktion des Spiritus in diesem Gebiete in Händen gehabt. Zu diesen landwirtschaftlichen Brennereien gehörten unter der sowjetischen Herrschaft auch kleine Güter mit Pferden, Kühen usw. Je vier dieser Brennereien seien zu einer Gruppe zusammengefaßt gewesen, und acht solcher Gruppen hätten zu einer Basis gehört. In den landwirtschaftlichen Brennereien finde man alles, was man an

Maschinen, Kupferrohren usw. brauche. Die Monopolverwaltung habe sich sehr leicht in diese Betriebsform hineingefunden, weil sie für sie nichts Neues biete.

An Sprit habe man in Galizien 6 Millionen Liter sichergestellt, der 96 % Alkohol enthalte, was ungefähr einer Menge von 12 Millionen Litern Wodka entspreche. Aus diesen 6 Millionen Litern Sprit werde man eine Einnahme von etwa 60 Millionen Zloty erzielen. Aus den Einnahmen des Monopols allein könnten die gesamten Kosten der Distriktsverwaltung von Galizien bestritten werden. Schwierigkeiten biete allerdings die künftige Versorgung. Die Russen hätten den Kartoffelanbau in Galizien zugunsten des Getreideanbaues mit allen Mitteln zurückgedrängt. Infolgedessen könnten die 274 Brennereien nicht in Betrieb gesetzt werden, weil zu wenig Kartoffeln vorhanden seien und Getreide nicht zum Brennen verwendet werden dürfe. Alles in allem gesehen, werde das Branntweinmonopol sehr bald in Ordnung kommen, wenn alle Betriebe, die man auf Grund der Verordnung in Anspruch genommen habe, der Monopolverwaltung verbleiben würden.

Von den im Distrikt Galizien vorhanden gewesenen Brauereien sei nur eine zerstört. Mit Ausnahme der Lemberger Brauerei seien alle übrigen 19 Brauereien von der Zollverwaltung als Betriebsverwaltung übernommen worden. - Auch von den Salz- und Kaliwerken seien einige in Betrieb genommen worden. Da die Produktionskosten verhältnismäßig gering seien, werde man eine Salzpreisermäßigung für das ganze Generalgouvernement herbeiführen können. Der geschäftsführende Hauptabteilungsleiter Naumann habe die Befürchtung ausgesprochen, daß die Kaliwerke Galiziens nicht in der Lage sein würden, dem Bedarf des Generalgouvernements zu genügen und Schwierigkeiten angesichts des zusätzlichen Bedarfs aus dem Reich entstehen könnten.

4.9.1941

Diese Befürchtungen teile er, Präsident Senkowski, nicht. Einmal sei kein Emissionskredit zur Verfügung; [illegible] sei man dahin übereingekommen, daß die vom Herrn Generalgouverneur verlangte Subventionierung des landwirtschaftlichen Zehnjahresplans durch Verbilligungsmaßnahmen bei Kali durchgeführt werde. Man wolle das Kali nicht so sehr als Einnahmequelle betrachten, denn als einen Regiebetrieb des Generalgouvernements zur Durchführung des Zehnjahresplans. Man würde also praktisch keine Subvention in Geld geben. - Im übrigen könne er feststellen, daß der Monopolverwaltung für die Kali-Industrie eine genügende Anzahl von Fachleuten zur Verfügung stehe. Bedauerlicherweise könne man die in den Lägern vorhandenen Mengen Kali nicht abtransportieren.

Wie Präsident Senkowski mitteilt, will Gouverneur Dr. Lasch in Lemberg eine Spielbank eröffnen. Gegenüber den vom Herrn Generalgouverneur gegen diesen Plan geäußerten Bedenken weist Präsident Senkowski darauf hin, daß der Spielbankbetrieb in Warschau sich außerordentlich gut entwickelt habe. Im letzten Monat habe der Bruttogewinn 1 1/2 Millionen Zloty betragen. Ähnliche Ergebnisse würde auch eine Spielbank in Lemberg zeitigen.

14.45 Frühstück.

16.25 Besprechung mit Staatsanwalt Dr. Meidinger.

16.30 Besprechung mit geschäftsführendem Hauptabteilungsleiter Naumann.

Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann weist einleitend darauf hin, daß nach dem Ernährungsplan keine Lieferungen an die Wehrmacht und das Reich mehr erfolgen sollten, damit die gegenwärtig geltenden

Lebensmittelrationen aufrecht erhalten werden könnten. Diesen Standpunkt habe man auch gegenüber der Wehrmacht und dem Reichsernährungsministerium beibehalten. Nun habe der Militärbefehlshaber im Einvernehmen mit dem Reichsernährungsministerium durch Intendanturrat Knövel konkrete Forderungen gestellt, und zwar auf Grund folgender Sachlage: ab 14. September 1941 erfolge kein Nachschub mehr für die in den fünf Distrikten des Generalgouvernements untergebrachten Truppenteile, Verwundeten und Kriegsgefangenen; ferner werde pro Woche eine Fleischmenge von 250 t für die Wehrmacht verlangt gegenüber bisher 100 t. Wenn man den alten Satz von 100 g Fleisch je Woche für die polnische Bevölkerung unter Berücksichtigung der in den A- und B-Betrieben beschäftigten Arbeiter aufrecht erhalten wolle, dann brauche man im Bezirk des Generalgouvernements 1 000 t Fleisch pro Woche. Für den neuen Distrikt Galizien würden 330 t Fleisch pro Woche gebraucht, wobei allerdings zu bedenken sei, daß z.B. in Tarnopol in der Woche 400 g Fleisch verteilt würden. Ein Heruntergehen von diesem Satz sei nicht beabsichtigt, da die gegenwärtige Erfassung ungefähr den laufenden Bedarf decke. Wolle man nun den Forderungen der Wehrmacht nachkommen, dann müßte man entweder die Rationssätze heruntersetzen oder noch stärker als bisher in die Viehbestände eingreifen.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß man die Fleischration von 100 g für die Bevölkerung nicht herabsetzen könne. Wenn man von Seiten des Reiches verlange, daß im Generalgouvernement die Ordnung aufrecht erhalten werde und leistungsfähige Arbeiter in den Betrieben vorhanden seien, dann müsse man es unbedingt bei dieser Ration lassen, darüber hinaus müßte sogar eine Erhöhung der Rationssätze für Brot und Fett eintreten.

4.9.1941

Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann bemerkt weiter, daß die zweite Forderung der Wehrmacht auf die Lieferung von 180 000 t Kartoffeln bis zum 1. Mai 1942 gehe. Diese Forderung gründe sich vor allem darauf, daß die 800 000 Kriegsgefangenen hauptsächlich mit Kartoffeln ernährt werden sollten. Kartoffeln gebe es in Galizien kaum. Man sei deshalb gezwungen, im nächsten Jahr große Mengen Saatgut nach Galizien zu bringen. Die Lieferung dieser 180 000 t Kartoffeln stelle eine ungeheure Mehrbelastung dar.

Der Herr Generalgouverneur erinnert daran, daß im vorigen Jahr der Wehrmacht ungefähr 80 000 t Kartoffeln geliefert worden seien; im Frühjahr dieses Jahres habe man der Wehrmacht noch einmal 40 000 t gegeben. Er habe vom Reich den Befehl, dafür zu sorgen, daß das Generalgouvernement so intensiv wie möglich in den Wirtschaftsprozeß des Großdeutschen Reiches eingeschaltet werde. Weiter habe er den Auftrag, Fabriken in Gang zu setzen und Hunderttausende von Arbeitern zusätzlich in den Arbeitsprozeß hineinzubringen. Wenn dieser Auftrag erfüllt werden solle, dann müsse man andererseits den Menschen auch zu essen geben. Es müsse Klarheit darüber geschaffen werden, was man nun eigentlich im Reich wolle.

Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann teilt weiter mit, daß von der Wehrmacht 35 000 t Heu und 35 000 t Stroh für die Wehrmachtspferde in diesem Winter angefordert würden. Die Lieferung dieser 35 000 t Heu werde auf ungeheure Schwierigkeiten stoßen. Vor der gleichen Schwierigkeit stehe man hinsichtlich der Beschaffung des Strohes. Im vorigen Jahre habe man noch bis zum 1. Mai bei Roggen eine Ausmahlung bis zu 80 % gehabt, in diesem Jahre sei sie auf 95 % erhöht worden. Er habe der Wehrmacht gegenüber in dieser Frage die Entscheidung des Herrn Generalgouverneurs vorbehalten.

4.9.1941

Der Herr Generalgouverneur hält es für geboten, diese wichtige Frage in einer Besprechung mit Vertretern der Wehrmacht, der Wirtschaft, der Abteilung Arbeit und anderer Instanzen eingehend zu erörtern. Diese Besprechung soll am Dienstag, dem 9. September, 11^{00}Uhr, auf der Burg stattfinden.

Zu der weiteren Besprechung wird Präsident Senkowski hinzugezogen.

Präsident Senkowski führt aus, daß die Hauptabteilung Finanzen im Distrikt Lemberg auf Grund der einschlägigen Verordnung mit Ausnahme der Brauereien alles in Betrieb genommen habe, was bisher im Generalgouvernement der Monopolverwaltung unterstanden habe. Nach Fühlungnahme mit den örtlichen Stellen sei man zu der Auffassung gekommen, daß die Monopolverwaltung diese Brauereien zwar nicht als Monopolbetriebe, wohl aber als Staatsbetriebe zu führen hätte.

Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann verweist auf die Verordnung vom 27. Juli 1940, in der klar umrissen sei, was zur Abteilung Ernährung und Landwirtschaft gehöre. Die Brauereien eigneten sich nicht für die Monopolverwaltung. Es handle sich hier um Unternehmungen, die in Einzelbetrieben geführt werden müßten, weil nur so z.B. die Geschmacksrichtung berücksichtigt werden könne. Nach der seiner Zeit ergangenen Verordnung sei die Abteilung Treuhand für das gesamte Vermögen des Generalgouvernements zuständig. Die Abteilung Treuhand habe damals im Einvernehmen mit der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft für die Bewirtschaftung der Brauereien Fachleute eingesetzt.

Präsident Senkowski bittet den Herrn Generalgouverneur, die Entscheidung dahin zu fällen, daß die Brauereien von der Monopolverwaltung übernommen würden. Die

Verwaltung der Brauereien durch die Generaldirektion der Monopole widerspreche der zitierten Verordnung keineswegs, sonst könnte es ja keine private Brauerei im Generalgouvernement geben. Die Monopolverwaltung sei auch gewillt, sich der Kontrolle durch die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft zu unterwerfen. Die Brauereien sollten keine Monopolbetriebe, sondern staatliche Betriebe werden. Daß die Geschmacksrichtung der Bierkonsumenten durchaus berücksichtigt werden könne, zeige das Beispiel der Staatsbrauerei Weihenstephan und des Münchner Hofbräuhauses.

Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann gibt der Befürchtung Ausdruck, daß, wenn die Brauereien erst in die Verwaltung der Generaldirektion der Monopole übergeführt seien, sie ihres Privatcharakters völlig entkleidet würden. Dadurch, daß seiner Zeit die Abteilung Treuhand Fachleute in die Brauereien hineingeschickt habe, sei eine gesunde und ordnungsgemäße Führung dieser Betriebe absolut gewährleistet. Übrigens ständen auch Präsident Dr. Emmerich und Bankdirigent Dr. Paersch auf dem Standpunkt, daß ein Einbruch der Monopolverwaltung in solche Wirtschaftszweige nicht erfolgen dürfe. Auch sie hielten die Einführung eines Biermonopols nicht für möglich. Um nicht die gegensätzliche Stellungnahme der beiden Hauptabteilungen an die Öffentlichkeit zu bringen, habe es die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft für richtig gehalten, darüber Schweigen zu bewahren. Man habe allerdings bei der Generaldirektion der Monopole Einspruch eingelegt. Im übrigen sei auch nicht einzusehen, weshalb eine solche Entscheidung so überstürzt getroffen werden müßte. Es seien rein praktische Erwägungen, die die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft zu dieser ihrer Stellungnahme nötigten.

4.9.1941

Präsident Senkowski hält es für geboten, daß der Monopolverwaltung wenigstens eine Bewährungsfrist gegeben werde.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft es lieber sehen würde, wenn private Treuhänder die Verwaltung der Brauereien übernehmen würden, erwidert geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann, daß vorläufig ja nur die Abteilung Treuhand auf Grund der Verordnung das Vermögen sicherzustellen und geeignete Fachleute in die Brauereien zu schicken habe.

Der Herr Generalgouverneur kann nicht verstehen, warum man einem privaten Treuhänder mehr Vertrauen schenken wolle als einer staatlichen Verwaltung,und stellt die Frage, ob von der Generaldirektion der Monopole ein schriftlicher Antrag eingereicht werden könne, welche Brauereien sie beanspruche. Es müßte ihm für eine Entscheidung in dieser Sache klar gesagt werden, welche Brauereien die Generaldirektion für die Verwaltung verlange und welche Typen dafür in Frage kämen. Wenn ihm diese Fragen beantwortet würden, sei er bereit, morgen eine Entscheidung zu fällen.

Präsident Senkowski betont, daß mit den von der Generaldirektion eingeleiteten Schritten ja noch keine endgültige Situation geschaffen worden sei. Zwei Hauptzollamtsvorstehern sei lediglich der Auftrag erteilt worden, die Brauereien unter eine vorläufige Verwaltung zu nehmen, sofern dies nicht bereits von anderer Seite geschehen sei.

Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann weist vor allem darauf hin, daß nach Auffassung der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft die Liegenschaftsverwaltung durch einen solchen Eingriff nicht in ihrem Wirken beeinträchtigt werden dürfe. Aus diesem Grunde müsse die Hauptabteilung Ernährung und Landwirt-

schaft sich gegen die Auffassung des Präsidenten Senkowski wenden.

Der Herr Generalgouverneur behält sich seine Entscheidung vor, will aber auf keinen Fall einem privaten Treuhänder die Verwaltung der Brauereien übertragen wissen.

17^{30} Besprechung mit Gesandtem von Wühlisch.

Gesandter von Wühlisch teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß Gesandter von Dörnberg beabsichtige, dem Herrn Generalgouverneur in nächster Zeit einen Besuch abzustatten.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Gesandten von Wühlisch, die Vorbereitungen für diesen Besuch zu treffen und auch die für den Reichsaußenminister von Ribbentrop bestimmte Staatsjagd Skole zu besichtigen.

Weiter macht Gesandter von Wühlisch dem Herrn Generalgouverneur davon Mitteilung, daß in der nächsten Woche eine Anzal Presse- und Kulturreferenten der Auslandsmissionen nach Krakau kommen würde, und bittet den Herrn Generalgouverneur, diese Herren zu empfangen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich damit einverstanden und ersucht Gesandten von Wühlisch, die näheren Einzelheiten mit Präsident Ohlenbusch und Staatsanwalt Dr. Weidinger zu besprechen.

17^{35} Besprechung mit Hauptabteilungspräsident Hofrat Watzke, Obermedizinalrat Dr. Walbaum und Ministerialrat Dr. Wiemann in Gegenwart des Bevollmächtigten Dr. Heuber.

Präsident Watzke berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß aus Anlaß der eventuellen Wiedereröffnung

einzelner Lemberger Hochschulen wichtige Fragen akut geworden seien. Es habe sich herausgestellt, daß im Distrikt Galizien ein katastrophaler Mangel an Ärzten und Tierärzten herrsche. Die Zahl der ukrainischen Studenten sei keineswegs ausreichend. Weiter handle es sich um die Frage, wie man die Ausbildung der Ärzte nunmehr gestalten wolle. Man sei sich darüber einig, daß man die in Frage kommenden Institute unter eine deutsche Leitung stellen müsse. Von den Professoren des Medizinischen Instituts in Lemberg seien nur fünf Ukrainer, dagegen 25 Polen ordentliche Professoren. Man habe an die Errichtung eines medizinischen wie auch eines tierärztlichen Lehrinstituts mit deutschen Leitern gedacht.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich gegen die Beibehaltung einer polnischen bezw. ukrainischen Universität. Andererseits müsse aber die Möglichkeit gegeben sein, daß ein angemessener Lehrbetrieb stattfinde. Auch müsse im Rahmen der Krankenbehandlung die Möglichkeit der Ausbildung von jungen Leuten gegeben werden.

Obermedizinalrat Dr. Walbaum ist der Auffassung, daß die polnischen und ukrainischen Lehrkräfte allmählich durch Deutsche ersetzt werden müßten, da es sich hier um leitende Positionen handle.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird dann zu der Frage der Errichtung der Medizinischen Akademie in Krakau Stellung genommen.

Präsident Watzke bemerkt, daß von Seiten der Abteilung Finanzen Bedenken gegen die Errichtung einer deutschen Medizinischen Akademie in Krakau erhoben worden seien. Aus diesem Grunde sei man in dieser Frage bisher noch nicht weitergekommen.

15

4.9.1941

Der Herr Generalgouverneur erläßt folgende Verfügung: Der Einspruch der Hauptabteilung Finanzen gegen die Errichtung der Medizinischen Akademie in Krakau wird vom Generalgouverneur negativ beschieden. Die Errichtung der Akademie ist sofort in Angriff zu nehmen. Von dieser Verfügung ist dem Staatssekretär, dem Präsidenten Watzke und der Hauptabteilung Finanzen Kenntnis zu geben.

18.05 Besprechung mit Hauptabteilungspräsident Hofrat Watzke und Direktor des Instituts für Deutsche Ostarbeit Dr. Coblitz in Gegenwart von Dr. Heuber.

Präsident Watzke weist darauf hin, daß nach dem Willen des Herrn Generalgouverneurs das Ostinstitut zu einer Akademie der Wissenschaften ausgebaut werden sollte. Davon seien auch bereits von Direktor Dr. Coblitz die notwendigen Vorarbeiten geleistet worden. Man sei jedoch in dieser Sache in den letzten Wochen nicht weiter gekommen, weil die Frage der Errichtung der Kopernikus-Universität immer noch nicht spruchreif sei. Im Haushalt seien irgendwelche Mittel für diese Universität noch nicht vorgesehen.

Der Herr Generalgouverneur hält es für geboten, die Errichtung der Kopernikus-Universität bis nach dem Kriege zurückzustellen. Das Kuratorium für die geplante Universität könne bestehen bleiben, auch brauche der Gedanke der Errichtung einer großen Sternwarte nicht aufgegeben zu werden. Darüber hinaus müsse aber die Medizinische Akademie geschaffen und im Haushalt verankert werden. Für die Einrichtung eines Universitätsbetriebes fehle es vorläufig an Studenten und Lehrern. Im übrigen könne das Institut für Deutsche Ostarbeit wissenschaftliche Forschungs- und Lehraufgaben erfüllen und daneben auch die Ausbildung von Leuten übernehmen, die neu ins Generalgouvernement kämen. Jeden-

falls stelle er fest, daß die Kopernikus-Universität als solche bisher noch nicht konstituiert worden sei, sondern lediglich das Kuratorium.

Direktor Dr. Coblitz wirft sodann die Frage auf, ob es zweckmäßig sei, aus dem Institut für Deutsche Ostarbeit eine Akademie der Wissenschaften zu machen. Das hätte zur Voraussetzung, daß das Schwergewicht der Arbeit auf die Wissenschaft gelegt werde. Die Durchführung eines solchen Planes hätte jedoch nur Sinn, wenn es zu der Errichtung der Universität komme. Das Institut für Deutsche Ostarbeit sei heute im Reich anerkannt. Es verfüge über 60 Planstellen, ihm ständen 5 Gebäude zur Verfügung, und im Institut werde wissenschaftliche Forschungsarbeit geleistet, allerdings angesichts des Mangels an Studenten ohne Lehrbetrieb.

Präsident Watzke kommt in diesem Zusammenhang auf den Haushalt des Instituts zu sprechen und teilt mit, daß ihm in mündlichen Besprechungen zugesagt worden sei, die Anforderungen für den Haushalt des Instituts würden in seine Hände gelegt werden. Er habe um eine schriftliche Bestätigung dieser Zusage gebeten.

Direktor Dr. Coblitz weist darauf hin, daß nach der Verordnung über die Gründung des Instituts der Haushaltplan der Genehmigung der Hauptabteilung Finanzen bedürfe. Der Sachlage entsprechend müßte die Bestimmung lauten: Der Haushalt des Instituts für Deutsche Ostarbeit bedarf der Genehmigung der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht. Eine ähn-liche Regelung sei übrigens auch für die Preußische Akademie der Wissenschaften wie für die Akademie für Deutsches Recht gegeben.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit einer entsprechenden Änderung der Verordnung einverstanden.

Krakau

IV/3

Freitag, den 5. September 1941

9^{40} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs von Kressendorf.

10^{15} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs im Regierungsgebäude in Krakau.

10^{20} Besprechung mit Gouverneur Dr. Lasch.

Gouverneur Dr. Lasch berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die Hochwasserkatastrophe im Distrikt Galizien.

Im Anschluß an diesen Bericht ordnet der Herr Generalgouverneur an, daß unverzüglich zur Linderung der äußersten Not der Bevölkerung ein Betrag von 2 Millionen Zloty als Spende des Generalgouverneurs zur Verfügung gestellt wird.

Gouverneur Dr. Lasch schildet sodann die Schwierigkeiten, mit denen die Distriktsverwaltung bis auf weiteres noch zu kämpfen haben werde.

10^{40} Regierungssitzung im großen Saal des Regierungsgebäudes.

(Protokoll s. Beiakten)

14^{15} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs auf die Burg.

14^{30} Mittagessen. Hieran nehmen teil: Kammersängerin Käthe Heidersbach, Kammervirtuosin Wagner und Kammervirtuose Luther.

5.9.1941

16^{00} Besprechung über die **Erdölwirtschaft.**
An dieser Besprechung nehmen teil:

Der Herr Generalgouverneur,
Ministerialdirektor Dr. Fischer (RWirtschMin.),
Bevollmächtigter Dr. Heuber,
Gouverneur Dr. Lasch,
Gouverneur Dr. Wächter,
Gouverneur Fischer,
Präsident Dr. Emmerich,
Präsident Dr. Senkowski,
Oberregierungsrat Kadgin, (Vierjahresplan),
Rittmeister Dr. Will,
Regierungsrat Herbst,
Dr. Schwaß.

Ministerialdirigent Dr. **Emmerich** weist einleitend darauf hin, daß infolge der Eingliederung Galiziens in das Generalgouvernement eine Reihe von auch für das Reich wichtigen Problemen aufgetaucht sei. Von Seiten des Reiches, und zwar der Dienststelle für den Vierjahresplan und dem Reichswirtschaftsministerium, sei der Wunsch geäußert worden, für die Erdölwirtschaft eine bestimmte Linie festzulegen. Es sei die Frage aufgeworfen worden, ob jetzt nicht der Zeitpunkt gekommen sei, für die neue große Einheit des Erdölgebiets eine endgültige Form zu finden.

Rittmeister Dr. **Will** erinnert daran, daß vor zwei Jahren verschiedene Verordnungen erlassen worden seien, die eine vorläufige Regelung der gesamten Erdölwirtschaft ermöglichen sollten. So seien z.B. eine Beschlagnahmeverordnung zu Gunsten der Kriegswirtschaft und eine Verordnung über die Schaffung des Erdölmonopols erlassen worden. Gleichzeitig habe man eine Regelung getroffen,

um gewisse Ansprüche der Vorbesitzer, zu denen Reichsdeutsche, Neutrale, Angehörige der Feindstaaten, Polen, Juden, Staatenlose und auch der Staat gehörten, sicherzustellen. Diese Gesetzgebung lasse sich nicht im gleichen Umfange auf Ostgalizien übertragen, da hier Staatsvermögen übernommen worden sei. Dort sei eine vorläufige Regelung getroffen worden, damit auf jeden Fall eine Abrechnung über das gegeben werden könne, was dort geschehe. Es sei zu begrüßen, wenn diese vorläufigen Regelungen, die sämtlich aus Beschlagnahmen flössen, zu einem geeigneten Zeitpunkt in eine endgültige Regelung überführt werden könnten.

Ministerialdirektor Dr. Fischer betont, daß sich die Lage erfreulich geändert habe, weil das Generalgouvernement nicht nur Selbstversorger, sondern in nicht unerheblichem Maße Exporteur sein werde. Die Produktion werde um mehrere 100 000 t über dem Eigenbedarf des Generalgouvernements liegen und werde infolgedessen einen wesentlichen Beitrag für die Befriedigung der Kriegsbedürfnisse des Reiches beisteuern können. Das Reichswirtschaftsministerium habe nun vor allem ein Interesse daran, erstens, daß die Verfügung über diejenigen Werte, die das Generalgouvernement verließen, nach dem allgemein geltenden vom Reichsmarschall aufgestellten Plan für die europäische Versorgung durchgeführt würde, zweitens, daß die Organisation der hier die Ausbeutung und Verwaltung betreibenden Gesellschaften so gestaltet werde, daß eine Maximalleistung bei Minimaleinsatz von Personal, insbesondere aus dem Reich, vollbracht werden könne. Infolgedessen sei das Reichswirtschaftsministerium sehr stark daran interessiert, daß möglichst bald die bisher getroffene Übergangsregelung, die für eine verhältnismäßig geringe Produktion von 120 000 t gedacht war, nunmehr, nachdem mit einer Produktion von 400- bis 500 000 t im Jahr gerechnet werden

5.9.1941

könne, durch eine endgültige Konstruktion und Organisation ersetzt werde. Der Reichsmarschall habe bestimmt, daß die Kontinental-Öl-A.G., an der das Reich bezw. das Amt des Vierjahresplans beteiligt und deren Aufsichtsratvorsitzender der Reichswirtschaftsminister sei, für alle diejenigen Mineralölvorkommen eingesetzt werden solle, die aus russischem Besitz stammten. Daher sei zunächst zu prüfen, was mit den aus russischem Besitz kommenden Erdölfeldern geschehen solle. Man habe eine Regelung gefunden, nach welcher Rittmeister Dr. Will und die Beskiden-Gesellschaft zunächst die Ausbeutung übernommen hätten. Nach der Rücksprache mit Staatssekretär Dr. Bühler und Ministerialdirigent Dr. Emmerich schlage das Reichswirtschaftsministerium vor, daß die aus verschiedenen Anlässen sich vielleicht ergebenden Divergenzen ausgeräumt würden und eine vernünftige Regelung der gemeinschaftlichen Arbeit gefunden werde.

Präsident Senkowski erklärt, daß die Frage, wie die Erdölgewinnung und -verarbeitung organisiert werde, für die Monopolverwaltung ohne Belang sei, weil nach der Monopolgesetzgebung das gesamte gewonnene Erdöl, das hier verarbeitet werde, an die Generaldirektion der Monopole zu geben sei, von dieser abgegeben und durch die Monopolgesellschaft vertrieben werde. Etwaige Überschüsse gingen ans Reich. Die Frage der einheitlichen Organisation sei für die Monopolverwaltung vielleicht deshalb von Interesse, weil das Problem der Auseinandersetzung über die Preise mit einer Organisation einfacher zu lösen sei.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich betont, daß die Eigentumsverhältnisse auf der westgalizischen Seite dadurch gekennzeichnet seien, daß eine Vielzahl von ~~Grup-~~ ~~pen~~ Grubenbesitzern vorhanden und man sich klar war, daß diese Vielzahl nicht bestehen bleiben könne, sondern

alles in eine Hand gehöre. Deshalb sei Dr. Will als Generaltreuhänder für sämtliche Vorbesitzer eingesetzt worden. Wenn man sich auf den Standpunkt stelle, daß das frühere russische Staatsvermögen nicht privatisiert oder entschädigt werden solle, ganz gleich, welche Kategorien von Vorbesitzern in Betracht kämen, so könne man davon ausgehen, daß es sich in dieser Beziehung schon um einen geschlossenen Block handle. In Westgalizien seien zwei Betriebsführungsgesellschaften, nämlich die beiden Beskiden-Gesellschaften, eingerichtet worden. Diese beiden Gesellschaften seien aber reine Betriebsunternehmungen gewesen, an die man den Appell gerichtet habe, sich der Kriegswirtschaft zur Verfügung zu stellen, ohne daß ihnen eine Anwartschaft auf Erwerb des Eigentums und eine Beteiligung am Gewinn eingeräumt worden sei. Die Gesellschaften hätten ein Kapital von je 250 000 RM und erhielten 6 % Zinsen, im Jahre also nur 15 000 RM. Hinter den beiden Gesellschaften stehe der Sonderbevollmächtigte, der aus den Einkünften den Gesellschaften das Geld für die Erschließungsarbeiten zur Verfügung stelle. Praktisch leisteten die beiden Gesellschaften so etwas wie Lohnarbeit ohne Lohn. Das Reichswirtschaftsministerium gebe nun dem Wunsche Ausdruck, daß diese Gesellschaften, die sich bei der Ingangsetzung der Vorkommen, der Aufräumung der Trümmer und der Aufnahme der Arbeit auch in den Raffinerien bestens bewährt hätten und hinter denen die gesamte deutsche Erdölwirtschaft stehe, nun auch als Betriebsführer weiter fungieren sollten. Nach dem Ergebnis der Besprechungen sei es zweckmäßig, die Gerechtsame für die Untersuchungen beim Staat zu belassen, sie nicht irgendwelchen Gesellschaften zu Eigentum zu übergeben; es erscheine aber unzweckmäßig, über das Staatseigentum an den Gerechtsamen einen direkten Staatsbetrieb zur Erschließung der Bohrungen einzurichten.

Der Herr Generalgouverneur stellt fest, daß es sich in Galizien um Staatseigentum handle, da die Russen die Betriebe in das Eigentum der Sowjet-Republik überführt hätten.

5.9.1941

Dieses Staatseigentum sei daher auf Grund der Verordnung/vom 1.8.1941 sichergestellt.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Gouverneur Dr. Wächter, daß für die Gruben im Distrikt Krakau die Beskiden-Gesellschaft als Produktionsgesellschaft in Betracht komme.

Präsident Senkowski weist darauf hin, daß es sich im Distrikt Krakau um zwei Kategorien von Vorbesitzern handle und das Vermögen zu ungefähr 70 % jüdisches, polnisches und feindstaatliches Vermögen und zu etwa 30 % neutrales und deutsches Vermögen gewesen sei.

Rittmeister Dr. Will ist der Auffassung, daß man diese Werte im Bezirk Krakau in Staatsbesitz überführen könne, damit die Zerstücklung aufhöre. Es könne so vorgegangen werden, daß der Auftrag erteilt werde, im Interesse der Vereinheitlichung die Vorbesitzer abzufinden und die Werte in den Besitz des Staates zu überführen. Das könnte unter einem gewissen Druck durchgeführt und dabei könnten die Reichsdeutschen bevorzugt werden. Was dann später mit dem Staatseigentum werde, sei eine zweite Frage.

Ministerialrat Kadgin bemerkt, daß der Reichsmarschall im Interesse der einheitlichen Bewirtschaftung die Kontinental-Öl-A.G. beauftragt habe, die russische Ölwirtschaft zu übernehmen. Diese Weisung beziehe sich auch auf Ostgalizien.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß Ostgalizien hier doch wohl ausgenommen werden müsse. Das Generalgouvernement sei ein eigenes Gebilde, und daher sei auch der Distrikt Galizien absolut anders zu behandeln als die anderen Gebiete. Durch die Verordnung/(Führererlaß) vom 22. Juli 1940 sei dem Generalgouvernement die volle Zuständigkeit gegeben.

7

5.9.1941

Oberregierungsrat Kadgin weist demgegenüber darauf hin, daß der Führer dem Reichsmarschall den Auftrag erteilt habe, ebenso wie im Reich und den übrigen Gebieten auf dem wirtschaftlichen Sektor alle Anordnungen zu treffen, die erforderlich seien, um die Wirtschaftskraft der besetzten Gebiete für Deutschland freizumachen.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt, daß diese Vollmacht im Führererlaß nicht erwähnt sei. Das Generalgouvernement gehöre nicht mehr zu den "besetzten Gebieten", und es sei auch ausdrücklich gesagt: das Generalgouvernement falle nicht unter die neu besetzten Ostgebiete, unterstehe auch nicht dem Reichsminister für die Ostgebiete. Der Erlaß des Führers erstrecke sich nur auf den Bereich der neu besetzten Gebiete. Er habe sich seinerzeit auch sofort bei der Reichskanzlei erkundigt, und seine Auffassung sei von Staatssekretär Körner in einem Fernschreiben vollauf bestätigt worden, worauf dann die erste Dienststelle des Vierjahresplans gegründet worden sei. Der Reichsmarschall habe ihn, den Generalgouverneur, seinerzeit zu seinem Bevollmächtigten für den Vierjahresplan ernannt, und diese Ernennung könne nicht durch eine Neuregelung umgestoßen werden. Das Generalgouvernement sei völlig getrennt von den neu besetzten Ostgebieten. Er habe hier eine ganz andere Politik zu verfolgen und müsse planmäßig handeln. Seine Zuständigkeit übe er aus als Bevollmächtigter des Reichsmarschalls, aber im Rahmen des Generalgouvernements.

Oberregierungsrat Kadgin gibt zu bedenken, daß die vom Reichsmarschall dem Herrn Generalgouverneur erteilte Vollmacht sich zwar auf das Generalgouvernement erstrecke, daß aber der Generalgouverneur auch an Aufgaben beteiligt sei, die sich auf das gesamte von Deutschland beherrschte Gebiet erstreckten. Die Weisung beziehe sich deshalb auch auf das neue Gebiet.

5.9.1941

Der Herr Generalgouverneur betont, daß man im Generalgouvernement bemüht sei, eine einheitliche Lösung der Erdölfrage zu finden, und zwar ohne Rücksicht darauf, was in den neuen Gebieten geschehe. Sein Wille sei es, daß man zu einer möglichst intensiven Ausnutzung dieser Gruben komme. Das könne vom Generalgouvernement aus besser geschehen, als wenn die Weisungen von irgendwelchen Zentralen kämen.

Oberregierungsrat Kadgin ist der Meinung, daß sich sachlich die Meinungen nicht weit voneinander entfernten. Er habe lediglich die rechtliche Situation darstellen wollen, von der aus seine Dienststelle die Dinge betrachte. Wenn man von beiden Seiten hinsichtlich der Regelung der Verfassung und Verwaltung auf dasselbe Ziel hinsteuere, dann brauche man sich über die Verschiedenheit der ursprünglichen Betrachtung nicht mehr zu unterhalten. Wenn die Betrachtung insofern richtig ist, daß die Beskiden-Gesellschaften, die schon die Betriebe führen, sich, wie man es schon erwogen habe, zu einer besonderen Firma zusammenschlössen und daß diese Firma dann von der Regierung des Generalgouvernements,- sei es auf Weisung des Reichsmarschalls, sei es aus eigener Entschließung des Generalgouvernements, die Gewinnungsrechte gegen Entschädigung an den Staat übertragen bekäme und das oberirdische Eigentum zu erwerben berechtigt sei, - wenn das der materielle Vorschlag sei, dann sei jede Diskussion über irgendwelche theoretischen Erwägungen überflüssig.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob die Beskiden-Gesellschaft dann eine Tochtergesellschaft der Kontinentalen werden würde, erwidert Oberregierungsrat Kadgin: die Verbindung bestehe nur darin, daß die Gründer der Kontinentalen-Öl-A.-G. weitgehend identisch mit den Gründern der Beskiden-Gesellschaft seien.

Der Herr Generalgouverneur schlägt vor, es bei der Beskiden-Gesellschaft bewenden zu lassen.

5.9.1941

Oberregierungsrat Kadgin bemerkt, daß er ja seinen Vermittlungsvorschlag schon gemacht habe, um diesem Gesichtspunkt Rechnung zu tragen, damit eine gewisse Menschenökonomie betrieben werden könne. Man könne mit Rücksicht auf die Kriegsführung nicht darauf verzichten, alle Ölvorkommen wirtschaftlich in eine Hand zu bringen, weil das die höchste Möglichkeit der Ausnutzung gewährleiste.

Der Herr Generalgouverneur will Klarheit darüber geschaffen sehen, daß für das Generalgouvernement eine völlig andere Regelung in Betracht komme als in den anderen Ländern. Man müsse es auch vor allem mit verantwortlichen Persönlichkeiten zu tun haben, die mit dem Gebiet verwurzelt seien und die Arbeitsweise des Generalgouvernements kennten.

Oberregierungsrat Kadgin weist demgegenüber darauf hin, daß man ja vorgeschlagen habe, aus der Gesellschaft, mit der man arbeiten solle und auf deren Einfluß auch großer Wert gelegt werde, eine Gesellschaft des Generalgouvernements zu machen. Im Interesse einer möglichst schnellen Aufnahme des Betriebes in Galizien seien vom Reich Maschinen, Personal usw. zur Verfügung gestellt worden. - Der neu gebildeten Gesellschaft, die man Beskiden-Erd-Öl-Aktien-Gesellschaft nennen könnte, würde von der Regierung des Generalgouvernements die Konzession zur Ausbeutung der Erdölfelder vielleicht auf 99 Jahre verliehen. Für die Verleihung zahle die Gesellschaft einen Förderzins von 7,5 %. Die Übertageeinrichtungen würden von der Gesellschaft gegen Kasse vom Staat gekauft. Es müsse jetzt einheitlich dafür gesorgt werden, daß betriebswirtschaftlich das Äußerste herausgeholt werde, und dazu bedürfe es auch einer Zusammenfassung der Gesellschaften als Tochtergesellschaften der Continentale. Ferner müsse eine klare Rechtsgrundlage für die Arbeit geschaffen werden, damit man

<u>5.9.1941</u>

Kapital investieren könne. Der Einfluß des Generalgouvernements selbst werde dadurch sichergestellt, daß es sich um eine Gesellschaft des Generalgouvernements handle. Um diesen Umstand auch nach außen zu dokumentieren, werde es sich empfehlen, daß Ministerialdirigent Dr. Emmerich den Posten als Vorsitzender des Aufsichtsrats übernehme, in welcher Eigenschaft er dann eine unmittelbare Beeinflussung der Werke herbeiführen könnte. Ebenso könnte Präsident Senkowski als Mitglied des Aufsichtsrats die Verantwortung mitübernehmen.

Auf eine Frage des Herrn <u>Generalgouverneurs</u> erwidert Gouverneur Dr. <u>Lasch</u>, daß eine solche Regelung den Interessen des Generalgouvernements entsprechen würde.

Der Hinweis des Ministerialdirigenten Dr. <u>Emmerich</u> auf die im Interesse des Generalgouvernements liegende Produktion von Erdgas veranlaßt Oberregierungsrat <u>Kadgin</u> zu der Bemerkung, daß sein Amt abgesehen von der Produktion an der Ausnutzung des Erdgases zu industriellen Zwecken desinteressiert sei.

Auf eine Frage des Herrn <u>Generalgouverneurs</u> erklärt Ministerialdirektor <u>Fischer</u>, daß man im Gebiet des Generalgouvernements auf eine Förderung von 450 000 t Öl im Jahr kommen werde. Davon entfielen auf das Gebiet des alten Generalgouvernements etwa 120- bis 140 000 t. Man hoffe, ostwärts Kiew (im Gebiet von Romny) auch noch Ölfelder zu finden. Die Russen hätten dort bereits Bohrungen in Angriff genommen. An den Bau neuer Raffinerien sei nicht gedacht.

Oberregierungsrat <u>Kadgin</u> ist der Auffassung, daß man neben der rechtlichen auch eine klare wirtschaftliche Grundlage haben müsse. Die Gesellschaft hätte an das Generalgouvernement einen Förderzins zu zahlen, ferner komme die Monopolabgabe in Betracht. Diese dürfte nicht auf den Teil der

Produktion gelegt werden, der für den Export bestimmt sei.

Präsident Senkowski weist darauf hin, daß die Monopolverwaltung zwei Abgabepreise habe: einen Abgabepreis für das Generalgouvernement, in dem die Monopolabgabe enthalten sei, und einen Abgabepreis für die Ausfuhr, die ins Reich gehe und in dem die Monopolabgabe nicht enthalten sei. Es ergebe sich aber in den einzelnen Produktionen ein kleiner Zwischenhandelsgewinn. Beim Benzin habe man einen Übernahmepreis von 57 Groschen je Liter. Wenn man das Benzin ins Reich für 57 Groschen exportiere, dann ergebe sich die Möglichkeit der Erhebung eines Einfuhrzolls. Es sei nicht einzusehen, weshalb dieser Gewinn nicht beim Generalgouvernement bleiben solle.

Ministerialdirektor Fischer hält es für selbstverständlich, daß das Reich nicht etwa in die Lage versetzt werden solle, einen höheren Einfuhrzoll zu vereinnahmen als bei Bezügen aus Rumänien. Im übrigen fließe ja auch die Körperschaftssteuer in die Kasse des Generalgouvernements.

Präsident Senkowski nimmt dann zur Frage des Exports Stellung und kündigt an, daß jetzt eine neue Regelung eintreten solle. Bisher habe die Monopolverwaltung einen Teil der Artikel ohne Aufschlag ans Reich abgegeben, weil die Gestehungskosten so hoch seien, daß ein Verkauf mit Gewinn nicht möglich gewesen sei. Zum Teil habe man die Produktion an Öl und Paraffin mit Monopolaufschlag ans Reich abgegeben, weil sonst der Unternehmer im Reich einen wesentlich höheren Gewinn erzielt hätte, da ja die Schutzzölle keinen Unterschied hinsichtlich der Gestehungskosten machten. Der Herr Generalgouverneur könnte die Weisung an die Finanzverwaltung ergehen lassen, daß von dem Augenblick an, in dem diese Gesellschaft konstituiert sei und ihren Betrieb aufnehme, zwar die Anbietungspflicht weiter bestehen bleibe

5.9.1941

und die Finanzverwaltung eine entsprechende Kontrolle habe, aber von dieser Anbietung keinen Gebrauch mache, also die Ware zum Export freigebe, und zwar ohne Belastung mit der Monopolabgabe.

Ministerialdirektor Fischer erklärt sich damit einverstanden. Der Übernahmepreis, den man an die Verwaltungsgesellschaft bezahlt habe, sei darauf zurückzuführen, daß ein Jahr lang die Gesellschaft ihre eigenen Gestehungskosten nicht gekannt habe. Man setze einen hohen Übernahmepreis fest mit dem Vorbehalt, daß dieser Übernahmepreis noch überprüft werde, um die Senkung der Gestehungskosten im Interesse der Staatseinnahmen zu sichern. Jetzt sei nun Ostgalizien hinzugekommen, die Gestehungskosten seien hier unbekannt, man habe aber gesagt, daß sie etwa die gleichen sein würden wie in Westgalizien.

Man könnte sich zwar auf den Standpunkt stellen, daß der gegenwärtige Preis für alle Zukunft aufrechterhalten bleibe, dieser Ansicht wolle er sich aber deshalb nicht anschließen, weil immerhin eine so weitgehende Senkung der Gestehungskosten im Laufe der Jahre eintreten könnte, daß eine Heraufsetzung des Preises auch vom Standpunkt eines guten Unternehmergewinns für die Gesellschaft tragbar werde. Denn wenn sie auf diesem festen Übernahmepreis bestehe, dann bleibe dieser Preis ja auch fest, wenn er sich zu Ungunsten der Gesellschaft auswirke, also etwa die Gestehungskosten steigen würden. Er schlage vor, es bei dem gegenwärtigen Übernahmepreis zu belassen, der nur für Westgalizien gelte. Für Ostgalizien seien überhaupt keine Preise festgesetzt. Man müsse aber für Ostgalizien im Laufe der nächsten Monate zu Preisen, wie sie im Generalgouvernement gälten, kommen. Das sei ohne weiteres möglich. Man könnte sich vorstellen, daß man am 1. November die Preisregelung des Generalgouvernements in Ostgalizien einführen würde. Dann wäre er ohne weiteres bereit, auf Grund dieser Preise eine Anlaufzeit von einem Jahr oder bis zum Ende des Jahres 1942 zu gewähren, damit die Gesellschaft Zeit habe, ihre Gestehungskosten

zu überprüfen, andererseits auch die Finanzverwaltung die Möglichkeit habe, die gesamte Entwicklung zu überschauen. Dann werde vielleicht mit Wirksamkeit vom 1. Januar 1943 für eine unbestimmte Zeit, wobei man aber immerhin etwa an einen Zeitraum von zehn Jahren denken könne, der endgültige Übernahmepreis festgesetzt. Bei dieser Gelegenheit werde sich auch herausstellen, ob man eine Senkung des Verkaufspreises im Generalgouvernement vornehmen könne. Die Finanzverwaltung habe ja nicht die Absicht gehabt, die Spanne zwischen Übernahme- und Abgabepreis noch besonders auszuweiten.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich wirft die Frage auf, ob es nicht einfacher wäre, schon jetzt eine feste Monopolabgabe in einer bestimmten Höhe zu erheben und das ganze System der alten Rechnungsgrundlagen über Bord zu werfen.

Präsident Senkowski ist der Auffassung, daß dies eine rein interne Frage der Monopolverwaltung bezw. eine Preisfrage sei. Die Monopolverwaltung halte z.B. den Benzinpreis dadurch tiefer, daß sie für andere Produktionen einen höheren Preis festsetze.

Ministerialdirektor Fischer erklärt, daß die Monopolabgabe für das Reichswirtschaftsministerium von keinem Interesse sei.

Oberregierungsrat Kadgin gibt zu bedenken, daß die Geschäftsführung der Firma selbstverständlich das Bestreben haben werde, Geld zu verdienen. Es müsse ein Anreiz geboten werden, und die Befürchtung dürfe nicht Platz greifen, daß die Gesellschaft bei Senkung der Gestehungskosten Nachteile habe. Deshalb müsse der Übernahmepreis auf eine bestimmte Zeit, über deren Länge er sich nicht äußern könne, festgehalten werden.

8171

4

5.9.1941

Präsident Senkowski schlägt vor, die Preise zunächst bis Ende 1942 in Kraft zu lassen, weil bis dahin bestimmt eine gute Kalkulation der Grundlagen vorliege.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß das Generalgouvernement das größte Interesse an der Gesellschaft habe. Hier müsse deshalb von Seiten des Generalgouvernements geholfen werden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Rittmeister Dr. Will, daß man aus dem Distrikt Krakau zahlreiches Personal habe abgeben müssen. Im allgemeinen sei der Personalbedarf aber nicht so groß, daß er vom Reich nicht leicht befriedigt werden könnte. - Der Eisenbahnverkehr sei mit Ausnahme einer Linie leider noch nicht voll im Gange.

Gouverneur Dr. Lasch bemerkt, daß damit begonnen worden sei, die beiden maßgebenden Brücken zu bauen. Sie seien durch Hochwasser erneut in Mitleidenschaft gezogen worden. Jedoch seien Pioniertrupps schon wieder an der Arbeit. Eine Lagerung des Öls sei nur in beschränktem Umfange möglich, und deshalb müsse das Öl schnellstens abgefahren werden. Deshalb müsse man auch von den Ungarn und Slowaken die von ihnen in Anspruch genommenen Tankwagen zurückfordern.

Ministerialdirektor Fischer geht auf die Frage der Bereitstellung von Kesselwagen ein, die von großer Wichtigkeit sei. Im Zuge der Umnagelung der Strecken sei es unmöglich geworden, die Großraumwagen zu benutzen. 30 000 t Öl harrten des Abtransportes. Er habe deshalb die zuständige militärische Stelle ersuchen lassen, die vom Militär abgefahrenen Kesselwagen auf eine Strecke mit russischer Spur sofort wieder zurückzuführen.

812

5.9.1941

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß durch diese Umstände wieder wertvolle Zeit vergeudet werde, und ersucht Rittmeister Dr. Will, sich mit dem zuständigen Verbindungsoffizier ins Benehmen zu setzen, damit baldmöglichst diese Mißstände abgestellt werden könnten. Insbesondere müsse dafür Sorge getragen werden, daß die benötigten Kesselwagen wieder auf russischer Spur bewegt werden könnten.

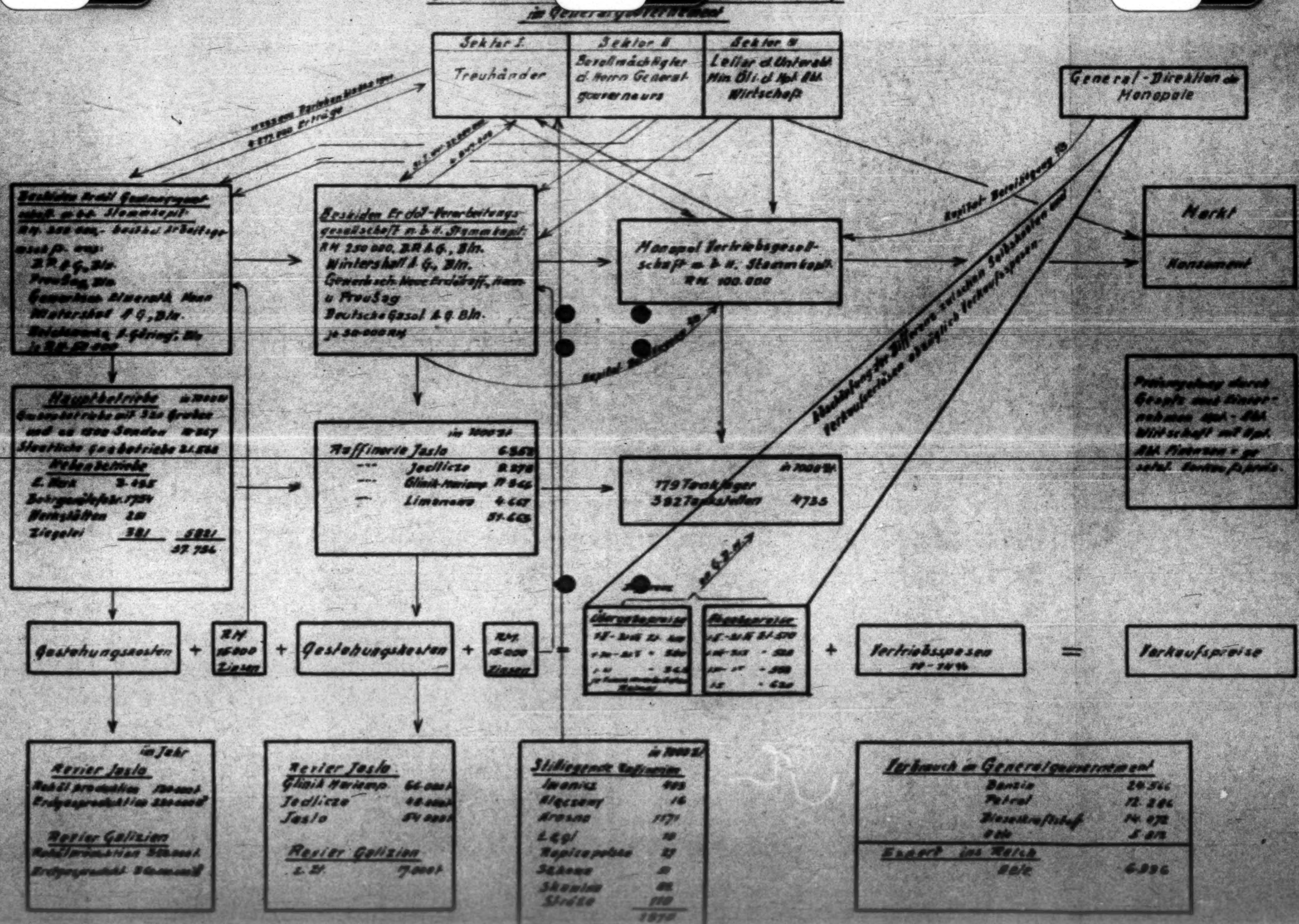
Gouverneur Dr. Lasch hält es zur Aufrechterhaltung des Bestandes an Tankwagen für die Gesellschaft für notwendig, daß im Einvernehmen mit der deutschen Ostbahn das Prinzip der geschlossenen Züge angewendet und nicht mehr geduldet werde, daß einzelne Waggons an andere Züge angehängt würden.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird zur Eisenbahn-und Verkehrslage Stellung genommen.

Der Herr Generalgouverneur legt größtes Gewicht darauf, daß die Eisenbahnstrecken des Distrikts Galizien sobald als möglich in Betrieb genommen und die beschädigten Brücken wieder hergestellt werden.

Abschließend erklärt Oberregierungsrat Kadgin, daß der Gründung der Gesellschaft nichts im Wege stehe.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Ministerialdirigent Dr. Emmerich, ihm nach Abschluß der Verhandlungen eingehenden Bericht zu erstatten.



Sektor I.
Treuhänder
Sektor II
Bevollmächtigter d. Herrn Generalgouverneurs
Sektor III
Leiter d. Unterabt. Min. Öl i. d. Hpt. Abt. Wirtschaft
General-Direktion der Monopole
Beskiden Erdöl-Verarbeitungsgesellschaft m. b. H. Stammkapit.
RM 250.000, BRAG, Bln.
Wintershall A. G., Bln.
Gewerksch. Neue Erdöl, Hann. u. Preußag
Deutsche Gasol A. G. Bln.
je 50.000 RM
Monopol Vertriebsgesellschaft m. b. H. Stammkapit.
RM 100.000
Markt
Konsument
Kapital-Beteiligung
Hauptbetriebe
Nebenbetriebe
Ziegelei
37.734
Raffinerie Jaslo
Jedlicze
Limanowa
179 Tanklager
382 Tankstellen
4735
Gestehungskosten
Gestehungskosten
Zinsen
Vertriebsspesen
Verkaufspreise
Revier Jaslo
Revier Galizien
Glinik Mariamp.
Jedlicze
Jaslo
Stilliegende Raffinerien
Iwonicz
Krosno
Skawina
Verbrauch im Generalgouvernement
Benzin
Petrol
Dieselkraftstoff
Export ins Reich
6.896

15a

5.9.1941

Anlage zu der Besprechung über die Erdölwirtschaft.

813

5.9.1941

17^{10} Besprechung mit Ministerialdirektor Fischer, Ministerialdirigent Dr. Emmerich, Oberregierungsrat Kadgin und Regierungsrat Herbst.

17^{30} Besprechung mit den Gouverneuren Dr. Lasch, Dr. Wächter und Dr. Fischer.

19^{50} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs in das Theater der SS- und Polizei in Krakau.

20^{00} K o n z e r t der
Kammersängerin Käthe Heidersbach (Sopran)
Kammervirtuosin Wagner (Harfe) und des
Kammervirtuosen Luther (Flöte).

Anschließend: Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

5.9.1941

17[10] Besprechung mit Ministerialdirektor Fischer, Ministerialdirigent Dr. Emmerich, Oberregierungsrat Kadgin und Regierungsrat Herbst.

17[30] Besprechung mit den Gouverneuren Dr. Lasch, Dr. Wächter und Dr. Fischer.

19[50] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs in das Theater der SS- und Polizei in Krakau.

20[00] K o n z e r t der
Kammersängerin Käthe Heidersbach (Sopran)
Kammervirtuosin Wagner (Harfe) und des
Kammervirtuosen Luther (Flöte).

Anschließend: Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

Kressendorf

IV/3

Sonnabend, den 6. September 1941

10^{40} Besprechung mit Ministerialrat Plodeck in Gegenwart des Bevollmächtigten Dr. Heuber.

Ministerialrat Plodeck macht dem Herrn Generalgouverneur Mitteilung davon, daß die I.G.Farben vom Oberkommando der Wehrmacht und Reichswirtschaftsministerium beauftragt worden seien, ein viertes Bunawerk zu errichten. Als Standort für das Werk sei Auschwitz gewählt worden. Die I.G.Farben suche nach geeigneten Kalkvorkommen und sei nach chemischen Untersuchungen zu dem Ergebnis gekommen, daß sowohl hinsichtlich der Auschwitzer Verkehrslage wie auch der chemischen Zusammensetzung das Vorkommen bei einem Ort zwischen Krakau und Kressendorf in Betracht kommt.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich entschieden gegen diesen Plan. Er könne sich nur damit einverstanden erklären, daß das Werk, dessen Bau beabsichtigt sei, in das Generalgouvernement selbst verlegt werde. Jedenfalls könne er zu diesem Projekt keine Stellung nehmen, wenn ihm keine befriedigende Erklärung darüber gegeben werde, warum dieses Werk gerade in Auschwitz jenseits der Grenze des Generalgouvernements errichtet werden solle.

Ministerialrat Plodeck weist darauf hin, daß mit Rücksicht auf die Ausbeutung dieses Kalkvorkommens der auf der Höhe liegende Wald abgeholzt werden müßte. Auch seien gewisse Schwierigkeiten im Hinblick auf den Kirchenbesitz vorhanden, die allerdings wohl überwunden werden könnten.

Der Herr Generalgouverneur ist bereit, einen Vertreter der I.G.Farben in dieser Angelegenheit zu hören.

Ministerialrat Plodeck berichtet dann von Verhandlungen mit dem Reich über den Ausgleich der Forderungen, die das Generalgouvernement an das Reich zu

stellen habe. Im Reichsfinanzministerium stehe man auf dem Standpunkt, daß über die Forderung in Höhe von 500 Millionen Zloty eine Einigung mit dem Generalgouvernement herbeigeführt werden könnte.

Der Herr Generalgouverneur hält es für völlig ausgeschlossen, daß das Generalgouvernement überhaupt jemals etwas vom Reich bekommen werde. An sich habe er das Sanierungsabkommen begrüßt, weil damit gewissermaßen ein Strich unter die Rechnung gemacht werde. Für ihn handle es sich vor allem darum, für später mit Zahlen rechnen zu können, deren Richtigkeit anerkannt sei. Bei der Anmeldung der Forderungen des Generalgouvernements habe es sich nach ersten überschläglichen Feststellungen um eine Summe von 2,5 Milliarden gehandelt, die das Generalgouvernement vom Reich zu fordern habe. Es sei aber selbstverständlich völlig unmöglich, an die Reichsregierung mit einem solchen Begehren heranzutreten.

Ministerialrat Plodeck kommt sodann auf die Frage der Reprivatisierung im Distrikt Galizien zu sprechen. Die Sonderverwaltung, deren Leitung ihm obliege, sei zur Zeit im Begriff, die sämtlichen Vermögenswerte durchzukämmen und so einen klaren Überblick über die Situation zu erhalten. Bei dieser Frage müsse bedacht werden, daß von den 31 sowjetischen Trusts fast sämtliche Betriebe herangezogen worden seien. Wenn man ein abgeschlossenes Bild habe, dann könnte man vielleicht mit aller Zurückhaltung, aber doch im Einzelfall unter genauer Prüfung der Sondertatbestände aus politischen Gründen unter Umständen zu einer Reprivatisierung kommen. Besonders unter ukrainischen Kreisen werde mit Rücksicht auf den Wortlaut der Proklamation offenbar mit einer weitgehenden Reprivatisierung gerechnet. Jedenfalls könntennur unter vorsichtigster Auswahl der

Objekte Reprivatisierungen vorgenommen werden.

Der Herr Generalgouverneur weist Ministerialrat Plodeck an, in dieser Frage stets im Einvernehmen mit Gouverneur Dr. Lasch zu handeln.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird zur Frage der Übernahme von Brauereien durch die Monopolverwaltung Stellung genommen.

Der Herr Generalgouverneur teilt mit, daß Präsident Senkowski die Forderung auf Übernahme der Lemberger und der Okocimer Brauerei gestellt habe.

Ministerialrat Plodeck weist demgegenüber darauf hin, daß mit Direktor Schwarz, dem Reichsgeschäftsführer der deutschen Brauereiindustrie, und Rechtsanwalt Schröder, die als Interessenten aufgetreten seien, Verhandlungen über einen etwaigen käuflichen Erwerb der Brauerei Okocim eingeleitet seien. Er habe auch bereits einen Termin für die Kaufverhandlungen angesetzt. Im übrigen gebe er zu bedenken, daß sich eine Brauerei nicht für eine monopolartige Verwaltung eigne, da gerade das Braugewerbe z.B. hinsichtlich der Berücksichtigung der Geschmacktsrichtung sehr beweglich sein müsse.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt, daß Präsident Senkowski nicht beabsichtige, einen Monopolbetrieb für die Brauereien einzurichten. Die Monopolverwaltung würde sich auch den Vorschriften und Kontrollen der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft fügen. In dieser Frage sei es übrigens zu einer Einigung zwischen Präsident Senkowski und geschäftsführendem Hauptabteilungsleiter Naumann gekommen. Abgesehen davon zwängen die Anforderungen der Heeresverwaltung und die absolute Notwendigkeit, die gesamte Wirtschaftskraft des Generalgouvernements unter starke staatliche Aufsicht zu stellen, zu gewissen einschneidenden Maß-

nahmen. Aus diesem Grunde müßten diese beiden Brauereien der staatlichen Monopolverwaltung unterstellt werden.

Ministerialrat Plodeck weist darauf hin, daß ein Kaufvertrag über die Okocimer Brauerei mit Direktor Schwarz bereits im Entwurf fertig vorliege.

Der Herr Generalgouverneur trifft hierauf folgende Entscheidung:

> Der Monopolverwaltung wird nur die Brauerei in Lemberg unterstellt, und zwar unter den Bedingungen, über die bereits Einverständnis bestehe. Die Brauerei Okocim wird unter Herausnahme des Schlosses dem Konsortium Schröder-Schwarz überantwortet. Das Schloß Okocim wird Staatseigentum.

Der Herr Generalgouverneur berichtet über die Verhandlungen hinsichtlich der Gründung einer Gesellschaft für die Erdölwirtschaft. Nach dem Ergebnis dieser Verhandlungen bleibe die Beskiden-Gesellschaft bestehen, sie habe ihren Sitz in Krakau und werde vollkommen einheitlich verwaltet. An der Continental-Öl-A.G. als der Dachgesellschaft sei das Generalgouvernement desinteressiert, sie habe lediglich ihre Steuern zu zahlen, ferner 7,5 % des Rohertrages und außerdem die Monopolabgabe zu entrichten.

11[10] Besprechung mit Hauptabteilungspräsident Westerkamp in Gegenwart von Bevollmächtigtem Dr. Heuber und Gouverneur Dr. Lasch.

Der Herr Generalgouverneur weist Präsident Westerkamp an, dafür Sorge zu tragen, daß möglichst bis zum 1. Oktober d.J. der Haushalt der Kreishauptmannschaften vorgelegt werde.

6.9.1941

Präsident Westerkamp bemerkt, daß nur noch einige Haushalte der Kreisverwaltung fehlten, und bittet die Verzögerung der Vorlegung dieser Haushalte mit dem starken Personalmangel zu entschuldigen.

Präsident Westerkamp teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß er einen Vorschlag über eine vorläufige Regelung der Disziplinargerichtsbarkeit eingereicht habe. Er schlage die Errichtung von Disziplinarstrafhöfen bei der Regierung des Generalgouvernements und den Distriktsverwaltungen vor. Diese Disziplinarstrafhöfe sollten ein formelles Ermittlungsverfahren einleiten und zu dem Ergebnis kommen können, über eine Sache entweder selbst zu entscheiden oder sie mangels Zuständigkeit an einen Disziplinarhof des Reiches zu überweisen. Diese Disziplinargerichtsbarkeit solle sich auch nach seinem Vorschlage auf die Angestellten erstrecken.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß ihm nach 14 Tagen ein fertiger Entwurf vorgelegt werde.

Auf eine Frage des Präsidenten Westerkamp erwidert der Herr Generalgouverneur, daß nunmehr auch die Beauftragten der Distriktschefs für die Städte Warschau und Krakau mit Wirkung ab 15. September zu Stadthauptmännern ernannt werden sollten. Den Distriktschefs werde die Amtsbezeichnung "Gouverneur des Distrikts" gegeben.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird zu der Frage der Besetzung von Kreishauptmannschaften im Distrikt Galizien Stellung genommen. In diesem Zusammenhang hält es Gouverneur Dr. Lasch für dringend geboten, daß die Hauptabteilung Innere Verwaltung möglichst bald für die endgültige Berufung der Amtschefs bei der Distriktsverwaltung Sorge trage.

6.9.1941

Präsident Westerkamp bittet, bei der Auswahl der Kreishauptmänner darauf Bedacht zu nehmen, daß man Persönlichkeiten finde, denen man auch Verwaltungsbeamte unterstellen könne. Wenn ein Kreishauptmann auch nicht unbedingt Beamter zu sein brauche, so müsse er doch jedenfalls bei den ihm unterstellten Beamten die notwendige Autorität besitzen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Westerkamp, daß dem Sonderdienst zur Zeit etwa 2 000 bis 3 000 Mann angehörten. 7 00 Mann seien in der Ausbildung begriffen und könnten demnächst eingesetzt werden. Die Werbung von Mannschaften für den Sonderdienst sei zur Zeit schwierig, umso mehr, da man von den Angehörigen des Sonderdienstes auch die Kenntnis der deutschen Sprache verlangen müsse.

Der Herr Generalgouverneur gibt Präsident Westerkamp von seiner Anordnung Kenntnis, daß eine Abordnung des Sonderdienstes an der Parade und dem Vorbeimarsch am 26. Oktober teilnehmen solle, und weist Präsident Westerkamp an, die notwendigen Vorbereitungen dafür zu treffen. Erfreulich sei die Feststellung, daß das Oberkommando der Wehrmacht für den Sonderdienst einen Ausbilder zur Verfügung gestellt habe.

Weiter ersucht der Herr Generalgouverneur Präsident Westerkamp, ihm bis zum 15. Oktober den Entwurf einer Verordnung vorzulegen, und zwar des Inhalts, daß

1. das Generalgouvernement Bestandteil des Deutschen Reiches werde,
2. es im übrigen bei der bisherigen Struktur des Generalgouvernements verbleibe.

811v

7 IV/5

6.9.1941

Präsident Westerkamp wirft die Frage auf, ob für Oberregierungsrat Dr. Schepers die Position eines Inspekteurs für den Distrikt Galizien erhalten bleiben solle.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt, dass er ursprünglich die Absicht gehabt habe, angesichts der Grösse des Landes Galizien zwei Distrikte zu schaffen und die Verwaltung eines Distrikts Stanislau dem Oberregierungsrat Dr. Schepers zu übertragen. Er habe aber von diesem Plan Abstand genommen, aus der Befürchtung heraus, dass dann vielleicht aus interessierten Beamtenkreisen gegen die Beförderung eines Oberregierungsrats zum Gouverneur Sturm gelaufen werden würde. Er habe die Beobachtung gemacht, dass man sich innerhalb der Beamtenschaft eher damit abfindet, dass ein nicht aus der Beamtenschaft kommender Politiker und alter Kämpfer eine führende Beamtenstellung übertragen erhalte, als dass ein Beamter in eine solche Stellung befördert werde.

Präsident Westerkamp hält es für notwendig, die Funktionen des Oberregierungsrats Dr. Schepers klar zu umreissen, da auf die Dauer die Position eines Inspekteurs neben derjenigen des Amtschefs unmöglich aufrechtzuerhalten sei.

Gouverneur Dr. Lasch betont, dass sich Oberregierungsrat Dr. Schepers beim Aufbau der Verwaltung in Galizien vortrefflich bewährt habe. Die Zusammenarbeit des Amtschefs Losacker mit Oberregierungsrat Dr. Schepers sei ausgezeichnet. Beide hätten sich auf eine Arbeitsteilung geeinigt, nach welcher Amtschef Losacker ausschliesslich Vertreter des Gouverneurs sei. Dr. Schepers habe gewissermassen die Stellung eines Kreisinspekteurs.

6.9.1941

Auf die Einwendung des Präsidenten Westerkamp, dass eine Inspektion der Kreise doch eigentlich zu den Aufgaben des Amtschefs gehöre, erwidert Gouverneur Dr. Lasch, dass der Amtschef bei der Distriktsverwaltung weniger die Aufgabe habe, die Kreise zu inspizieren, als vielmehr in der Behörde selbst zu arbeiten.

Der Herr Generalgouverneur ist ebenfalls der Auffassung, dass es Aufgabe des Amtschefs sei, am Sitz der Distriktsbehörde zu bleiben und von dort aus seine Tätigkeit auszuüben. Insofern sei die Stellung des Amtschefs mit derjenigen des Staatssekretärs zu vergleichen.

Gouverneur Dr. Lasch gibt zu bedenken, dass Oberregierungsrat Dr. Schepers ja nur ein zeitlich beschränkter Auftrag für den Aufbau des Distrikts Galizien erteilt werden sollte. Er sei dem Gouverneur zur besonderen Dienstleistung zur Verfügung gestellt, übe aber keine unmittelbare Verwaltungsfunktion aus.

Der Herr Generalgouverneur formuliert den Aufgabenbereich des Oberregierungsrats Dr. Schepers folgendermassen: Auf Wunsch des Gouverneurs Dr. Lasch wird ihm, Oberregierungsrat Dr. Schepers, zur Erfüllung von Sonderaufträgen beigegeben, ohne dass Dr. Schepers eine dauernde feste Amtsfunktion übernimmt; eine seiner Hauptaufgaben wird die Regulierung der Grenzen des Distrikts Galizien sein.

Gouverneur Dr. Lasch bittet Präsident Westerkamp, für die Ausgabe von Kennkarten an Volksdeutsche Richtlinien herauszugeben. Weiter müsse die Errichtung einer Verwaltungsschule für den ukrainischen Nachwuchs ins Auge gefasst werden. Hier könne vielleicht eine Zusammenarbeit mit dem Institut für deutsche Ostarbeit stattfinden.

Gegen eine Werbung für die Waffen-SS unter den

Ukrainern hat der Herr Generalgouverneur keine Bedenken, will aber nicht, dass diese Werbung durch Zeitungsinserate geschehe, sondern vielleicht mit Hilfe des Rundfunks.

12.25 Besprechung mit Abteilungspräsident Obermedizinalrat Dr. Walbaum in Gegenwart des Bevollmächtigten Dr. Heuber, des Gouverneurs Dr. Lasch und des Präsidenten Westerkamp.

Obermedizinalrat Dr. Walbaum unterbreitet dem Herrn Generalgouverneur Vorschläge für die Verwendung des Dr. Pirmin Schneider im Distrikt Galizien. In Aussicht genommen sei vorläufig eine Beschäftigung in Lemberg und für später die Übernahme der Verwaltung des Kurortes Morszin.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich damit einverstanden.

Der Herr Generalgouverneur kommt in diesem Zusammenhang auf gewisse Unstimmigkeiten zu sprechen, die offenbar z.Zt. in den deutschen Ärztekreisen des Generalgouvernements beständen. Es gehe unmöglich an, dass im Generalgouvernement grosse Ärzteführungspolitik gemacht werde. Solange es im Reiche kein Reichsgesundheitsministerium gebe, müsse er sich mit aller Entschiedenheit gegen die Schaffung einer Hauptabteilung für Gesundheitswesen im Generalgouvernement wenden. Die Schaffung eines solchen Ministeriums habe der Führer bisher immer abgelehnt. Er habe mit prominenten Ärzten des Reiches über die Problematik der Ärzteschaft gesprochen und sei über diese Dinge ~~deshalb~~ gut unterrichtet. Er müsse sich deshalb auch entschieden dagegen verwahren, dass Staatssekretär Dr.Conti, wenn seine Wünsche im Generalgouvernement nicht erfüllt würden, von einer unwürdigen Behandlung der Ärzteschaft im Generalgouvernement spreche.

6.9.1941

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird zu der Frage der Besetzung der Stadtarztstelle in Lemberg Stellung genommen, für die Obermedizinalrat Dr. Walbaum bereits eine geeignete Persönlichkeit in Aussicht genommen hat.

Gouverneur Dr. Lasch hält einen Ausbau der Medizinischen Akademie in Lemberg für geboten.

Obermedizianlrat Dr. Walbaum teilt mit, dass für die Akademie ein deutscher Leiter und nach und nach auch andere deutsche Ärzte gewonnen werden sollten. Bis auf weiteres könnten die in der Akademie bisher beschäftigten Kräfte ihre Tätigkeit ausüben, bis sie allmählich durch deutsche Kräfte ersetzt seien. Jedenfalls werde Vorsorge getroffen, dass dieses Institut bereits im Wintersemester arbeiten könne. Die Akademie könnte, solange sie noch kein Lehrinstitut sei, bei der Abteilung Gesundheitswesen bleiben. Auch die gesundheitliche Fürsorge für Deutsche müsse der Abteilung Gesundheitswesen unterstehen.

Der Herr Generalgouverneur legt solchen und ähnlichen Organisationsfragen keine Bedeutung bei. Vor allem brauche man jetzt im Generalgouvernement tüchtige Ärzte, die sich nicht bloss standespolitisch in grossen Demonstrationen ergingen.

13^05^ Regierungsrat Braun legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1. einer zweiten Verordnung über die Einführung der Kennzeichnung von Juden und Jüdinnen im Distrikt Galizien,

2. einer Verordnung über die Errichtung der allgemeinen Unterstützung,

3. einer zweiten Verordnung über die Einführung preisrechtlicher Vorschriften(Preisbildungsverordnung),

4) einer Verordnung über die Einführung des

Rechts des Kreditwesens

vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe unter der Voraussetzung, dass für alle diese Verordnungen Gouverneur Dr. Lasch noch gehört wird.

13^{30} Frühstück.

15^{00} Besprechung mit Regierungsrat Braun in Gegenwart des Bevollmächtigten Dr. Heuber des Gouverneurs Dr. Lasch und des Präsidenten Westerkamp.

Regierungsrat Braun legt dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf

einer Verordnung über die Eichverwaltung

vor, der von dem Herrn Generalgouverneur unterzeichnet wird.

In dem von Regierungsrat Braun vorgelegten Entwurf

einer Verordnung über Reisekostenvergütung

will der Herr Generalgouverneur das Wort "ehemaligen" ersetzt sehen durch die Worte: "wiederbeschäftigte nichtdeutsche Beamte, die früher in polnischem Dienst gestanden haben." - Gouverneur Dr. Lasch will in § 7 des Entwurfs die Mitwirkung der Abteilung Arbeit gewährleistet wissen.

Weiter legt Regierungsrat Braun den Entwurf

einer zweiten Devisenverordnung für den Distrikt Galizien

vor, der vom Generalgouverneur unterzeichnet wird.

Nach dem von Regierungsrat Braun vorgelegten Entwurf

einer Verordnung über die Einführung der Zlotywährung im Distrikt Galizien

sollen Reichsmarkbeträge nicht mehr in den Distrikt eingeführt werden, weil vom 6. September 1941 ab die Zlotywährung eingeführt wird. Wie Regierungsrat Braun

mitteilt, wird auf Anordnung des Präsident Lauxmann zur Hintanhaltung von Devisenschiebungen ein Briefverkehr der einheimischen Bevölkerung erst vom 10.Oktober 1941 zugelassen werden.

Regierungsrat Braun gibt dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis von einer Anordnung der Abteilung Finanzen über die Einführung der Umsatzsteuer im Distrikt Galizien.

Gouverneur Dr. Lasch gibt zu bedenken, dass angesichts der derzeitigen Situation mit einigermassen erheblichen Erträgen der Umsatzsteuer nicht zu rechnen sein, man vielmehr vorläufig nur mit Einkünften aus der Einkommensteuer, bezw. Lohnsteuer für die Steuerpolitik des Distrikts als grundlegender Einnahme arbeiten werde. Das deutsche Einkommenssteuerrecht sei im Distrikt Galizien nicht eingeführt. Das nach der früheren polnischen Steuerverordnung geltende Recht sei in den unteren Stufen für den Besteuerten günstiger gewesen als das deutsche Steuerrecht, während bei Vorhandensein von Kindern die deutsche Steuerordnung Vorteile gegenüber der polnischen Ordnung bringe.

Regierungsrat Braun weist darauf hin, dass die Sätze ermässigt werden könnten, sodass sie nicht mehr betrügen als diejenigen des Reiches. Es sei auch unbillig, dass ein Pole, wenn er das gleiche Einkommen habe wie ein Deutscher, den zweifachen Steuerbetrag zahlen müsse. Eine entsprechende Regelung zu treffen, sei Sache der Hauptabteilung Finanzen.

Gouverneur Dr. Lasch hat keine Bedenken gegen die Einführung einer solchen Steuerordnung, weisst jedoch auf Schwierigkeiten hin, die sich bei Lohnempfängern ergeben könnten, da ihnen der Steuerbetrag vom Wochenlohn abgezogen werde, während der Geschäftsmann erst Ende des Jahres seine Steuern zu bezahlen brauche.

Präsident Westerkamp bemerkt, dass durch Verwaltungsanordnung im einzelnen bestimmt werden müsste, wer steuerpflichtig sei.

Gouverneur Dr. Lasch hält mit Rücksicht darauf, dass die Einkommenssteuer im Generalgouvernement höher sei als diejenige im ehemaligen Sowjetgebiet, eine nochmalige Überprüfung der Steuerordnung für notwendig. Jedenfalls dürfe die in der Zahlung von 160% der russischen Löhne liegende Lohnerhöhung nicht durch die steuerliche Belastung wieder wettgemacht werden.

15.30 Besprechung mit Bevollmächtigtem Dr. Heuber und Gouverneur Dr. Lasch.

Kressendorf

IV/5 **Sonntag, den 7. September 1941**

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

118

Krakau

IX/3

<u>Montag, den 8. Sept. 1941</u>

15^{30} Eintreffen des Herrn <u>Generalgouverneurs</u> auf der Burg zu Krakau.

15^{45} Besprechung mit Staatsanwalt Dr. <u>Meidinger.</u>

16^{00} Besprechung mit Pressechef <u>Gaßner</u>.

Pressechef <u>Gaßner</u> berichtet vertraulich über die allgemeine Lage. Er bekommt vom Herrn <u>Generalgouverneur</u> die Weisung, den <u>Staatsakt</u> am 26. Oktober presseamtlich vorzubereiten.

16^{25} Besprechung mit Direktor <u>Coblitz.</u>

Dr. <u>Coblitz teilt</u> dem Herrn Generalgouverneur mit, daß am Freitag, dem 12. September, 12^{00} Uhr, die Ausstellung <u>"Germanenerbe im Weichselraum"</u> eröffnet werden soll.

Der Herr <u>Generalgouverneur</u> erklärt sich bereit, diese Eröffnung vorzunehmen.

16^{40} Der Herr <u>Generalgouverneur</u> empfängt den stellvertretenden Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs Staatsanwalt Dr. <u>Meidinger</u> und den Hauptmann der Schutzpolizei <u>Kiep</u>. Er teilt mit, daß ein Schreiben des Obersten der Gend. Müller eingegangen sei, wonach Hauptmann Kiep mit sofortiger Wirkung von seiner Abordnung nach einem Erlaß des <u>Reichsführers-SS</u> und Chef der Deutschen Polizei Himmler zurücktreten soll und daß der Herr Generalgouverneur auf Grund dieser Anordnung des Reichsführers-SS von dem Oberst Müller in diesem Schreiben gebeten wurde, Anweisung geben zu wollen, daß Hauptmann Kiep umgehend seiner Dienststelle zur weiteren Verwendung zur Verfügung gestellt wird.

8.9.1941

Der Herr Generalgouverneur stellt daraufhin fest, daß er den Erlaß des Reichsführers-SS und Chef der Deutschen Polizei Himmler nicht hinzunehmen gedenkt und gegen diesen Erlaß beim Reichsführer-SS durch Fernschreiben Widerspruch eingelegt hat. Der Herr Generalgouverneur beauftragt den stellvertretenden Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs Staatsanwalt Dr. Meidinger, Oberst Müller in seinem Auftrag mitzuteilen, daß der Anweisung im Sinne einer Zurückstellung des Hauptmanns Kiep zur Dienststelle des Chefs des Stabes des Befehlshabers der Ordnungspolizei vom Herrn Generalgouverneur nicht entsprochen werden kann.

Der Herr Generalgouverneur gibt von dieser Entscheidung, die er im Hinblick auf die ihm vom Führer in der Verordnung über die Einrichtung des Generalgouvernements übertragenen totalen Verwaltungszuständigkeiten im Generalgouvernement getroffen habe, dem Hauptmann Kiep Kenntnis. Er ersucht Hauptmann Kiep, weiterhin Dienst bei ihm zu tun.

16^{55} Besprechung mit Oberregierungsrat Frhr. von Streit.

17^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

17^{45} Besprechung mit Assessor Dr. Blum in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Bühler.

20^{00} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

IX/3 Krakau

Dienstag, den 9. September 1941

10^{10} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{15} Besprechung mit Staatsanwalt Dr. Meidinger.

10^{20} Besprechung mit Assessor Dr. Blum.

10^{30} Besprechung mit Hauptamtsleiter Schalk.

11^{00} Sitzung im Königssaal der Burg.

Anwesend sind:

Der Herr Generalgouverneur
Präsident Westerkamp
Präsident Dr. Emmerich und andere
Präsident Gerteis
Geschäftsf.Hauptabteilungsl. Naumann
Präsident Dr. Walbaum
Ministerialrat Dr. Wiemann
Oberregierungsrat Dr. Schulte-Wissermann
Hauptamtsleiter Schalk
Generalleutnant Schindler
Oberstleutnant Fischer
Major von Woedke
Hauptmann Rodlauer
Oberleutnant von der Goltz
Oberregierungsrat von Streit
Landwirtschaftsrat Albert
Oberforstmeister Burk
Oberlandwirtschaftsrat Dr. Behr
Forstmeister Schmedes
Oberregierungsrat Rhetz
Regierungsrat Schulz
Oberreichsbahnrat Dr. Tischel
Reichsbahnrat Raspe
Referent Schubart.

9.9.1941

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Sitzung mit dem Hinweis, daß die sehr wichtige Frage, wie das Generalgouvernement angesichts der Eigenbedarfsfestsetzung, so gering diese auch sein möge und wie stark sie auch reduziert werden könne, mit den vielfachen Anforderungen fertig werden könne, die aus allen möglichen Dienststellen des Reichs kämen, zur Debatte stünde. Man müsse sich klar darüber werden, welcher Weg einzuschlagen sei, um Jedem zu etwas zu verhelfen, da eine restlose Befriedigung aller Wünsche nicht durchgeführt werden könne.

Von vornherein möchte er die Feststellung treffen, daß die optimistische Einstellung mancher Dienststellen des Reiches, daß durch die Erweiterung des Generalgouvernements um Galizien auf dem Ernährungssektor hier unerschöpfliche Lebensmittelreserven vorhanden seien, durchaus unzutreffend sei. Auf der anderen Seite sei festzustellen, daß die Situation im Reich und in den besetzten Gebieten die Forderungen nicht als Ausgeburt einer Versorgungsphantastik, sondern als Ausdruck einer zwingenden Notwendigkeit erscheinen lasse.

Die Ernährungslage der besetzten Gebiete und auch die unserer Verbündeten sei außerordentlich ernst. Nach den Worten des Reichsmarschalls könnten sämtliche besetzten Gebiete nicht als Länder mit stabilen, geordneten Verhältnissen angesehen werden. Das Generalgouvernement sei dagegen eine Verwaltungseinheit, mit der man rechnen könne.

Die Versorgungslage der deutschen Bevölkerung sei im allgemeinen auch nicht rosig. Die Bedürfnisse der Truppen seien in einem Umfang gestiegen, daß das Reich ernsthafte Sorge hege, die bisherigen Rationen nicht durchhalten zu können. Zur Kürzung der Rationen seien bereits Pläne in Ausarbeitung. Dies wolle er voraus-

schicken, um zu zeigen, daß es nicht darum gehe, das Generalgouvernement von den Anforderungen des Reiches zu verschonen, sondern einen Weg zu finden, um dem Reich möglichst zu helfen.

Der Herr Generalgouverneur ersucht sodann den geschäftsführenden Hauptabteilungsleiter Naumann, Bericht über die Ernährungslage des Generalgouvernements und über Möglichkeiten einer Hilfe für das Reich zu erstatten. Er, der Herr Generalgouverneur, habe zu dieser Sitzung Generalleutnant Schindler als Vertreter der Rüstung und die Leiter der Abteilung Wirtschaft, Forsten, Eisenbahn, Innere Verwaltung und Arbeit eingeladen. Eine ausreichende Versorgung der polnischen Arbeiter liege durchaus im Reichsinteresse. Man erstrebe im Generalgouvernement nicht aus Vorliebe für die polnische Bevölkerung einen besseren Rationssatz. Eine Begriffserklärung der Reichshilfe des Generalgouvernements scheine ihm notwendig zu sein. Er habe schon in der Regierungssitzung festgestellt, daß unter Reichshilfe des Generalgouvernements

1. die direkte Ablieferung von Getreide zur Erleichterung der Versorgung der Bevölkerung im Reich,
2. die Versorgung der im Generalgouvernement liegenden Soldaten, Verwundeten und Kriegsgefangenen,
3. die Versorgung aller im Dienste der deutschen Verwaltung, insbesondere der Eisenbahner, stehenden Polen

zu verstehen sei.

Geschäftsführender Hauptabteilungleiter Naumann gibt einen Überblick über die Ergebnisse der Ernte im alten Generalgouvernement.

Brotgetreide: Im letzten Jahr seien 325 000 t Brotgetreide erfaßt worden. In diesem Jahr habe die Hauptabtei-

lung Ernährung und Landwirtschaft 560 000 t auf die einzelnen Distrikte umgelegt. Bei Anspannung aller Kräfte erwarte man eine Erfassung von 500000 t. Ab 1. Oktober plane die Hauptabteilung die Wiedereinführung von 1 400 g Brot und 100 g Mehl pro Woche für den nichtdeutschen Normalverbraucher. Zur Durchhaltung dieser Rationssätze für den Normalverbraucher und die A- und B-Karteninhaber bis zum Beginn der neuen Ernte benötige man die 500 000 t restlos. Forderungen auf weitere Erhöhung der Sätze für Rüstungsarbeiter könnten nur auf Kosten der Kürzung der Rationen für die Normalverbraucher durchgeführt werden.

<u>Kartoffeln</u>: Auf der vorhandenen Kartoffelanbaufläche von 605 000 ha rechne die Hauptabteilung mit einer Ernte von 6 Millionen t (zugrunde gelegt sind 100 dz pro ha, was für polnische Verhältnisse sehr hoch bemessen sei). Diese Ernte solle folgendermaßen aufgeteilt werden: für die nichtdeutsche Normalverbraucherschaft seien pro Person 3 Zentner, für die Rüstungsarbeiter sei ein Zuschlag von 200 kg pro Person vorgesehen. Zur Erfüllung dieser Kontingente brauche man 3,4 Millionen t, das seien fast 60 % der gesamten Ernte. Für die gleichen Zwecke benötige man im Reich nur 28 % der Ernte. Weiter müsse die Generaldirektion der Monopole mit Kartoffeln zur Erzeugung von Sprit versorgt werden, den die Wehrmacht für die Soldaten und die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft für die Prämienscheinaktion zur Ernteerfassung benötigten. Für die Kartoffeln verarbeitende Industrie seien 320 000 t oder 6 % der Ernte vorgesehen. An Saatkartoffeln für das nächste Jahr, von denen man gerade dem Distrikt Galizien eine große Menge zuführen müsse, seien 23 % der Ernte bereitzustellen. Damit seien praktisch 90 % der gesamten Ernte aufgebraucht. Wenn man nun 10 % für den Abfall rechne, so bleibe dem Generalgouvernement für die Fütterung von Schweinen nichts übrig, während im Reich mindestens 1/3 der Ernte für diese Zwecke vorhanden sei. Die neue Forderung der Wehrmacht auf Lieferung von 180 000 t Kartoffeln für den kommenden Winter

9.9.1941

sei nur zu erfüllen, wenn die Normalverbrauchersätze herabgesetzt würden.

Fleisch: Zur Leistung der vorgesehenen 100 g Fleisch pro Kopf und Woche für die nichtdeutsche Bevölkerung und der A- und B-Sätze benötige man pro Woche 100 t Fleisch. Die Erfassung dieser Menge sei bis jetzt nur mit Mühe gelungen. Da der Schweinesektor durch das Fehlen von Kartoffeln völlig ausfalle, sei eine Erfassung über diese 100 t hinaus unmöglich. Die Wehrmacht fordere nun pro Woche 250 t Fleisch. Bei Erfüllung dieser Forderung der Wehrmacht müßten die Rationssätze für nichtdeutsche Normalverbraucher gekürzt werden. Wenn im Oktober und November die Erfassung über 100 t Fleisch pro Woche hinaus sich steigern lasse, so sei an die Bildung einer gewissen Reserve für den kommenden Winter zu denken.

Fett: Unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten sei eine Menge von 9 600 t Fett und Öl zu erfassen. Diese Menge werde wie folgt verteilt: Bei Weiterlieferung der bisherigen Rationssätze an die Reichs- und Volksdeutschen, die A- und B-Karteninhaber benötige man 7 200 t, sodaß praktisch nur 2700 t für Sonderzuteilungen zur Verfügung stehen. Diese würden von Zeit zu Zeit als Sonderzuteilung für Rüstungsarbeiter und für die gesamte verbrauchende Bevölkerung ausgegeben. Die Entscheidung sei noch nicht getroffen, ob man diese Sonderzuteilungen den Rüstungsarbeitern, den A- und B-Karteninhabern oder der gesamten polnischen Bevölkerung zukommen lassen solle.

Gemüse: Auf dem Gemüsesektor sei die Lage im Generalgouvernement etwas günstiger; die Versorgung mit Gemüse sei im allgemeinen besser als im Reich. Diese zufriedenstellende Lage werde auch voraussichtlich im November und Dezember weiter anhalten. Der Wehrmacht seien Möglichkeiten zum Gemüseanbau durch Überlassung von Landflächen gegeben worden. Darüber hinaus fordere die Wehrmacht noch 9 000 t Wintergemüse, dessen Bereitstellung sehr schwierig sei. Weiter

kämen nun von der Wehrmacht Forderungen auf dem Gebiete des Futtersektors. Bei einer Ausmahlung des Getreides von 95 % falle praktisch keine Kleie für die Herstellung von Kraftfutter ab. Man sei daher im kommenden Winter restlos auf Heu und Stroh angewiesen. Die Annahme, daß die Wehrmacht in diesem Jahr auf die Lieferung von Heu und Stroh verzichten könne, sei irrig gewesen. Sie fordere 35 000 t Heu und ebenfalls 35 000 t Stroh für 25 000 Wehrmachtspferde, weiter 40 000 t Hafer. Bei Hafer sei im alten Generalgouvernement eine Menge von 110 000 t umgelegt und ihre Verwendung folgendermaßen vorgesehen:
1. Eine größere Menge zur Herstellung von Haferflocken für den nichtdeutschen Verbraucher und A- und B-Karteninhaber;
2. in gewissem Unfamge für die Ernährung der notleidenden Gebiete in den Beskiden.

Wenn man nun an die Wehrmacht die 40 000 t liefern müsse, würde ein großer Engpaß entstehen, insbesondere dadurch, daß in diesem Jahre keine Kleie zur Verfügung stehe. Auf der anderen Seite seien nun die Wünsche, die General Schindler für die Verpflegung der Rüstungsarbeiter vorgebracht habe, überrechnet worden und sähen folgendermaßen aus: zugrunde gelegt sei die Zahl von 525 000 Rüstungsarbeitern plus deren Familienangehörigen. Die Rüstungsarbeiter sollten die Schwerstarbeitersätze des Reiches minus 10 %, ihre Familienangehörigen die Normalverbrauchersätze des Reiches minus 10 % erhalten.

Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann äußert sich sodann über die Verhältnisse im neuen Distrikt Galizien. Durch das Hinzukommen Galiziens würde die Lage zu Gunsten des Generalgouvernements nicht wesentlich geändert. Die Brotgetreideernte falle verhältnismäßig gut aus, wenn auch die einheimische Bevölkerung größere Erträge erwartet habe. Durch das Unwetter der letzten Woche seien größte Schäden entstanden. Infolge der Transportschwierigkeiten und eines dünnen Erfassungsnetzes sei die

9.9.1941

Ernteerfassung ungenügend. Da der Distrikt sehr dicht besiedelt sei, werde man zu tun haben, um bis zur nächsten Ernte auszukommen. Man versuche, 300 000 t Brotgetreide in Galizien zu erfassen. Zu dieser Zahl sei man auf Grund von alten polnischen Statistiken gekommen, auf deren Richtigkeit man sich jedoch nicht verlassen könne.

Die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob eine Menge von 6 000 t pro Woche für eine Bevölkerung von 4 1/2 Millionen und unter Zugrundelegung der im Generalgouvernement geltenden Normalverbrauchersätze ausreichend sei, bejaht Naumann. Seine Ausführungen, daß das Reich aus Galizien und Wolhynien die Lieferung einer Brotgetreidemenge von 200 000 t erwarte, veranlassen den Herrn Generalgouverneur zu der Mitteilung, daß eine offizielle Forderung des Reiches auf Lieferung von Brotgetreide aus Galizien bis jetzt noch nicht formuliert sei.

Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann führt weiter aus, daß die Kartoffelversorgung in Galizien denkbar ungünstig sei, da die Russen den Kartoffelanbau vollständig gedrosselt hätten. Das alte Generalgouvernement müsse ca 30 000 t Kartoffeln nach Galizien liefern. Auch die Zuckerversorgung sei sehr mangelhaft. Wenn auch die dortigen Viehbestände noch eine Kürzung vertragen könnten, so sei an eine Einfuhr ins alte Generalgouvernement nur in sehr bescheidenem Ausmaße zu denken. Vor der Durchführung einer Viehzählung könne näheres noch nicht gesagt werden.

Nach diesen Ausführungen stellt der Herr Generalgouverneur fest, daß die Erfassungsmengen auf den verschiedenen Gebieten gerade ausreichend seien. Neu angemeldeten Forderungen könnte also nur durch Kürzung der geplanten Rationen Rechnung getragen werden.

9.9.1941

Generalleutnant Schindler macht Ausführungen über die Verpflegungslage der Rüstungsarbeiter, deren Arbeitsleistungen ständig an Bedeutung gewännen, da der Raum des Generalgouvernements immer mehr Rüstungsindustrien aufnehmen müsse. Im gleichen Maße, wie der Westen unsicher werde, müßte eine Reihe von Industrien nach dem Osten verlegt werden. An den Forderungen für die Rüstungsarbeiter, die er der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft angemeldet habe, könnte noch ein Abstrich von 10 bis 15 % vorgenommen werden, da er nicht jeden Rüstungsarbeiter als Schwerstarbeiter versorgt sehen wolle. Die Einteilung in Normal-, Schwer- und Schwerstarbeiter solle nach den gleichen Grundsätzen wie im Reiche geschehen. Dankbar müsse anerkannt werden, daß durch die erhöhte Lebensmittelzuteilung der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft sich jetzt die Rüstungsarbeiter in einem besseren Kräftezustand befänden. Ihre Zahl betrage ungefähr 100 000, er hoffe aber im Laufe des Jahres noch auf 125 000 Arbeiter zu kommen. Für die zusätzliche Versorgung benötige er etwa 30 000 t Brotgetreide und etwas über 10 000 t Fleisch.

Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann stellt die Möglichkeit der Lieferung der verlangten Mengen an Brotgetreide in Aussicht, während er die Zurverfügungstellung der angeforderten Fleischmengen nicht zusagen kann.

Oberleutnant von der Goltz teilt mit, daß die Versorgung von 400 000 sowjetischen Kriegsgefangenen und von 400 000 Wehrmachtsangehörigen durch das Generalgouvernement geplant sei. Zu diesem Zwecke würden in der nächsten Woche in Krakau Verhandlungen stattfinden.

Dazu erklärt geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann, daß außer den von ihm aufgezählten Forderungen der Hauptabteilungen vorläufig keine anderen bekannt seien.

9.9.1941

Ministerialdirigent Dr. Emmerich behandelt die Lage der Arbeiter in den kriegs- und lebenswichtigen Betrieben, die im Dienste des Reiches verantwortliche Arbeit leisteten.

Hierzu erklärt der Herr Generalgouverneur, daß z.B. die Erdölförderung von 300 000 t im Drohobyczer Gebiet für den Nachschub an die Ostfront von ungeheurer Wichtigkeit sei.

Nach den weiteren Ausführungen von Ministerialdirigent Dr. Emmerich habe die Abteilung Wirtschaft A-Betriebe geschaffen und eine ähnliche Versorgung angestrebt und zum Teil auch erreicht, wie sie für die Rüstungsarbeiter vorgesehen sei. Er müsse mit den bisher gewährten Rationssätzen zufrieden sein; denn wenn er die Familienangehörigen miteinbeziehe, würde eine gewaltige zusätzliche Belastung eintreten. Trotzdem sei es aber notwendig, sich ernsthaft einmal mit diesem Problem zu befassen. Ihm scheine eine differenzierte Versorgung notwendig, da in ländlichen Gebieten zusätzliche Möglichkeiten einer Selbstversorgung für den Arbeiter gegeben seien, was z.B. in Städten wie Warschau nicht der Fall sei.

Der Herr Generalgouverneur stellt daraufhin fest, daß von der Hauptabteilung Wirtschaft konkrete Forderungen auf Mehrleistung nicht erhoben würden.

Präsident Gerteis macht Ausführungen über die bisherige Verpflegungsregelung seines polnischen Personals, von dem 2/3 die A-Verpflegung und 1/3 die B-Verpflegung erhielte. Eine kleine Zusatzverpflegung sei ab und zu nach Möglichkeit gewährt worden. Die kommenden Aufgaben der Ostbahn, unter denen die Versorgung der Ostfront an erster Stelle stehe, wüchsen beständig. Im Hinblick darauf fordere

er für sein gesamtes Personal von 100 000 Mann die A-Verpflegung.

Präsident Westerkamp fordert für die polnischen Angestellten der Verwaltung - ohne Galizien - eine Zusatzverpflegung. Infolge Unterernährung fielen manche polnischen Bediensteten völlig aus. Bei Berücksichtigung nur eines engsten Kreises müsse man für 300 000 Menschen irgendwie eine Zusatzverpflegung, vielleicht Normalverpflegung plus B-Verpflegung, schaffen.

Oberforstmeister Burk meldet die Forderung auf A-Verpflegung für 10 000 Forstarbeiter und auf B-Verpflegung für 40 000 Familienangehörige - ohne Galizien - an.

Oberregierungsrat Rhetz berichtet, daß die Arbeiter in großen Scharen die Betriebe verließen, um sich im Schleichhandel zu betätigen. Sie kauften auf dem Lande Lebensmittel ein, von denen sie einen Teil mit Gewinn wieder absetzten und den anderen Teil für sich verbrauchten. Viele von ihnen kehrten nach einigen Tagen wieder in die Betriebe zurück, während ein gewisser Prozentsatz im Schleichhandel bleibe. Der Bedarf der Betriebe an Arbeitskräften sei sehr groß. Wünsche auf Lohnerhöhungen könnten nicht berücksichtigt werden. Von der Abteilung Arbeit sei deshalb überall die Anregung gegeben worden, Werkkonsumvereine für die Versorgung der Betriebsangehörigen zu schaffen. Das sei aber nur bei größeren Betrieben möglich. Wenn eine Kürzung der gewährten knappen Rationen durch die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft sich als notwendig herausstellen sollte, so wäre dies unerträglich. Man könne dann keine neuen Arbeiter in die Betriebe bringen. Die Hauptabteilung Arbeit müsse daher vor einer Kürzung der Rationen ernsthaft warnen.

836

9.9.1941

Obermedizinalrat Dr. Walbaum äußert sich zu der Gesundheitslage der polnischen Bevölkerung. Untersuchungen, die von seiner Abteilung angestellt worden seien, hätten ergeben, daß der größte Teil der Polen nur etwa 600 Kalorien zu sich nähmen, während der Normalbedarf eines Menschen 2 200 Kalorien betrage. Die polnische Bevölkerung sei so weitgehend entkräftet, daß sie eine leichte Beute des Fleckfiebers werde. Die Zahl der erkrankten Polen betrage heute bereits 40 %. In der letzten Woche allein seien 1 000 neue Fleckfiebererkrankungen amtlich festgestellt worden. Das sei die bisher höchste Ziffer. Diese gesundheitliche Lage stelle eine große Gefahr für das Reich und für die in das Generalgouvernement kommenden Soldaten dar. Eine Verschleppung der Seuche in das Reich sei leicht möglich. Auch das Ansteigen der Tuberkulose sei besorgniserregend. Wenn die Lebensmittelrationen noch verkleinert würden, könne man eine gewaltige Steigerung der Erkrankungsziffern voraussagen.

Ministerialrat Dr. Wiemann macht Ausführungen über den Stand der Tierseuchen im Generalgouvernement. Die Lage sei im Augenblick nicht ungünstig. Am 1. August sei bei Maul- und Klauenseuche der Höchststand von rd. 5 000 Gehöften zu verzeichnen gewesen. Die Seuche sei jedoch jetzt im Abflauen begriffen, heute betrage die Zahl der verseuchten Viehhaltungen 3 000. Die anderen Tierseuchen hielten sich in mäßigen Grenzen. Die Viehbestände seien nicht sehr hochwertig.

Der Herr Generalgouverneur erklärt zusammenfassend, daß bei der vorgesehenen Einführung eines Normalverbrauchersatzes von 1 400 g Brot pro Woche für den nichtdeutschen Verbraucher keine Erhöhung, sondern nur die Wiederkehr eines früheren Verbrauchsatzes, der vorübergehend aus zwingenden Gründen auf 1 050 g gekürzt werden mußte, ein-

trete. Bei Abwägung der vorhandenen und angeforderten Mengen müsse man feststellen, daß das Generalgouvernement mit Brot, Kartoffeln und Fleisch gerade auskomme, wogegen an eine geregelte Fettverteilung weiterhin nicht zu denken sei. Er schlage vor, die bisher angemeldeten Wünsche soweit irgend möglich bei der Verteilung in Rechnung zu stellen ohne Rücksicht auf die heute sehr vage angekündigten Mehrforderungen für 800 000 Soldaten und Kriegsgefangene. Eine Fleischration von 100 g für den nichtdeutschen Normalverbraucher müsse unbedingt beibehalten werden. Er werde notfalls in Berlin vorstellig werden und erklären, daß es unmöglich sei, den Fleischbedarf der Wehrmacht aus dem Generalgouvernement zu decken. Im anderen Falle müsse er die Verantwortung für die weitere Entwicklung des Generalgouvernements ablehnen. Das Generalgouvernement sei am äußersten Rande seiner Leistungsfähigkeit angekommen. Jede weitere Forderung von irgendeiner Stelle unter irgendwelcher Begründung sei unerfüllbar. Wichtig sei es nun, einen Ausgleich der angemeldeten Forderungen zu finden; vielleicht könne man im Hinblick auf die sich auswirkenden Ergebnisse der Besetzung Rußlands einen kleinen Vorgriff riskieren, um die Stimmung über den Winter besser durchhalten zu können. Das Generalgouvernement müsse als Verwaltung nicht nur mit dem Revolver in der Hand, sondern fürsorgerisch den polnischen Arbeitern gegenüber auftreten. In dem Übereinkommen zwischen dem Führer und dem Duce sei der Grundsatz aufgestellt worden, für die Wohlfahrt aller der Gemeinschaftsarbeit dienenden Völker des Kontinents zu sorgen. Auch ihm sei vom Führer eines dieser Völker anvertraut. Er halte eine Politik der restlosen Herabwürdigung eines fremden Volkes für eine Gefahr für das Reich.

Auf die Frage des Herrn <u>Generalgouverneurs</u>, ob sich der Normalverbrauchersatz für Brot und Kartoffeln zusätzlich der in großem Umfange geäußerten Wünsche über den

Winter halten lasse, erklärt geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann, daß eine 100 %ige Erfüllung nicht gewährleistet sei. Man müsse hier und da eine Streichung vornehmen. Im Rahmen des Möglichen werde aber alles getan, um allen Forderungen in weitestgehendem Maß zu entsprechen.

Der Herr Generalgouverneur spricht zum Schluß die Hoffnung aus, daß nach Einigung mit der Wehrmacht - in die diesbezüglichen Besprechungen werde er sich persönlich einschalten - ab 1. Oktober d.J. die neuen Sätze zur Gültigkeit gelangen mögen.

16^25 Besprechung mit Präsident Lauxmann.

Präsident Lauxmann legt dem Herrn Generalgouverneur verschiedene Entwürfe der neuen Markenserie mit dem Führerbild vor, die am 26. Oktober mit einem Sonderstempel "Zwei Jahre Generalgouvernement" ausgegeben werden solle.

16^35 Besprechung mit NSKK-Staffelführer Dietrich.

Staffelführer Dietrich berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß sein Mannschaftsbestand für die gestellten Anforderungen zu gering sei und er zusätzlich ca 30 Mann brauche. So könne er z.B. dem Gouverneur von Galizien nur 5 statt der angeforderten 10 Fahrer zur Verfügung stellen. Die Schwierigkeiten, neue Männer in die Kompanie zu bekommen, seien sehr groß.

Der Herr Generalgouverneur weist Staffelführer Dietrich an, eine Lösung dieser Frage bei General Winkler, dem Befehlshaber der Ordnungspolizei, anzustreben. Wegen 3 neuer Wagen solle er sich mit der Regierung in Verbindung setzen.

17^05 Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

Krakau

IX/3

Mittwoch, den 10. September 1941

10^{45} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{50} Besprechung mit Staatsanwalt Dr. Meidinger.

11^{00} Der Herr Generalgouverneur führt in Anwesenheit des Leiters der Hauptabteilung Innere Verwaltung Präsident Westerkamp, des Pressechefs der Regierung Pg. Gaßner und des Assessors Dr. Blum Staatssekretär Dr. Ernst Boepple mit folgendem Erlaß in sein Amt ein:

1. Mit Wirkung vom heutigen Tage entbinde ich den Gouverneur Dr. Karl Lasch von der ihm durch meinen Erlaß vom 8. Juli 1941 - Aktz. 3022 - übertragenen Aufgabe als Stellvertreter des Staatssekretärs in der Regierung des Generalgouvernements.
2. Auf Vorschlag des Staatssekretärs der Regierung des Generalgouvernements übertrage ich mit sofortiger Wirkung dem Staatssekretär Dr. Ernst Boepple die Aufgabe des Stellvertreters des Staatssekretärs in der Regierung des Generalgouvernements. Staatssekretär Dr. Ernst Boepple übernimmt weiter den gesamten bisher vom Unterstaatssekretär, nunmehrigen Distriktschef Ernst Kundt verwalteten Geschäftsbereich.

Der Herr Generalgouverneur verpflichtet Staatssekretär Dr. Ernst Boepple durch Handschlag auf Führer und Reich und wünscht ihm für seine schwere Aufgabe alles Gute.

11^{30} Besprechung mit Oberregierungsrat Radtke.

Oberregierungsrat Radtke berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß demnächst mit dem Reichsfinanzministerium Verhandlungen über die endgültige Festlegung des Stellenplans des Generalgouvernements gepflogen würden. Die Vorverhandlungen seien so weit gediehen, daß man sich bis auf 8 Punkte einig sei.

10.9.1941

Bis jetzt seien von den 6 350 Planstellen 3 205 bewilligt, während zur Zeit nur 1 500 besetzt seien, sodaß zur Erfüllung von Wünschen ein großer Spielraum vorhanden sei.

Der Herr Generalgouverneur will bei den kommenden Verhandlungen eine endgültige Einigung erzielt sehen und gibt Oberregierungsrat Dr. Radtke die Ermächtigung, die Verhandlungen in Berlin so zu führen, daß das Faktum des Stellenplans zum zweiten Jahrestag des Generalgouvernements am 26. Oktober gegeben sei. Er wolle zu diesem Termin den Stellenplan, der dann am 1. April 1942 in Kraft treten soll, verkünden. Er erklärt sich bereit, in den ausstehenden 8 Punkten persönlich einzugreifen, wenn sich die Unmöglichkeit einer Einigung mit Berlin ergeben sollte. An der Höhe der gewährten Ostzulage müsse unbedingt festgehalten werden.

12[10] Besprechung mit Präsident Dr. Emmerich.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß die Hermann-Göring-Werke sich in der letzten Zeit an der hiesigen Eisenerzeugung wieder interessierter zeigten. Sie wären nunmehr auch mit einer Pachtung von Werken im Generalgouvernement einverstanden.

Dazu bemerkt der Herr Generalgouverneur, daß von ihm gegen eine Verpachtung nichts eingewendet werde, daß aber das Generalgouvernement unter allen Umständen Eigentümer bleiben müsse. Am liebsten wäre es ihm, wenn die Gesellschaft genau so wie die Beskiden-Gesellschaft ihre Verwaltung im Generalgouvernement errichten würde.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich berichtet weiter, daß bei der Durchführung der Übereignung von zwei Werken an die Luftwaffe, von dieser ein Brief des Reichsfinanzministeriums an die Regierung des Generalgouvernements gerichtet worden sei, in dem sich der Reichs-

10.9.1941

finanzminister der Rechtsauffassung des OKW anschließt. Diese laufe bekanntlich der des Generalgouvernements entgegen und die Übertragung könne auf Grund dieses Schreibens nicht erfolgen.

Der Herr Generalgouverneur bestimmt, daß in einem Erwiderungsschreiben des Präsidenten Spindler die Übertragung bis zur Klärung der Sachlage sistiert wird.

Präsident Emmerich macht den Herrn Generalgouverneur darauf aufmerksam, dass ein loyales Zusammenarbeiten mit Rüstungsinspekteur General Schindler unmöglich sei. Daraufhin diktiert der Herr Generalgouverneur ein Schreiben an die vorgesetzte Dienststelle General Schindlers, worin er die Bitte um Abberufung des Generals ausspricht.

Weiter berichtet Präsident Emmerich, dass ein Sachverständiger von Reichsminister Dr.Todt auf dem Energiewirtschaftssektor im Generalgouvernement Sondierungen angestellt habe. Dieser habe zur Ausnutzung eines Gefälles von 15 m im Groben ein Projekt skizziert, das etwa 1,4 Milliarden kwh gewinnen lasse.

13.00 Frühstück.

19.30 Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Staatstheater des Generalgouvernements zur Erstaufführung der Operette "Wiener Blut" von Johann Strauß.

22.00 Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

836

Burg Krakau

Donnerstag, den 11.9.1941

10^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

10^{05} Besprechung mit Assessor Dr. Blum

10^{10} Besprechung mit Staatsanwalt Dr. Meidinger

10^{15} Besprechung mit Oberregierungsrat Dr. Schepers

Oberregierungsrat Dr. Schepers berichtet dem Herrn Generalgouverneur über noch strittige Grenzfragen zwischen den Distrikten Lublin und Galizien - und Krakau und Galizien. Der Herr Generalgouverneur beauftragt Oberregierungsrat Dr. Schepers zur Ausarbeitung eines weiteren Gutachtens über die Pripjetfrage.

10^{25} Der Herr Generalgouverneur empfängt SS-Obergruppenführer Krüger.

11^{10} Der Herr Generalgouverneur empfängt Generalmajor Winkler zur Einführung in sein Amt als Befehlshaber der Ordnungspolizei im Generalgouvernement in Anwesenheit von SS-Obergruppenführer Krüger und Pressechef Gassner.

In der Besprechung werden die polizeilichen Verhältnisse im Generalgouvernement einschließlich des neuen Distrikts Galizien eingehend erörtert und darauf hingewiesen, daß die zurzeit im Generalgouvernement vorhandenen 9 Polizei-Bataillone nicht ausreichend seien. Eine Vermehrung müsse unbedingt angestrebt werden.
Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Wunsche Ausdruck, daß vor allem in den wichtigsten Verkehrszentren (Distriktshauptstädten) die deutsche Polizei

11.9.1941

in Form von Streifen und Posten mehr in Erscheinung treten müsse. Zur Werbung für die ukrainische Hilfspolizei schlägt der Herr Generalgouverneur die Benützung des Lemberger Senders und bildhafter Plakate vor.
Der Herr Generalgouverneur stellt zur Prüfung der Ernährungs-, Verpflegungs,- Unterkunfts- und Bekleidungsfragender polnischen Polizei eine Besprechung in Aussicht.

11^{45} Besprechung mit Pressechef Gassner

11^{50} Besprechung mit Oberregierungsrat Ganser

11^{52} Der Herr Generalgouverneur empfängt Ministerialrat Plodeck, Hauptabteilungsleiter Naumann, Oberregierungsrat Schulz und Direktor Franz Schwarz-München.

Nach der Besprechung von allgemeinen wirtschaftlichen Fragen erklärt der Herr Generalgouverneur, daß die Brauerei Okocim gemeinsam mit der Brauerei Lemberg von der Verwaltung der Monopole zwecks Bildung einer Staatsbrauerei übernommen werde.

Ministerialrat Plodeck weist darauf hin, daß der Herr Generalgouverneur ihn bei einer Besprechung in Kressendorf beauftragt habe, die Verkaufsverhandlungen wegen Okocim mit Direktor Schwarz als Leiter der Genossenschaft Deutscher Brauereien zu führen. Direktor Schwarz erklärt, daß bei einer Besprechung am 1. Dezember 1940 vom Herrn Generalgouverneur seiner Genossenschaft ein Vorkaufsrecht eingeräumt worden sei.

Der Geschäftsführende Leiter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft, Naumann, ist gegen einen Verkauf derartiger Unternehmungen zum jetzigen Zeitpunkt. Seine Abteilung gehe dabei von der Meinung aus, daß nach dem Kriege den Frontsoldaten die Möglichkeit zum Erwerb von Unternehmungen im Generalgouvernement gegeben werden müsse.

11.9.1941

Ministerialrat Plodeck erklärt dazu, daß für solche Zwecke vor allem Objekte mittlerer Größe in Betracht kämen. Weiter sei gerade die Brauereiindustrie für private Initiative besonders geeignet.

Der Herr Generalgouverneur ist ebenfalls der Meinung, daß es momentan sehr schwer sei, aus dem Gesamtgefüge des Staates besondere "Rosinen" jetzt schon herauszupicken, wenn nicht dringende Notwendigkeiten dies geraten erscheinen ließen. Bis jetzt seien von den gesamten zur Verfügung stehenden Betrieben des Generalgouvernements höchtens 10 als Privateigentum abgegeben worden.

Auch Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann erklärt, daß alle Zuschriften, die zwecks Kaufs von Betrieben aus dem Reich an sein Amt gerichtet würden, abschlägig beschieden würden. Wenn man nun von dieser Stellungnahme abgehen wolle, würde sicher der Vorwurf einer unterschiedlichen Behandlung erhoben werden.

Der Herr Generalgouverneur ersucht in diesem Zusammenhang Herrn Ministerialrat Plodeck und Herrn Naumann, sich wegen der Abgabe von Unternehmungen während des Krieges grundsätzlich zu einigen.

Der Herr Generalgouverneur trifft folgende Entscheidung:

1.) Die Monopolverwaltung bekommt die Brauerei in Lemberg und eine weitere Brauerei in Galizien,
2.) Okocim bleibt vorerst in der bisherigen Verwaltung,
3.) Für den Fall, daß die Brauerei Okocim ins Privateigentum übergeführt wird, erhält das Konsortium Schwarz die feste Zusage eines Vorkaufsrechtes,
4.) Die Pachtung der Brauerei Okocim während des Krieges durch das Konsortium Schwarz kann schon jetzt geprüft werden.

12[30] Der Herr Generalgouverneur empfängt Oberbürgermeister Dr. Freyberg-Leipzig, Dr. Holders-Dessau, Direktor Morgenroth-Königsberg und Gauamtsleiter Dr. Schmischke-Dessau

11.9.1941

Oberbürgermeister Dr. Freyberg überreicht dem Herrn Generalgouverneur eine Abhandlung über die Entwicklung der Leipziger Messe.

In der Unterhaltung läßt sich der Herr Generalgouverneur vom wissenschaftlichen Leiter des Asid-Serum-Instituts Warschau, Direktor Morgenroth, das im Rahmen der "Freyberg-Stiftung" Sera herstellt, eingehend über seine Arbeiten berichten. Der Herr Generalgouverneur äußert sein großes Interesse und sagt seine ständige Unterstützung zu. Auf sein Verlangen sollen ihm die beiden letzten Jahresberichte des Werkes zugestellt werden.

13⁰⁰ F r ü h s t ü c k

14⁴⁵ Besprechung mit Präsident Plodeck, Betriebsdirektor Börngen/Kressendorf und zwei Direktoren der I.G.Farben Dr. Weiß und Dr. Eisfeld.

Direktor Dr. Weiß berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß das vierte Bunawerk, das die I.G.Farben im Auftrage des Reiches errichteten, in Auschwitz aufgebaut werden müsse. Die Wahl eines anderen Ortes sei nicht diskutabel: die Verkehrslage für ein solches Werk zwinge zu der Wahl dieses Ortes. Bei einem Verbrauch von 1,2 Millionen t Kohle im Jahr müßten die Kohlenvorkommen in der Nähe liegen. Diese Entfernung betrage bei Auschwitz 17 km. Der zweitwichtigste Rohstoff, der Kalk, sei in ungefähr 70 km Entfernung von Auschwitz vorhanden.

Präsident Plodeck erklärt, daß sich bei den bisherigen Verhandlungen ein neuer ganz wesentlicher Gesichtspunkt ergeben habe. Bei der Produktion des Bunawerkes würden im Jahr ungefähr 100- bis 200 000 t Düngekalk abfallen. Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann habe ihm erklärt, daß eine solche Menge für die intensive landwirtschaftliche Bearbeitung im

Generalgouvernement ausreichend sei. Er schlage daher vor, das neu zu errichtende Werk vertraglich zu verpflichten, den Anfall an Düngekalk dem Generalgouvernement zur Verfügung zu stellen.

Direktor Dr. Weiß berichtet dann weiter, daß die notwendigen Kalkmengen in der Nähe von Kressendorf vorhanden seien. Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs beziffert er die Entfernung des Kalksteinbruches von Kressendorf auf 2 1/2 km. Was den Umfang betreffe, so käme ein Gelände von 3 qkm in Frage. Man beabsichtige, ein Vollgleis in den Steinbruch zu legen und den Kalk in offenen Wagen - je Tag ein Güterzug - abzufahren.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob der notwendige Kalk nicht in einer anderen Gegend gefunden werden könne, erklärt Direktor Dr. Weiß, daß gerade der Kalk von Kressendorf wegen seiner chemisch reinen Zusammensetzung der geeignetste für diese Zwecke sei.

Der Betriebsdirektor für die Staatsbetriebe in Kressendorf Börntgen äußert Bedenken gegen die durch die Errichtung eines neuen Werkes in Kressendorf notwendige Heranschaffung von fremden Arbeitern. Direktor Weiß erklärt darauf, daß die Zahl der neuen Arbeiter, die im Höchstfall 300 betragen würde, die Gefahr einer Aufwiegelung nicht aufkommen lassen werde.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich angesichts der staatlichen Wichtigkeit dieses Projekts unter folgenden Bedingungen einverstanden:

1. Genaue Abgrenzung des Geländes;
2. genaue Festlegung der Bedingungen, vor allem die Zurverfügungstellung des Düngekalks für die Bedürfnisse des Generalgouvernements;
3. weitgehendste Schonung der vorhandenen Kulturdokumente, möglichst geringe Veränderung des Landschaftsbildes.

11.9.1941

Der Herr Generalgouverneur weist Präsident Plodeck an, die allgemein wirtschaftlichen Fragen dieses Projekts mit den I.G.Farben zu regeln, während die örtlichen Fragen in Kressendorf von den I.G.Farben im Benehmen mit Betriebsdirektor Börntgen gelöst werden sollen. Er beauftragt Präsident Plodeck, einen Pachtvertrag mit den I.G.Farben auszuarbeiten.

15[15] Der Herr Generalgouverneur empfängt Generalleutnant Schindler. Zu der Besprechung werden Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Dr. Emmerich hinzugezogen.

16[30] Besprechung mit den Präsidenten Dr. Emmerich und Westerkamp von Staatssekretär Dr. Boepple.

17[35] Besprechung mit SS-Obersturmführer Donaubauer und SS-Scharführer Ziegler.

Obersturmführer Donaubauer berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß der vorgesehene neue Hausdirektor in Kressendorf Meyer ein monatliches Nettogehalt von 800 RM und freie Wohnung und Verpflegung für sich und seine Familie fordere.

Der Herr Generalgouverneur findet diese Forderung unangemessen und erklärt sich mit einer Einstellung nur einverstanden, wenn M. seine Ansprüche erheblich zurückschraubt.

Gegenstand der weiteren Besprechung sind Verwaltungs- und Verpflegungsfragen.

17[50] Besprechung mit Staatsanwalt Dr. Meidinger.

18[25] Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

IX/3 Krakau

Freitag, den 12. Sept. 1941

10^{50} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

10^{55} Besprechung mit Staatsanwalt Dr. Meidinger.

11^{00} Besprechung mit Hauptamtsleiter Schalk.

11^{20} Besprechung mit Assessor Dr. Blum.

11^{25} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Sportbeauftragten Dr. Georg Niffka.

Dr. Niffka berichtet dem Herrn Generalgouverneur von Schwierigkeiten in seiner Stellung als Sportbeauftragter für das Generalgouvernement, seitdem die Partei die Betreuung des Sportlebens im Generalgouvernement übernommen und einen eigenen Referenten eingesetzt habe. Nach einer vor längerer Zeit zwischen Staatssekretär Dr. Bühler, Hauptamtsleiter Schalk und ihm getroffenen Vereinbarung sei er als stellvertretender Sportreferent der NSDAP. vorgesehen. Eine Übernahme als Amtswalter sei aber bis heute noch nicht erfolgt.

Der Herr Generalgouverneur ordnet zur Klärung dieser Angelegenheit eine Besprechung auf der Burg mit Hauptamtsleiter Schalk, dem Sportbeauftragten der NSDAP. und Dr. Niffka an. Weiter spricht er dem Sportbeauftragten Dr. Niffka durch Veröffentlichung folgender Pressenotiz seinen Dank und seine Anerkennung aus:

> Der Generalgouverneur empfing seinen staatlichen Beauftragten für den Sport Dr. Georg Niffka zu eingehender Berichterstattung über die Entwicklung des Sportlebens im Generalgouvernement. Der Generalgouverneur sprach ihm und damit allen im

12.9.1941

Sportleben des Generalgouvernements führend oder mitwirkend Beteiligten seine hohe Anerkennung aus und gab dem Wunsche Ausdruck, daß unter seiner bewährten Führung die Sportbewegung im Generalgouvernement wachse und sich weiterentwickle nach der vom Generalgouverneur ausgegebenen Devise, daß jeder Deutsche im Generalgouvernement Sportler sein müsse.

Dr. Niffka übergibt dem Herrn Generalgouverneur zum Schluß einen Arbeitsbericht für das Jahr 1940 bis Juli 1941.

11[30] Besprechung mit Regierungsrat Braun.

Regierungsrat Braun legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe einer

1. Verordnung über die vorläufige Landnutzung und Bodenordnung im Distrikt Galizien,
2. Verordnung über die Bewirtschaftung von Gold und sonstigen Edelmetallen

vor.

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe sowie eine Neufassung der Siegelverordnung.

11[45] Der Herr Generalgouverneur empfängt SS-Sturmbannführer Hein.

11[50] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Institut für Deutsche Ostarbeit, Annagasse 8.

I 3

12.9.1941

12^{00} Eröffnung der Ausstellung "Germanenerbe im Weichselraum" im großen Hörsaal des Instituts für Deutsche Ostarbeit.

Nach einem musikalischen Vorspiel von Ludwig van Beethoven: Allegro con brio aus dem Streichquartett op. 18 Nr. 1 ergreift Direktor Dr. Coblitz das Wort zu folgender Begrüßungsansprache:

Herr Generalgouverneur! Meine Damen und Herren!

Die Sektion "Vorgeschichte" des Instituts für Deutsche Ostarbeit zeigt in der Ausstellung "Germanenerbe im Weichselraum" vorgeschichtliche Bodendenkmäler aus dem Raume des Generalgouvernements und seiner Grenzräume. Aus der Zielsetzung der allgemeinen Forschungsaufgaben des Instituts ergibt sich als Forschungsauftrag die Ergründung, Aufhellung und Darstellung der germanischen Urbesiedlung des Ostens. Die Ausstellung enthält Schaustücke aus den Sammlungen in Krakau und Warschau sowie Leihgaben von Vorgeschichtssammlungen des Altreiches. Diese sind bereichert um die seit der Aufnahme der eigenen Vorgeschichtsforschung im Generalgouvernement durch das Institut aufgefundenen wertvollen Fundstücke, die bisher geborgen und wissenschaftlich untersucht wurden. In zwei Monaten - Mai/Juni 1941 - hat die Sektion "Vorgeschichte" des Instituts für Deutsche Ostarbeit fünf Fundplätze im Generalgouvernement beobachtet, mit ihren Funden sichergestellt und wissenschaftlich bearbeitet.

Das in der Ausstellung vereinigte Material liefert in strenger wissenschaftlicher Sachlichkeit nach den Methoden der modernen deutschen Vorgeschichtsforschung den Nachweis der urgermanischen Besiedlung des Ostraumes. Durch die vorgeschichtlichen Forschungsergebnisse werden neue positive Unterlagen für die wissenschaftlich allmählich immer klarer zutage getretene Tatsache erbracht, daß das Weichselland und weitere weite Räume des Ostens Heimat germanischer Stämme mit einer geradezu überraschend hohen Entwicklungsstufe sind

Sie zerstören damit die propagandistischen Thesen der ehemaligen polnischen Auch-Vorgeschichtsforschung, die diese Räume aus politischen Tendenzgründen zum Herd des slawischen Urvolkes umgefälscht hat. Die verstiegenen Ideen der ehemaligen polnischen Außenpolitik vor dem Kriege, die heute noch zu den Requisiten der polnisch-tschechischen Emigration in den westlichen Demokratien gehören, wonach die Oder, ja sogar die Elbe als Westgrenze des slawischen Kulturbereiches reklamiert werden, sind allgemein bekannt. Sie zerbrechen vor den realen Tatsachen ernsthafter Forscherarbeit. Funde von Waffen, Schmuckstücken, Keramiken und Gräbern, wie sie diese Ausstellung aus einem Zeitraum von 3 000 v.Zw. bis 1 000 n.Zw. zeigt, sprechen ihre überzeugende Sprache und liefern den Beweis für die Höhe des Kulturniveaus der ersten germanischen Stämme, die vom Norden kommend die Räume zwischen Ostsee, Sudeten und Karpathen besiedelt haben.

Die Ausstellung steht unter dem Geleitwort des Herrn Generalgouverneurs:

> "Unsere Zeit beginnt mit der germanischen Bewußtheit und reicht weit, weit in die Jahrtausende zurück. Heute steigt wieder alles das auf, was die Zeiten hindurch diesem Ostland mit deutschen Kulturgütern eingeprägt war."

Ich bitte Sie, Herr Generalgouverneur, die Eröffnung der Ausstellung vorzunehmen.

Der Herr Generalgouverneur hält hierauf folgende Ansprache:

Ich bin Ihnen, Parteigenosse Dr. Coblitz, und den Herren des Instituts für Deutsche Ostarbeit für die Veranstaltung dieser Ausstellung zu besonderem Danke verpflichtet. Ich glaube, daß es gerade in dem gegen-

wärtigen geschichtlichen Abschnitt des Krieges notwendig ist, in die Arbeit des Generalgouvernements die stolze Selbstsicherheit zu bringen, daß wir hier nicht in einem vorübergehend, momentan durch Kriegsereignisse in deutsche Verwaltung gekommenen besetzten Gebiete leben, sondern daß wir dank des heroischen, opfervollen Einsatzes der unvergleichlichen deutschen Wehrmacht im Generalgouvernement dem deutschen Volke ein Gebiet wieder zurückerobert haben, in dem nicht wir die Fremden sind, sondern in dem Nichtdeutsche die Fremden und wir die eigentlichen legitimen Bewohner sind. Es könnte kühn erscheinen, eine solche Definition am hellen Tage auszusprechen angesichts der Fülle von fremden Worten und Lauten und Sprachen, die in diesem Generalgouvernement gesprochen werden. Aber nicht darauf kommt es an, daß das Deutsche Reich als monumentalstes Ordnungsinstrument Europas einmal diesen fremden Völkern Raum, Leben, Arbeit und Entwicklung gewährleistete, sondern darauf, daß es ein Entgegenkommen des Deutschen Reiches bedeutet, wenn auf diesem durch alte germanische Arbeit bearbeiteten Boden diese fremden Völker bleiben dürfen. Wir müssen kristallklar diese innere Einstellung uns und allen Deutschen dieser Zeit einhämmern: Fremdling in diesem Lande ist nicht der Deutsche, sondern der Nichtdeutsche.

Daher ist die Bedeutung dieser Ausstellung groß, ihr Blick in die Vergangenheit geradezu überwältigend eindrucksvoll. Soviel wir immer über die Kraft der germanischen Welt, über ihre Schönheit und ihre soziale, kulturelle Ordnung, über das sittliche Gefüge des Germanentums gelesen, gehört, gesprochen haben, - es ist für uns eine Weihe, auf einem Boden zu stehen, aus dem durch die Gnade der Erde heute die Zeugen einer Kultur auferstehen, über deren Größe und Schönheit wir wahr-

haft beglückt sein dürfen. Dieses germanische Volk ist das größte Volk der Erde. Wir können es beweisen. Das war der Anfang unserer Bewußtheit. Und wir treten diesen monumentalen Zeugen einer Kunsterfülltheit, einer Kunstdurchdrungenheit, einer ästhetischen Vollendung mit der Ergriffenheit des Enkels gegenüber, der durch das Haus der Ureltern geht. Deshalb haben wir ein Recht darauf, in diesem Raum zu sagen: Polentum, was hast Du aus dieser Zeit aufzuweisen, was steht aus den Tausenden von Jahren vor der Zeitwende aus Deiner Periode in diesem Raum? Was? Wo? Wie? - Nichts, nichts! Das Germanentum lebte hier in einer inbrünstigen Verbundenheit mit dem Boden; es war entschlossen, hierzubleiben. Und nur, weil die Welt zu groß war, weil der Germane immer in die Höhe und in die Ferne strebte, weil damals der kampfentschlossene Trotz dieses Germanentums noch nicht vernichtet war, weil er den abenteuerlichen Kampf und Sieg suchte, deshalb hat er dieses Gebiet wieder verlassen, nicht verlassen mit der Aufgabe des Anspruches, sondern verlassen, weil er die größere Welt in der Frühzeit des jugendlichen Wandergeneigtseins seiner Rasse suchen mußte.

Das also war die Geschichte dieses Gebietes, daß es durch lange Zeitläufte hindurch germanisch war, lange, bevor überhaupt eine erste Wurzel dessen, was man heute noch Polentum nennt, gedacht werden konnte. Lange schon vorher war es der Germane, der diese Erde mit den Gaben seines Geistes, seiner Kunst und Kultur segnete. Hier sind die unwiderleglichen Beweise. Und wenn man weit in die Geschichte zurückschaut, kommt einem noch ein anderer Gedanke. Nichts wissen wir über die Einzelnen der damaligen Zeit. Wir wissen nicht, wie der Germane sich schrieb oder seinen Namen nannte. Wir haben keine Angaben darüber, welche Frau diesen Schmuck trug. Wir kennen diese Menschen nur nach der

uns landläufig gewordenen Vorstellung als Zugehörige einer leuchtenden Rasse. Nehmen wir uns ein Beispiel daran, wie klein der Einzelne für sich mit seinem Namen und seinem Werke sein kann, wenn er es nur aus Eigennutz täte, wie groß er aber durch die Zeiten hin ist, wenn er sein kleines Ich vor der Erfüllung des Gemeinschaftsgesetzes zurückbeugt. Es ist an der Zeit, daß auch im Ablauf dieses Krieges und seiner Entwicklung diese monumentale Auffassung mehr und mehr Platz greift. Das Gesamtwerk ist es, und dem wir dienen und notfalls namenlos dienen, so namenlos wie diese, aber entschlossen, in dieser Gemeinschaft zu bleiben und ihr treu zu sein.

Angesichts dieser erhebenden Zeugen einer ersten Schau der germanischen Vorgeschichte dieses Raumes ergreift es uns daher mit stolzer Bewunderung, daß nunmehr wieder deutsche Kämpfer ihr Leben einsetzen mußten, um diesen Raum, jetzt aber für alle Zeiten, der deutschen Hoheit zurückzugeben. Über die Jahrtausende hinweg sprechen zu uns diese Zeugen. Wir haben den Schritt noch nicht weiter zurückgetan. Wir haben begonnen mit der Feier jener deutschen Kräfte, die etwa in der sogenannten Zwischenzone des Mittelalters und der Neuzeit hier tätig waren, und die Krönung war unsere Veit Stoß-Ausstellung. Nun gehen wir Hunderte von Jahren zurück und sehen wieder nur Deutsche hier im Raum. So sind wir die stolzen Fortsetzer einer Tradition, die älter ist als jede andere in diesem Gebiet. Wie klein nimmt sich dagegen die Tradition irgendwelcher konfessionellen Systeme aus? Was heißt das? Das Leben viele Jahrhunderte und Jahrtausende vor der Zeitenwende hatte seine Sitte, seine Moral, seinen Glauben, seine Stärke, seinen Stolz, sein Leid und seinen Schmerz, alles, was Menschen auf diesem geheimnisvollen Planeten ertragen müssen, der uns

durch das Weltall trägt. Diese Menschen sahen das keimende Grün des Frühlings und den Ernst des Winters, sie bauten ihr Leben auf und richteten sich durch den gemeinsamen Schutz empor.

Auch wir müssen das tun. Seien wir entschlossen, würdig durch diese Ausstellung zu gehen! Betrachten wir sie nicht nur so als ein irgendwie geartetes Ausstellungsphänomen, sondern seien wir uns dessen bewußt: diese Ausstellung ist ein Gottesdienst unserer germanischen Sendung in der Welt. Die Tradition, die in diesem Namen spricht, ist die größte und erhabenste der Erde. Wie klein, wie unerkennbar klein sind Systeme wie etwa dasjenige der Vereinigten Staaten von Nordamerika! Herr Roosevelt, verglichen mit diesem Topf, - unmöglich,. Wie lächerlich, wie klein, wie knirpsig, wie schäbig imitativ, wie niedrig und leer ihre Argumente gegen Adolf Hitler, den Repräsentanten dieser Welt! Wie jämmerlich ist doch diese Maskerade von Freimaurerei und materialistischen Systemen der Ichgier, des Profitstrebens, der lächerlichsten Materiendienerei gegenüber der Erhabenheit einen Sonnenverbundenheit, einer Gott-In-Sich-Bewußtheit, einer Reinheit, wie sie den Älteren allein zugesprochen werden kann.

Das soll der Sinn dieser Ausstellung sein, die ernsteste Mahnung: das nur ist der Inhalt unseres Lebens, unserer Arbeit, unseres Wirkens in diesem Raum, daß sie nicht dem vergänglich-momentanen Streben einer Persönlichkeit dienen, sondern so, wie der Führer schlicht und monumental einmalig die naturgesetzliche Wahrheit repräsentiert, eben doch das Gesunde, das Starke, das Reine, das Erhabene mehr gilt als das Konstruierte, das Theoretische, das Ichsüchtige des Materialistischen.

So muß auch diese Ausstellung eine Mahnung sein. Ich bin glücklich und stolz und wünsche, daß aus ihr

150

12.9.1941

der glaubensinbrünstige Strom einer Entschlossenheit aufsteigt. So klein der Raum ist, der dieses Werk birgt, so groß ist die umspannende, weitreichende Bedeutung dieser Zeugen. Was hat man nicht mit dem Begriff „Vandalen" für eine elende Hetze gegen das Deutschtum in Jahrhunderten entfaltet! Was hat man nicht diesem edlen Volke angetan, das uns hier diese ersten Zeugnisse seiner Leistungen übermittelt hat. Die Kritik am Germanentum, es habe Verfalls- und Entartungserscheinungen gezeigt, muß von vornherein zurückgewiesen werden. Wir waren niemals Barbaren, niemals! Niemals waren die Germanen Träger des Gemeinen oder des Verfalls; niemals waren die Germanen brutale Niedertrampler des Schönen. Sie waren immer Träger der starken Lichtbezogenheit, des Aufstiegs, der Ordnung und der selbstbewußten weil von Gottesglauben getragenen Macht.

Aus dieser ernsten Sendung heraus erwächst auch die Arbeit im Generalgouvernement, und so ist diese Ausstellung ein Zeichen der tief geistig, tief geschichtlich verwurzelten Sendung des Deutschen im Generalgouvernement. Ich danke nochmals dem Institut für diese hervorragende Arbeit und heiße die Ausstellung für eröffnet.

Direktor Dr. Coblitz bringt zum Abschluß der Feier das Sieg-Heil auf den Führer aus.

Unter Führung des Professors Dr. Radig, der einen kurzen einleitenden Vortrag über den Sinn und das Wesen der Ausstellung hält, findet eine Besichtigung der Ausstellung statt.

12.9.1941

15^{00} Besprechung mit Präsident Westerkamp in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Boepple.

15^{10} Besprechung mit Gebietsführer Blum in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Boepple.

Gebietsführer Blum berichtet über den Stand der Jugendbetreuung und über beabsichtigte Jugendschutzmaßnahmen im Generalgouvernement. Weiter macht er dem Herrn Generalgouverneur davon Mitteilung, daß Reichsjugendführer Axmann Anfang Oktober nach Krakau kommen werde.

15^{15} Besprechung mit Oberstleutnant Fischer.

15^{50} Der Herr Generalgouverneur empfängt Intendant Stampe in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Boepple und Oberregierungsrat von Streit.

Nach der Besprechung von allgemein künstlerischen Fragen des Staatstheaters bringt Intendant Stampe die Forderung nach einer Gehaltserhöhung für das gesamte deutsche Personal - Künstler, Chor, Ballett, Musiker - vor. Die Gehälter seien leistungsmäßig aufgebaut, das geringste betrage 350.-RM brutto, darüber hinaus erhalte der Einzelne je nach Fach und Kunstgattung eine Zulage. Die Gehälter der Musiker seien nach Dienstjahren gestaffelt. Diese Besoldung habe sich als zu niedrig herausgestellt.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erklärt Intendant Stampe, daß Oberregierungsrat von Streit von der Berechtigung der Gehaltserhöhung für das deutsche Personal überzeugt sei und mit den vorgesehenen Aufbesserungen, die 23 000 Zloty im Monat ausmachten, einverstanden sei. Man plane, zu dem bisher gezahlten Gehalt eine Beschäftigungszulage zu gewähren.

11

12.9.1941

Der Herr Generalgouverneur nimmt ein Schreiben des Intendanten Stampe, in dem die Gehaltsforderungen aufgeführt und begründet sind, entgegen und erklärt sich mit einer positiven Entscheidung einverstanden. Nach seiner Meinung sei es notwendig, dem Ensemble des Staatstheaters des Generalgouvernements eine reichliche Gage zu gewähren. Als Maßstab könne man das Theater in Kattowitz heranziehen, nur müsse das Ensemble des Staatstheaters finanziell noch besser gestellt werden.

Oberregierungsrat von Streit ist mit der Aufbesserung der Bezüge der Angehörigen des Staatstheaters einverstanden. Er habe sich auch im Grunde bereits mit Intendant Stampe geeinigt. Entschieden sei nur noch nicht, ob die Staffelung, wie sie Intendant Stampe vorschlage, so durchgeführt werden könne.

Der Herr Generalgouverneur bestimmt als Termin der Aufbesserung der Künstler den 1. September d.J. und übergibt den Brief des Intendanten Stampe an Staatssekretär Dr. Boepple mit der Auflage, im Verein mit Oberregierungsrat von Streit und Intendant Stampe die Einzelheiten zu regeln.

Auf den Hinweis des Herrn Generalgouverneurs, daß das Staatstheater am Vorabend des 2. Jahrestages der Errichtung des Generalgouvernements eine Festaufführung gestalten müsse, erwidert Intendant Stampe, daß die Vorarbeiten für das vorgesehene Schauspiel "Iphigenie in Aulis" bereits begonnen hätten.

153

12.9.1941

16^{05} Besprechung mit Vertretern des Reichsernährungsministeriums, des MiG., der Verbindungsoffiziere des Generalgouverneurs in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Boepple und geschäftsführendem Hauptabteilungsleiter Naumann.

Der Leiter der Gruppe Landwirtschaft beim Beauftragten für den Vierjahresplan Stabsleiter Reichardt macht zu Beginn der Besprechung Ausführungen über die neue Ernte im Reich. Man habe im Reich eine Versorgungsbilanz aufgestellt, in der auch die besetzten Westgebiete berücksichtigt seien. Als Existenzminimum für einen Rüstungsarbeiter in diesen Gebieten seien 1 575 g Brot pro Woche vorgesehen.

Diese Feststellung veranlaßt den Herrn Generalgouverneur, darauf hinzuweisen, daß das Generalgouvernement in seinem Versorgungsplan für den polnischen Rüstungsarbeiter eine solche Menge nur mit äußerster Kraftanstrengung vorgesehen habe und bei Erfüllung von Reichsforderungen dieser Rationssatz gekürzt werden müsse.

Stabsleiter Reichardt bringt sodann folgende konkrete Forderungen vor: Zur Sicherung der Belieferung der operierenden Truppe in Rußland mit Fleischkonserven müßten auch die Ostgebiete herangezogen werden, und bei dem aufgestellten Plan sollte Galizien 2 000 t monatlich auf die Dauer von 2 Monaten beisteuern. Das bedeute eine Zahl von 4- 5 000 Stück Rindvieh, die wöchentlich in Galizien erfaßt werden müßten.

Der Vertreter des MiG. fordert ab 15. September d.J. für die im Generalgouvernement befindlichen Truppen und Kriegsgefangenen 2 500 t pro Monat.

Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann macht nach Aufforderung durch den Herrn Generalgouverneur noch einmal eingehende Ausführungen über die ge-

gesamte Versorgungslage des Generalgouvernements. Die Erfassung erfolge bis zur Grenze des Möglichen. Bei weiteren über den Versorgungsplan des Generalgouvernements hinausgehenden Ansprüchen müßte noch stärker als bisher in die Substanz eingegriffen werden. Er habe schon in vorhergehehenden Sitzungen dargelegt, daß die Mengen, die nur mit sehr großen Schwierigkeiten aufzubringen seien, nicht einmal ganz für die eigenen Bedürfnisse des Generalgouvernements ausreichten. Wenn die Forderungen des Reiches und des MiG vom Generalgouvernement erfüllt werden müßten, so benötige man dazu die gesamte erfaßte Ernte.

Der Herr Generalgouverneur stellt darauf hin fest, daß die Aufbringung der angeforderten Mengen eine Unmöglichkeit sei. Bei Beharrung auf dieser Forderung sehe er sich gezwungen, die ganze Frage dem Führer vorzutragen. Allein könne er dafür die Verantwortung nicht übernehmen. Er müsse im Rücken der kämpfenden deutschen Truppen unbedingt jeden Zusammenbruch verhüten. Das Generalgouvernement brauche jetzt nach allen den Leistungen, die es auf ernährungspolitischem Gebiet ununterbrochen seit seinem Bestehen dem Reiche gewährt habe, mindestens ein halbes Jahr Schonung. Eine Entlastung durch die Hinzugewinnung von Galizien könne vorerst nicht in Erscheinung treten. Eine weitere Heranziehung von Viehbeständen des Generalgouvernements gehe auf Kosten der Substanz, in die man bisher schon große Eingriffe gemacht habe. Nach den Ausführungen Naumanns sei im Höchstfalle unter Heranziehung von Polizeikräften oder Wehrmacht die einmalige Erfassung von 1 000 Stück Rindvieh aus dem Distrikt Galizien möglich, in den übrigen vier Distrikten könne keine weitere Erfassung vorgenommen werden.

In diesem Zusammenhang kommt der Herr Generalgouverneur auch auf die Gesundheitslage des General-

gouvernements zu sprechen und trifft dabei die Feststellung, daß die Zahl der Fleckfieber- und Tuberkulosefälle auf 50 bezw. 120 % angestiegen sei. Der Grund hierfür sei in der unzureichenden Ernährung der Bevölkerung zu suchen. Die deutsche Ordnung werde im Generalgouvernement in weitgehendem Maße von den polnischen Angestellten aufrechterhalten. Wenn für ihre einigermaßen ausreichende Ernährung nicht gesorgt werden könne, so sei der Nachschub an die Ostfront, der zum größten Teil durch das Generalgouvernement geh in Frage gestellt. Diese Forderungen von Wehrmacht und Reichsernährungsministerium stellten ein Vielfaches dessen dar, was man bis jetzt vom Generalgouvernement verlangt habe. Weiter sollten neue Rüstungsbetriebe in das Generalgouvernement verlegt, neue Verkehrs- und Reparaturwerkstätten für die Ostfront mit vielen Tausenden von Arbeiten errichtet werden, deren Versorgung ebenfalls vom Generalgouvernement verlangt werde.

Aus allen diesen Gründen sei dem Generalgouvernement eine Lieferung ins Reich unmöglich. Er, der Generalgouverneur, verspreche die Prüfung der Frage, wie man dem MiG. helfen könne. Zu diesem Zweck würde er auch vor einer weiteren Kürzung der 100-Grammsätze für die nichtdeutsche Bevölkerung nicht zurückschrecken Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft erhalte von ihm den Auftrag, eine Lösung für die Befriedigung der Bedürfnisse des MiG. anzustreben.

Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann erklärt, daß die von der Wehrmacht angeforderten 296 000 t Kartoffeln nur bei einer Kürzung der Zuteilung an die nichtdeutschen Verbraucher auf 2 Zentner unter gleichzeitiger Herabsetzung der zusätzlichen Mengen für die Rüstungsarbeiter durchgeführt werden könne. Über diese Mengen hinaus fordere die Wehrmacht

12.9.1941

noch größere Kontingente an Fett, Käse, Nährmitteln, Marmeladen, Futtermitteln, deren Lieferung zum Teil ganz unmöglich sei.

Der Herr Generalgouverneur gibt am Schluß der Besprechung seinen Dienststellen den amtlichen Auftrag, die Möglichkeiten einer weitestgehenden Erfüllung der Forderungen des MiG. zu prüfen, während er auf Grund der gesamten Versorgungslage des Generalgouvernements sich zur Erfüllung der Reichsforderungen außerstande sieht.

20⁰⁰ Konzert der Berliner Philharmoniker unter der Stabführung von Generalmusikdirektor Hans Knappertsbusch.
Zur Aufführung gelangen:

1. "Don Juan " sinfonische Dichtung — Rich. Strauß
2. Symphonie c-dur (mit dem Paukenschlag) — Jos. Haydn
3. 4. Symphonie — Joh. Brahms.
   Vorspiel zu "Tristan und Isolde" — Rich. Wagner

Anschließend Empfang im Haus Krakau.

Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

157

Kressendorf

IV/5

Sonnabend, den 13. September 1941

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

851

Kressendorf

IV/5 Sonntag, den 14. September 1941

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

Am Vormittag hatte der Herr Generalgouverneur eine Besprechung mit Major Maurer, dem Leiter der Gartenbaulehranstalt Dahlem, über Fragen der Schaffung einer Obst- und Gartenkultur im Generalgouvernement. Dabei wird auch die Frage einer Betätigung des Professor Maurer im Rahmen des Instituts für deutsche Ostarbeit erörtert.

16[00] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Gesandten von Dörnberg.

Krakau

IV/5 **Montag, den 15. September 1941**

10^{10} **Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.**

10^{15} Oberstleutnant Fischer hält dem Herrn Generalgouverneur Vortrag über die Lage auf dem deutsch-russischen Kriegsschauplatz.

10^{20} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith und Staatsanwalt Dr. Meidinger.

11^{55} Besprechung mit Oberregierungsrat Dr. Schepers.

Oberregierungsrat Dr. Schepers berichtet dem Herrn Generalgouverneur über Verhandlungen, die eine neue Grenzziehung aus Anlass der Übernahme des Distrikts Galizien zugunsten des Distrikts Lublin zum Gegenstand gehabt haben. Über diese Frage sei in Zusammenarbeit mit Präsident Westerkamp ein Erlass in Aussicht genommen, und aus diesem Grunde sei es vielleicht zweckmässig, wenn die neue Grenzziehung erst am 1. Dezember 1941 in Kraft treten würde.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, einen solchen Erlass zu unterzeichnen, ersucht aber Oberregierungsrat Dr. Schepers, dem Staatssekretär Vortrag über diese Frage zu halten und ihm eine Besprechung mit den beiden Gouverneuren Dr. Lasch und Zörner vorzuschlagen.

Oberregierungsrat Dr. Schepers bittet den Herrn Generalgouverneur um die Genehmigung, nochmals zwecks Anstellung genauer Untersuchungen das Pripjet-Gebiet besuchen zu dürfen. - Der Herr Generalgouverneur erklärt sich damit einverstanden.

Oberregierungsrat Dr. Schepers kommt dann auf den ihm für den Distrikt erteilten Auftrag zu sprechen und bemerkt dabei, dass die für seine Tätigkeit gewählte Bezeichnung "Inspekteur" nunmehr fallengelassen werden soll. Er bitte den Herrn Generalgouverneur,

den von Präsident Westerkamp in dieser Frage aufgestellten Entwurf einer Anordnung gegenzeichnen zu wollen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich damit einverstanden.

Gegenstand der Besprechung ist weiter die Art der Beschäftigung des Dr. Pirmin Schneider in der Distriktsverwaltung. Aufgabe des Dr. Schneider soll es sein, im Rahmen der Unterabteilung "Krankenanstalten" des Distrikts später die Verwaltung der Kurorte und Heilbäder zu übernehmen. Die Entscheidung über die endgültige Verwendung des Dr. Schneider liegt jedoch in den Händen des Gouverneurs Dr. Lasch.

Der Herr Generalgouverneur weist Oberregierungsrat Dr. Schepers an, dem Gouverneur Dr. Lasch mitzuteilen, dass er künftig alle Angelegenheiten polizeilicher Art möglichst aus eigener Machtvollkommenheit entscheiden solle. Gouverneur Dr. Lasch müsse sich unbedingt entsprechend den Weisungen des Generalgouverneurs und dem Aufbau der Regierung als Inhaber jeglicher vollziehenden Gewalt gerieren . Er habe mit dem SS- und Polizeiführer Katzmann, der ihm unterstellt sei, zusammenzuarbeiten. Der Höhere SS- und Polizeiführer habe keine Möglichkeit, direkt in Galizien polizeiliche Weisungen zu erteilen, es sei denn, dass er sich als Mitglied des Verwaltungsrats vorher mit Dr. Lasch ins Benehmen gesetzt habe.

Der Herr Generalgouverneur macht dann Oberregierungsrat Dr. Schepers davon Mitteilung, dass am 29. September Reichsminister Rust mit Minister Botai und er, der Generalgouverneur, in Lemberg einträfen, und weist Oberregierungsrat Dr. Schepers an, die notwendigen Vorbereitungen für diesen Besuch zu treffen.

Der Herr Generalgouverneur setzt Oberregierungsrat Dr. Schepers davon in Kenntnis, dass er die von

15.9.1941

einem Vertreter des Reichsernährungsministeriums gestellte Forderung auf Ablieferung von mehreren tausend Stück Vieh abgelehnt habe, da er ja verpflichtet sei, im Generalgouvernement für die Versorgung der Truppen und Verwundeten einzutreten.

12[15] Besprechung mit Pressechef Gassner.

12[35] Besprechung mit Direktor Dr. Coblitz.

Der Herr Generalgouverneur macht davon Mitteilung, dass er dem Leiter der Gartenbaulehranstalt Dahlem, Professor Maurer, einen Sonderauftrag für die Bearbeitung der Obst- und Gartenbaufragen erteilt habe. Er habe Professor Maurer unter Vorbehalt einer genaueren Umreissung seiner Tätigkeit etwa auch im Rahmen des Instituts für deutsche Ostarbeit zunächst dem Staatssekretär direkt unterstellt. Er bitte Direktor Dr. Coblitz, sich mit Professor Maurer wegen der Gründung einer Sektion für Gartenbau im Institut für deutsche Ostarbeit ins Benehmen zu setzen.

Direktor Dr. Coblitz beklagt sich darüber, dass ein Brief des Reichserziehungsministeriums in Sachen Heisenberg an die Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht statt an das Institut für deutsche Ostarbeit geleitet worden sei. Unbeschadet der Selbständigkeit der Hauptabteilung könne er als Direktor des Instituts nicht damit einverstanden sein, dass Gesuche um Entsendung von Wissenschaftlern aus dem Reich von der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht eingereicht würden.

Direktor Dr. Coblitz legt dem Herrn Generalgouverneur ein von ihm entworfenes Schreiben in dieser Sache vor, das die Billigung des Herrn Generalgouverneurs findet.

4 **15.9.1941**

Auf Antrag des Direktors Dr. Coblitz trifft der Herr Generalgouverneur folgende Verfügung:

Anforderungen von Mitteln für das Institut für deutsche Ostarbeit sind über die Kanzlei des Generalgouverneurs als des Präsidenten des Instituts an die Hauptabteilung Finanzen zu leiten. Die Kontrolle der Finanzgebarung des Instituts liegt in der Hand der Hauptabteilung Finanzen, nicht in derjenigen der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht.

Weiter ordnet der Herr Generalgouverneur eine nochmalige Besprechung dieses gesamten Fragekomplexes an.

Direktor Dr. Coblitz gibt seinem Bedauern darüber Ausdruck, dass durch den Versuch der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht, Zuständigkeiten des Instituts für deutsche Ostarbeit von diesem wegzuziehen, der ganze wissenschaftliche Arbeitsbetrieb erschwert werde.

15.9.1941

12.35 Der Herr Generalgouverneur empfängt im Königssaal der Burg den Direktor des Instituts für Deutsche Ostarbeit Dr. Coblitz sowie die Sektionsleiter und Referenten des Instituts.

Der Herr Generalgouverneur überreicht den Sektionsleitern Professor Dr. Radig, Professor Dr. Christiansen-Weniger, Professor Dr. Mantel, Rechtsanwalt Dr. Dembeck und Dr. Graul ihre Bestallungsurkunden.

In einer Begrüßungsansprache dankt der Herr Generalgouverneur dem Direktor Dr. Coblitz und den Mitarbeitern des Instituts für Deutsche Ostarbeit für die im Rahmen des Instituts geleistete vorbildliche Arbeit. Die stille, stetige und doch so hochnivellierte Arbeit, die das Institut in Krakau geleistet habe, habe doch eigentlich dazu beigetragen, daß es hinsichtlich der Aktivität der Ostinstitute schon eine ganz bestimmte Stellung errungen habe. Auch die künftige Entwicklung werde diese Stellung des Instituts vollauf rechtfertigen. Krakau sei jetzt nicht nur mehr die Hauptstadt eines Nebenlandes des Deutschen Reiches, sondern habe durch die Vorrückung der Grenze nach dem Osten noch eine erhöhte Bedeutung gewonnen. Vom Generalgouvernement schaue man jetzt in den weiß- und großrussischen Raum bis hinüber nach Moskau, man schaue von Przemysl und Lemberg in die südliche ukrainische, kaukasische Welt. Die Ausstrahlungen von Krakau gingen verkehrsmäßig nach der Slowakei und nach Ungarn. Weiter sei zu bedenken, daß 2/3 des gesamten territorialen Verkehrs zwischen Deutschland und Rußland durch das Generalgouvernement geleitet würden, abgesehen von der einen Linie über Königsberg, die aber nicht sehr aktiv werden könne. So stellten Krakau und Lemberg die unmittelbare Verbindung zum Osten her, sodaß das Generalgouvernement mit dem Schwergewicht seiner örtlichen Lage in die eigentlichen Mittelpunkte des Ostraumes

15.9.1941

gestellt würde. So werde die Stadt Krakau ein starkes Zentrum des kulturellen Lebens werden. Alles, was an ihm liege, werde er tun, um das Leben in Krakau in deutsche Hand zu nehmen. Und auch das Institut für Deutsche Ostarbeit werde eine zunehmende Bedeutung erlangen. Die Aufgaben des Instituts für Deutsche Ostarbeit seien so vielfältig und neuartig, daß man sie nicht in ein bisheriges Schema bringen könne. Angesichts der Vergrößerung des Gebiets des Generalgouvernements werde das Institut im Laufe der Zeit eine Zentrale für das geistige und wissenschaftliche Leben werden. Darum müsse man nun auch alles das, was wirklich entwicklungsfähig sei, sich entwickeln lassen. Wenn sich der Gedanke der Errichtung einer Universität in Krakau vorläufig noch nicht verwirklichen lassen, so dürfe doch das gesunde Wachstum des wissenschaftlichen Forschungslebens, wie es durch das Institut für Deutsche Ostarbeit in so großzügiger Weise eingeleitet sei, nicht unterbrochen werden. Im Rahmen des Instituts müsse durch eine mächtige Schutzeinrichtung dafür gesorgt werden, daß eine mit den nationalsozialistischen Staatsideen zu vereinbarende unabhängige Forschungsarbeit geleistet werden könne. Jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau, die sich hier wissenschaftlich betätigen wollten, müßten unter dem absoluten Schutz des Generalgouvernements frei von kleinlichen Schikanierungen ihre Aufgabe erfüllen können. Er sei entschlossen, diese Stellung des Instituts mehr und mehr auszubauen und so aus ihm und damit auch aus der Stadt Krakau eine starke Bastion der deutschen Wissenschaft zu machen.

Anschließend teilt Direktor Dr. Coblitz mit, daß das Institut bereits 92 Gefolgschaftsmitglieder habe und über eine Reihe von den wissenschaftlichen und Verwaltungszwecken dienenden Gebäuden verfüge.

15.9.1941

13^{15} Frühstück aus Anlass des Empfanges von Sektionsleitern und Referenten des Instituts für deutsche Ostarbeit.

14^{25} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple.

17^{40} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

866

IX/3

Dienstag, den 16. September 1941

bis

Freitag, den 19. September 1941.

Privataufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Protektorat.

IX/3

867

Krakau

Freitag, den 19. September 1941

14^{30} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

15^{00} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

16^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple.

16^{25} Der Herr Generalgouverneur empfängt Ministerialrat Dr. Siebert in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Boepple.

16^{40} Oberstleutnant Fischer hält dem Herrn Generalgouverneur Vortrag über die Kriegslage im Osten.

16^{55} Der Herr Generalgouverneur empfängt Hauptamtsleiter Professor Dr. Dresler.

17^{00} Tee-Empfang. Anwesend sind: Staatssekretär Dr. Boepple, Ministerialrat Siebert und Hauptamtsleiter Dr. Dresler.

19^{30} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

Krakau

I/3

Sonnabend, den 20. September 1941

10^{30} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{50} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple.

Der Herr Generalgouverneur verfügt die Absendung folgenden Fernschreibens an SS-Obergruppenführer Krüger:

"1. Bei meiner Neuregelung vom 12. September 1941 betreffend die Zuständigkeit in polizeilichen Angelegenheiten behält es sein Bewenden.

2. Auf Grund der mir vom Führer übertragenen ausschließlichen Zuständigkeit in allen einschließlich den polizeilichen Verwaltungs- und Führungsangelegenheiten mache ich Ihnen die Befolgung dieser Neuregelung zur Pflicht.

3. Polizeiliche Anweisungen von mir sind von Ihnen ohne jede Rückfrage sofort zu vollziehen."

Von dieser Anordnung erhält Reichsführer SS- Himmler sofort Kenntnis.

11^{05} Besprechung mit Präsident Dr. Frauendorfer in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Boepple.

Präsident Dr. Frauendorfer berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß seine Hauptabteilung sich im Distrikt Galizien nunmehr voll etabliert habe. Die Ukrainer drängten sich im Gegensatz zu den Polen zur Arbeitsleistung im Reich. Da er sich verpflichtet habe, für die Kohlengruben im Reich 12 000 weitere Arbeiter zu stellen, bedeute diese Tatsache eine große Entlastung für seine Arbeit. Bis jetzt habe das Generalgouvernement über 1/2 Million Menschen ins Reich vermittelt, davon 400 000 für die Landwirtschaft. Diese Polen bildeten die Grundlage der deutschen Kriegswirt-

schaft, was auch vom Reich anerkannt werde.

In den letzten Tagen sei nun eine neue Frage aufgetaucht: Nach einem Schreiben des Reichsarbeitsministeriums wünsche Reichsmarschall Göring die weitere Zurverfügungstellung von 100 000 Polen im Austausch gegen 100 000 russische Kriegsgefangene, die im Generalgouvernement untergebracht werden sollen. Er, Präsident Frauendorfer, habe den Standpunkt vertreten, daß das Generalgouvernement in den Kriegsgefangenen nicht einen gleichwertigen Ersatz für die ins Reich gehenden Polen finden könne. Im übrigen habe er aber eine weitgehende Berücksichtigung der Wünsche aus dem Reich zugesagt.

Für den Einsatz der Kriegsgefangenen im Generalgouvernement sei von seiner Hauptabteilung schon Vorsorge getroffen. Sie sollten vor allem im Bauwesen, in der Land- und Forstwirtschaft Verwendung finden. Die Bewachung, Unterbringung, Verpflegung und Kleidung müsse die Wehrmacht übernehmen.

Das Bauwesen sei sehr stark vorwärtsgetrieben worden. Man habe in der letzten Zeit wieder 10 Millionen Zloty verbaut. Die Planungen seien sehr weit gediehen, alle Städtebaupläne seien durchgeprüft und die nötigen Architekten herangezogen worden. -

In Berlin habe er mit dem Reichsarbeitsministerium über den Stellenplan gesprochen und Vorschläge unterbreitet, wonach die doppelte Anrechnung eines im Generalgouvernement abgeleisteten Dienstjahres vorgesehen sei. In Berlin stehe man dieser Frage nicht abgeneigt gegenüber, weist aber darauf hin, daß nach dem geplanten Inkrafttreten des Stellenplans die Verwirklichung dieser Vorschläge in die Hände des Generalgouvernements gelegt sei.

3

20.9.1941

11[25] Besprechung mit Finanzpräsident Spindler in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Boepple.

Finanzpräsident Spindler berichtet dem Herrn Generalgouverneur von seinen Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium über den Stellenplan. Die Vorschläge des Generalgouvernements seien zu 98 % angenommen worden. Für die fünf Distrikte seien 3 500 Beamtenstellen, davon 5 Distrikts- und Amtschefs-,41 Ministerialrats- und 88 Regierungsdirektorenstellen bewilligt. Nur einige Fälle seien noch offen geblieben, und zu ihrer Klärung sei vielleicht eine Chefbesprechung zwischen dem Herrn Generalgouverneur, Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk und Reichsminister Dr. Lammers empfehlenswert.

Weiter weist Finanzpräsident Spindler darauf hin, daß bis zum 26. Oktober d.J. eine volle Einigung erzielt sein werde. Der Stellenplan solle vorerst für das Jahr 1941 Gültigkeit haben und werde vom Reich als Nachtragshaushalt für das Haushaltsjahr 1941 gesetzmäßig verankert.

In einer Sitzung des sogen. Killi-Ausschusses sei die Höhe der Aufwandsentschädigungen erörtert, eine Einigung jedoch noch nicht erzielt worden. In Berlin herrsche die Tendenz vor, in dieser Angelegenheit das Generalgouvernement genau so wie die neuen Ostgebiete zu behandeln.

Diese Auffassung bezeichnet der Herr Generalgouverneur als unzutreffend.

Finanzpräsident Spindler macht dem Herrn Generalgouverneur noch davon Mitteilung, daß, getrennt vom Stellenplan, über die Höhe der kommenden Ostzulage bei ins Generalgouvernement versetzten Beamten nach

ihrer Umsiedlung erste Verhandlungen stattfanden, in denen von Berlin die Meinung vertreten wurde, daß eine 10 %ige Zuzahlung zum Gehalt ausreichend sei. Er, Finanzpräsident Spindler, habe diese Basis abgelehnt. Das Generalgouvernement fordere eine abgestufte Ostzulage von ca 180 bis 450 RM monatlich.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Wunsche Ausdruck, daß die hier tätigen Deutschen angemessen entlohnt werden müßten, da sie unter einem beherrschten Volke lebten und ihre Lebenshaltung über dem Niveau dieses Fremdvolkes stehen müßte.

Der Herr Generalgouverneur möchte den Stellenplan unbedingt am 26. Oktober, dem 2. Jahrestag der Errichtung des Generalgouvernements, verkünden. An einigen strittigen Punkten dürfe der Plan nicht scheitern. In diesem Sinne solle Finanzpräsident Spindler die letzten Verhandlungen führen.

12^{15} Besprechung mit Dienstleiter Schalk und Obersturmbannführer Stahl.

12^{50} Der Herr Generalgouverneur empfängt Verlagsdirektor Heinz Strozyk.

12^{55} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und den Präsidenten Dr. Emmerich und Gerteis und dem geschäftsführenden Hauptabteilungsleiter Naumann.

Der Herr Generalgouverneur verfügt die Absendung folgenden Fernschreibens an Reichsmarschall Göring:

872

5 20.9.1941

"Im Besitze Ihrer beiden Fernschreiben vom 16.9.1941 betreffend Zurverfügungstellung von Fleisch aus Galizien und Abgabe von Ernährungsbilanzen nehme ich Bezug

1. auf mein Schreiben an Sie vom 3.9.1941, in dem ich die Lage des Generalgouvernements dargestellt habe,
2. auf die Besprechung vom 12.9.1941 mit den Herren Ministerialrat Dietrich vom Reichsernährungsministerium und Geschäftsführer der Gruppe Ernährung und Landwirtschaft beim Vierjahresplan Georg Reichard.

Ich werde zur Erfüllung all des von mir von Reich und Wehrmacht Geforderten so wie bisher das Menschenmögliche tun und habe in diesem Sinne entsprechende erneute entschiedenste Weisungen an die mir unterstellten Behörden gegeben. Angesichts der bekannten Verhältnisse ist jegliche Gewährleistung bestimmter Kontingente oder die Art der Erfüllung vollkommen unmöglich."

13³⁰ E i n t o p f e s s e n .

16⁰⁰ Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

Kressendorf

IX/3

Sonntag, den 21. September 1941

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

IV/3 Krakau

Montag, den 22. September 1941

10^{05} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

10^{45} Besprechung mit Geheimrat Rattinger, Oberbaurat Hofer und Kammergerichtsrat Dr. Keith.

11^{15} Besprechung mit Abteilungspräsident Westerkamp.

Der Herr Generalgouverneur trifft folgende Verfügung:

Die bisherigen Beauftragten der Distriktschefs für die Städte Warschau und Krakau
SA-Oberführer Leist
SS-Obersturmbannführer Pawlu
werden zu Stadthauptmännern ernannt.

11^{45} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Abteilungspräsident Westerkamp.

11^{50} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple.

11^{55} Regierungsrat Dr. Braun legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1. einer Vierten Verordnung über den Aufbau der Verwaltung des Generalgouvernements,
2. einer Verordnung über die Bergverwaltung im Distrikt Galizien,
3. einer Verordnung über den Baudienst im Distrikt Galizien,
4. einer Elften Durchführungsverordnung zur Zollverordnung

vor. Der Herr Generalgouverneur ändert den Verordnungsentwurf unter Nr. 1 dahin, daß die Amtsbezeichnung "Gouverneur des Distrikts" anstelle der Amtsbezeichnung

22.9.1941

"Chef des Distrikts" in den Text der Verordnung gesetzt wird. Die Entwürfe werden sodann von dem Herrn Generalgouverneur unterzeichnet.

Der Herr Generalgouverneur weist Regierungsrat Dr. Braun an, ihm eine Neufassung der Verordnung über Standgerichtsbarkeit vorzulegen, die dann für das Generalgouvernement einschließlich des Distrikts Galizien neu verkündet werden soll.

12^{05} Pressechef Gaßner überreicht dem Herrn Generalgouverneur Zeitungsausschnitte, ferner das Programm für eine Journalistenfahrt, die am 28. September in Krakau endet, und bittet den Herrn Generalgouverneur, am 28. September Vertreter der Presse in Kressendorf zu empfangen.

12^{15} Der Herr Generalgouverneur hat eine Besprechung mit Gouverneur Dr. Fischer, zu der später Staatssekretär Dr. Boepple hinzugezogen wird.

13^{10} F r ü h s t ü c k .

15^{30} Besprechung mit Medizinalrat Dr. Ohrloff und Dr. Pirmin Schneider.

Dr. Schneider berichtet, daß er mit Dr. Topheide, dem Leiter der Abteilung Gesundheitswesen im Distrikt Galizien, eine Rücksprache über seine Verwendung im Distrikt Galizien gehabt habe. Es sei ein Übereinkommen dahin erzielt worden, daß er, Dr. Schneider, die Leitung des Staatsbades Morszyn und des 40 km davon entfernt liegenden Bades Truskawiec übernehmen solle.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Medizinalrat Dr. Ohrloff, daß Dr. Topheide

ihm gegenüber Bedenken gegen diese Art der Verwendung des Dr. Schneider nicht geäußert habe. Die Frage allerdings, ob Dr. Schneider angestellter Arzt der Gesundheitsverwaltung oder Beamter der Abteilung Gesundheitswesen des Distrikts Galizien werden solle, sei noch nicht geklärt. Einverständnis bestehe im übrigen darüber, daß Dr. Schneider in der Eigenschaft als Kurdirektor und Badearzt dieser beiden Bäder tätig werden solle. Dr. Schneider könnte, wenn auch nicht in Beamteneigenschaft, so doch mit lebenslänglicher Anstellung und Anspruch auf ein Ruhegehalt beschäftigt werden.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich zwar grundsätzlich mit diesen Vorschlägen einverstanden, äußert aber doch Bedenken dagegen, daß Dr. Schneider die Leitung beider Bäder übernehmen soll, da sie räumlich ziemlich weit von einander entfernt lägen und angesichts der derzeitigen Verkehrsverhältnisse die gleichzeitige Betreuung beider Bäder durch Dr. Schneider unter Umständen auf Schwierigkeiten stoßen würde. Wenn jedoch unter den beteiligten Stellen eine Einigung herbeigeführt werde und auch Gouverneur Dr. Lasch sich mit der vorgeschlagenen Regelung einverstanden erkläre, wolle er seine Bedenken zurückstellen.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Medizinalrat Dr. Ohrloff, die Schaffung der Stelle eines Burgarztes beim Leiter des Gesundheitswesens Obermedizinalrat Dr. Walbaum anzuregen. Auch müsse die Einrichtung einer kleinen Apotheke und eines Krankenzimmers mit den notwendigen ärztlichen Utensilien in Erwägung gezogen werden. Diese Maßnahmen seien im Interesse einer gesundheitlichen Betreuung der zahlreichen Burginsassen unbedingt von Nöten.

4

22.9.1941

15[45] Besprechung mit Bankdirigent Dr. Paersch.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Bankdirigent Dr. Paersch, die Frage zu prüfen, welche Bezeichnung der Notenbank des Generalgouvernements, der bisherigen "Emissionsbank", gegeben werden könne. Die einfache Bezeichnung "Emissionsbank" sei auf die Dauer nicht haltbar, zumindesten müßten dieser Bezeichnung die Worte "für das Generalgouvernement" hinzugefügt werden. Auch entspreche es nicht der Lage, wenn in einem unter deutscher Verwaltung stehendem Gebiet Banknoten umliefen, die lediglich polnische Aufschrift trügen.

Bankdirigent Dr. Paersch weist demgegenüber auf die technischen Schwierigkeiten hin, die einer sofortigen Änderung entgegenständen. Er habe aber bereits die maßgebenden Schritte unternommen, um den gegenwärtigen Verhältnissen, besonders auch in Rücksicht auf die Eingliederung des Distrikts Galizien in das Generalgouvernement, Rechnung zu tragen. Die Änderung der Firma sowie diejenige des Notenaufdruckes, der in Zukunft ja auch in ukrainischer Sprache erscheinen müsse, werde noch eine Zeit lang auf sich warten lassen. Einen genauen Zeitpunkt für die Durchführung dieser Neuorganisation könne er noch nicht angeben, werde aber bemüht sein, sobald wie möglich eine endgültige Regelung herbeizuführen.

Der Herr Generalgouverneur verkennt die Schwierigkeiten der Situation nicht, will aber auf keinen Fall die Ausgabe neuer Noten mehr dulden, wenn nicht die von ihm erwähnten Voraussetzungen erfüllt seien.

Bankdirigent Dr. Paersch berichtet sodann dem Herrn Generalgouverneur über die Einführung der Zlotywährung im Distrikt Galizien, die sich bisher glatt vollzogen habe, und macht nähere Angaben über die An-

zahl der zum Umtausch gekommenen Rubel- und Tscherwonetznoten. Eine Verlängerung der Umtauschfrist sei für den Bezirk Lemberg nicht notwendig, hier könne die Aktion als abgeschlossen betrachtet werden. Wohl aber müsse man für gewisse entfernter liegende Gebiete, die infolge des Hochwassers vorübergehend von jeglichem Verkehr abgeschnitten gewesen seien, eine Verlängerung der Frist zulassen.

Bankdirigent Dr. Paersch überreicht dem Herrn Generalgouverneur ein Plakat mit einen Aufruf an die polnische und ukrainische Bevölkerung des Distrikts Galizien, der die Neuordnung des Bank- und Währungswesens zum Gegenstand hat. Dieses Plakat werde in 55 000 Exemplaren in den Städten und Gemeinden des Distrikts Galizien angeschlagen werden.

Die bei der Umtauschaktion eingezogenen Rubelnoten sollen, wie Bankdirigent Dr. Paersch weiter ausführt, nach Krakau gebracht und von dort aus ins Reich geschickt werden. Dort werde dann über ihre etwaige Verwendung in den neubesetzten russischen Gebieten entschieden werden.

Bankdirigent Dr. Paersch teilt ferner mit, daß es sein Bestreben sei, möglichst viele Ukrainer für die Arbeit in den Nebenstellen der Emissionsbank, auch bei der neu gegründeten Kommunalbank der Stadt Lemberg heranzuziehen.

Bankdirigent Dr. Paersch überreicht dem Herrn Generalgouverneur

zwei Mappen mitphotographischen Aufnahmen von Rubel- und Tscherwonetznoten.

16^50 Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Pressechefs Gaßner Dr. Petersen, den Vertreter der Zeitschrift "Der Vierjahresplan".

17^15 Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

IX/3 Krakau

Dienstag, den 23. September 1941

10[20] Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10[35] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple.

11[00] Besprechung mit SS-Sturmbannführer Heim vom SD und Ministerialrat Wille in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Boepple.

Gegenstand der Besprechung sind die Stimmungsberichte des SD aus dem Generalgouvernement, die von Seiten des SD an Berliner Stellen gegeben worden sind. Nach Ansicht des Herrn Generalgouverneurs enthalten diese eine ungerechtfertigte Kritik an der deutschen Führung im Generalgouvernement, und er könne solche Verlautbarungen nur schärfstens mißbilligen. Ihm liege ein Schreiben aus der Umgebung des Führers vor, in dem Rückfragen nach in diesen Berichten enthaltenen Angaben gestellt würden.

Der Herr Generalgouverneur weist SS-Sturmbannführer Heim an, von nun ab diese wöchentlichen Berichte direkt über ihn zu leiten.

Obersturmbannführer Heim berichtet sodann dem Herrn Generalgouverneur über die Sicherheitslage im Generalgouvernement. Man habe eine absolute Verlagerung der polnischen Widerstandbewegung nach dem Distrikt Lemberg festgestellt, und es werde eine gewisse Zeit dauern, bis man dort alle Ansatzpunkte entdeckt habe. Der Widerhall dieser Widerstandsbewegung sei dort aber nicht so groß wie im alten Generalgouvernement.

Weiter sei man auf die Existenz einer Bandera gestoßen, die in der Hauptsache aus früheren Krakauer Ukrainern bestehe und die die Liquidierung von unliebsamen Deutschen und Ukrainern zum Ziele habe. Bisher

seien insgesamt 15 Ukrainer von dieser Bande ermordet worden, davon 7 im Distrikt Galizien. In Szitomir habe man eine Propagandazentrale ausgehoben und dabei viel Material gefunden. Bis heute habe man ungefähr 500 Personen verhaftet, von denen vielleicht 120 endgültig festgehalten würden. Eine besondere Mordkommission sei beauftragt, die eigentlichen Drahtzieher dieser Bandera ausfindig zu machen.

Der Herr Generalgouverneur äußert den Wunsch nach einer möglichst baldigen Einführung der Standgerichtsbarkeit mit Gnadenrechtsausübung im Distrikt Galizien.

Ministerialrat Wille erklärt hierauf, daß er den ganzen Fragenkomplex in den nächsten Tagen mit Gouverneur Dr. Lasch und SS- und Polizeiführer Katzmann besprechen wolle.

11^{40} Besprechung mit Ministerialrat Wille in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Boepple.

Ministerialrat Wille berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß auf Wunsch der Distriktschefs zur Aburteilung von Schleichhandelsdelikten an Ort und Stelle sogen. "fliegende Gerichte" eingeführt worden seien. Bei einer Nachprüfung habe sich ergeben, daß diese Gerichte vom Amt für Preisbildung nicht ein einziges Mal beansprucht worden seien. Seiner Ansicht nach genüge die Abmachung, wonach das Amt für Preisbildung bei der Aburteilung von Schleichhändlern um vordringliche Verhandlung ersuchen könne.

Der Herr Generalgouverneur sagt zu, die Angelegenheit bei der nächsten Regierungssitzung zur Sprache zu bringen.

3

23.9.1941

Ministerialrat Wille bittet den Herrn Generalgouverneur um Stellungnahme zu einem Fall von Preistreiberei, den sich in Radom ein deutscher Architekt zuschulden kommen ließ. Der Architekt habe beim Wiederverkauf von Rohleinen einen 7-fachen Preis gefordert. Das Amt für Preisbildung habe diese Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben, von welcher gegen den Architekten ein Strafverfahren eingeleitet worden sei. Gouverneur Dr. Lasch weise jedoch auf die Verdienste dieses Mannes hin und erkläre, daß nach seiner Ansicht der Fall zu sehr aufgebauscht worden sei. Da aber vom Standpunkte der Justiz die Verfehlung dieses Mannes völlig klar liege, könne man von der Durchführung des Strafverfahrens nicht absehen.

Der Herr Generalgouverneur schließt sich dieser Auffassung des Ministerialrats Wille an und wünscht die Aburteilung des angeschuldigten Architekten vor einem ordentlichen Gericht. Man könne ja auf Grund der Verdienste dieses Mannes die ausgesprochene Strafe im Gnadenwege abmildern.

12^{00} Besprechung mit geschäftsführendem Hauptabteilungsleiter Naumann in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Boepple.

Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann gibt dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis von einer geplanten Verordnung über die zentrale Bewirtschaftung der Viehbestände des Generalgouvernements. Durch diese Verordnung solle eine gesamte Viehregistrierung vorgenommen werden, sodaß man bei den kommenden notwendigen starken Eingriffen die schlechten Bestände abschöpfen könne. Zum Aufbau dieser Organisation benötige man 4 Millionen Zloty.

23.9.1941

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit der Schaffung einer solchen Organisation einverstanden und übergibt den Entwurf Naumanns an Staatssekretär Dr. Boepple mit der Auflage, im Verein mit den Abteilungen Ernährung und Landwirtschaft, Finanzen und Innere Verwaltung diese Verordnung vorzubereiten.

Die Anregung des geschäftsführenden Hauptabteilungsleiters Naumann, auch eine sogen. "Landwirtschaftliche Akademie" ins Leben zu rufen, greift der Herr Generalgouverneur auf und weist Staatssekretär Dr. Boepple an, die notwendigen Besprechungen mit der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft zu führen.

Auf eine Frage Naumanns erklärt sich der Herr Generalgouverneur damit einverstanden, daß dem Stadthauptmann von Lublin Saurmann ein geeignetes Gut unter der Kontrolle der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft zur Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt werden könne.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet sodann die Verpflegung der russischen Kriegsgefangenen als zu reichlich, da für sie höhere Rationssätze als für den polnischen Normalverbraucher ausgegeben würden. Er ersucht Naumann um offizielle schriftliche Stellungnahme, die zur Abschaffung dieses Zustandes von ihm an Oberstleutnant Fischer weitergeleitet werden soll.

Die Frage, ob alle Vorbereitungen für die Ausgabe der geplanten Rationssätze ab 1. Oktober getroffen seien, bejaht Naumann. Zur Erfassung der notwendigen Lebensmittel im Distrikt Galizien benötige die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft etwa 80 Lastautos, die bereits unterwegs seien.

Die Anregung des Bankdirigenten Dr. Paersch, daß über den Winter aus Ernährungsgründen eine Verschickung der deutschen Frauen und Kinder ins Reich

erforderlich sei, bezeichnet geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs als nicht notwendig, da ihre geringe Zahl den Versorgungsplan des Generalgouvernements nicht wesentlich belaste. Er habe beim Bevollmächtigten Dr. Hauber um eine Beschränkung der Einreisegenehmigungen und vor allem um das Einstellen der Propaganda für den Besuch der Bäder des Generalgouvernements gebeten.

Den letzten Besprechungspunkt bildet die Situation auf dem Gebiete der Ernteerfassung im Distrikt Galizien, die angesichts der ungeheuren Verkehrsschwierigkeiten noch sehr mangelhaft sei. In diesem Zusammenhang kommt geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann auf die Tatsache zu sprechen, daß der MiG. Transportkolonnen zur Verfügung stelle. In der letzten Woche seien die der Wehrmacht gewährten 1 000 Rinder erfaßt worden.

12[20] Der Herr Generalgouverneur empfängt Gesandten von Wühlisch in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Boepple.

12[30] Der Herr Generalgouverneur empfängt Gouverneur Dr. Wächter in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Boepple

Gouverneur Dr. Wächter erstattet dem Herrn Generalgouverneur Bericht über seinen Besuch auf den Messen in Wien und Budapest.

13[00] F r ü h s t ü c k .

15[50] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Institut für Deutsche Ostarbeit.

Anschließend: Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

IV/3

Krakau

Mittwoch, den 24. September 1941

16^{05} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

16^{10} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

16^{15} Besprechung mit Dienstleiter Schalk.

16^{45} Besprechung mit Präsident Bauder.

16^{50} Besprechung mit Rechtsrat Dr. Hammerle.

Rechtsrat Dr. Hammerle erstattet dem Herrn Generalgouverneur einen Bericht über den gegenwärtigen Stand des Sonderdienstes. Dabei erörtert er die Frage, inwieweit noch Möglichkeiten für die Erfassung von Volksdeutschen zur Einstellung in den Sonderdienst vorhanden seien. Nach seinen Feststellungen seien diese Möglichkeiten nicht all zu groß, das Menschenmaterial auch nicht besonders gut. Er schlage deshalb vor, vielleicht in Holland oder Norwegen Mannschaften für den Sonderdienst zu rekrutieren. Die Stärke des Sonderdienstes betrage zur Zeit 2 200 Mann, die vielleicht noch um 1 500 Mann vermehrt werden könne.

Der Herr Generalgouverneur hält es für dringend geboten, daß jedem Kreishauptmann etwa 100 Mann Sonderdienst zur Verfügung gestellt würden. Entsprechend diesem Bedürfnis müßte die Zahl des Sonderdienstes bemessen werden.

Rechtsrat Dr. Hammerle führt weiter aus, daß der Führung des Sonderdienstes durch den MiG weitgehende Unterstützung durch Zurverfügungstellung von Offizieren, Feldwebeln und Unteroffizieren für Zwecke der Ausbildung gewährt worden sei. Auch werde es möglich sein, genügende Munition bereitzustellen.

24.9.1941

Dem Sonderdienst werde demnächst auch ein Musikzug zugeteilt werden, für den der MiG bereits einen Musikzugführer ausersehen habe.

Der Herr Generalgouverneur legt nochmals die Gründe dar, die ihn seinerzeit veranlaßt haben, den Sonderdienst ins Leben zu rufen. Wie richtig diese Maßnahme gewesen sei, zeige die Tatsache, daß von Seiten der Reichsführung-SS nur 8, höchstens 9 Polizeibataillone dem Generalgouvernement zur Verfügung gestellt würden. Er weist Dr. Hammerle an, in der Frage der Kasernierung des Sonderdienstes und hinsichtlich der Inanspruchnahme von Kasernen größte Vorsicht walten zu lassen. Eine Kaserne dürfe vom Sonderdienst erst besetzt werden, wenn einwandfrei feststehe, daß sie von militärischen Stellen nicht in Anspruch genommen werde.

In diesem Zusammenhang gibt der Herr Generalgouverneur seinem Wunsche Ausdruck, daß eine Abordnung des Sonderdienstes an dem Vorbeimarsch am 26. Oktober d.J. teilnehme. Er erklärt sich auch bereit, bei diesem Anlaß dem Sonderdienst einen Schellenbaum zu übergeben.

Rechtsrat Dr. Hammerle bemerkt dann noch, daß sich Reichsmarschall Göring bereit erklärt habe, dem Generalgouverneur demnächst ein bzw. zwei Flugzeuge zur Verfügung zu stellen.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Dr. Hammerle, ein Dankschreiben an den MiG zu entwerfen.

Im Anschluß an die Besprechung empfängt der Herr Generalgouverneur Hauptmann Schuboth, der vom MiG zum Sonderdienst abkommandiert ist.

3

24.9.1941

17^{00} Besprechung mit Landgerichtsrat Dr. Luxenberg.

Dr. Luxenberg erstattet dem Herrn Generalgouverneur Bericht über den gegenwärtigen Stand der Hotelfrage und stellt in Aussicht, daß demnächst das Grand Hotel keine Dauermieter mehr haben werde. Schwierigkeiten mache allerdings noch die Beschaffung einer angemessenen Wohnung für den Chefdirigenten Dr. Rohr.

Der Herr Generalgouverneur will seine Anordnung, nach welcher das Grand Hotel ab 1. Oktober keine Dauergäste mehr beherrbergen dürfe, unbedingt durchgeführt sehen.- An der weiteren Besprechung, in der die Frage der Hotelbauten erörtert wird, nimmt auch der inzwischen erschienene Gouverneur Dr. Lasch teil.

Landgerichtsrat Dr. Luxenberg berichtet über die zur Zeit in Gang befindlichen Bauten bzw. Umbauten von Hotels. Einem Umbau würden unterzogen das Grand Hotel und das am Fuße der Burg liegende frühere Hotel Royal. Beide Hotels sollten ihren ursprünglichen Charakter nach Möglichkeit behalten. Vorgesehen seien vor allem Änderungen der Küchenanlage, der Wäscherei usw. - Das Hotel "George" in Lemberg stehe unter deutscher Verwaltung, und es sei gelungen, mit dem Vorbesitzer ein befriedigendes Übereinkommen zu treffen.

17^{45} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zu einer Führertagung der NSDAP.

887

4

24.9.1941

17[50] Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs im Hause der NSDAP. Der Herr Generalgouverneur übernimmt die Leitung der Arbeitstagung der Politischen Leiter des Arbeitsbereichs "Generalgouvernement" der NSDAP.

Der Herr Generalgouverneur richtet zum Abschluß der Tagung folgende Ansprache an die Tagungsteilnehmer:

Parteigenossen, Parteigenossinnen!

Wir haben heute die erste Sitzung dieser Art gehalten, die die Möglichkeit gab, daß sich sowohl die Distriktstandortführer wie auch die einzelnen Referenten der Leitung des Arbeitsbereiches einmal zu gemeinsamer Aussprache zusammenfanden. Durch die heutige Sitzung ist zum Ausdruck gebracht, daß die Organisation des Arbeitsbereiches im wesentlichen so zu funktionieren beginnt, wie das von Anfang an das Ziel der Gründung des Arbeitsbereiches war. Wir treten aus den Sorgen, die uns die Organisation selbst bereitet hat, nunmehr mit dieser Organisation an, um die Sorgen dieses Raumes im Sinne des Nationalsozialismus zu bannen. Damit möchte ich zugleich den Sinn der Tatsache umschreiben, daß wir nunmehr in das zweite Jahr des Bestehens des Arbeitsbereiches hineingehen.

Wir haben das erste Jahr des Bestehens des Arbeitsbereiches mit einem wirklich wundersamen, schönen Parteitag des Bekenntnisses zum Führer, seinem Parteiprogramm und zur völkischen Gemeinschaft abgeschlossen. Dieser Parteitag war für uns alle ein großes Erlebnis, und ich glaube sicher, daß die Parteiarbeit in dem kommenden zweiten Jahr unter dem sieghaften Zeichen des Fortklingens und Fortwirkens dieser drei festlichen Tage stehen wird. Wir werden daher nun wohl eine Bewährungsprobe bestehen können, wie sie in dieser Unmittelbarkeit, aber auch Totalität der Zurverfügunggehaltenheit von Verwirklichungsmitteln des Staates kein Beispiel hat.

5

24.9.1941

Ich bin vor wenigen Tagen im Protektorat gewesen und habe mit meinem alten Parteigenossen Staatssekretär Frank einmal über die dortige Lage gesprochen. Ich kann nur sagen: glücklich war ich, daß wir hier unsere eigenen Erfahrungen aufgebaut und uns das Protektorat in keiner Weise zum Vorbild haben nehmen müssen. Die dortige Arbeit ist ja einmal eingeschränkt durch den Umstand, daß das Protektorat ein Friedensprodukt ist, zum anderen durch die Schwierigkeit, die darin liegt, daß man heute noch nicht genau die Zahl der Volksdeutschen im Protektorat feststellen kann, da die sogenannten autonomen tschechischen Behörden gerade auf diesem Gebiet sehr wenig funktionieren. Im Protektorat ist überhaupt keine eigene Parteiorganisation aufgezogen, sondern die Parteiangelegenheiten werden durch die umliegenden Gaue besorgt. Hinzu kommt, daß man im Protektorat noch eine eigene autonome Regierung der Tschechen hat, die, mag ihr Einfluß noch so gering sein, doch zum mindesten in weitem Ausmaße hemmende Wirkungen zeitigt. Bei uns im Generalgouvernement ist das alles wesentlich klarer und zielsicherer. Ein so tapferer Mann wie mein Parteigenosse Frank kann einen wirklich wegen seiner Arbeit mit Besorgnis erfüllen, muß er doch vielfach den Eindruck haben, daß er eigentlich nur sehr mühselig vorankommt. Daher können wir im Generalgouvernement gerade im Hinblick auf diese außerhalb des Reiches liegende Gründung des Protektorats, die noch vor dem Entstehen des Generalgouvernements liegt, froh sein. Was nach uns kam an besetzten Gebieten und Schutzbereichen, hat sich ja unserem Vorbild des Arbeitsbereiches angeschlossen. Das gilt insbesondere für Holland, wo man die Einrichtung des Arbeitsbereiches ohne weiteres übernommen hat. Ich glaube auch, daß sich diese Nutzbarmachung unserer Erfahrungen in den weiteren Bereichen der besetzten Gebiete und den noch zu erobernden Arbeitsbereichen bewähren wird. Wir können daher mit aller Ruhe nunmehr an die Arbeit gehen.

24.9.1941

Ich möchte hier gleich eins betonen: ganz gleich, was wir tun und wie wir es tun, wir müssen uns mit heiligem Ernst zur Bewegung des Führers bekennen. Zu uns darf nicht die Woge herüberschlagen, die man da und dort leider - man nennt es Stimmung - im Reiche spürt, als ob die Parteiarbeit jetzt während des Krieges im Rahmen der völkischen Schicksalsentschlossenheit nicht die Bedeutung hätte wie etwa vor dem 30. Januar 1933, als es in Berlin um die Macht ging. Wir haben hier den Beweis erbracht, daß die Bewegung etwas vom Staat der Deutschen schlechterdings nicht mehr weg zu denkendes ist. Dass die Entwicklung des Großdeutschen Reiches Adolf Hitlers sich auch in der gewaltigsten Strukturform geschichtlicher Ergebnisse niemals mehr unter Trennung von dem vollziehen wird, was wir Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei nennen und was dieses Vorbild darstellt, diesen Beweis haben wir hier erbracht. Gerade die heutige erste Sitzung, die auch mir einen überraschend eindrucksvollen Einblick in Euer aller Arbeit gegeben hat, zeigt, wie sehr die staatliche Arbeit des Generalgouvernements der Ergänzung durch die Partei bedarf. Die Struktur des Generalgouvernements ist vom Führer gegeben worden und wird als Einrichtung in diesem Gebiet bleiben, solange es der Führer bestimmt. Wir stehen im zweiten Jahresvollzug des Generalgouvernements, und daher ist es gut, auch die Feststellung zu treffen, daß das Generalgouvernement nicht in irgendeine immer mehr autochthonisierte Entwicklung weg, sondern immer mehr zum Reich marschiert. Das zeigt auch die große Sensation der für den 26. Oktober vorgesehenen Einführung der Adolf Hitler-Briefmarke mit der Aufschrift "Deutsches Reich - Generalgouvernement". Auf meine Frage, warum man im Protektorat keine Adolf Hitler-Briefmarke habe, bat der Parteigenosse Frank dringend, von der Verpflichtung, diese Frage zu beantworten, aus dienstlichen und persönlichen Gründen absehen zu dürfen. Es ist daher klar, daß wir mit der Erstreckung unseres Arbeitsbereiches auf Galizien

und damit auf eines der gewaltigsten und wertvollsten Stücke der bis jetzt im Osten eroberten Gebiete neue Verpflichtungen übernommen haben. Die Partei hat sich demnach über ihre Untrennbarkeit vom Schicksal des Reiches klar zu sein, genau so, wie auch der Staat diese Untrennbarkeit aufrechtzuerhalten hat.

Wir haben darüber hinaus - und darauf muß großes Gewicht gelegt werden -, vor allem manchen Müdigkeitserscheinungen, wie sie da und dort im Reiche zu beobachten sind, immer wieder den alten, frischen, klaren Kampfgeist entgegenzusetzen. Es ist nicht so, wie manche meinen, die sich bemüht hatten, den Führer von der Bewegung zu trennen, und die da sagten: ja, der Führer - herrlich! - Aber die Partei! - - Dagegen hat sich bekanntlich der Führer aufs schärfste ausgesprochen. Nein, Führer und Partei, Führer und Reich, Führer und Wehrmacht, - sie gehören zusammen. Wir in der Partei sind immer so großartig und sagen: Adolf Hitler und seine Wehrmacht. Es wäre sehr schön, wenn die Wehrmacht auch immer sagen würde: Adolf Hitler und seine Partei. Es ist nur selbstverständlich, daß gerade wir hier diese selbstsichere Formulierung einer unzerstörbaren Aufgabe zum Leitmotiv unserer Arbeit machen. Denn die Auseinandersetzung, die Adolf Hitler mit dem Bolschewismus so siegreich durchführt, ist auch der Sieg der nationalsozialistischen Weltrevolution. Und jetzt erst beginnt überhaupt die Zeit der NSDAP.; jetzt nach dem Siege des Führers über die große Domäne des Weltjudentums beginnt sich die ungeheure, schicksaltragende Wucht unserer Bewegung auszuwirken. An dem, was Adolf Hitler in seinem Programm der NSDAP. sagt, ist nicht eine Zeile zu ändern. Daher muß auch diese neuartigste Form der Bewegung, dieser Arbeitsbereich "Generalgouvernement" der NSDAP. immer wieder zur einfachen Urwurzel herangeführt werden. Wer sich von der Partei in dieser ihrer schlichtesten Urform entfernt, vergeht, ganz gleich, wo er sich entfernt oder wie er

sich verhält, sei es, daß er grundsätzlich die Partei nicht mag, sei es, daß er glaubt, sein eigener Trupp sei mehr wert als die Partei, seine Gliederung oder sein angeschlossener Verband verdiene mehr Ehre als die Partei. Ganz gleichgültig, welcher Grund hier maßgebend ist: wer einen Teil über das Ganze der Bewegung stellt, ist kein Nationalsozialist im alten Sinne. Und daher sind wir die Fanatiker der Totalität der Bewegung, darum kennen wir nur den Begriff der NSDAP. als eines ganz gewaltigen, geradezu wie ein Himmelszeichen über dieser Zeit leuchtenden Mahnmales.

Es freut mich daher, wenn ich höre, daß nun in den Betrieben nur ein Betriebsobmann der NSDAP. erscheinen soll. Es ist schön, wenn sich die Gliederungen und angeschlossenen Verbände hier im Generalgouvernement, solange sie sich nicht aus eigener Kraft selbständig aufmachen können, im Namen der NSDAP. und im Rahmen des Arbeitsbereiches durchsetzen. Das sind alles gute Zeichen. Es darf nämlich keine Partei in der Partei entstehen, genau so wenig, wie es wenig,-wi einen Staat im Staate geben darf. Unter dem Zeichen dieser beiden Einheiten, dieser absolut stahlharten Entschlossenheit, auf keinen Fall Autoritäten anzuerkennen, die diesen Einheiten nicht dienen, ersteht auch der Segen der Parteiarbeit. Wer sich für zu gut dünkt, wer zu vornehm, zu feudal ist, wer aus irgendwelchen persönlichen Gründen der Verärgerung oder sonstigen Motiven heraus an Parteitagen nicht teilnimmt, der vergeht. Denn die Parteigenossenschaft bleibt, die Partei bleibt, sie ist unser alle geistige Heimat, sie ist die große weltanschauliche Insel, auf die sich das deutsche Volk gerettet hat und von der aus wir die Welt erobern. Sie ist mit den Tausenden von Charaktären durchzogen, die unser Volk stets neu gebiert, mit den Formen des Lebens, die aus dem Schöpfungsurgrund stürmisch aufsteigen, mit den Menschen aller Schichten, Auffassungen, Neigungen, Veranlagungen und Anschauungen, -

alles zusammengefügt zu dem strahlenden Licht der Erkenntnis, daß der Einzelne nichts ist, das Volk aber alles.

So steht mit Adolf Hitlers Sieg über den Bolschewismus auch unsere Bewegung vor dem größten Sieg, der jemals einer politischen Willensrichtung vom Schöpfer der Erde vorgezeichnet war. Dagegen ist der Sieg des Christentums eine völlig nebensächliche Erscheinung gewesen; denn es gibt viele, viele hunderte Millionen von Menschen auf dieser Welt, die nicht vom Christentum erfaßt worden sind. Wenn der Nationalsozialismus Adolf Hitlers gesiegt haben wird, dann gibt es in der Welt nur eine Formel: wer anständig ist und wer den Lichttraum in sich trägt, ist Nationalsozialist und bekennt sich zur Weltanschauung Adolf Hitlers; wer das andere ist, gehört zu den Juden. So scharf trennt sich jetzt die Weltgeschichte durch diese eindeutige Formulierung. So groß müssen wir daher auch die Geschehnisse dieser Zeit sehen.

Seit der bolschewistische Jude zu weinen beginnt, brauchen wir, Gottlob, auch nicht mehr zu hören, was einem dauernd bis zum Kotzen erzählt wird von der angeblich so ungeheuer <u>schlechten Stimmung</u>, die da und dort herrsche. Es ist schon zur Übung geworden, daß man von dieser angeblich so schlechten Stimmung all überall hören muß. Der Führer hat einmal gesagt: für die Stimmung dieser Zeit sind mir meine Gauleiter verantwortlich. Das gilt auch für uns hier. Mir wird so kläglich, wenn ich bisweilen Stimmungsberichte lese. Da wird von irgendeinem Menschen etwas zusammengeschmiert und dann als Stimmungsbild weitergetragen. Meine lieben Parteigenossen, seien wir uns darüber klar, daß die Stimmung der wenigen Deutschen hier im Lande hochgehalten und siegreich bleiben wird, wenn wir das Große dieser Zeit verstehen und die Minderwertigen dieser Zeit aus unserem gemeinschaftlichen Leben entfernen. Der Gaurichter hat schon recht, wenn er sagt: wir müssen einen scharfen Maßstab anlegen, um das

Minderwertige auszurotten. Denn man schaut auf uns, man ist gerade durch den letzten Parteitag darauf aufmerksam gemacht worden, was sich hier tut. Und man erzählt Euch im Reich so manches, man fragt Euch auch: wie ist es drüben? Deshalb würde ich es begrüßen, wenn der Arbeitsbereich in zunehmendem Maße führenden Parteigenossen des Reiches Gelegenheit gäbe, ins Generalgouvernement zu kommen. Aus dem ungeheuren Eindruck, den z.B. Parteigenosse Dr. Ley von unserer Arbeit mitnahm, kann ich ermessen, was es bedeutet, daß die führenden Parteigenossen hier hereinkommen. Aber wir haben ja heute darüber viel des einzälnen gehört, und ich möchte mich daher nur ganz kurz darüber auslassen.

Ich plane, solche Sitzungen, wie wir sie heute gehalten haben, vielleicht alle vier Monate einmal stattfinden zu lassen. Ich wünsche, daß wir das nächste Mal die verschiedenen Dinge nach einer Tagesordnung erörtern. Ich habe dem Pg. Schalk den Auftrag gegeben, in die Parteiarbeit vor allem die Frage der Volksdeutschen, ihre Betreuung, die Aufrichtung des volksdeutschen Lebens im Generalgouvernement einzubeziehen. Ich werde auch die Regierung veranlassen, der Partei, soweit möglich, bei der Verwirklichung dieser Parteiaufgabe zu helfen. Denn diese Fürsorge für die Volksdeutschen wird um so wichtiger, je näher das Generalgouvernement staatsrechtlich und führungsrechtlich dem Deutschen Reich kommt. Hier ist die Lage klar. In Berlin folgern zwar die Zentralministerien, daß sie in zunehmendem Maße irgendeinen Einfluß auf das Generalgouvernement erhalten werden; ~~[illegible]~~ aber man beißt da bei mir auf Granit, weil es unmöglich ist, daß die totale Zuständigkeit, die der Führer dem Generalgouvernement gegeben hat, schon aus der Situation des Gebietes heraus irgendwie durchbrochen wird. Wo es möglich ist, bin ich entschlossen, mehr und mehr die Zusammenarbeit mit den Reichsbehörden zu fördern, wobei allerdings der etwaigen Argumentation, als ob sich das

Generalgouvernement staatsrechtlich als eine Art Naturschutzpark für wilde Raubrittergelüste aufziehen lasse, vorgebeugt wird. Dieses mein Entgegenkommen gegenüber dem Reich zeigt sich z.B. darin, daß ich der Deutschen Reichspost einen maßgeblichen Einfluß auf die Gestaltung der Deutschen Post Osten eingeräumt habe, allerdings in einer Weise, die den notwendigen Zuständigkeiten des Generalgouvernements keinen Abbruch tut. Das wird zur Folge haben, daß ich allmählich die Briefmarke mit dem Aufdruck "Deutsches Reich - Generalgouvernement", der zunächst nur für die Adolf Hitler-Briefmarke gedacht war, vom 1. Januar nächsten Jahres ab für die sämtlichen Briefmarken des Generalgouvernements einführen werde. So wird in zunehmendem Maße da und dort immer wieder ein Steinchen verschoben und unmerklich, aber unaufhaltsam die Entwicklung des <u>Generalgouvernements zu einem untrennbaren Bestandteil des Reiches</u> weitergetragen. Auch dabei kann die Partei sehr gut helfen.

Was wir sonst in dieser Sitzung gehört haben, interessiert mich sehr. Ich möchte dem Pg. Schalk und seinen Mitarbeitern den Auftrag geben, diese Anregungen im einzelnen zu verfolgen und vielleicht auch zu beachten, daß man nicht immer warten soll, bis eine Sitzung stattfindet, sondern solche Regelungen unbedingt etwas schneller, als es bisher vielleicht der Fall war, voranzutreiben. Dies gilt vor allem für die Betreuung der Volksdeutschen. Diese Frage müßte m.E. in einem großen Verordnungswerk, das die Lage der Volksdeutschen im Generalgouvernement mit ihren Einkommens- und ~~Wohnungs~~ Bodenverhältnissen zum Gegenstand hat, behandelt werden.

Ich komme nun zu einem anderen Thema, nämlich dem <u>Sport</u>, und zwar gerade deshalb, weil wir bei dem letzten Parteitag die große Bedeutung des Sports erkannt haben. Ich bitte dringend, vor allem das <u>Schießen</u> zu üben. Für mich ist es immer ein etwas peinlicher Eindruck, wenn ich manche Parteigenossen und auch Beamte mit einem mächtigen Revolver sehe und mich dabei nicht immer des Gefühles er-

wehren kann, daß dieser Revolverträger vielleicht gar nicht weiß, wie er mit der Waffe umzugehen hat, daß er vielleicht in große Verlegenheit käme, wenn er gezwungen wäre, von der Waffe Gebrauch zu machen. Es wäre deshalb nur gut, wenn auch von Regierungsseite dem Schießsport etwas mehr Interesse entgegengebracht würde. Ich weiß aus Erfahrung: wenn man den Leuten sagt, Ihr sollt heute nachmittag zwischen 3 und 4 Uhr Keulen schwingen, dann schützen sie Halsschmerzen vor und legen sich ins Bett. Wenn man ihnen aber sagt: heute nachmittag um 2 Uhr beginnt das Schießen, dann kommen sie alle. Und auf dem Wege über den Schießsport bringt man sie auf den Platz, und wenn man sie so weit hat, dann kann man auch einmal sagen: das Schießen würde doch eine wunderbare Ergänzung finden, wenn wir im Anschluß daran einen Waldmarsch machten. So könnte man auch die Sportbewegung der älteren männlichen Jugend in die richtige Bahn lenken. Länder wie z.B. die Schweiz veranstalten jedes Jahr ein großes solennes Knabenschießen, einem altgermanischem Brauch folgend. Ich möchte meinen, daß im Generalgouvernement in Verbindung mit der Hitler-Jugend ganz anders, und zwar in einem ernsteren Rahmen als dem rein sportlichen, das Schießen gefördert werden sollte, ganz abgesehen davon, daß doch die Beherrschung einer Schußwaffe eines Herrenvolkes würdig ist. Hier müssen wir etwas mehr tun. Wir freuen uns zwar darüber, die Gouverneure und andere hochgestellte Persönlichkeiten hoch zu Roß erscheinen zu sehen, aber es ist doch besser, wenn wir uns immer wieder daran erinnern, daß eigentlich diese salonsportlichen Betätigungen für uns nicht so ganz geeignet sind. Wir müssen die Deutschen im Generalgouvernement zu Erlernung des Schießens aufrufen, um so mehr, da unsere Wehrgemeinschaften schon in dieser Richtung von mir gedacht sind.

Vielleicht wird es möglich sein, auch für die sportliche Betätigung der Frauen eine ähnliche Lockung zu finden. Ich denke da zum Beispiel an den Tennissport. Ich weiß allerdings nicht, ob es möglich wäre, auf dem Um-

24.9.1941

wege über das Tennis die Frauen auch für andere sportliche Betätigungen zu gewinnen. Für die Frauen käme vielleicht Laufen oder Schwimmen in Frage, vielleicht aber auch das Schießen. Jedenfalls muß der Sport von nun an so gepflegt werden, daß man im Reich sagt: der kommt aus dem Generalgouvernement, verflucht noch mal, der kann schießen.

Ein ernstes Wort zur Frage der Korruption! Es ist gar kein Zweifel, daß das Benehmen der Deutschen im Lande vielfach zu ernsten Sorgen Anlaß gibt. Korruptive Preistreibereien oder ähnliche Verstöße müssen von der Partei sehr aufmerksam beobachtet werden. Ich beabsichtige, in Ergänzung des eigentlichen parteigerichtlichen Verfahrens ein engeres Gremium aus älteren Parteigenossen zu bilden, die sich einmal so eine Art von Normativgestaltung des deutschen Lebens im Generalgouvernement zur Aufgabe stellen. Bevor wir den Leuten eine Strafe wegen nicht richtigen Verhaltens aufbrummen, müssen wir ihnen doch einmal sagen, was wir von ihnen verlangen, wie sie sich verhalten sollen. Es ist nicht immer gut, wenn man gleich zu harten Strafen greift. Hier müßte eben eine Art etwas weiter reichender Propagierung unserer Lebensgrundsätze durchgeführt werden. Es wäre eine der Hauptaufgaben unseres Führungsamtes, ein Merkblatt an die Deutschen herauszugeben oder in seinen Paß Bestimmungen darüber einzufügen, wie sich ein Deutscher benehmen soll. Für gewisse korruptive Erscheinungen gibt es ja eine Erklärung: der Warenmangel in Deutschland und die sich stetig steigernden Kriegsbedürfnisse führen zu einer wahrhaften Aufkaufmanie, die schlechterdings krankhaft wirkt. Ich habe jüngst im Protektorat auch solche Beobachtungen gemacht. Bei einem Gang durch die Stadt Prag sieht man Soldaten aller möglichen Waffengattungen mit Koffern in der Hand, Sachsen und Sächsinnen, die von Laden zu Laden laufen. Diese Erscheinungen bedürfen bei uns noch deshalb einer besonde-

ren Kontrolle, weil sich hier in zunehmend reichlichem Maße Verbindungen mit den Polen zeigen. Man kann hier traurige Bilder sehen und bedauerliche Feststellungen treffen insofern, als die Frechheit des polnischen Elements sich wieder regt. Wenn man die harte Faust, die wir den Polen lange gezeigt haben, irgendwo zurücksieht, dann kommt sofort wieder die Urfrechheit des Polen zum Durchbruch. Es ist deshalb von größtem Schaden, wenn Handelsgeschäfte korruptiver Art von Deutschen und Polen gemeinsam gemacht werden. Ich wünsche daher, daß solche Straftatbestände von Deutschen im Generalgouvernement geprüft werden, und wäre dankbar, wenn von Seiten der Regierung in Zusammenarbeit mit Polizei und Partei einige solche Tatbestände formuliert würden. Solche Taten müssen unter ganz exemplarische Strafe gestellt werden. Wenn ein Deutscher mit einem Polen oder Juden im Generalgouvernement Geschäfte macht oder sich zu diesem Zweck mit ihm verbindet, so ist er wegen einer Art Rasseverrats, Volkstums- oder Landesverrats zu bestrafen. Ich werde nicht davor zurückschrecken, ein solches Urteil an einem Deutschen vollziehen zu lassen. Hier bitte ich vor allem auch die Partei zu helfen, daß nicht die Schwachheit im Lande um sich greift. Man darf nicht glauben, daß der Pole, weil er lächelt oder sich demütig zeigt, weniger gefährlich wäre als ein anderer, der der Widerstandsbewegung angehört.

Die Partei muß also die unerschütterliche Wahrerin des absoluten Vorrangs des deutschen Lebens sein. Es darf nicht vorkommen, daß sich Deutsche gegen dieses elementare Lebensgesetz in unserem Raum vergehen, um so weniger, wenn man bedenkt, daß wir nunmehr 18 Millionen fremdvölkische Menschen im Gesamtgebiet des Generalgouvernements zu betreuen und zu führen haben. Dabei haben wir gehört, daß die Zahl der Deutschen durch das Hinzutreten Galiziens nicht zugenommen hat, daß wir vielmehr noch aus dem an sich geringen Bestand des alten Generalgouvernements nach Galizien Deutsche abgeben müssen.

Das wird zunächst ganz zweifellos zu einer Schwächung des deutschen Elements im alten Generalgouvernement führen. Über diese Folge muß sich vor allem die Bewegung klar sein. Sie ist ja als die fanatische und unerschrockene Vorkämpferin der deutschen Führung gedacht. Korruption in diesem Raum, etwa zusammen mit Polen geübt, ist eines der schlimmsten Verbrechen, die ein Deutscher in dieser Zeit begehen kann.

Es gibt da noch einige Fragen, die mich interessierem und die ja auch zum Teil in der Sitzung erörtert worden sind. Das Winterhilfswerk muß ganz unerhört werden, es muß um so unerhörter sein, als die Leistungen der deutschen Soldaten das engere Gebiet des Generalgouvernements frei von jeder Kriegseinwirkung gehalten haben. Ich muß darauf bestehen, daß wir mit dem Ergebnis unseres Winterhilfswerks im Deutschen Reiche führend werden, daß die wenigen Deutschen, die hier im Lande sind, mit den Leistungen auf diesem Gebiete herausragen. Ich werde hier alle Mittel der Partei, der Wirtschaft und des Staates einspannen, um das Ergebnis des Winterhilfswerks zu einem ganz grandiosen zu machen. Ich werde auch nicht davor zurückschrecken, ganz exemplarisch vorzugehen, wenn einer etwa böswillig sich dieser Pflicht entzieht. Ich mache es Ihnen allen, besonders den Leitern des Arbeitsbereiches und den Distriktstandortführern zur Pflicht, dieses Winterhilfswerk so großartig wie nur möglich werden zu lassen.

Wir werden nun auch auf Wunsch der Parteidienststellen im Reich verschiedene Redner aus dem Generalgouvernement zu Schulungstagungen ins Reich schicken. In den nächsten Tagen wird Pg. Dr. Wächter in Bochum über das Generalgouvernement sprechen. Ich möchte bei allen diesen Reden über das Generalgouvernement, die draußen im Reich gehalten werden, auch darauf hin gewirkt sehen, daß wir zu einer Art Typisierung in dieser Beziehung kommen. Für uns und unsere Arbeit ist es nicht vor-

teilhaft, wenn in der verschiedensten Weise über das Generalgouvernement Bericht erstattet wird. Ich weiß, daß man tatsächlich in dieser verschiedensten Weise berichtet, daß es manche Stelle gibt, die sich bemüht, etwas ins Dunkle zu färben, wenn wir Licht sehen, daß man plötzlich in einem Geheimbericht eine Berichterstattung lesen muß, die wenig Freude erweckt. Das mag den berufsmäßigen Schwarzmalern zu eigen sein. Aber weil es solche berufsmäßigen Schwarzmaler gibt, die sich in sogen. amtlichen Geheimberichten ergehen, deshalb wollen wir nun nicht in süßliche Hellmalerei verfallen. Wir müssen uns daran gewöhnen, den Schwierigkeiten dieses Raumes etwas Ausdruck zu verleihen. Infolge einer gewissen Form der Propaganda scheint im Reich der Eindruck entstanden zu sein, als ob hier alles im schönsten Aufstieg und in der schönsten Ordnung wäre. Die Leute draußen vor allem in den Zentralen sind nicht so politisch geschult, daß sie die Wirklichkeitsdarstellung von falschen Darstellungen unterscheiden könnten. Bei den Berichten über das Generalgouvernement, zu denen auch Sie immer wieder aufgefordert werden, dürfen auch die Sorgen nicht verschwiegen bleiben, von denen man im Reiche deshalb nichts weiß, weil man sich sagt: bei dem Gebiet muß es doch möglich sein. Um Ihnen nur eine Zahl zu nennen: man verlangt von mir für das Reich die Ablieferung von 4 000 t Fleisch und 390 000 t Getreide. Darüber hinaus verlangt man von mir die gesamte Verpflegung und Versorgung der im Generalgouvernement liegenden Truppen, der Kriegsgefangenen und auch unserer Verwundeten in den Lazaretten. Ich kann ruhig sagen, daß wir wohl im Generalgouvernement noch in die schwierigste Zeit kommen werden, und mache keinen Hehl daraus, daß wir dabei nicht mit irgendwelchen organisatorischen Feinheiten dieser Sorgen ohne weiteres werden Herr werden. Im Reich ist es auf Grund gewisser merkwürdiger Berichterstattung gelungen, da und dort die Meinung zu erwecken, als ob Polen ein so reiches Land wäre und die Polen ein gutes Leben führen könnten. Tatsächlich be-

reitet uns aber bei Aufrechterhaltung der Hungerrationen, die wir hier austeilen, das Schicksal auch der Arbeitskraft dieses Raumes ernsteste Sorge. Wenn wir bedenken, daß die Sowjetrussischen Kriegsgefangenen im Generalgouvernement vom Deutschen Reich das drei-, ja vierfache der Rationssätze erhalten, die wir allgemein den Polen geben, so können Sie ermessen, daß das mich persönlich mit geringer Freude erfüllt. Ich habe auch beantragt, wenn man mir schon Getreide, Fleisch und Kartoffeln, deren ich dringend bedarf, wegholt, daß man sie dann gefälligst den sowjetrussischen Kriegsgefangenen zu den Sätzen gibt, die den landesüblichen Rationen entsprechen, oder daß man uns gestattet, die Rationen für unsere Zivilbevölkerung, soweit sie für uns arbeitet, entsprechend zu erhöhen.

Im Zusammenhang mit der Entwicklung dieser Hungersituation müssen wir auch noch feststellen, daß das Fleckfieber im Generalgouvernement gegenüber dem vorigen Jahre um ungefähr das 50fache, die Tuberkulose um das 35fache gestiegen ist. Diese Zahlen sind um so ernstlicher, weil man im kommenden Winter angesichts der dichten Belegung des Generalgouvernements mit deutschen Truppen große Besorgnisse hegen muß.

Es ist daher klar, daß auch die Partei von mir sehr dringend ersucht wird, sich an der positiven Arbeit so intensiv wie nur möglich zu beteiligen. Ich verspreche mir also in diesem Zusammenhang von der möglichst intensiven Aufnahme der Fürsorge für die Volksdeutschen eine Entlastung des staatlichen Apparats. Ich kann nicht sagen, welche Sorgen mich bedrücken, wenn ich daran denke, ob es möglich sein wird, auch alle deutschen Menschen hier im Raum weiterhin so durchzuhalten, wie uns das bis jetzt doch im wesentlichen geglückt ist. Wir werden vielleicht im Laufe des Winters gar nicht darum herum kommen, den einen oder anderen zurückzuschicken. Überflüssiges, nicht unbedingt durch die Zeitlage Notwendiges kann nicht mehr

geschehen.

Dieser Ernst der Lage zwingt natürlich auf allen Gebieten - seien es nun bauliche Unternehmungen, Versorgungsmaßnahmen, Reiseunternehmungen usw. - zu höchster Sparsamkeit.

Auch bezüglich des Distrikts Galizien ist wieder die Methode im Gange, daß man die Rosinen für das Reich holen will, wie ja überhaupt die Methode, das Generalgouvernement als Packesel zu betrachten, dem man ununterbrochen unter dauerndem weiteren Futterentzug Lasten aufbürden kann, noch nicht überwunden ist. Es ist an Ihnen, Parteigenossen, im Reich immer und immer darauf hinzuweisen, daß die ernstesten Sorgen die Führung dieses Raumes bewegen. Und es ist deshalb um so kläglicher, wenn in diesem Augenblick Persönlichkeitsprobleme und persönliche Zwistigkeiten auftauchen. Wir können als alte Parteigenossen nur auf die schwere Aufgabe stolz sein, die uns gestellt ist. Wir können aber auch sagen, daß die Schwere dieser Zeit den großen wichtigen Gesichtspunkt mit sich bringt, daß wir nämlich im Generalgouvernement unsere Pflicht gegenüber dem Reich erfüllt haben. Reichsmarschall Göring hat mir vor etwa drei Wochen mitteilen lassen, daß das Generalgouvernement das einzige der seit Oktober 1939 besetzten Gebiete ist, mit dem er zur Zeit als einem stabilen Faktor rechnen könne. Das ist ein hohes Lob für uns. Wenn Sie auf die besetzten Gebiete schauen, dann werden Sie erkennen, wie schwer es den dortigen Parteigenossen wird, mit den Problemen, die dort aus wesentlich anderen Bedingungen heraus entstehen, fertig zu werden. Der Kampf um die deutsche Autorität ist in allen Gebieten entbrannt. Wir können nur hoffen, daß das Generalgouvernement so wie bisher in ruhiger Sicherheit weiterarbeiten kann.

Die Partei hat ihren wohlgefügten, festgeformten Aufbau. Und so möchte ich glauben, daß die heutige Tagung für uns wichtig war, daß sie unserer Arbeit

weiterhin Auftrieb geben wird; vor allem gibt sie mir auch den erwünschten Anlaß, Ihnen allen, die Sie unter der Führung des Pg. Schalk hier so hervorragend auf allen Gebieten arbeiten, den Dank des Generalgouvernements und meinen persönlichen Dank als des Reichsleiters zum Ausdruck zu bringen. Ganz gleich, auf welche Stelle wir im Leben noch vom Führer berufen werden, ganz gleich auch, wer irgendwann und irgendwie Generalgouverneur oder Euer Leiter sein wird, - hier darf immer nur diese Tradition der ältesten Bewegung maßgebend sein und bleiben. Es gibt keinen Staat im Staate und keine Partei in der Partei, sondern nur Adolf Hitler und die von ihm geprägte geschichtliche Einheit.

Dienstleiter Schalk:

Reichsleiter! Nach dieser ersten Führertagung gehen wir mit neuer Kraft an unser Werk. Sie haben uns als der vom Führer bestimmte Hoheitsträger eine Fülle neuer Aufgaben gegeben. Diese Aufgaben werden - das darf ich namens aller Ihrer Mitarbeiter versprechen - mit nationalsozialistischer Tatkraft Ihrem Vorbild gemäß erfüllt werden.

Besonders dankbar sind wir dafür, daß aus der Regierung der Herr Staatssekretär uns als alter Kämpfer des Führers restlose gute, kameradschaftliche Zusammenarbeit zugesichert hat. Wir hoffen, daß sich dieses Vorbild bis in die letzte, unterste Einheit hinein durchsetzt. Wenn wir im nächsten Jahre wiederum einen Tag der NSDAP. halten, dann dürfen wir hoffentlich Ihnen, Reichsleiter, melden, daß die von Ihnen uns gestellten Aufgaben gelöst sein werden. Der Tag der NSDAP. wird dann wiederum als Schlußpunkt eines arbeitsreichen Jahres sich strahlend in der Einheit und Geschlossenheit der nationalsoziali-

24.9.1941

stischen Bewegung als ein Markstein der Entwicklung deutscher Ostarbeit innerhalb des Großdeutschen Reiches erheben.

Wie immer, wenn Nationalsozialisten beisammen sind, gehen unsere Gedanken zum Führer. - Wir grüßen den Führer.- Unser Führer Adolf Hitler Sieg Heil! - Sieg Heil! - Sieg Heil!

21[10] Abendessen im Hause der NSDAP.

22[15] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

Donnerstag, den 25. Sept. 1941

16^{10} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

16^{15} Besprechung mit SS-Hauptsturmführer Donaubauer.

SS-Hauptsturmführer Donaubauer berichtet dem Herrn Generalgouverneur vom Ausscheiden des SS-Hauptsturmführers Angeloch und SS-Scharführers Ziegler aus der Burgverwaltung.

Der Vorschlag Donaubauers, das Gehalt des Hausdirektors Haberstich-Burg Krakau und des Hausdirektors Meyer-Kressendorf auf 800 RM brutto bei Gewährung freier Kost und Verpflegung festzusetzen, findet die Zustimmung des Herrn Generalgouverneurs.

16^{20} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

16^{25} Besprechung mit Regierungsrat Dr. Braun.

Regierungsrat Dr. Braun legt dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf

einer Vierten Verordnung über die Sozialversicherung im Generalgouvernement (Einführung der Sozialversicherung im Distrikt Galizien)

und

einer Vierten Verordnung über den Aufbau der Verwaltung des Generalgouvernements

vor.

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe.

Weiter macht Regierungsrat Dr. Braun dem Herrn Generalgouverneur davon Mitteilung, daß das Hotel "George" in Lemberg von Seiten der Hauptabteilung Arbeit für 15 Jahre an den Fremdenverkehrsverband

25.9.1941

verpachtet werden solle und von dieser Abteilung zur gründlichen Renovierung 2 Millionen Zloty zur Verfügung gestellt werden sollen.

Der Herr Generalgouverneur weist Regierungsrat Dr. Braun an, eine Verordnung über eine einheitliche Behördenbezeichnung für die Distrikte vorzubereiten.

16³⁰ Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple.

16⁴⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt Oberregierungsrat Dr. Schepers in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Boepple.

Oberregierungsrat Dr. Schepers erhält vom Herrn Generalgouverneur den Auftrag, für seine kommende Besprechung beim Führer handliches Kartenmaterial für alle schwebenden Grenzprobleme vorzubereiten.

16⁴⁵ Besprechung mit Präsident Dr. Emmerich in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Boepple.

20¹⁵ Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

906

IX/3 Kressendorf

Freitag, den 26. September 1941

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

IX/3 Krakau

Sonnabend, den 27. September 1941

10^{40} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

10^{45} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

Hauptabschnittsleiter Stahl berichtet dem Herrn Generalgouverneur von den Vorbereitungen zur feierlichen Eröffnung des 3. Kriegswinterhilfswerks, bei der Reichsleiter Dr. Frank sprechen wird.

10^{50} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

11^{25} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple.

12^{25} Besprechung mit Notar Gutbrod.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob eine Eröffnung des Staatskasinos am 26. Oktober d.J. möglich sei, erklärt Notar Gutbrod, daß dieser Termin nicht eingehalten werden könne. Da aber die notwendigen Baumaterialien und Arbeiter zur Verfügung ständen, sei eine Fertigstellung des Kasinos bis Ende November sicher. Die Aufnahme dieses Betriebes bedeute eine große Entlastung für die bis jetzt überbeanspruchten deutschen Gaststätten, vor allem des Regierungskasinos. In zwei Arbeitsgängen könnten je Mahlzeit 1 600 Personen verpflegt werden.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Notar Gutbrod, ihm bis zum 26. Oktober die genauen Pläne über die Innenräume und ihre Einrichtung vorzulegen.

12^{30} Oberstleutnant Fischer hält dem Herrn Generalgouverneur Vortrag über die Lage auf dem Kriegsschauplatz im Osten.

27.9.1941

12^{45} Besprechung mit Notar Gutbrod und Landgerichtsrat Dr. Luxemberg in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Boepple.

Landgerichtsrat Dr. Luxemberg erklärt auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, daß seine Weisung, bis zum 1. Oktober sämtliche Dauermieter aus dem Grand Hotel in Privatwohnungen unterzubringen, durchgeführt werde. Von diesem Zeitpunkt an stände das Grand Hotel dem Wunsche des Herrn Generalgouverneurs gemäß für gelegentliche Gäste zur Verfügung.

Der Herr Generalgouverneur legt sodann die Notwendigkeit der Errichtung von weiteren Hotels in Krakau dar. Weiter weist er auf die aus Gründen der Verpflegung der deutschen Beamten und Angestellten notwendige baldige Fertigstellung des Staatskasinos hin.

Dr. Luxenberg bemerkt dazu, daß der Fremdenverkehrsverband und die Wirtschaftsgruppe Gaststättengewerbe eine G.m.b.H. gegründet hätten, die in Zukunft als Bauherr auftreten werde.

Der Herr Generalgouverneur äußert den Wunsch, daß das Haus Krakau in Zakopane, das zur Zeit der Distrikt mit Beschlag belegt habe, zur Hälfte für die Bedürfnisse der Regierung reserviert werde. Die Hälfte der Zimmer des 1. und 2. Stocks dürfte nur mit Genehmigung der Regierung an Privatgäste abgegeben werden. Die beiden Herren werden beauftragt, diese Angelegenheit bis zum 1. Oktober zu regeln.

13^{00} F r ü h s t ü c k .

3

27.9.1941

13^{45} Filmvorführung: Friedemann Bach und zwei Wochenschauen.

18^{00} Fahrt des [illegible] Generalgouverneurs nach Zakopane.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs im Berghaus Krakau).

IV/3 Zakopane/Krakau

Sonntag, den 28. September 1941

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Zakopane und Ausflug zum "Meerauge".

14^{15} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs von Zakopane.

16^{05} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

16^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt im Kanonensaal der Burg die Hauptschriftleiter
Schwaede vom Westdeutschen Beobachter - Köln -,
Gilfert von der Mainfränkischen Zeitung -Würzburg-,
Roßberg von der Schlesischen Zeitung - Breslau -,
Dr. Contsen vom Frankfurter Generalanzeiger,
Dr. Weidenbach vom Stuttgarter Neuen Tageblatt,
Dr. Wienbauer von der Neuen Mannheimer Zeitung.

Bei dem Empfang sind außerdem zugegen:
Staatssekretär Dr. Boepple, Pressechef Gaßner,
Hauptschriftleiter Stöppler.

Bei dem anschließenden Tee gibt der Herr Generalgouverneur den Hauptschriftleitern ein anschauliches Bild über die Verhältnisse des Generalgouvernements unter besonderer Berücksichtigung der derzeitigen Lage in dem neuen Distrikt Galizien.

18^{05} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

II/3 Krakau

Montag, den 29. September 1941

10^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

11^{15} Besprechung mit Präsident Lauxmann.

Der Herr Generalgouverneur übergibt Präsident Lauxmann ein Schreiben des Reichspostministers Ohnesorge mit der Weisung, nach Fertigung einer Abschrift das Original wieder zurückzugeben.

11^{25} Besprechung mit Finanzpräsident Spindler.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Absicht Ausdruck, bei der am nächsten Tage stattfindenen Eröffnung des 3. Kriegs-Winterhilfswerkes den Betrag von 100 000 Zl zu stiften. Weiter weist der Herr Generalgouverneur Präsident Spindler an, die Frage einer Aufbesserung der Bezüge der polnischen und ukrainischen Polizei ab 1. November d.J. zu prüfen. Für diese Aktion kämen etwa 13 000 Polizisten in Betracht, die man im Interesse ihrer weiteren loyalen Mitarbeit vielleicht um je 50.-Zl pro Monat besserstellen müsse.

Finanzpräsident Spindler wird vom Herrn Generalgouverneur beauftragt, für eine demnächst stattfindende Sitzung betr. das Salz- und Kalimonopol die vorbereitenden Besprechungen mit den daran interessierten Abteilungsleitern durchzuführen.

Finanzpräsident Spindler gibt dem Herrn Generalgouverneur davon Kenntnis, daß er die kommenden Tage in Berlin über den Stellenplan weitere Verhandlungen pflegen werde. Vor allem stehe noch eine Besprechung mit dem Reichsinnenministerium aus.

11^{35} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple.

29.9.1941

12[15] Besprechung mit Gouverneur Kundt.

Der Herr Generalgouverneur gibt Gouverneur Kundt von seiner Absicht Kenntnis, ihn am 15. Oktober zum Distriktstandortführer Radom des Arbeitsbereichs der NSDAP "Generalgouvernement" zu berufen.

Im Verlauf der Besprechung wird Staatssekretär Dr. Boepple zugezogen.

Der Herr Generalgouverneur gibt nach kurzer Rücksprache nachfolgende Vereinbarung zwischen Staatssekretär Boepple und Gouverneur Kundt zu Protokoll:

1. Herr Gouverneur Kundt erklärt, daß er die in seiner bisherigen Eigenschaft innegehabte Dienstwohnung in Krakau dem Herrn Staatssekretär Dr. Boepple in vollem Umfang zur Verfügung stellt, sobald es ihm mit seiner Familie möglich ist, seinen Wohnsitz in Radom zu nehmen.
2. Ab sofort kann Staatssekretär Dr. Boepple in der bisherigen Krakauer Dienstwohnung von Gouverneur Kundt in Benutzung nehmen
   a) das Gästeschlafzimmer mit Bad ,
   b) die drei im Erdgeschoß eingerichteten Repräsentationsräume ,
   c) ein Speisezimmer zur Mitbenutzung.
3. Herr Geheimrat Rattinger erhält vom Generalgouverneur den Auftrag ,
   a) den in Radom notwendigen Verbindungsbau zwischen dem bisherigen Wohngebäude des Distriktschefs und dem unmittelbar daneben liegenden Gästehaus, das in die Dienstwohnung des Gouverneurs von Radom einbezogen werden soll, unverzüglich als Bauauftrag des Generalgouverneurs im Rahmen seiner Vollmachten in Angriff zu nehmen, Sonderbewilligungen an-

zustreben und für vordringliche Durchführung zu sorgen;

b) im Hinblick auf die kommende Benutzung der Krakauer Wohnung des Gouverneurs Kundt durch Staatssekretär Dr. Boepple und dessen Familie, festzustellen, welche diensteigenen Gegenstände Gouverneur Kundt für eine Mitnahme nach Radom beansprucht und wie dieses Haus für die Bedürfnisse Staatssekretär Dr. Boepples einzurichten und umzugestalten ist.

4. Über die Details werden sich die Herren untereinander verständigen.

12^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt SS-Sturmbannführer Pawlu und SA-Oberführer Leist in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Boepple und Gouverneur Kundt.

Der Herr Generalgouverneur überreicht SS-Sturmbannführer Pawlu und SA-Oberführer Leist ihre Berufungsurkunden, mit denen sie mit Wirkung vom 15. September 1941 zu Stadthauptmännern von Krakau bzw. Warschau ernannt werden.

An die Überreichung der Urkunden schließt sich eine Besprechung über die gegenwärtige Lage der beiden Städte des Generalgouvernements an.

Stadthauptmann Leist erwähnt hierbei die schlechte Versorgungslage Warschaus mit Kohle. Wegen der Fleckfiebergefahr sei die hermetische Abschließung des Ghettos unbedingt notwendig.

Stadthauptmann Pawlu berichtet von einer Mangellage, die sich in den letzten 14 Tagen auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung in Krakau stärker bemerkbar mache. Er führt diese Tatsache auf die zu strenge

Handhabung der Schleichhandelbekämpfung zurück. Nach seiner Kenntnis der Sachlage sei eine Bestrafung nur der Fälle, in denen es sich um große Mengen handle, zu empfehlen. Da eine ausreichende Versorgung der polnischen Bevölkerung über die Zuteilung nicht möglich sei, dürfe man den Weg über den freien Kauf von kleineren Mengen nicht ganz unterbinden, besonders da sich eine solche Unterbindung für eine stärkere staatliche Erfassung kaum bemerkbar mache.

Eine weitere Sorge bereite auch ihm die Kohlenfrage. Zur Zeit sei die Versorgung mit Winterhausbrandkohle für die deutsche Bevölkerung noch nicht gewährleistet. Er habe aber aus der Schweiz sechs Traktoren mit je 20 t Ladefähigkeit beschaffen können, die er bei genügender Zurverfügungstellung von Treibstoff für den Kohlentransport einsetzen werde. Weiter seien neue Weichselkähne im Bau.

Der Herr Generalgouverneur beleuchtet sodann die Frage der Zweisprachigkeit im Generalgouvernement und äußert seine Ansicht über ihre praktische Durchführbarkeit. Für das Generalgouvernement als polnisches Siedlungsland müsse vorerst neben der deutschen Aufschrift z.B. bei Straßenbezeichnungen auch die polnische Bezeichnung in Erscheinung treten.

13^{30} F r ü h s t ü c k .

19^{34} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Konzert der Philharmonie des Generalgouvernements.

Zur Aufführung gelangt:

Ouvertüre "Die Weihe des Hauses		v.Beethoven
Konzert a-moll	(Cello-Konzerte)	Schumann
Konzert g-dur		Pfitzner
Sinfonie f-dur		Brahms

Die Cello-Konzerte wurden von Professor Ludwig Hölscher dargeboten. Dirigent: Dr. Hanns Rohr.

Anschließend: Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

IV/3 Krakau

Dienstag, den 30. September 1941

10^{40} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

10^{50} Der Herr Generalgouverneur läßt durch den Bildberichterstatter Rösner einige fotografische Aufnahmen von sich machen.

11^{00} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

11^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple.

11^{50} Besprechung mit dem Leiter des Personalamts SA-Oberführer Dr. Getöttenbauer in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Boepple.

11^{55} Besprechung mit Dienstleiter Schalk.

12^{35} Obermedizinalrat Dr. Walbaum überreicht dem Herrn Generalgouverneur in Gegenwart des Dienstleiters Schalk ein Vollkornbrot.

Obermedizinalrat Dr. Walbaum weist dabei auf die Tatsache hin, daß man im Reich in den letzten Jahren immer mehr bestrebt gewesen sei, ein neues Brot einzuführen, das nicht nur der Gesundheit dienen, sondern dessen Konsum auch wirtschaftliche Vorteile bieten solle. Entsprechend dem Vorgehen im Reich habe die Abteilung Gesundheitswesen in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsbereich diese Bestrebungen auch für das Generalgouvernement aufgenommen. Es werde nunmehr ein Brot erzeugt, das allen Anforderungen in gesundheitlicher Beziehung entspreche. Die Partei habe sich dankenswerterweise zur Förderin dieser Bestrebungen gemacht. Das Vollkornbrot, das jetzt im Generalgouvernement

hergestellt werden solle, habe man in Berlin prüfen lassen. [illegible]i sei die Feststellung getroffen worden, daß dieses Brot von 30 möglichen Gütepunkten 28 erreiche. Die Qualität dieses neuen Vollkornbrotes stehe also noch über derjenigen des Reichsbrotes mit nur 20 bis 25 Gütepunkten. In der letzten Zeit angestellte Untersuchungen hätten ergeben, daß mit dem Verzehr von Vollkornbrot viele gesundheitliche Schäden vermieden werden könnten, ganz abgesehen von den wirtschaftlichen Vorteilen, die der Konsum dieses Brotes mit sichbringe: wenn nämlich alle Volksgenossen dieses Brot essen würden, dann könnte für 6 Millionen Menschen mehr die Brotnahrung sichergestellt werden. Aus allen diesen Gründen habe sich auch die Partei veranlaßt gesehen, diese Aktion groß aufzuziehen. Das Vollkornbrot, das demnächst zur Einführung gelangen werde, trage die Gütemarke der Gesundheitsführung der NSDAP. Er bitte den Herrn Generalgouverneur in seiner Eigenschaft als Reichsleiter, der Partei und der Abteilung Gesundheitswesen bei dieser Aktion nach Möglichkeit zu helfen.

Der Herr Generalgouverneur nimmt das ihm gereichte Vollkornbrot mit Worten des Dankes und der Anerkennung entgegen und verspricht, alles zu tun, um der Einführung dieses Brotes den Erfolg zu sichern.

12⁴⁵ Besprechung mit Pressechef Gaßner in Gegenwart von Dienstleiter Schalk.

12⁵⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt den zur Zeit im Dienste der Wehrmacht stehenden Kriegsverwaltungsvizechef Körner.

13¹⁰ F r ü h s t ü c k .

14⁴⁵ Regierungsrat Braun legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

3

30.9.1941

1. eines Erlasses über die Aufhebung des Verwaltungsrats für den Distrikt Galizien,
2. einer Verordnung über die Führung eines Wareneingangsbuches,
3. einer Verordnung über die Verbuchung des Warenausgangs,
4. einer Verordnung über die Einführung der Eisenbahnverkehrsordnung für das Generalgouvernement,
5. einer Verordnung über die Durchführung einer gewerblichen Betriebszählung im Generalgouvernement

vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe mit dem Vorbehalt, daß ihm von etwa sich als notwendig erweisenden Änderungen fernmündlich Mitteilung gemacht wird.

16⁵⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Haus der NSDAP.

17⁰⁰ Feierstunde aus Anlaß der Eröffnung des Kriegs-Winterhilfswerks 1941/42 im Generalgouvernement.

Nachdem Mitglieder des Orchesters des Staatstheaters den 1. Satz der a-dur Sinfonie von Mozart zu Gehör gebracht haben, eröffnet Dienstleiter Schalk die Veranstaltung.

Bereichsleiter Ollesch erstattet dann einen Rechenschaftsbericht über das 1. Kriegswinterhilfswerk 1940/41.

Der Herr Generalgouverneur hält darauf folgende Ansprache:

Lieber Parteigenosse Ollesch!

Wir alle stehen unter dem Eindruck Ihrer hervorragenden, uns ins Herz dringenden Ausführungen. Ich glaube, daß wir alle so stolz und glücklich sein können über die Zahlen, die Sie uns gegeben haben, weil

es sich doch um die Durchsetzung der Einheitsarbeit unserer Bewegung in dem ältesten besetzten und eroberten Gebiet seit Beginn des Krieges handelt. Ihnen, Parteigenosse Ollesch, und allen Ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen gebührt unser aller herzlicher Dank, den ich Ihnen hiermit im Namen des Führers und der Partei zum Ausdruck bringe. Indem wir Ihrem allgemeinen Appell, diesem Kriegswinterhilfswerk in einheitlicher Ausrichtung alle unsere Mühe zu schenken, und Ihrem besonderen Appell an uns führende Männer und Frauen, durch vorbildliche, eigene Beteiligung den Opfergeist aller Deutschen im Generalgouvernement zu fördern, Folge leisten, statten auch wir unseren Dank an Sie und Ihre Mitarbeiter ab.

Es bedarf in diesem Kreis, der sich heute hier festlich zusammenfand, keines Hinweises auf die Bedeutung des Kriegswinterhilfswerks 1941/42. Wir stehen in jenem Abschnitt des Krieges, in welchem nach den bisherigen geradezu unvergleichlich grandiosen, weltgeschichtlichen Siegen der Armeen Adolf Hitlers dem deutschen Volk noch die letzten Anstrengungen in jeder Hinsicht abgefordert werden. Auch dieser Krieg wird dadurch gewonnen, daß die maßgebliche Führung des Reiches von klarster Entschlossenheit, absolutester Nervenbeherrschtheit und Schicksalsdurchdrungenheit erfüllt ist. Das Kriegswinterhilfswerk ist Beweis dafür, daß auch das deutsche Volk diese Nervenstärke besitzt und daß es unentwegt blind gehorchend in einem stolzen Zusammengewachsensein dem Führer folgt. Heute gibt es keine Extra-Unternehmungen, keine persönlichen Allüren und keine Sonderbestrebungen. Wären sie da, dann wären sie schlimm und zu verdammen. Diese Zeit zu erleben, ist der wahrste Gottesdienst der germanischen Rasse; denn wir müssen uns in Demut vor dem Allmächtigen beugen, der uns dieses Schicksal so gefügt hat.

Wenn Sie sich vorstellen, meine Parteigenossen und Parteigenossinnen, - dieses Bild muß unentwegt vor unserem

30.9.1941

inneren Auge stehen - was der Führer in diesen Wochen und Monaten leistet, was sich um diesen Mann herum an Schicksalsspannungen unausgesetzt entlädt,- wobei jede einzelne Entscheidung durchzuckt ist von dem Gefühl: das Schicksal von hundert Millionen deutscher Menschen entscheidet sich! - dann können wir ermessen, wie klein unser Beitrag ist, selbst wenn wir unser ganzes Ich, unser ganzes Denken und Handeln und Trachten in den Dienst dieses Mannes stellen. Wir müssen uns aber auch einmal vorstellen, was dieser Krieg gegen den Bolschewismus an Grauen und Nöten und Aufopferung des einzelnen Soldaten beansprucht. Wir können ja aus den Berichten dieser Schlachten, dieses ungeheuersten Ringens mit der unmenschlichsten Form kriegerischer Gestaltung entnehmen, was unsere Volksgenossen im Waffenrock leisten, was von ihnen verlangt wird, was sie unentwegt einzusetzen haben. Wie klein ist demgegenüber das, was wir hier tun, wie unwägbar gering der Einsatz in unseren Stellungen, Ämtern, Würden, Rängen und Titeln, wie unsagbar unvergleichlich klein! Denken wir an die Särge und Gräber, an die Tausende von Verwundeten, von schwerleidenden deutschen Menschen, die das Leben liebten wie wir, die das Glück vor sich leuchten sahen wie wir, die in sich auch den Glauben an sich und ihre eigene Mission hatten und die das alles hingaben, damit die große Flamme Deutschland weiterbrenne, damit die große Liebe zu unserem Volk weiter in unseren Herzen lebendig bleibe. Tragt dieses Bild in Euch, wenn der Appell zu diesem Kriegswinterhilfswerk an Euch ergeht! Schaut zu diesen stillen Kerzen hin, die da und dort die Mütter und Eltern im Andenken an den Sohn anstecken, der irgendwo draußen sein Leben für sein Volk hingab, und fragt Euch dann, ob Ihr wirklich alles, aber auch alles getan habt, was man von Euch an Opfern verlangen kann. Soll doch keiner irgendwie sagen, daß es zuviel des Opfers sei. Das Opfer ist das Kennzeichen dieser Zeit. Es kann und soll sich keiner drücken, es soll keiner weggehen, keiner soll sich mit blassen Sprüchen entschuldigen, mit anderen Lasten,

die der Krieg mit sich bringt, mit Bilanzzetteln und Kassenberechnungen und treuhänderischen Steuerzahlungsverpflichtungen, sondern er soll suchen, wo er noch etwas herzugeben hat, wo noch etwas vorhanden ist, und mit vollen Händen soll er es ausschütten; denn dieses materielle Opfer ist das Kleinste, das man heute überhaupt von ihm verlangen kann.

Ernst ist die Stunde, gewaltig der Morgen, der anbricht in unserem Volke. Über Jahrtausende hinweg steigen sie auf, die Gestalten des Lichtes, die aus unserer Rasse emporstiegen und das Höchste an Menschenglück auf dieser Welt geschaffen haben. Und dort sehen wir fern im Osten diese zusammengewürfelte Schar, die der Jude als letzten Kampftroß vor die Vernichtung gespannt hat. Und wir mitten darin, wir, in dieser Zeit vom ewigen Schicksal ausersehen, mitzutragen und mitzugestalten!

Seid daher zu diesem Kriegswinterhilfswerk aufgerufen! Gerade wir Deutschen im Generalgouvernement wissen, was das Opfer unserer Feldgrauen bedeutet. Wären sie nicht am 22. Juni todesmutig in die Schüsse der Bolschewiken hineinmarschiert, hätten sie vielleicht gefragt, ob denn das Opfer nicht doch zu groß sei, was wäre hier aus uns geworden, was aus unserem Aufbauwerk, von dem wir oft soviele Worte sprechen, was wäre aus diesen Häusern und schönen Einrichtungen geworden, die wir uns in zwei Jahren geschaffen haben! Man muß freilich anerkennen: was die Deutschen hier geleistet haben, ist unendlich viel. Was Staat und Bewegung geleistet haben, hat der Führer auch anerkannt. Aber was ist das alles? Sollen wir uns etwa dabei beruhigen und sagen: jetzt mögen die anderen opfern? Nein, wir sind die nächsten dazu im Osten, von uns geht der Kampfruf aus. Wir stehen hier auf einem festen Boden der Autorität des Reiches und der Bewegung; wir haben hier den deutschen Namen eingebrannt und die Fahne des Reiches aufgerichtet, auf daß sie niemand niederholen wird. So müssen auch wir, die Ostdeutschen, die Kampfnächsten, nun auch die Opfernächsten sein.

30.9.1941

Ich bin glücklich, Parteigenosse Ollesch, die Zahlen zu hören, die Sie uns gegeben haben. Wir alle sind es in diesem Saale, denn sie überragen weit, weit den Durchschnitt des Reiches. Und wir wollen noch weiter. Ich mache es allen Männern des Staates und der Partei im Generalgouvernement zur Pflicht, in den kommenden Monaten mit allen Mitteln dahin zu streben, daß der Opfergedanke der Leitgedanke der Gemeinschaftsarbeit im Generalgouvernement ist. Hier wird sich keiner ausschließen, ich weiß es. Denn was sich hier an Männern und Frauen zusammenfand, hat sich mittlerweile auch in diesen schweren Kampfjahren über alle Schwierigkeiten der Nervenbelastung hinweg zu einer Einheit kameradschaftlicher Verbundenheit und menschlicher Zusammengehörigkeit gefügt. Ganz gleich, was aus diesem Generalgouvernement durch die Entscheidung des Führers nach dem Kriege einmal werden wird, für jeden wird es ein Erlebnis sein, sich an die Zeit, die er im Generalgouvernement verbracht hat, zu erinnern. Denn der Begriff "Generalgouvernement" ist längst eine geschichtliche Formulierung geworden.

So haben wir alle nichts anderes zu tun, als Ihnen, Parteigenosse Ollesch, und Ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen zu sagen, daß wir Ihnen helfen wollen. Wir wollen alles tun, um den an sich schon gewaltigen Erfolg des abgelaufenen Kriegswinterhilfswerks noch gewaltiger zu machen. Seien Sie überzeugt, Parteigenosse Ollesch, daß Sie sich dabei auf uns verlassen können. Ich übertrage Ihnen erneut die Durchführung des Winterhilfswerks und erkläre damit das Kriegswinterhilfswerk 1941/42 für eröffnet. Möge es ein glückverheißender Beitrag zu den Opfern dieser Zeit sein, möge gerade in ihm unsere Gemeinschaft im Generalgouvernement desto schöner und stolzer und reiner aufsteigen. Möge aus ihm viel Glück und Segen für arme, gequälte, verfolgte Menschen werden. Möge aus dem Opfergeist die Beglückung von Tausenden und Abertausenden deutscher Menschen entspringen, die im Kampfe um Leben und Dasein

30.9.1941

nicht von der Sonnenseite her begnadet werden, sondern im Schatten wandeln müssen, möge den deutschen Menschen in diesem Raum durch den deutschen Menschen hier im Raum das Glück beschieden sein!

(Lebhafter Beifall)

Mit der Führerehrung und den Liedern der Nation findet die Feier ihren Abschluß.

18[40] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

19[15] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

21[30] Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach Rosenheim.